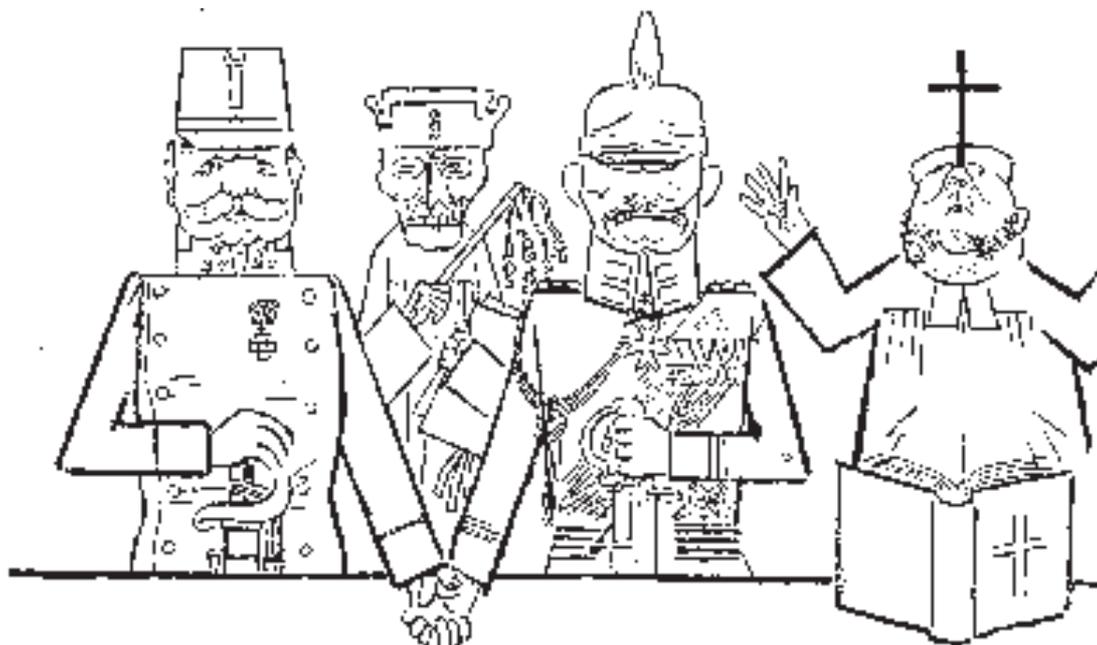

Der deutsche Militarismus



ist nicht tot



er riecht nur streng

Analysen zur Militarisierung der bundesdeutschen Gesellschaft

Kommission „Neofaschismus“ der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes- Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) in NRW und Hartmut Meyer Archiv

**Öfter mal
einen**



runterholen...

Titelseite: Karikatur von George Grosz
Neonazi Burschenschafter der Libertas & Bundeswehr & Alte Herren beim
Heldengedenken am 1933 eingeweihten „Ehrenmal“ in Aachen

visdP. Kurt Heiler Aachen
Gestaltung: Andrej Hunko

Druck : UWZ -Schnelldruck
GmbH Münster

Inhaltsverzeichnis

- **Einleitung** **Seite 5**
Winfried Wolf
- **Neue Aufrüstung, wachsende Kriegsgefahr und Militärisch-Industrieller Komplex** **Seite 6**
Die Zäsur von 1989/90 - Charakter der Rüstungsindustrie und des MIK -
MIK und kapitalistische Produktion - Einfluss des MIK-Militärpolitik und
Veränderung des weltweiten MIK - Neue Militarisierung der Gesellschaft

Kurt Heiler
- **Panzer zu verkaufen - Fregatte gefällig - Die Zeitschriften des MIK** **Seite 10**
„Soldat und Technik“ - „Wehrtechnik“ - BDI nimmersatt -
2 Karrieren: A. Schnez und D. Wellershoff- Rüstungsexporte

Gerd Deumlich
- **Bundeswehr und Neonazismus** **Seite 16**
Im Panzerschrank - von Geburt an rechtslastig - Bewunderung für die
Kriegsgeneration - Marschziel Kriegstüchtigkeit - den 20. Juli zum
„Symbol“ gemacht - das Hauptverbrechen des Faschismus war der Krieg -
den gleichen Feind im Visier - Kämpfer oder Wohltäter der Menschheit?
- Fabian Virchow **Seite 20**
**„Deutsch wählen heißt Frieden wählen“ -
die extreme Rechte und der Krieg gegen Jugoslawien**
Im Vordergrund: Antiamerikanismus - völkischer Nationalismus
statt allgemeiner Menschenrechte - immer wieder die Geschichte umschreiben -
die Wehrmacht als Vorzeigearmee - vom Kriegskurs der GRÜNEN profitieren -
rechter Widerspruch - Positionsbestimmung
- Ulrich Sander **Seite 24**
Die Bundeswehr und ihre rechten Medien
Medien kriegsentscheidend - „Information für die Truppe“ - nationale Interessen? -
jenseits der Oder - Neustrukturierung der Bundeswehrmedien
- Joß Fritz **Seite 29**
Denkfabriken in und um die Bundeswehr – eine Übersicht
Militaristische Literatur und Publizistik - Zeitschriftenübersicht
Militaristische Literatur und Publizistik - Verlage im Überblick
- Günter Baumann **Seite 39**
„Loyal“ – Zeitschrift des Reservistenverbandes
Jugoslawien, Asien, Ostpreußen: „Die Unterstützung aus der Heimat ist
von großer Bedeutung“ - Die Bundeswehr wird „erwachsen“ -
über Europa hinaus - nicht an die Bombenopfer denken! -
„Fairness“ für den Vernichtungskrieg der Nazi-Wehrmacht -
Werbung für militärische Aggression - Arbeit für den deutschen Militarismus -
mit Nazis ins „Reservegefecht“ - wer mit wem und wie oft

Andrej Hunko „Europäische Wehrkunde“ und die „Gesellschaft für Wehr -und Sicherheitspolitik“ Geschichte - Interessenkonflikte - Ausblick	Seite 43
Kurt Heiler Die Kameradenkreise - Alte Herren? - „Im Geiste unbesiegt“ Definitionen & Dimensionen - legal, illegal? - Gefahr für die Demokratie heute - Bündnisse der „üblichen Verdächtigen“ - Der Kyffhäuserbund - Ritterkreuzträger - Marinebund - Afrika-Kämpfer - Ehrenbund Rudel - Der „Verband deutscher Soldaten“ - leugnet die Shoa - Geschichte des VDS - Urteil über die Waffen-SS - mit v. Moltke ins Fettnäpfchen - VDS vor Ort- „Soldat im Volk“ - Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus	Seite 46
Günter Mauser Deutsche Burschenschaft und Militarismus Kriegsdienstverweigerung contra „Wehrhaftigkeit“ - Internationale Bündnisse contra „nationale Interessen“ - alle gegen die „Wehrmachtsausstellung“	Seite 56
Michael Radke Von der Wiege in die Bahre - Mord & Fun bei der Bundeswehr Die Zeitschrift „Infopost“ - KDV gewinnt - Das Spiel Pol & IS	Seite 59
Günter Baumann und Joß Fritz Helm ab zum Gebet - Militär und Kirche Kardinal Meisner - Militärbischof Mixa	Seite 62
Kurt Heiler Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge und Volkstrauertag Der deutsche Opfermythos - flächendeckend - Gedenkkultur in Deutschland - Geschichte des VDK und des Volkstrauertag - Gründungsmythos - Adenauer: Der Pate - Weimarer Republik - im Widerstand? - VDK nach '45 - Volkstrauertag nach '45 Inhalt und Gestaltung - der „HIAG Zwischenfall“ - internationale Konflikte - „Einzelfälle, soweit das Auge reicht - Krieg und Frieden - alles Propaganda - der Kamerad ist tot!	Seite 64
Detlef Peikert Synopse - Schritte der Militarisierung der Außenpolitik seit 1991	Seite 72
Literaturliste	Seite 79

Einleitung

Die vorliegende Veröffentlichung basiert auf einem Wochenendseminar, das Anfang Dezember 2000 stattfand. Neben den Referaten enthält der vorliegende Band Ergänzungen von Seminarteilnehmern. Selbst diese Erweiterungen haben noch nicht zu einem umfassenden Bild der militarisierten deutschen Gesellschaft geführt. Wir sind uns bewusst, dass einige Aspekte fehlen bzw. nur kurz gestreift wurden:

- schmerzlich vermissen wir einen Beitrag zum Thema „Militarismus und Revanchismus“, hier müssen wir auf die Literatur verweisen, die Militarisation des Gesundheitswesens kann leider nur benannt werden
 - Massenwirksame Erscheinungsformen des Militarismus wie öffentliche Gelöbnisse, Waffen- und Militariamessen werden erwähnt, müssten aber noch vertieft werden
 - 650.000 Menschen sind Mitglieder in Schützenvereinen, 350.000 Jäger stehen unter Waffen. Ca. 7,2 Millionen Schusswaffen werden legal von 2,3 Mio Bundesbürgern gehalten und dieser Markt wird durch Zeitschriften, Vereine usw. bedient
 - Computerspiele erreichen ein oft unkritisches, jugendliches Publikum. Diese Spiele werden zunehmend brutalisiert und militarisiert.
- Es bleiben noch weitere Fragen offen, z.B. wie der Militarismus wieder aus den Köp-

fen herausgeholt werden soll, nachdem er mit soviel Mühe dort hineingestopft wurde. Wir haben als Veranstalter keinen Allmachts- oder Allwissenheitsanspruch. Wir bestehen zunächst darauf, dass wir eine Arbeitsthese aufgestellt haben und unsere Ergebnisse sollen vor allem daran gemessen werden, ob sie die von uns aufgestellte These stützen oder verwerfen.

Die Ankündigung unseres Seminars einschließlich unserer Arbeitsthese:
Wie kommt der Militarismus in die Köpfe?

Der Mensch sei des Menschen Wolf, behaupten die Neofaschisten. Der Stärkere setze sich durch und der Kampf Aller gegen Aller sei die Natur des Menschen. Daraus werden Alltagskonflikte ebenso „erklärt“ wie Rassismus und die Kriege zwischen Staaten.

Wir wissen, dass diese Annahmen falsch sind. Selbst Frieden zwischen imperialistischen Staaten ist möglich. Solidarisches Handeln ist eine der historischen Errungenschaften der Arbeiterbewegung.

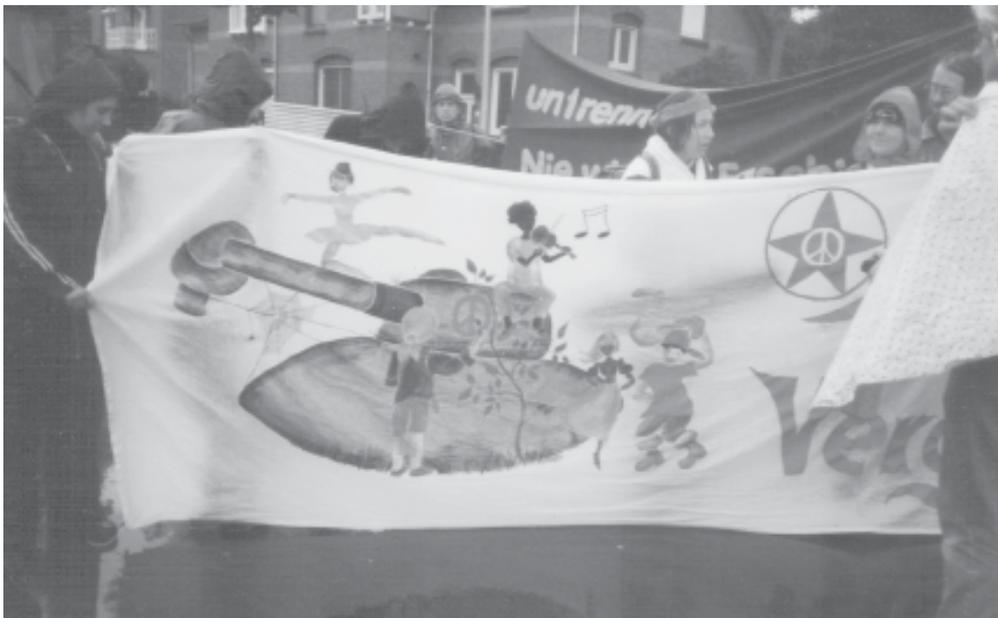
Trotzdem: Deutschland hat wieder Krieg geführt und nur eine Minderheit hat sich dem entgegengestellt. Militär, Waffenproduktion, Waffenexport, Militärausgaben scheinen

weniger in der Kritik als je zuvor. Wir wollen uns nun weniger über anthropologische Fragen unterhalten, sondern einer **Arbeitsthese** nachgehen:
Es existieren gesellschaftliche Gruppen, die ein permanentes Interesse an militaristischem Denken haben und dadurch Nachfrage erzeugen. Militaristisches Denken wird systematisch produziert und von vielfältigen Gruppen, Organisationen und Institutionen an die Menschen herangebracht.

Mit dem Ergebnis der Untersuchungen kommen wir recht nah an unsere Arbeitsthese heran. Für Ergänzungen und Anregungen sind wir aufgeschlossen und dankbar. Wir verstehen diese Veröffentlichung als ein Zwischenergebnis antifaschistischer Arbeit, das notwendig wurde, weil die Publikationen zu diesem Thema veraltet bzw. vereinzelt waren. Ansätze für die Arbeit antifaschistischer Gruppen und der Friedensbewegung finden sich hier jedenfalls reichlich. Für diese Auseinandersetzung wollten wir Argumente zur Verfügung stellen. Wir wünschen viel Kraft und Erfolg.

„Der deutsche Militarismus ist nicht tot, er riecht nur streng“ ist einer Formulierung von Frank Zappa über den Jazz entlehnt. Dem Jazz wünschen wir eine frische Brise und ein langes Leben, dem Militarismus wünschen wir die Pest. Der deutsche Militarismus kann nichts zur Bewältigung der wichtigen Fragen unserer Gesellschaft und der Weltgemeinschaft beitragen. Er ist ein rückwärtsgewandtes Instrument vergangener Zeiten. Militarismus ist ein Hemmschuh auf dem Weg zu einer solidarischen, auf sozialer und demokratischer Gleichheit beruhenden Gesellschaft. Militarismus ist objektiv immer Separatinteresse.

Der deutsche Militarismus riecht nach Verwesung, aber er ist nicht tot. Hier sind Gründe genug aufgezählt, ihn auf den Misthaufen der Geschichte zu werfen.



Neue Aufrüstung, wachsende Kriegsgefahr und Militärisch-Industrieller Komplex

Winfried Wolf

Die aktuellen Tendenzen von Aufrüstung, Militärisierung - z.B. Umbau der Bundeswehr und Frauen in die Bundeswehr - müssen vor dem Hintergrund der jüngeren Entwicklung des Kapitalismus und der ökonomischen Funktionsweise von Rüstung im Kapitalismus diskutiert werden. Dazu die folgenden sechs Kapitel

I Die Zäsur von 1989/90

Die Jahre 1989/90 stellen einen tiefen Einschnitt in der jüngeren Entwicklung des Kapitalismus und des Militarismus der bürgerlichen Gesellschaft dar. Dies gilt in erster Linie für die stärksten kapitalistischen Länder, also für USA/Kanada, Japan, Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Mit diesem Datum erlebten wir die Wiederkehr des ordinären Kapitalismus. Eine gewisse Sondersituation des Kapitalismus wurde beendet. Bis 1989 gab es - außer der weiter wirkenden innerkapitalistischen Konkurrenz - immer auch ein gemeinsames Ziel aller kapitalistischen Länder: Die nicht unter der Kontrolle des privaten Kapitals stehenden Regionen sollten wieder unterworfen werden: politisch, wirtschaftlich und nicht zuletzt militärisch. Dieses Ziel einte den Kapitalismus, der ansonsten von der Konkurrenz der Kapitale und der Nationalstaaten bzw. Blöcke geprägt ist. Die Nato (und andere vergleichbare Militärpakte) sind oder waren Ausdruck dieser einheitlichen Zielsetzung. Seit 1989/90 erleben wir durch den Wegfall des „Reichs des Bösen“ qualitative Veränderungen:

- Gewisse soziale Rücksichtnahmen verschwinden; der Westen muss nicht mehr „Schaufenster nach Osten“ sein
- Angriffe auf den Reallohn, die Gewerkschaften und den Massenkonsum verstärken sich
- der Staat „verschlankt“ sich dort, wo es um „Soziales“ geht. Das gilt keineswegs allgemein: siehe Rüstung.
- Die Konkurrenz verschärft sich; es bilden sich verstärkt die drei großen Blöcke heraus - die Rüstungsindustrie orientiert sich an diesen Blöcken
- Neue Kriege gelten zunehmend als „normaler“ Bestandteil bürgerlicher Politik.

Damit ergibt sich das Bild eines „normalen“, ordinären Kapitalismus, wie er Jahrhunderte lang charakteristisch war. Dazu zählten immer:

- Aufrüstungstendenzen und Kriege; letztere als „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“
- Kriege gegen den „Süden“: als koloniale Kriege zur Aufrechterhaltung der politischen Herrschaft über diese Regionen; als „neokoloniale Kriege“ zur Aufrechterhaltung der ökonomischen Vorherrschaft
- Kriege zur Integration der Peripherie oder Erhalt / Ausbau von „Hinterhöfen“ (z.B. England in Irland; europäische Mächte auf dem Balkan; USA gegen Mexiko)
- Kriege unter entwickelten kapitalistischen Ländern (z.B. Frankreich gegen Deutschland und umgekehrt; Japan gegen Russland).
- Und schließlich Weltkriege. Bisher zwei, die beides Mal nicht zufällig von Deutschland ausgingen, von dem kapitalistischen Land, das unter den führenden als letztes Nationalstaatscharakter erlangte und am wenigsten Einfluss in und Besitz von Kolonien besaß - was nun militärisch „nachgeholt“ werden sollte.

In den zehn Jahren seit 1989/90 erlebten wir im Zeitraffer die Rückkehr zu dieser - abschreckenden - „Normalität“ des Kapitalismus: Golfkrieg 1990/91, Somalia-„Expedition“; Balkankrieg 1999; Tschetschenien-Krieg (=Vor- oder Hinterhof von Rußland); Chiapas-Konflikt (hinterster Hinterhof von USA/Nafta).

Wie „ordinär“ und wie „wiederkehrend“ der aktuelle Kapitalismus ist, zeigt ein Zitat: „Jene chaotische Masse materieller Güter, Fertigkeiten, Gewohnheiten und Vorurteile, die wir ‘Zivilisation’ nennen, hypnotisiert uns alle und gibt uns das falsche Gefühl, als sei die Hauptsache schon erledigt; und da kommt plötzlich der Krieg auf dem Balkan und zeigt uns, dass wir immer noch auf allen Vieren durch die Epoche der Barbarei laufen. Wir haben gelernt, Hosenträger zu tragen, kluge, fortschrittliche Artikel zu schreiben und Milka-Schokolade herzustellen, doch wenn wir ernsthaft die Frage des friedlichen Zusammenlebens einiger Stäm-

me auf dieser segensreichen Halbinsel Europas lösen sollen, sind wir außerstande, eine andere Art und Weise zu finden als eine gegenseitige Massenvernichtung.“(1)

II Charakter der Rüstungsindustrie und des militärisch-industriellen Komplexes

Die Rüstungsindustrie bzw. Rüstungskonzerne führten schon immer ein relatives Eigenleben. Dies galt z.B. für Krupp im Ersten Weltkrieg. Es handelte sich um Konzerne, die eindeutig als Rüstungsunternehmen ausmachbar waren oder zumindest in diesem Gebiet erkennbar einen Schwerpunkt hatten. Seit Anfang des 20. Jahrhunderts, vor allem aber nach 1945, ergab sich eine neue Qualität. Der damalige US-Präsident Eisenhower prägte dafür erstmals den Begriff: Military-Industrial Complex - Militärisch-Industrieller Komplex (MIK).

Bei diesem Komplex gehen unterschiedliche Bereiche eine - zumindest -vierfache Symbiose ein:

- Die militärische und industrielle Produktion verbindet sich. Teilweise, weil es „dual use“-Produkte gibt, die „zivil“ und militärisch nutzbar sind. Teilweise weil „zivile“ und militärische Produktion sich in einem Unternehmen / Konzern stark verbinden und verzahnen.
- Industrie (Management) und Militär vernetzt sich auf der personellen Ebene. In USA ist es z.B. üblich, dass hohe Generäle kurz nach ihrem Abgang bei der Army im Pentagon als Lobbyisten auftauchen.
- MIK-Manager und Militärs durchdringen die „Politik“ und hier insbesondere das Verteidigungsministerium (Pentagon; Hardthöhe) und die parlamentarisch zuständigen Ausschüsse (Verteidigungsausschuss)
- Schließlich vernetzt sich der MIK nochmals mit dem Finanzsektor (Deutsche Bank als Anteilseignerin von dem Konzern DaimlerChrysler, der wiederum Großaktionär von Dasa/EADS ist).

Diese Verbindungen stellen eine neue Stufe der Militarisierung der kapitalistischen Gesellschaft dar. Dabei geht es weniger um die Quantität, um das spezifische Gewicht des MIK; die Qualität dieser Vernetzungen ist entscheidend.



John Heartfield, 1937

III MIK und kapitalistische Produktion

Allgemein gesprochen ist der MIK das spezifische Produkt des Spätkapitalismus, einer Phase des Kapitalismus, in der die Expansion der produktiven Sektoren relativ gering war und ist und teilweise stagniert. Zugespielt gesagt: Der MIK ist Teil des allgemein zerstörerischen und selbstzerstörerischen Charakters des Kapitalismus. Untersucht man die ökonomische Funktionsweise und die wirtschaftlichen Wirkungen des MIK im Rahmen der kapitalistischen Produktion, dann gibt es drei Spezifika:

(1) Die Herstellung von Waffen / Rüstung ist Teil der kapitalistischen Warenproduktion. Der Gebrauchswert dieser Produkte ist Töten, Zerstören, Vernichten. Doch der Tauschwert ist derselbe wie bei allen Waren: Geld. Das Ziel der Kapitalanlage die Maximierung des Profits und eine möglichst hohe Profitrate (Kapitalrendite). Um diese „Normalität“ von Rüstungsfertigung zu unterstreichen, wird auch alles getan, um den tatsächlichen Gebrauchswert hintanzustellen: Es geht um Hightech-Produktion, bei Daimler handelt es sich um einen Technologie-Konzern usw.

(2) Die Nachfrage nach Rüstung ist eine spezifische. Sie wird nicht vereinzelt „geäu-

bert“; sie tritt vielmehr „geballt“ auf - in Form der Nachfragemacht des Staates bzw. anderer Staaten (der Importeure). Damit bietet sie erhebliche Vorteile für das „Marketing vom Rüstung“: Mit relativ wenig Lobbyarbeit und gezielten Schmiermitteln (Korruption) kann eine maximale Nachfrage geweckt und können maximale Gewinne erzielt werden.

(3) Staatliche Rüstungsproduktion ist nicht von der normalen Massenkonsumtion abhängig. Es handelt sich nicht um klassische Konsumgüter und eigentlich auch nicht um Investitionsgüter. Damit ist Rüstung zumindest nicht dem traditionellen Schema der kapitalistischen Produktion zuzuordnen, das Marx in eine „Konsumtionsmittel herstellende Abteilung („Abteilung I) und in eine Investitionsmittel herstellende

Abteilung (Abt. II) unterteilte. Marxisten haben dafür das Modell der Reproduktions-schemata erweitert um eine „Abteilung III“. (2)

Damit kommt Rüstungsfertigung einer spezifischen Situation des „modernen“ - z.Tl. oben skizzierten Kapitalismus - entgegen: Dem Kapitalismus mit gering wachsenden produktiven Sektoren und dem Kapitalismus mit einer neoliberalen Offensive gegen die lohnabhängige Klasse, also mit stagnierenden und abnehmenden Masseneinkommen. In diesem Klima „gedeiht“ der MIK besonders.

Die Wirkung des MIK auf die industrielle Profitrate – den entscheidenden Indikator der langfristigen Entwicklung des Kapitalismus - ist damit eine widersprüchliche:

Am Beispiel der Profitrate: Auf der einen Seite üben hohe Rüstungsausgaben in Form hoher Steuern einen Druck auf das allgemeine Lohnniveau aus. Dies wiederum hebt die Mehrwertrate und die Profitrate. Auf der anderen Seite findet Rüstung meist extrem kapitalintensiv statt. Das heißt, es bildet sich ein Sektor mit hoher organischer Zusammensetzung des Kapitals (auch: hoher Kapitalintensität). Dies wiederum drückt, wenn es sich verallgemeinernd auf die Wirt-

schaft auswirkt, auf die Profitrate, da die Profite auf eine ständig relativ vergrößerte Kapitalmasse - Masse des eingesetzten Kapitals – bezogen wird.

Am Beispiel von Konjunktur und Verschuldung: Kurzfristig kann eine Hochrüstung die Konjunktur ankurbeln. Das war so im NS-Regime: Niedrige Löhne und hohe Rüstungsausgaben brachten die darnieder liegende Wirtschaft wieder in Gang. Langfristig jedoch wird Rüstung fast immer über einen Aufbau erhöhter Staatsschulden finanziert. Dieser wiederum reduziert die über den Staat verwaltete Masse an Geldern, die produktiv und investiv eingesetzt werden können.

Rosa Luxemburg hat diese zeitweilig positiven Wirkungen der Rüstungsproduktion wie folgt beschrieben: Es tritt „an Stelle einer großen Anzahl kleiner zersplitterter und zeitlich auseinanderfallender Warennachfragen ... eine zur großen, einheitlichen kompakten Potenz zusammengefasste Nachfrage des Staates. Diese setzt aber zu ihrer Befriedigung von vornherein die Großindustrie auf höchste Stufenleiter, also für die Mehrwertproduktion und Akkumulation günstige Bedingungen voraus. In Gestalt der militärischen Aufträge des Staates wird die zu einer gewaltigen Größe konzentrierte Kaufkraft der Konsumentenmasse außerdem der Willkür, den subjektiven Schwankungen der persönlichen Konsumtion entzückt und mit einer fast automatischen Regelmäßigkeit, mit einem rhythmischen Wachstum begabt. Endlich befindet sich der Hebel dieser automatischen und rhythmischen Bewegung der militaristischen Kapitalakkumulation in der Hand des Kapitals selbst - durch den Apparat der parlamentarischen Gesetzgebung und des zur Herstellung der sogenannten öffentlichen Meinung bestimmten Zeitungswesens.“ (3)

Doch diese positiven Wirkungen sind keine langfristige Art. Letzten Endes stellen Rüstungsausgaben immer „faux frais“, tote Kosten dar. So profitabel sie für den einzelnen Kapitalisten sein mögen - gesamtgesellschaftlich sind sie Abzug vom produktiv einsetzbaren Kapital. Es war in sich logisch, dass die USA nach langen Phasen hoher Rüstungsausgaben (Korea-Krieg; Vietnam-Krieg) in den 79er Jahren in eine Phase gelangten, in der Japan und Westeuropa - bei letzterem vor allem die BRD - wirtschaftlich die USA überflügelten; die Konkurrenzfähigkeit der US-Wirtschaft schien massiv reduziert. Umgekehrt erleb-

ten Japan und die BRD ihren Aufstieg und ihr „Wirtschaftswunder“ auch deshalb, weil sie 1950 bis 1970 extrem niedrige Rüstungsausgaben aufwiesen.

IV Einfluss des MIK

Der MIK übt zu unterschiedlichen Zeiten einen unterschiedlich großen Einfluss auf Politik und Wirtschaft aus. Dies hängt teilweise von seinem spezifischen Gewicht, oft stärker von seiner Einflussnahme (Lobbyarbeit/Korruption) und natürlich davon ab, ob Frieden oder Krieg herrscht. Im Krieg ist das Gewicht von Rüstungsfirmen erheblich. So wurde im Ersten Weltkrieg dem Unternehmen Daimler von der Obersten Heerführung vorgeworfen, beim Bau von Flugzeugmotoren einen vielfachen überproportional hohen - Extraprofit einzustreichen und aufgefordert, den Kostpreis zu senken, damit staatliche Gelder an anderer Stelle für die „Wehrfähigkeit des Reiches“ eingesetzt werden könnten. Daimler drohte mit Drosselung der Produktion - und konnte seine erhöhten Preise und Gewinne voll verteidigen.

Im O.M.G.U.S.-Report zur Deutschen Bank wird nachgewiesen, wie der Vertreter der Deutschen Bank Georg von Stauss die Unternehmen BMW und Daimler-Benz bereits vor Beginn des NS-Regimes auf Rüstungsproduktion umorientierte und damit im Grunde den Aufrüstungskurs der Nazis bereits präjudizierte.

Im Jahr 1992 erklärte der damalige Verteidigungsminister Rühle mehrmals, der „Jäger 90“ sei tot - was logisch war, da dieser als

Angriffswaffe gegen die UdSSR entwickelt war. Es gab eine heftige Lobbyarbeit. Nach einigen Wochen erklärte Rühle das Gegenteil; sein oppositioneller Schneid reduzierte sich darauf, den „Jäger 90“ in „Eurofighter“ umzutaufen.

Die neue SPD/Grünen-Regierung hat seit 1998 nicht ein einziges großes Militärprojekt gestoppt. Sie hat dies nicht einmal ernsthaft versucht. Sogar der Forschungsreaktor München II wird weiter gebaut; er erbrütet - wenn in ca. zwei Jahren erstellt - atombombenfähiges Plutonium.

Diese Macht des MIK existiert, obgleich das spezifische Gewicht der Rüstungsproduktion in der BRD derzeit eher niedrig ist. Der Anteil der Rüstungsproduktion am Bruttoinlandsprodukt liegt hierzulande bei rund 1,5% (als Anteil an der industriellen Produktion rund 3%). In den USA liegen diese Anteile rund doppelt so hoch (zur Zeit des Vietnamkriegs drei mal so hoch).

Dennoch übt der MIK einen erheblichen politischen und wirtschaftlichen Einfluss aus. Nach außen wird dies oft mit den Arbeitsplätzen begründet. Das ist allerdings lächerlich. In der Fahrradindustrie und im Fahrradhandel arbeiten derzeit mehr Menschen als in der Rüstungsindustrie und im Waffenhandel. (4) Es gab bereits einige Parlamentsdebatten zum Thema Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie - so auf dem Höhepunkt des „Dolores“-Rationalisierungsprogramms bei Dasa. Debatten unter dem Slogan: „Verteidigt die Jobs in der deutschen Fahrradbranche“ gab es bisher nie.

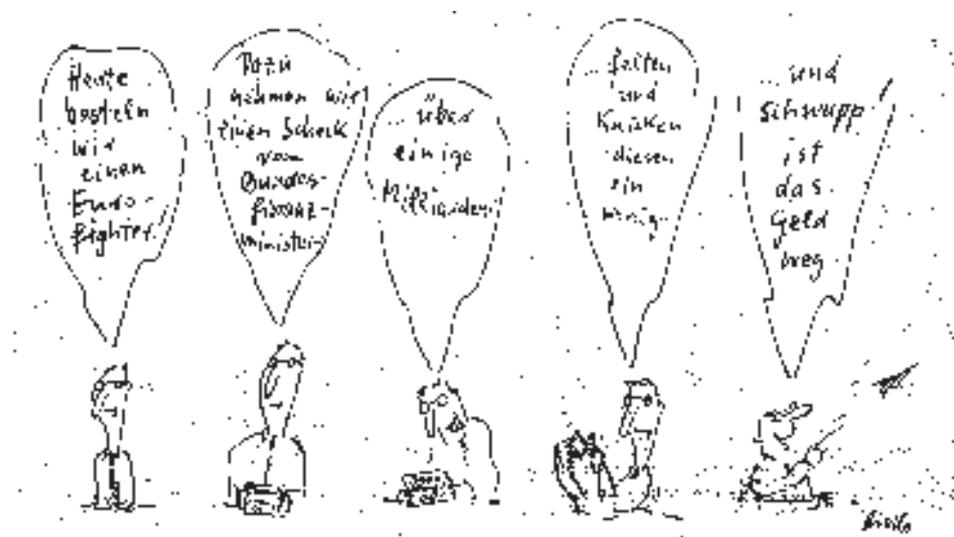


Klaus Staack

V Militärpolitik und Veränderungen in der Struktur des weltweiten MIK

Wir erleben derzeit - vor allem seit 1990 - tiefgreifende Umstrukturierungen im MIK und in der Militärpolitik:

- (1) Seit 1998/99 wachsen die Rüstungsausgaben wieder; zunächst absolut, bald auch als Anteile am BIP. Damit sind die kurzen Jahre, in denen auf eine „Friedensdividende“ gehofft wurde (1991-1995), vorbei.
- (2) Weltweit werden Armeen von Verteidigungsarmeen mit Interventionsbestandteilen umgebaut in Interventionsarmeen mit Verteidigungsbestandteilen.
- (3) Es gab große Fusionen im Bereich der Rüstungsindustrie; so in den USA und in Westeuropa. In Westeuropa verfolgten diese zunächst (bis 1999) die „nationale“ Linie: British Aerospace übernahm Marconi; in Frankreich gingen Aerospatiale und Matra-Lagardere zusammen.
- (4) Die Blockbildung schlägt sich in der Militärpolitik und in Militärbündnissen nieder. Am 2.5.1999 tagte, mitten während des neuen Balkan-Krieges, der EU-Gipfel in Köln. Wichtigster Tagesordnungspunkt war die WEU, der Aufbau eines Militärarms der EU. Mit diesem sollen unabhängig von der Nato, sprich den USA, EU-Kriege führbar werden. Anfang 2000 wurde dies auf der Münchner Wehrkundetagung konkretisiert mit dem Projekt einer 50.000 Mann/Frau-EU-Interventions-Armee. Die USA protestierten heftig dagegen. Anfang 2001 konkretisierten die USA auf derselben Tagung ihr - nationales - Projekt National Missile Defence; Raketenvorhang vor den USA.



Heftige Proteste in Westeuropa.

(5) Seit 1999 schlägt sich die Blockbildung verstärkt im Rüstungssektor nieder. Die Rüstungsindustrie der USA ist ohnehin seit langem eine weitgehend geschlossene Veranstaltung. In der EU wurde 1999 (Börsengang: 2000) die EADS (European Aeronautic Defence & Space) gebildet. Umgekehrt wird versucht, den „Block-Gegner“ aus sensiblen Militärprojekten herauszuhalten oder herauszubeißen. So will z.B. der US-Panzerbauer die spanische Panzerfirma Santa Barbara kaufen.

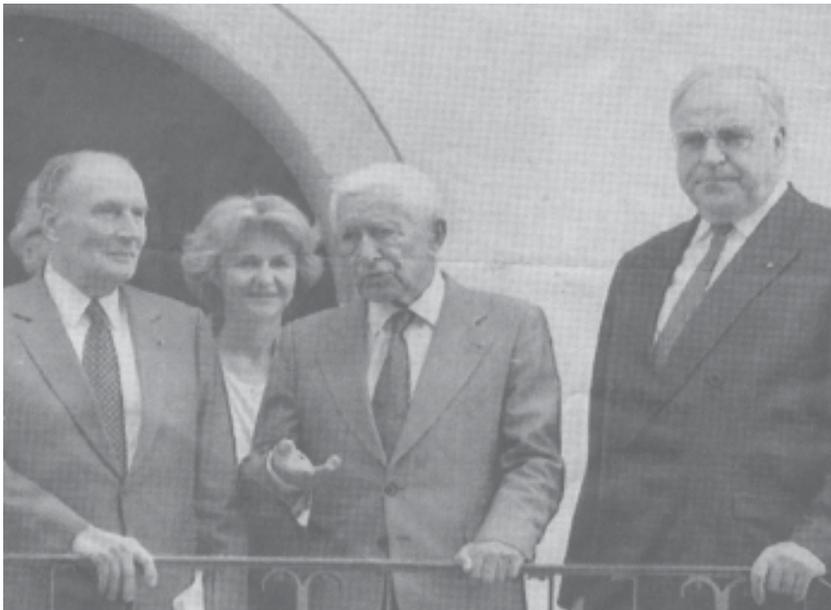
Darauf erklärte Krauss-Maffei, in diesem Fall dort nicht mehr in Lizenz den Leo-II fertigen lassen zu wollen. Gleichzeitig stieg die BRD in 2000 bei MEADS aus, dem letzten größeren gemeinsamen deutsch-US-amerikanischen Rüstungsprojekt. Umgekehrt und in sich logisch, wenn dann das bundesdeutsche Rüstungsunternehmen Diehl die Rüstungssparte des schwedischen Unternehmens Saab übernahm (auch in 2000).

V Neue Militarisierung der Gesellschaft

Wir erleben derzeit eine neue Militarisierung der Gesellschaft. Dies ist die ideologische Voraussetzung für eine neue Phase der Hochrüstung. Krieg soll wieder als Normalität der bürgerlichen Gesellschaft präsentiert werden. Daher die Einführung und dann Zunahme der öffentlichen Vereidigungen. Die Bezugnahmen auf deutsches Soldatentum - so durch Scharping, indem die „preußischen Militärreformer Scharnhorst und Gneisenau“ derzeit als Vorbilder der Bundeswehr herausgestellt werden. Gleichzeitig wurde der Prozess weitgehend gestoppt, mit dem NS- und Kolonial-Generale bzw. Offiziere als Namensgeber für Bundeswehr-Kasernen teilweise demontiert wurden.

Bekannt wurde die professionelle Art und Weise, wie der Nato-Krieg gegen Jugoslawien 1999 vermarktet wurde (Jaime Shea). Inzwischen wurde auch bekannt, wie dabei manipuliert wurde („Hufeisenplan“; Zug in Gridlicka - Videofilme wurden mit 4,7-facher Geschwindigkeit präsentiert).

Zunehmend wird uns „Krieg als Arbeit“ präsentiert - als normales „Handwerk“. Auf die-



Die Jünger von Ernst Jünger

se Weise wurde auch der Prozess vor dem Europäischen Gerichtshof behandelt, mit der eine Frau sich in die Bundeswehr klagte: Es geht um das gleiche Recht auf gleiche Arbeit. Es war der Vordenker der Nazis, Jünger, der in seinem Buch „Der Arbeiter“ Anfang der 20er Jahre genau diese Gleichsetzung vornahm: der Mann wird erst dann Mann, wenn er Krieg führt; die Arbeit adelt erst dann den Mann, wenn es sich um Kriegshandwerk handelt.

Nach dem Nato-Krieg gegen Jugoslawien erschien in der führenden wissenschaftlichen US-Zeitung für Außenpolitik, Foreign Affairs ein programmatischer Artikel von dem Ex-Herausgeber Edward N. Luttwak. Überschrift, in Anspielung auf John Lennon: „Give War A Chance“. Der Autor beklagt sich darüber, dass der Nato-Krieg gegen Jugoslawien nicht lang genug gedauert habe; das die EU-Staaten diesbezüglich Weicheier seien. Dann heißt es: „Ein nicht unterbrochener Krieg würde sicherlich mehr Leid hervorbringen und aus der einen oder anderen Sicht zu einem ungerechten Ergebnis führen. Aber dies würde auch zu einer stabileren Situation führen, dazu, dass die Nachkriegsära wirklich beginnt. Der Frieden greift nur, wenn der Krieg wirklich vorbei ist... Kriege müssen ausbrennen.“(5)

Wenn so offen zu faschistoiden Formulierungen gegriffen wird, dann kann man den nächsten Krieg gleich mehr oder weniger offen ankündigen. Im Grunde waren die verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr von 1992 bereits eine solche Art Ankündigung. Doch nach dem Kosovo-

Krieg wurde es nochmals konkreter. Auf einer Tagung zur Bundeswehr und Gesellschaft führte der Ex-Bundeswehr-General und Mitverfasser jener Verteidigungspolitischen Richtlinien Klaus Naumann aus:

„Wir können mit einiger Zuversicht den herausziehenden Stürmen des 21. Jahrhunderts entgegensehen. Und diese Stürme werden kommen. Und sie werden keine lauen Winde sein. Dann können wir vielleicht auch die Hoffnung haben, dass Kosovo möglicherweise doch der

letzte Krieg in Europa war - vorausgesetzt, sie sind nicht allzu großzügig in Ihrer Definition, was Europa ist.“(6)

Anmerkungen.

(1) Hier nach: L. Trotzki, Die Balkankriege 1912/13, Essen 1996, S.174f.

(2) Vgl. z.B. Ernest Mandel, Der Spätkapitalismus, Frankfurt/M. 1972.

(3) R. Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals, Berlin 1913, S.442.

(4) Der erste Fahrrad-Bericht der Bundesregierung - im Jahr 2000 vorgelegt - errechnete die Zahl der in der Fahrradindustrie in der BRD Beschäftigten mit 15.000; diejenigen in Handel und Reparatur und Versicherungswesen bzw. Tourismus (so weit zum Fahrradverkehr zuzurechnen) mit weiteren 45.000 bis 50.000.

(5) In: Foreign Affairs, July/August 1999, S. 37f.

(6) Sonderbeilage Bundeswehr Forum, Welt am Sonntag vom 11.7.1999.

Dr. Winfried Wolf, Journalist und Buchautor, Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1994, verkehrspolitischer Sprecher der PDS

Panzer zu verkaufen- Fregatte gefällig? Die Zeitschriften des MIK

Kurt Heiler

Der Vorsitzende der OECD Arbeitsgruppe gegen Korruption, Professor Mark Pieth aus Basel antwortete auf die Frage, welche Branchen besonders korruptionsgefährdet seien: „Sicherlich der Waffenhandel. Bestechungssummen bis zu 30 % des Auftragswertes sind üblich.“ (FAZ 22.12.00) Im Rüstungsgeschäft sind also nicht nur Extraprofite zu erzielen, es müssen auch die Schmiermittel für den Verkauf erwirtschaftet und vom Steuerzahler gezahlt werden. An dieser Stelle wird nicht weiterverfolgt, dass geschmiert wird. Der Fall Schneider-Thyssen-Kohl-Schäuble wird hier nur erwähnt. Auf 9,5 Millionen DM Einnahmen wird allein die CDU Rüstungsstaatssekretärin, Miss „Raffzahn“, Hürling-Bünig geschätzt. Ein anderen Rüstungsstaatssekretär, der ehemalige Verfassungsschutzpräsident Pfahls ist weiterhin „auf der Flucht“.

Viel interessanter sind die normalen, die legalen Schmiermittel, die gebraucht werden, um die verschiedenen Teile des MIK reibungslos zusammenarbeiten zu lassen. Einig sind sich Armee und Industrie, dass die Mittel für Rüstung und Armee steigen müssen. Einige Politiker stellen sich dem freiwillig zur Verfügung, andere müssen eingebunden und finanziert werden, denn sie sind unerlässlich, um die Zustimmung für den Bundeshaushalt zu geben und das Wahlvolk zumindest vom Widerstand gegen seine Entzignung abzuhalten. Zwischen Armee und Industrie wird zur Zeit ein Teil des Kuchens neu aufgeteilt: der Personalabbau bzw. Umbau der Armee zur Interventionsarmee macht Ressourcen für neue Investitionen frei. Die Armee könnte ihre Waffen aber doch auch im Ausland bestellen, das ist meist billiger und besser, z.B. beim neuen Transportflugzeug A 400. Wie also die Armee, die Parteien, die Gewerkschaften und die Gesamtindustrie dazu bekommen, ohne große Reibungsverluste den größtmöglichen Gewinn für die Rüstungsindustrie als eigenes Interesse zu vertreten? Einbinden, drohen, diskutieren, hofieren und zur Not bestechen sind die Antworten. Und dafür braucht es bis zu 30 % der Auftragssumme!

„Was die Bundeswehr brauchte, wäre eine große Koalition der sicherheitspolitischen Fachleute, mit genügend Einfluss im Parlament und mit Ausstrahlung in die Öffentlichkeit. ...Eine der breiteren Öffentlichkeit vermittelte „strategische Kultur“ gibt es in diesem Land nicht. So kommt es, dass die Bundeswehr auf einen Haushaltsposten reduziert wird.“

Klagt die FAZ im Leitkommentar am 10.2.2001.

Das Mordgeschäft mit der Rüstung, oder auch die Vernichtungsmittel-Branche (Winfried Wolf, PDS) kann nie „Kultur“ sein. Aber eine der Demokratie sich entziehende Unkultur des Militärisch-Industriellen-Komplexes- die gibt es; mehr als die FAZ zugibt, und mehr als dem Frieden und der Demokratie gut tun.

Instrumente für die Unkultur des MIK, für den Austausch von Personal und Informationen sind u.a. zwei Zeitungen, die hier kurz porträtiert werden sollen. Sie sind an größeren Kiosken zu kaufen, also der Öffentlichkeit zugänglich.

1. „Soldat und Technik“

Die Zeitschrift wurde seit 1958 monatlich von der Bundeswehr selbst herausgegeben. Im Untertitel heißt sie „Zeitschrift für Wehrtechnik, Rüstung und Logistik“. Sie kostet 13,50, was aber nicht mal auf dem Titel steht, da die Zeitschrift bis Ende 2000 in der Bundeswehr umsonst abgegeben wurde. Inhalt der Zeitung ist die Darstellung der Wünsche der Armee, über welche Waffen sie in Zukunft verfügen möchte. Finanziert wird die Zeitung durch ganzseitige Anzeigen der großen Rüstungskonzerne, die auch redaktionell zu Wort kommen. Streng werden die einzelnen Armeeteile getrennt befriedigt. Im Redaktionsbeirat sind Heer, Luftwaffe und Marine vertreten. Politische Wertungen sind selten, aber sie existieren, um bestimm-

te Duftmarken zu setzen, bei denen sich der Redakteur eines ganz besonderen Beifalls sicher ist. Der Chefredakteur Gerhard Hubatschek schreibt z.B. im Editorial 12.2000 warum seine Zeitung ab 2001 privatisiert wird: „Dass ein solcher Schritt auch mit forschem Griff in die Mottenkiste der Begrifflichkeiten der Spät 68-er, mit dem dümmlichen Schlagwort „Demokratisierung der Information“, sowie der Forderung, es dürfe kein ‚Herrschaftswissen‘ geben, begründet wird, kann nur mit Kopfschütteln zur Kenntnis genommen werden.“ Der Ostpreusse Hubatschek hatte seine Einstellung zur Demokratie in Beiträgen für die Braunzonenblätter „Criticon“ und „Ostpreußenblatt“ dokumentiert.

„Demokratisierung der Information“ war jedoch zentrales Verkaufsargument von Scharping, als er die Neuformierung der Bundeswehrpresse bekannt gab. Trotzdem kommt der Minister mit den „dümmlichen“ Schlagworten in Heft 1-01 wieder zu Wort. Er hat den Fußtritt mal wieder nicht mitbekommen.

Nach 43 Jahren ist „Soldat und Technik“ pri-



vatisiert worden. Ab 2001 erscheint die Zeitung im Umschau/Report Verlag. Ob die Soldaten dieses Blatt vollendeter Langeweile auch lesen, wenn sie dafür bezahlen müssen, bleibt offen. Es muss aber einen Markt dafür geben, genau zu wissen, was die Bundeswehr plant und wünscht. Für Spezialisten ist im gleichen Verlag der Fax-Abrufdienst „Wehrwirtschaft“ erhältlich. Für schlappe 385,00 im Schnupperangebot und 860,00 pro Jahr im Normalabo bekommt man jede Woche ein Fax mit „Informationen zur Auftragsvergabe des Bundes“.

Als ein Beispiel für die gute Anlage der 30%, die irgendwie zu jedem Rüstungsgeschäft dazugehören, sei hier der Bericht über ein „Montagsgespräch“ in Soldat und Technik 12/2000 angeführt. Die Firma Rheinmetall, eine der traditionell aggressivsten Vertreter des MIK, führt Montagsgespräche durch. 100 Teilnehmer waren nach Berlin gekommen. Erwähnenswert findet die Zeitung, dass der verteidigungspolitische Sprecher der SPD, Peter Zumkley und die entsprechende Vertreterin der Grünen, Angelika Beer sowie Manfred Opel, SPD, anwesend waren. Ein Vertreter des Bundesverteidigungsministeriums referierte über „alternative Finanzierungsmöglichkeiten für den Haushalt des BMVg“. Von den 5 Punkten, die seinen Vortrag zusammenfassen sollen, sind vier reine Deklamation („Es muss zwei Gewinner geben“) und ein konkreter Vorschlag: „Alternative Finanzierungen sind möglich, wenn einige Dinge im Haushaltsrecht umschiffet werden können“. Ja so haben wir uns die Beamten immer vorgestellt, flexibel mit dem Recht umgehend, alternativ denkend und evt. einen Song auf den Lippen: „Wir schiffen auf das Haushaltsrecht.“ Applaus von den Experten von Rot-Grün. Aber im Ernst: sie planen das nicht, sie machen es! Für die Studie über die Entwicklung eines neuen Flugabwehrsystems „MEADS“ als Nachfolger der Patriot-Raketen wird die BRD 130 Millionen DM berappen. Der neue Generalinspekteur der Bundeswehr, Kujat, wollte das US-BRD Projekt am Haushaltsausschuss vorbei schmuggeln. Da der Ausschuss erst ab der Schwelle von 50 Millionen DM zustimmungspflichtig ist, stückelte Kujat das Projekt in drei Teile und siehe da: das Haushaltsrecht war umschiffet. Dumm war, dass der Haushaltsausschuss merkte, wie er ausgetrickst werden sollte. Der haushaltspolitische Sprecher der CDU-CSU Fraktion, Austermann, forderte den Rücktritt von Kujat und notfalls des Mini-

sters. „Ein Generalinspekteur, der das Parlament umgeht, muss entlassen werden“, verlangte Austermann. Die Meldung vom 12.12.2000 verschwand schnell wieder im Sumpf dieser 30% „Nebenkosten“ und Herr Kujat ist noch im Amt. Sein Minister sowieso.

2 „Wehrtechnik“

Die Zeitschrift „Wehrtechnik“ ist Nachfolgerin der 1957 gegründeten Zeitschrift „Wehr und Wirtschaft“. Sie ist ein unverblühtes Organ der Rüstungsindustrie, erscheint vierteljährlich und kostet 20 Mark für ca. 90 Seiten. Es soll also nicht jeder Kioskbesucher das Blatt kaufen. Die Produkte der Anzeigenkunden (Panzer, Fregatten, Helicopter u.ä) sind ja auch nicht für



Normalangestellte gedacht. Zumindest erwähnt werden soll, dass Daimler/Chrysler-Aerospace eine eigene Monatszeitschrift in Deutsch und Englisch herausgibt. Der Mönch-Verlag kann als Hausverlag des MIK bezeichnet werden. Er verfügt neben der Zeitschrift „Wehrtechnik“ und einem Beirat aus Industrie, Politik und Wissenschaft über die Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik. In diese entsenden die Konzerne (u.a. EADS, DEBIS) ihre Vertreter ebenso wie das Bundesverteidigungsministerium und der Bundesverband der deutschen Industrie und das Fraunhofer Institut. Im Präsidium sitzen so honorige Leute wie Albert Schnez. (siehe weiter unten). Großtagungen zu Themen wie „Bundeswehr im Einsatz“ (Mai 2000) oder „Verkehrs-Transportwesen der Bundeswehr“ 14 Tage später lassen alle Teile des MIK unter Einschluss

der Betriebsräte miteinander kommunizieren. Die Teilnahme ist nicht grad billig: für drei Tage knapp 2000, DM. Aber Obacht! Vielleicht gehören grad Sie zu folgendem Personenkreis: „Ausgewählte Teilnehmer der Amtsseite, die entsprechend dem Themengebiet des Forums zuständig oder entscheidungsbefugt sind, erhalten aus Veranstaltungsinteresse freien Zutritt.“ Veranstalterinteresse hätte es ehrlicherweise heißen müssen.

Der Bundesverband der deutschen Industrie

Der BDI ist in die Kritik geraten, weil er die Wehrtechnik bisher wohl weniger als eigenständiges Kampfgebiet verstand, sondern als jeweiliger Anhang einzelner Betriebsparten. Die Privatisierung der Bundeswehr ist von daher- obwohl immer schon gefordert- am BDI vorbeigelaufen. Man ist von Scharpings Tempo überrascht. In WT 3/99 kündigt der BDI an, dass seine Aktivitäten nun auf höchster Ebene im „Arbeitskreis Verteidigungswirtschaft im BDI“ konzentriert würden. Mitglieder sind sieben Branchenverbände: Automobile, Waffen & Munition, Elektronik, Optik, Luft und Raumfahrt, Maschinen und Anlagenbau, Schiffbau und Meerestechnik. Angebunden ist der Arbeitskreis „Wehrtechnische Messen“. Personell handelt es sich um die Ebene der Geschäftsführer.

Die Forderungen und Vorstellungen der Rüstungsindustrie

Anlässlich der Unterzeichnung des Rahmenvertrags zwischen Industrie und Bundeswehr am 15.3. 2000 sprach als Vertreter der Industrie Klaus Landen, wie selbstverständ-





Unterzeichnung des Rahmenvertrags Industrie-Bundeswehr, März 2000 im Palast der Republik

lich Flottenadmiral a.D., der bei der Firma Deutz in Köln als Direktor sein Taschengeld aufbessert: „Die Bundeswehr steht mit diesem Rahmenvertrag- hier möchte ich Sie, Herr Minister, und als ehemaliger Marineoffizier meine ehemaligen Kameraden beruhigen- nicht vor der Übernahme durch die private Wirtschaft.“ Seine Erklärung: „Dafür ist das Aufgabenspektrum zu komplex und zu speziell“. Danke! Es gibt also noch unprofitable Bereiche, die der Bundeswehr belassen werden sollen. Weiterverdienen, Herr Landen! Mehr war aus dem Mann nicht rauszubekommen. Dabei war der Aufklärungsbedarf offenbar groß.

Wie der Herausgeber von WT in seinem Beitrag schreibt, waren die Manager der größten Unternehmen und Verbände vorgefahren und hatten unterschrieben. „Einige von ihnen sollen die Dokumente noch nicht einmal vorher gelesen haben“ Warum so eilig? Und was will der BDI im Detail? Das erfährt der Leser aus dem umfangreichen Beitrag des Hauptgeschäftsführers und Präsidiumsmitglied des BDI, Ludolf v. Wartenberg in WT 2/2000. Überspringen wir die üblichen Klagen, wie schlimm und schlecht alles sei, dann bleiben folgende Punkte:

Rüstung schafft nicht nur Arbeitsplätze, sondern hat strategische Bedeutung. Wer in EG, Nato usw. mitreden will, muss über eine eigene Rüstungsindustrie verfügen. („Deutsche Mitsprache bei der Gestaltung Gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik...setzt voraus, dass Deutschland auch Rüstungsfähigkeiten einbringen kann.“)

Die Bundeswehr geht zu sorglos mit der Industrie um. („Vermutlich sieht die Bundes-

wehr die von der deutschen Industrie erbrachten Leistungen als selbstverständlich an.“) Nationale Zuverlässigkeit werde dann geschätzt, wenn man bedenke, dass die Lebenszeit großer Systeme 30 Jahre betrage. V. Wartenberg braucht nicht weiter zu schreiben, denn jeder weiß, wie schnell sich der deutsche Imperialismus mit ehemaligen Zulieferern verkrachen kann. So fordert er denn auch, dass solche nationalen Rüstungskapazitäten aufgebaut bzw. erhalten werden müssen, „die bei einem evt. Übergang vom Friedensbetrieb in Spannungs- und Krisenzeiten“ erforderlich seien.

Die politische Akzeptanz für Rüstung werde erhöht durch: „Arbeitsplatzsicherheit, Technologieerhalt, Steuerrückflüsse, Wettbewerbsfähigkeit einiger ziviler Branchen wie Schiffbau sowie Luft- und Raumfahrt“. Die Finanzierung von Mischkonzernen wie Daimler, Siemens u.a. über Rüstungsaufträge soll also zur politischen Akzeptanz beitragen.

„Deutschland muss in der sich herausbildenden europäischen Struktur der Rüstungsindustrie angemessen vertreten sein. Die Interessen in diesem Prozess durchzusetzen, ist gemeinsame Aufgabe von Politik und Wirtschaft“. „Angemessen“ ist selbstverständlich nur die Führungsposition, weil man „nicht einseitig abhängig von ausländischen Partnern werden“ wolle.

Die Rüstungsindustrie will sich nicht in die profitablen Karten gucken lassen. Der BDI formuliert eine gehörige Portion Misstrauen in die Bundeswehr. Privatisierung gut und schön, aber nur, „...wenn sich die Bundeswehr verpflichtet, die Angebote der

Unternehmen nicht für eine interne Optimierung zu verwenden.“ Ansonsten „...wäre zu unterstellen, dass die Unternehmen erneut als billige Sparringspartner für weitere Bundeswehr-interne Optimierungen gebraucht werden sollen...“ An anderer Stelle kontert der Ex-Generalinspekteur der BW, Wellershoff: „Man muss sich nicht gleich jede Neuerung aufbürden. Deshalb ist es Aufgabe erfahrener Offiziere zu definieren, was man wirklich braucht...Die Wirtschaft kann nichts leisten, was sich nicht auch die Betriebswirte der Bundeswehr ausdenken können (2.6.2000) Man merkt schon, dass es Reibungsverluste gibt und dass 30 % der Rüstungsausgaben als Schmiermittel dringend gebraucht werden.

Die dicksten Forderungen des BDI sind ganz die alten: Weg mit den Rüstungsexportbeschränkungen; Erhöhung des investiven Anteils des Einzelplan 14 auf 40 %!; Sicherung der Systemführerschaft für bestimmte Waffensysteme (Panzer, Fregatten, U-Boote etc.) gegenüber internationalen Partnern durchsetzen. Wer allerdings die Selbstdarstellungen großer Rüstungsfirmen, auch in WT liest, findet sehr selbstzufriedene Einschätzungen über die Gewinne und die Fähigkeit zur Systemführerschaft.

Man kann aber auch anders: „...stehen wir vor der Frage, ob ein weiteres Verbleiben in der Wehrtechnik am Standort Deutschland zukünftig noch vertretbar ist...ob es sich noch lohnt... den Standort Deutschland als Geschäftssitz zu erhalten.“ Jedenfalls ist man schon mal an dem qualifizierten Personal interessiert, was durch die Bundeswehrumrüstung frei werde, nennen wir es mal die Grau- Card.

Insgesamt wolle auch der BDI in „das Unternehmen ‚Frieden für Deutschland‘“ investieren, allerdings: „Dem Dialog mit den pazifistischen Kräften in unserem Land darf nicht mehr auf Kosten fauler Kompromisse ausgewichen werden.“ Man kann sich das so plastisch vorstellen, wie die armen, mickrigen, schlecht genährten Rüstungswerkstätten in Deutschland vor dem übermächtigen Pazifismus in Deutschland in die Knie gehen und um Dialog betteln.

Was strategische Zielsetzungen angeht, so hilft uns der langjährige Chefredakteur und heutige Verlagsleiter der WT, Manfred Sadlowski, weiter. Er, Presseoffizier in der Luftwaffe von 1964-67, Ostpreusse, begrüßt die neue Lockerheit, die Verminderung von Heuchelei: „Da unterschrieben z.B. die Herren von Deutsche Telekom und Deutsche



Verleger Sadlowski im Jachthafen von Piräus beim Verkaufsgespräch

Post, wo noch vor zwei Jahren die Geschäftskontakte zur Bundeswehr mit ‚streng geheim‘ eingestuft wurden. Unternehmen wie Siemens und Thyssen unterhielten (gut verdienende) Abteilungen ‚Sondertechnik‘. Dass diese Heuchelei ein Ende hat, ist Scharpings Verdienst.“ Als strategisches Ziel formuliert er: „Vorbehaltloses Bekenntnis der Unternehmen/Unternehmer und der Gewerkschaften zur Verteidigung unseres Landes.“ Unter der Überschrift „The Berlin Message- Kann denn Geldverdienen Sünde sein? kommentiert Sadlowski: „Die Zeit ist vorbei, in der jeder Oberstleutnant und Regierungsbaudirektor im vorauseilenden Gehorsam das Wort Gewinn als des Teufels Werk zu sehen sich verpflichtet sah. Gewinn ist nun beautiful und gefragt. ...Nein. Gewinn ist keine Sünde, sondern das Gegenteil. Es bringt das Heil, und: mehr Beschäftigung und Steuern in die leeren Kassen der öffentlichen Hände. Es bringt die Sozialdemokratie- das ist die strategische Zielsetzung- weiter in die Mitte. Dabei war der Zukunftskongress in Berlin einer der ersten Schritte in dieser Richtung- bei dem Marsch durch die staatlichen Institutionen.“ (WT 3/2000)

Es ist auffallend, wie sehr die Mittäterschaft von Sozialdemokraten und mittlerweile von Grünen beim MIK im Mittelpunkt der Berichterstattung der MIK-Werbeblätter steht. Als Christdemokrat hätte man manche Gründe, beleidigt zu sein, wenn da nicht die Barzahlungen wäre. Der verblüffende Schluss daraus ist, dass Christdemokraten für ihre Willfährigkeit bestochen werden müssen und Sozialdemokraten es für lau machen. Für lau? Nein für die gute Sache ist natürlich der Vorsitzende des Verteidigungsausschuss, Helmut Wiczorek (SPD), unterwegs. Er darf „exclusiv für die ‚Wehrtechnik‘“ einen Artikel mit viel ‚einerseits und andererseits‘ schreiben, er hat aber auch den Stallgeruch der „guten Sache“:

Jahrelang war er Geschäftsführer der Thyssen Tochterfirma Thyssen- Engineering. Seine Firma zahlte von 1989 bis 1991 monatlich 6000 DM an die Firma Bitucan des bereits bekannten Herrn Schreiber, wohnhaft z.Zt. in Kanada. Lt. „Die Woche“ war Wiczorek daran beteiligt, dass 1991 der Haushaltsausschuss des Bundestages bei dem umstrittenen Verkauf von 36 Spürpanzern (Thyssen) an Saudi-Arabien umgangen, pardon umschiffte wurde. Alles für die gute Sache, also billig.

Zwei Karrieren

1. Albert Schnez

Oberst der faschistischen Wehrmacht, lt. Aussagen eines Offiziers „ein hundertfünfzigprozentiger Nationalsozialist“. Der Brigadegeneral Höffner berichtet, Schnez habe ihm mit Denunziation wegen regimekritischer Äußerungen gedroht. Eingesetzt im Transportwesen in der Heeresgruppe Süd (Italien), am 20. April 1945



A. Schnez (l) mit Enkelin und Verlegergattin Mönch (m) beim Geldverdienen

Beförderung zum Oberst. Karriere in der Bundeswehr bis zum Generalinspekteur. 1967 zum Oberbefehlshaber der Nato Europa-Mitte vorgeschlagen und nach Protesten wieder zurückgezogen. Schnez war 1967 Manöver- Chef von „Panthersprung“, eines BW Manövers mit 50.000 Soldaten. Die Nato war beteiligt und stellte Atomwaffen zur Verfügung. Schnez setzte diese - ohne Freigabe der Atombombenbesitzer - schon am ersten Tag ein, was die Bündnispartner vor vollendete Tatsachen stellte und damit brüskierte und bei halbwegs realem Ablauf das Manöver hätte beenden sollen. Schnez hatte in guter alter Tradition alles in Schutt und Asche gelegt. Schnez profilierte sich danach als Hardliner und Einpeitscher einer demokratiefeindlichen Gruppe von Führungsoffizieren in der Bundeswehr. In privaten Studien und der sogenannten

Schnez-Studie sagte er dem Konzept der inneren Führung den Kampf an. Seine Werte sind: „Tapferkeit, Ritterlichkeit, Gerechtigkeit, Fürsorge, Kameradschaft, Entschlossenheit, Opferbereitschaft, Disziplin und Hingabe an die Sache um ihrer selbst willen.“ Sein Programm war das der autoritären Formierung der Gesellschaft und der totalen Entrechtung der wehrpflichtigen Soldaten als reaktionäre Antwort auf beginnende Demokratiebewegungen unter Soldaten. „Um den Auftrag der Bundeswehr erfüllen zu können, müssen von allen politischen Führungsgremien folgende allgemeingültigen Voraussetzungen anerkannt und erfüllt werden: - das Bekenntnis der Mehrheit des Volkes, des Bundespräsidenten, des Parlamentes und der Regierung zur Verteidigung des Staates gegen jede Art von Angriff; - die Einsicht der Bürger, dass vor dem Anspruch auf Rechte die Erfüllung von Pflichten zu stehen hat und dass das Recht der Gesamtheit Vorrang vor dem Recht des einzelnen besitzt.“ Diese Ideen sind nicht

neu. Neu aber war, dass die Bundeswehr versuchte, die Gesellschaft nach ihrem reaktionären Bild umzuformen. Es grummelte vor allem im Parlament um die Schnez-Studie. Aber so weit war Schnez von den Vorstellungen der künftigen SPD-Verteidigungsminister Leber und Schmidt nicht entfernt und der Skandal wurde unter den Teppich gekehrt.

Albert Schnez aber schaffte es in den Beirat der „Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik“ im Umfeld der Zeitschrift „Wehrtechnik“. Er nimmt Teil an der Verteilung der

30 % Schmiermittel, die nötig sind, um bestehende Widerstände und Widersprüche zu überwinden. Wir bitten um Verständnis für Herrn Schnez, dass er seine schmale Rente ein wenig aufbessert.

2. Dieter Wellershoff

Wellershoff war ein Senkrechtstarter in der Bundeswehr, Bereich Marine. Jahrgang 1933, 1977 jüngster Admiral, 81-84 Leitung der Führungsakademie der BW, 1985 jüngster Inspekteur der Marine, 1986 jüngster Generalinspekteur der BW. Hält sich bis 1991. Forderte in dieser Funktion ein militärisches Oberkommando der BW ähnlich der Wehrmacht: „Die Bundeswehr wird sich daher für die Streitkräfte eine nationale Führungsstruktur schaffen müssen, die eine operative Einsatzführung auch außerhalb der Nato-Kommandostruktur ermöglicht.“



D. Wellershoff-auf dem Weg nach rechts

(1991). Kritisierte massiv die Politiker, die den Weg der Auslandseinsätze der BW noch nicht mitgehen wollten: „Im Gegenteil, sie zögern bei Krisen durchaus viel zu lange und lassen sie erst richtig hochkochen. Ich glaube, mit einer früheren und energischeren Kosovo-Politik hätte sich das Schlamassel vermeiden lassen.“

Wellershoff war der erste Präsident der „Bundesakademie für Sicherheitspolitik“ 1992-1995 (s. Übersichtsartikel).

In der Zeitschrift „Wehrtechnik“ 3/2000 schreibt Wellershoff einen umfangreichen Artikel über: „Wehrtechnik und Political Correctness- Der Einfluss von Zeitgeist und politischem Moralismus“ Darin entwickelt Wellershoff Gedanken über Rüstung und Rüstungsgegner. Die Welt sei nicht friedlich, Rüstung nicht grundsätzlich schlecht: „In der Hand unserer Bundeswehr und unseres Bündnisses schützt sie unsere unverzichtbaren Werte. In der Hand des Diktators oder Aggressors verbreitet sie Angst und Schrecken.“ Wo gut und böse so eindeutig verteilt sind, stört Geschwätz: „Der Begriff des Friedens ist leider auch ein besonderes Feld der hohlen Rhetorik...“ Menschenrechte seien keine „innere Angelegenheit von Staaten“, weshalb man unter Berufung auf die UN Charta auch andere Staaten überfallen dürfe, man habe sich ja immer schon eingemischt. Das nennt er „Humanitäres Völkerrecht“. Es wirkt aber nur, „wenn seine Adressaten es kennen und wenn sie ein entsprechendes Rechtsbewusstsein haben.“

Neue Bedrohungsszenarien kleidet er in – rhetorische – Fragen: „Besteht nicht die Gefahr, dass Ost und West abrüsten und China und der Süden gefährlich für den Norden aufrüsten?“ Den Lesern von WT ist sein Hinweis geschuldet, dass die politische

Prognosefähigkeit „schwach ausgeprägt“ sei.

„Deshalb bleibt Rekonstitutionsfähigkeit erforderlich“, d.h. die Zahl potentieller Gegner ist größer als die Politik wahrhaben will und dann muss schnell aufgerüstet werden können.

Soweit so uninteressant. Das plappern Generale nun mal. Es gehört zum Handwerk. Was den Beitrag von Wellershoff interessant macht, ist die Denunziation seiner Gegner. Er teilt die Menschen ein in vier Kategorien:

- die wenigen Erwählten, die aktiven Befürworter einer wirkungsvollen Sicherheitspolitik

- die vielen, die bewusst eine „Ohne-Mich-, Haltung einnehmen, die er als „sich friedlich und tolerant gebärdende, vermeintlich politisch korrekten ‚Gutmenschen‘ bezeichnet.“

- die Gedankenlosen, für die „der Strom aus der Steckdose kommt“

- die mittlerweile kleine „Schar der aktiven Gegner legitimer Sicherheitspolitik“. Diese bläst er aber auf, indem er ihnen unterstellt, „dass sie oft wichtige Funktionen der Multiplikation in Politik und Medien, in Wissenschaft und Kulturbetrieb besetzen“.

Wellershoff geifert, ihm sei es doch egal, „ob die angesprochene Einstellungen und die dazugehörige Rhetorik aus wohlüberlegter pazifistischer Strategie, allgemeinem unreflektiertem Gutmenschentum oder nachplappernder Gedankenlosigkeit benutzt“ werden. Es gehe um die Sicherheit unseres Staates usw.

Das Besondere an den Auslassungen des Generals ist, dass sie eine Kampagne der neofaschistischen Wochenzeitschrift „Junge Freiheit“ nachzeichnen und für das Gebiet des Militärs konkretisieren. Wesentlich an der JF-Kampagne, die mit Aufkleber, T-Shirts und Dauerkolumnen ein Bündnisangebot des Neofaschismus eröffnet, ist die Feindbestimmung einerseits (Gutmenschentum, mal gegen Rassismus, mal für Frieden) andererseits die Behauptung, die eigenen reaktionären Ziele (Ausländer raus oder Aufrüstung jetzt) könnten nur aus einer berechtigten Defensive heraus gegen eine angebliche Übermacht der politisch Korrekten durchgesetzt werden. Und tatsächlich: Dieter Wellershoff gehört zu denen, die dieser neofaschistischen Zeitschrift ein ausführliches Interview gaben. (JF 2.6.2000) Jetzt unterschrieb Wellershoff (Admiral und Generalinspekteur a.D.) als Erstunterzeichner einen „Appell für die Meinungsfreiheit“. Gemeint

war die Freiheit der Neonazis, bei der Postbank ein Konto zu unterhalten.

Hemmungslos: Die Rüstungsexporte

Keine Stellungnahme der Industrie oder von Militärs, die nicht die angeblich fehlenden Exportchancen der deutschen Rüstungsindustrie beklagten. Ja der Rüstungsexport wird zum Dreh- und Angelpunkt einer nationalen Rüstungsindustrie beschrieben, also ohne Rüstungsexport kein Wohlstand, keine Arbeitsplätze usw. Wie wenig das mit der Wirklichkeit zu tun hat, zeigen die realen Zahlen des legalen Waffenexports: Im Jahr 1998 wurden Waffen im Wert von 5,4 Milliarden DM exportiert, im Jahr 1999 waren es bereits 6,6 Mrd. DM, davon 1,5 Mrd. DM an Entwicklungsländer. Bei schwerem Gerät, den sogenannten Kriegswaffen, verdoppelte sich der Export von 1,3 Mrd. DM im Jahr 1998 auf 2,8 Mrd. in 1999. Die New York Times veröffentlichte im August 2000 einen Bericht des amerikanischen Kongresses, wonach die BRD mit Verkäufen von 8,5 Mrd. DM größter Waffenexporteur Europas sei. Die anderen europäischen Länder kämen zusammen auf 14,7 Mrd. DM. (FAZ 22.8.2000)

Wie wenig bei diesen Rüstungsexporten „die gute Sache“, die Menschenrechte, eine Rolle spielen, zeigen die Exporte in die Türkei. 1999 wurden Waffenexporte von fast 2 Mrd. DM an die Türkei genehmigt. Die angekündigten Exporte von Panzern und einer Munitionsfabrik zeugen von der Hemmungslosigkeit, mit der Menschenrechte dem Profitstreben deutscher Konzerne geopfert werden. Und wir sprechen hier nur über die „legalen“ Seiten des Geschäfts.

Ein Beispiel für die Schamlosigkeit und offene Unverfrorenheit des MIK ist die Messe „Filda 2000“ in Angola. Der Förderkreis der deutschen Wirtschaft St. Barbara und die Firma IMAG offerieren per Anzeige die Mitwirkung an dieser Messe, die durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie gefördert wird. Gedacht ist an einen Gemeinschaftsstand der deutschen Wirtschaft „unter deutscher Flagge“. Ziel sei es, „den Friedensprozess und den Wiederaufbau Angolas mit einer offiziellen Präsenz“ auf der Messe zu unterstützen. Die potentiellen Aussteller im Auge, werden nicht nur Informationsstände angeboten, sondern auch Platz „im Freigelände mit größeren Objekten“. Die ganzseitige Anzeige erschien in „Wehrtechnik März 2000“ und deren Anzeigenkunden

brauchen für ihr Kriegsgerät wahrlich „Freigelände“. Inwiefern dadurch der Friedensprozess in Angola befördert wird, dazu wird die zuständige Ministerin, Frau Heidemarie Wieczorek-Zeul, sicher gern Antwort geben.

Fazit:

Der MIK der Bundesrepublik steht vor großen Geschäften. Seine Interessen stehen im Gegensatz zu den Interessen der Mehrheit der Gesellschaft. Zur Durchsetzung seiner Separatinteressen braucht der MIK ein Geflecht von Abhängigkeiten, auch finanzieller Art. In der Perspektive der Rüstungsindustrie spielen sozialdemokratische und auch grüne Politiker eine besondere Rolle, da deren Wählerschaft als Kritiker als potentielle Gegner von Rüstungsgeschäften besonderer „Bearbeitung“ bedürfen.

In den kommenden Jahren soll es eine rüstungspolitische „Aufholjagd“ mit den USA geben, um deren militärische Dominanz in bewaffneten Konflikten wie dem

Kosovo-Krieg zu verringern. Die Konkurrenz zu den USA wird dabei hinter so wohl-tönenden Formeln wie „Wir haben nicht zuviel Amerika, sondern zuwenig Europa“ (Scharping) versteckt. Wenn dabei nicht viel nach außen dringt, dann hat das taktische Gründe: „Ich möchte jeden Amerika-kritischen Ton vermieden wissen, solange die Europäer sich nicht zusammenraffen und selbst was auf die Beine stellen“. (Wellershoff 6/2000)

Dieses „auf die Beine stellen“ ist also der Kuchen, den der MIK der BRD verspeisen will. Dazu gehören Ankündigungen von Scharping, den Verteidigungshaushalt in den nächsten 10 Jahren mit zusätzlichen 20 Mrd DM aufzublähen. Dazu gehören die Rüstungsvorhaben der Bundeswehr, die für Beschaffungsmaßnahmen bis zum Jahr 2015 allein für „wesentliche Großvorhaben“ 110 Milliarden DM ausgeben will. Für alle 215 Beschaffungsprogramme bis zum Jahr 2015 fallen mit Forschung und Entwicklung 215 Milliarden DM an.

Dieses Geld ist für die Entwicklung einer gerechteren Gesellschaft, für die Entwicklung einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung verloren. Im Gegenteil: der Umbau der Bundeswehr zu einer Interventionsstreitmacht wird immer häufiger zu Kriegen führen. Dass in der Wirtschaft und im Militär- wie im vorliegenden Beitrag gezeigt- die Meinung vertreten wird, man könne nicht wissen, wie schnell sich neue Feindschaften entwickeln und deshalb müsse man schnell „wieder“ aufrüstungsfähig bleiben, sollte zur Sorge Anlass geben. Der Frieden ist bedroht und der Militärisch-Industrielle Komplex der Bundesrepublik ist die treibende Kraft.

Dieses Thema erweckt wahrscheinlich zunächst die Erinnerung an die Welle neonazistischer Exzesse in der Bundeswehr in den Jahren 1997/98, die berüchtigten „Einzel-fälle“, die die Militärführung wohl inzwischen „in den Griff“ bekommen hat. Da waltete die gleiche Besorgnis um das Image, die jetzt Regierung und hmerverbände

Kurt Heiler arbeitet in der Kommission
„Neofaschismus der VVN-Bund der
Antifaschisten NRW



Am 8. Mai 98 Kundgebung am VVN-Denkmal in Würselen bei Aachen

PS. Die deutsche Rüstungsindustrie befindet sich „im Kampf ums nackte Überleben“, so Axel Homburg, Dynamit Nobel, Vorsitzender AK Verteidigungspolitik der BDI am 23.5.00 z.B. Thyssen-Krupp: Auftragseingang + 20 % ,

Ergebnis vor Steuern + 30 % in 2000, Fa Rheinmetall: Umsatzrendite von 2 auf 5 % bis 2004, 1 Mrd euro für den Kauf von 8 Unternehmen investiert. Chef Klaus Eberhardt: „In der Heeres-technik sind wir dank der Bundesre-

gierung einen erheblichen Schritt weitergekommen.“ Der Profit von RM 2000 verdreifacht.; EADS: Auftragsbestand 133 Mrd Euro= 5 Jahre. Profitrate von 8 % in 2004 angestrebt.

Bundeswehr und Neonazismus

Gerd Deumlich

Dieses Thema erweckt wahrscheinlich zunächst die Erinnerung an die Welle neonazistischer Exzesse in der Bundeswehr in den Jahren 1997/98, die berüchtigten „Einzelfälle“, die die Militärführung wohl inzwischen „in den Griff“ bekommen hat. Da waltete die gleiche Besorgnis um das Image, die jetzt Regierung und Unternehmerverbände gegen den „Rechtsextremismus“ auf die Sprünge bringt.

In Bezug auf die Bundeswehr sind sozialdemokratische Regierungsvertreter auf wunderbare Lösungen verfallen: Auf der 38. Kommandeurtagung im November 2000 in Leipzig bestand Minister Scharping auf der Beibehaltung der Wehrpflicht mit dem Argument, der Dienst in der Truppe schütze junge Leute vor „rechtsextremen Verführern“. Sein Nachdenken über „neue Programme gegen rechte Tendenzen“ brachte den niedersächsischen Ministerpräsidenten Sigmar Gabriel zu der Erkenntnis, dass für die jungen Leute „in unserer Gesellschaft immer mehr die Bindekräfte verloren“ gingen; sie erführen „Demokratie immer mehr als kaltes Projekt,...was fehlt, ist ein Wärmestrom von der Politik in die Gesellschaft hinein“. Gefragt, wer oder was denn die verloren gegangenen Bindekräfte wieder zurückbringen könnte, fiel ihm vor allem die Bundeswehr ein: „Die kann erwiesenermaßen demokratische Erziehung leisten und gleichzeitig bestimmte psychologische Bedürfnisse befriedigen... Ersteres hält gewiss keiner kritischen Prüfung stand - umso mehr trifft zu, dass in einer Armee, die inzwischen das Kriegführen begonnen hat und zur Interventionsstreitmacht entwickelt wird, die „psychologischen Bedürfnisse“ neofaschistischer Rambotypen so „befriedigt“ werden, dass diese Truppe, deren Auftrag immer strikter darauf beruht, das Recht des Stärkeren im Sinne imperialistischer Interessen zu verfechten, vor allem für Rechtsextremisten attraktiv ist, ob Rekrut oder General. Gabriel will glauben machen: „Die Rechten haben keine Chance, sich die Armee als ihre Pfründe unter den Nagel zu reißen“ - in Wirklichkeit ist gerade die Bundeswehr ein gefährlicher Aktivposten der politischen und geistigen Rechtsentwicklung in diesem Land. Wenn viele schon erken-

nen, dass der Rechtsextremismus aus der Mitte der Gesellschaft kommt, muss erkannt und bekämpft werden, wodurch die staatliche Institution Bundeswehr in dieser Richtung wirkt.

Rechtsextremismus in den Panzerschrank

Die Bundeswehr-Universitäten Hamburg und München und die zivile Universität Koblenz haben vor einiger Zeit eine Studie über die politische Orientierung des Offiziers-Nachwuchses erarbeitet. Sie ist noch vom CDU-Minister Volker Rühle wegen der brisanten Resultate der Untersuchungen im Panzerschrank versteckt worden. Soviel ist immerhin an die Öffentlichkeit gedrungen: 54,7 % der Studenten an den Bundeswehr-Universitäten stufen sich selbst als „rechts von der Mitte im Vergleich zum Durchschnittsbürger“ ein. Bei über 60% sind prononciert Einstellungsmuster vertreten wie „Abwehr von Fremdem“ - „Begrenzung der Zuwanderung“ - „Abwehr kultureller Überfremdung“. Die Studie trifft selbst die Wertung, dass ein großer Teil der militärischen Führungsschicht der Zukunft in der Nähe des Rechtsextremismus steht. Dazu kommt die Feststellung, dass die Bundeswehr eher für Rechte attraktiv ist, dass kritische junge Leute eher den Wehrdienst verweigern, dass sogar immer mehr kritische Leute, bedingt

durch die neue Militärstrategie, die Bundeswehr verlassen.

Diese jüngeren Fakten drücken beileibe keine neue Tendenz aus. Der Weg der Bundeswehr ist von Anfang an von politischen Affären bis in die Führungsspitzen gekennzeichnet. Immer ging es der Generalität, die großen Teils der Hitlerwehrmacht entstammte, darum, die Bundeswehr, deren Aufgabe durch das Grundgesetz auf die defensive Landesverteidigung begrenzt war, auf den Kurs offensiver Kriegsfähigkeiten zu drängen

Von Geburt an rechtslastig

Weichenstellend dafür war bereits der Akt, mit dem die Gründung der Bundeswehr in Angriff genommen wurde. Im September 1950 versammelte Bundeskanzler Adenauer fünfzehn ehemalige Generale und Offiziere der Hitlerwehrmacht konspirativ im Kloster Himmerod in der Eifel zu dem Auftrag, eine „Denkschrift“ über die „Aufstellung eines deutschen Kontingents im Rahmen einer übernationalen Streitmacht zur Verteidigung Westeuropas“ auszuarbeiten. Leute wie Heusinger, Guderian, Foertsch, Röttiger usw. sämtlich treue Gefolgsleute ihres Oberbefehlshabers Adolf Hitler bis zum Ende des Krieges, kamen dem nur allzu bereitwillig nach. Aber sie stellten zwei



Gründungsväter der Bundeswehr - Blut war noch nicht trocken

Bedingungen: Ehrenerklärung für die Hitlerwehrmacht und Freilassung aller „unschuldig als Kriegsverbrecher“ inhaftierten „Kameraden“ - und: völlige militärische „Gleichberechtigung“ und Ausrichtung und Ausrüstung der neuen Truppe zur Fähigkeit zum erfolgreichen Kampf gegen die „bolshewistische Bedrohung“ aus dem Osten. Beide Forderungen wurden im wesentlichen erfüllt. Viele Kriegsverbrecher wurden baldigst freigelassen und Adenauer gab vor dem Bundestag die geforderte Ehrenerklärung für die Wehrmacht einschließlich der Waffen-SS ab. Sein Respekt vor dem „anständigen deutschen Soldatentum“ knüpfte gradlinig an den letzten Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht vom 9. Mai 1945 an, mit dem bereits der Tenor für die Nachkriegs-Legenden über die Hitler-Wehrmacht gesetzt wurde: Nachdem „ein fast sechsjähriges heldenhaftes Ringen zu Ende“ gegangen sei, wird „die einmalige Leistung von Front und Heimat ..in einem späteren gerechten Urteil der Geschichte ihre endgültige Würdigung finden“. Man sieht, sehr lange brauchten die Herren General nicht darauf warten.

Was die Ausrichtung der Truppe betrifft, bescheinigte noch jüngst der Oberst der Bundeswehr, Dr. H.J. Harder vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt den Akteuren der „Geburtsstunde der Bundeswehr hinter Klostermauern“, ihre „operativen Grundannahmen...entsprachen der Vorstellungs- und Erfahrungswelt des Zweiten Weltkrieges, insbesondere des Ostfeldzuges“ (FAZ, 9.10.2000)

Einer aus dieser Kaste unbelehrbarer Militaristen, der Generaloberst Guderian brüstete sich 1950 in seinen „Erinnerungen eines Soldaten“: „Wir wurden Soldaten, um unser Vaterland zu verteidigen und um unsere Jugend zu anständigen und wehrhaften Männern zu erziehen, und wir wurden und waren es gerne. Wir werden uns durch das Gejammer einer schwachen Gegenwart über den sogenannten ‘Nationalsozialismus’ darin nicht beirren lassen. Wir wollen und werden Deutsche bleiben...Richtet Euch auf, meine Kameraden, und tragt den Kopf hoch, wie einst zur Parade! Ihr braucht Euch Eurer Taten wahrlich nicht zu schämen. Ihr waret die besten Soldaten“. (Heidelberg, 1950, 2. Aufl. 1951, S.10 und 423)

Bewunderung für die „Kriegsgeneration“

Man sieht, die Wurzeln für den heutigen Neofaschismus, für Geisteshaltungen, wie sie in Vorfällen in der Truppe oder in Aufmärschen der Neonazis sich austoben, sind schon früh gelegt worden. Und sie erhielten immer wieder Nahrung auch von dem Nachwuchs der militaristischen Führungselite, die sich bewusst in die Tradition der Wehrmachtsgenerale gestellt haben, die ihn geschult haben und worauf sie stolz sind, wie der 1959 in die Bundeswehr eingetretene Gerd Schultze-Rhonhof, der es bald bis zum General brachte, 1998 in der Neonazi-Postille „Junge Freiheit“ bekundete. Im gleichen Jahr veröffentlichte er seine Schrift: Wozu noch tapfer sein?, worin er u.a. hervorhebt: Die Wehrmachtsführung habe im Krieg „zum großen Teil militärisch Hervorragendes geleistet.“ Er schwärmt für die von ihr „geplanten und geführte Feldzüge, Schlachten und Gefechte“ und plädiert dafür, „dass auch die Bundeswehr die Erinnerung an die großen Leistungen großer Generale und Admirale der Wehrmacht wach hält und Mustergültiges als ‘Muster gelten lässt’“. Es ist kein Geheimnis, dass dieses Denkmuster in der Bundeswehr dominiert, genau genommen wird es durch den Traditionserlass gestützt, der zwar erklärt, dass die Wehrmacht als Ganzes keine Tradition für die Bundeswehr begründen könne, wohl aber die soldatisch vorbildlichen Beispiele vieler Einzelner, Soldaten bis Heerführer. Welch eine Wirkung soll von einer solchen Bundeswehr gegen die Bewunderung der Neonazis für die deutsche „Kriegsgeneration“ ausgehen? Es muss eher das Skinhead-Denken munitioniert werden, denen die NPD stets einredet, sie seien die Vollstrecker eines rechten Volkswillens, denn: „Die für den Wiederaufbau der Volksgemeinschaft sehr wertvollen jungen Menschen müssen als politische Soldaten denken und handeln“. (Wörtlich aus einem NPD-Material)

Marschziel Kriegstüchtigkeit

Aus der Sicht des heutigen Standes der Militarisierung, worin Deutschland längst wieder zur Kriegsmacht geworden ist, hat die Bundeswehr gewisse Probleme erfolgreich hinter sich gebracht.

Durchgesetzt hat sich jene Fronde, die in den fünfziger- und sechziger Jahren gegen das namentlich von Baudissin vertretene



Neonaziblatt aus Köln: Kriegsbegeistert

offizielle Konzept der „Inneren Führung“ opponierten, das die Bundeswehr als eine „Armee für den Frieden“ bestimmen wollte. Sein Stellvertreter, Heinz Karst, der später bis zum „General des Erziehungs- und Bildungswesens im Heer“ Karriere machte, vertrat dagegen das Konzept, dass die Bundeswehr „Kriegstüchtigkeit anstreben“ müsse. Sie müsse sich „in Ausbildung und Erziehung, Führung und Bildung primär von den unerbittlichen Forderungen der...noch möglichen Kriegsbilder leiten lassen“. Der Mann hat selbstredend die rechten Vorbilder für Kriegstüchtigkeit parat: „Nie hätte man nach 1918 daran geglaubt, dass das entwaffnete und gedemütigte, innerlich zerrissene und verkleinerte Deutschland 20 Jahre später mit einer imponierenden Wehrmacht fast ganz Europa erobern würde“. Er nannte das Buch, worin diese Leistung des Hitlerstaates und seiner Wehrmacht gefeiert wird „Die Bundeswehr in der Krise“ - ist sie nicht mehr, sondern weit voran auf dem Weg der Kriegstüchtigkeit - und da soll ein Neonazi nicht stolz darauf sein dürfen, „ein Deutscher zu sein“?

Den 20. Juli zum „Symbol“ gemacht

Ausgestanden ist auch, dass und wie man sich dazu durchrang, den 20. Juli 1944 zum Symbol eines Gewissens-Aufstandes und des „militärischen Widerstands(?)“ auf den Schild zu heben. Den Widerstand, den es lange und hartnäckig in der Führungselite der Bundeswehr gegen diesen Fall von „Verrat“ und „Disziplinbruch“ gab, konnte man damit ausräumen, wie nützlich es für das

Image ist, solch ein Symbol vorweisen zu können. Und alle Verfechter der ewigen soldatischen Tugenden können sich damit trösten, dass der 20. Juli nicht das hehre Beispiel des heroischen Endkampfes der Wehrmacht bis zur Niederlage aus dem Traditionsbild der Bundeswehr verdrängt hat. Dafür haben in der Bundeswehr aktiv dienende Militaristen selbst ihre Zeichen gesetzt und damit ihre Botschaften auch an das gesamte neonazistische Potential in diesem Lande gesandt - beispielsweise mit dem Auftritt des deutschen NATO-Admirals Wegener am Grabe des „letzten Staatsoberhauptes des Deutschen Reiches“ Karl Dönitz und dem Ruhm auf dessen „zu Unrecht geschmähte Tugenden: Ehrenhaftigkeit, aufopferungsvolle Hingabe an die Aufgabe, Vaterlandsliebe und unwandelbare Treue zur Staatsführung“?.



Antikriegsbündnis Aachen :Untrennbare Lehre aus dem Faschismus!

Wenn also in jüngster Zeit von oben hergehoben wird, die Bundeswehr müsse mehr ihre eigene, von ihr selbst begründete Tradition in den Vordergrund stellen, dann gehört genau das dazu: die Inspiration für den Neonazismus durch die Militarisierung und Neonazismus in der Bundeswehr selbst.

Das Hauptverbrechen des Faschismus war der Krieg

Aber das Verhältnis von Bundeswehr und Neonazismus bestimmt sich nicht nur aus dem Komplex der Tradition. Heute ist dafür entscheidend die gegenwärtige strategische Orientierung, die als Bundeswehr-„Reform“ drapierte Umgestaltung zu einer Interventionsarmee, zu einem wie der neue Generalinspekteur Kujat auf der 38. Kommandeurtagung im November 2000 in Leipzig betonte, „hochwirksamen Instrument“ deutscher Politik, einer Bundeswehr, die sich darauf einstellen muss, „auf lange Zeit“ eine „Armee im Einsatz“ zu bleiben.

Diese Armee muss, so Scharping auf dem 11. Forum des Springer-Konzerns „Bundeswehr und Gesellschaft“, qualitativ und quantitativ dem „Gestaltungsanspruch“ Deutschlands in der heutigen Welt entsprechen - so wie sie sich bereits mit der Teilnahme am NATO-Angriffskrieg auf dem Balkan „als Glücksfall in der Geschichte des deutschen Militärs bewährte“.

Staatsphilosophische und politische Grundlage dieser Entwicklung ist - im Kontext der neuen NATO-Strategie - die nun wieder volle Inanspruchnahme des „Rechts auf

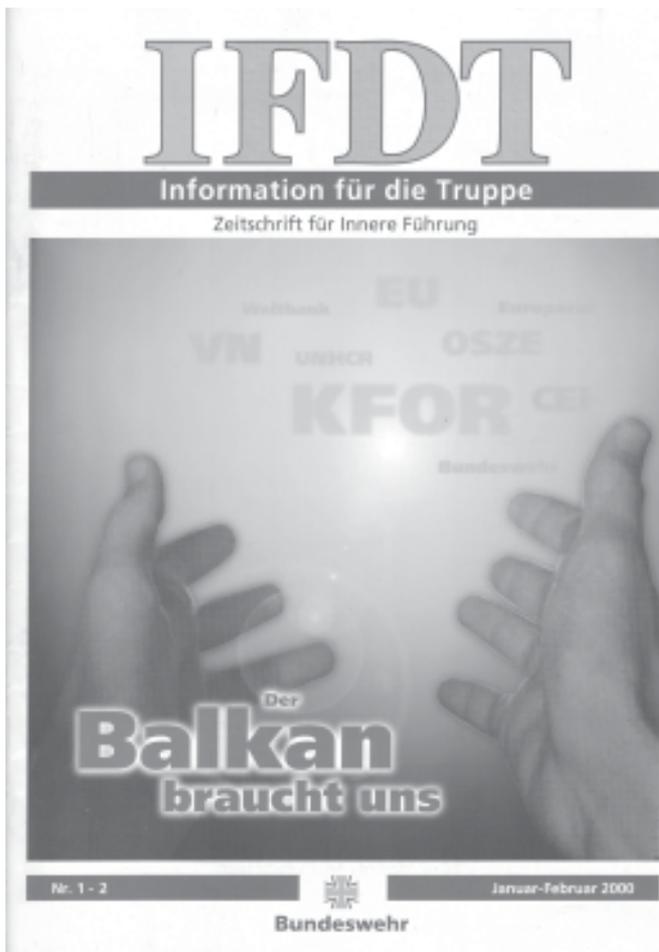
Krieg“, als konstitutives Attribut des Staates, als natürliches Ereignis in der Geschichte der Staaten und Völker. Dieses „klassische“ Verständnis von der Wahrung „nationaler Interessen“ herrscht in allen imperialistischen Staaten vor. Das „vereinte Deutschland“ vermeldete damit der Welt seine „Rückkehr“ zur „Kontinuität“ und „Normalität“. Auf die deutsche Geschichte bezogen hat es die Rehabilitierung des aggressiven Vernichtungskrieges des vom Faschismus beherrschten Deutschen Reiches zur Konsequenz. In der Erfahrung, wie die Rückkehr zur aktiven Kriegspolitik in der deutschen Öffentlichkeit hinging, zeigte sich die Wirksamkeit des Geschichtsrevisionismus, der in dem gesamten rechtskonservativen bis neonazistischen Potential massenhaften Rückhalt findet.

Wenn schon Verbrechen auch der deutschen Wehrmacht gegen Slawen und Juden, gegen Partisanen und Zivilbevölkerung nicht zu leugnen sind, werden sie inzwischen überwiegend als legitime deutsche Reaktion auf die „Brutalisierung des Krieges“ von der anderen Seite offen gerechtfertigt, ergänzt durch Anklagen gegen „Verbrechen an der deutschen Wehrmacht“, gegen das „Vertreibungsunrecht“, das erst 1945 und gegen die Deutschen einsetzte. So wird nicht nur an der Legende vom „sauberen Krieg der Wehrmacht“ gestrickt, so wird völlig in den Hintergrund und immer mehr aus dem Massenbewusstsein gedrückt, dass dieser ganze Krieg das Hauptverbrechen des deutschen faschistischen Staates und seiner

Wehrmacht war, der Zweck und der Rahmen für alles, was ihn vorsätzlich zum völkermörderischen Vernichtungskrieg machte.

Bei dem dominierenden Umstand, dass sich deutsche Militärpolitik umfassend auf künftige Interventionskriege einrichtet und dies ja auch ideologisch begründet werden muss - General Naumann stellte die Prognose auf, dass es nach dem Ende des Kalten Krieges schwerer würde, Frieden zu halten, dass es zugleich nicht leichter würde, der Öffentlichkeit Kriegseinsätze zu vermitteln -kann man sicher sein: Alle offiziellen Aufregungen um den „Rechtsextremismus“ werden keine nachhaltige Abnahme des Neonazismus bewirken, er wird gerade durch die offizielle Kriegspolitik weiteren Auftrieb erhalten.

Es gibt da eine drastische Erfahrung: Scharping und Fischer haben die Teilnahme an der NATO-Aggression gegen Jugoslawien mit der neuen Auschwitz-Lüge gewissermaßen „antifaschistisch“ zu legitimieren versucht - Hat das etwa in Deutschland den Antifaschismus gestärkt? Im Gegenteil: das staatsoffizielle Anschauungsbeispiel, dass man gegen „unbotische Schurken“ bedenkenlos Gewalt anwenden kann, hat neonazistischen ausländerfeindlichen Terror eher regelrecht ermuntert.



Den gleichen Feind im Visier

Auf die Zukunft bezogen leiten die NATO-Mächte ihr willkürliches Interventions"recht" davon ab, dass den reichen kapitalistischen Länder ein „unberechenbares Sicherheitsumfeld“ gegenübersteht. Sie haben das, z.B. in den deutschen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ oder in der „Neuen NATO-Strategie“ in einen Katalog von „Risiken und Bedrohungen“ gefasst. Dabei wird ein Bild vom „Feind“ kultiviert, das diesem, sei es rassistisch, religiös oder kulturalistisch, die Qualität gleichwertiger Menschen schlechthin abgesprochen werden. Das wird mehr oder weniger rabiat formuliert. In der „Truppenpraxis“ Nr.2/1996 schrieb der deutsche Generalstaboffizier Reinhard Herden, Bereichsleiter für Analysen und Risiko-prognosen des Amtes für Nachrichtenwesen der Bundeswehr: „Im nächsten Jahrhundert werden die jetzt in Frieden lebenden wohlhabenden Staaten gegen die Völker der armen Staaten und Regionen ihren Wohlstand verteidigen müssen. Um Dinge, die man einmal kaufen konnte, wird man Krieg führen müssen“. Dem entspricht das der Bundes-

wehr gestellte Feindbild, dass sie es bei weltweiten Einsätzen „nicht mit Soldaten im westlichen Sinne zu tun haben werde, sondern mit Kriegern, mit Banditen, die keine Loyalität kennen, aus Gewohnheit Gewalt anwenden und an Recht und Ordnung kein Interesse haben.“ Frage: Wo ist hier ein Unterschied zum „Weltbild“ der Neonazis, die handgreiflich dagegen einschreiten, dass „uns hergelaufene Heloten die Arbeitsplätze und den Wohlstand rauben“? Die den Interventionsstreitkräften gestellte Perspektive muss diese Profittruppe gerade für im „Ausländerkampf“ bewährte Neonazis anziehend machen.

Kämpfer oder Wohltäter der Menschheit?

Eine auffällige Nähe existiert auch zwischen offiziellen imperialistischen Vorstellungen über die künftige Kriegführung und rassistischen Denkmustern. Wie bereits aus dem Golfkrieg kennen wir auch aus dem NATO-Krieg auf dem Balkan das perverse Selbstlob, wie durch eine technologisch überlegene Kampfführung, ohne eigene Verluste, klinisch präzise Militärschläge geführt wurden. Im jüngsten „NATO-Brief“, dem offiziellen Informationsorgan der NATO-Zentrale, ergeht sich der US-Staatssekretär Eash über die phantastische „militärtechnische Revolution“ in den USA, wodurch die „militärische Glanzleistung im bisher größten Kampfeinsatz der NATO, die präzisesten Luftoperationen der Geschichte“ möglich waren, ein Erfolg waren, weil sie ohne eigenen Verluste abgingen und „viel über die Zukunft der Kriegführung gelernt wurde“.

Für die deutsche Militärführung stellt sich die Sache noch nicht ganz so glorreich. Sie ist um riesige Rüstungsanstrengungen bemüht, um den „technologischen Abstand“

zu den USA aufzuholen. Dennoch war und ist der Einsatz auf dem Balkan eine willkommene Gelegenheit, um „wertvolle Erfahrungen über den Einsatzwert unserer Truppe“ zu sammeln, wie sich General Jürgen Reichardt, vormals Chef des Heeresamts ausließ. Dennoch bräuchte es noch weitere richtige „Feuertaufen“, denn je mehr Aufbauarbeiten und humanitäre Dienste, „desto geringer könnte mit der Zeit die Neigung zum Gefechtsdienst werden“, aber „Soldaten können nicht zugleich Kämpfer und Wohltäter der Menschheit sein.“ Und auf die Kämpfertypen kommt es an: „Für wirkliche Kampfeinsätze wird es entscheidend darauf ankommen, festgefügte, robuste Verbände mit verlässlichem Zusammenhalt einzusetzen, die auch unter hohen Belastungen noch kämpfen“ Darum sei Härte schon in der Ausbildung nötig, „will man im Einsatz Chaos, Panik und Zerfall schon bei der ersten Feindberührung vermeiden“. (FAZ, 21.10.1999) Truppenführer mit dieser rabiat militaristischen Denkweise werden ganz bestimmt keine Probleme mit neonazistischen Rambos haben, denen „Feindberührung“ ein ganz spezielles „psychologisches Bedürfnis“ (siehe SPD- Gabriel) ist.

Der Glaube an die überlegene technologische Kriegführung und das Ideal des überlegenen weißen Kämpfers - wenn das nicht ein ideales Angebot an neonazistisch-rassistisches Denken ist!

Gerd Deumlich, Mitglied des Bundesausschuss der VVN-BdA, Redaktion der „Marxistischen Blätter“

„Deutsch wählen heißt Frieden wählen“ - Die extreme Rechte und der Krieg gegen Jugoslawien

Fabian Virchow

Auch in den Publikationen der extremen Rechten ist der erste Krieg nach 1945, bei dem sich deutsche Soldaten auch direkt an Kampfhandlungen beteiligen, ein zentrales Thema der letzten Monate. Waren deutsche Neonazis vor einigen Jahren noch auf kroatischer Seite als Söldner tätig geworden, so hätte man nun erwarten können, dass sich die extreme Rechte erneut auf die Seite der Gegner Jugoslawiens bzw. Serbiens stellt - sich also etwa mit der Kosovo-Untergrundarmee UCK liiert, ist diese doch - folgt man der Ideologie der extremen Rechten - ein Musterbeispiel einer 'befreiungsnationalistischen' Bewegung.

Die große Mehrheit der Gruppen und Organisationen der extremen Rechten lehnt den NATO-Krieg aber entschieden ab. Und zwar mit Formulierungen und Äußerungen, die teilweise denen der Friedens- und Antikriegsgruppen sehr ähnlich erscheinen. So schrieb etwa die Deutsche Wochen-Zeitung, die der DVU nahesteht, kurz nach Beginn der NATO-Bombardierungen unter der Überschrift: „Warum die Bundeswehr im Kosovo nichts zu suchen hat - Bonn bricht die Gesetze“: „Denn wenn deutsche Kampfflugzeuge und Panzer jetzt auf dem Balkan an der Seite amerikanischer, britischer und

französischer Truppenteile das Feuer eröffnen, geschieht dies ohne Mandat der Vereinten Nationen. Die gesamte Militäraktion ist eine reine NATO-Veranstaltung; und sie dient auch nicht der Abwehr eines Angriffs auf ein Mitgliedsland.“¹ Anhänger der extrem rechten Deutschland-Bewegung² des früheren Bundeswehr-Obersten Alfred Mechttersheimer beteiligten sich an Friedensdemonstrationen u.a. mit Parolen wie „Keine NATO-Bomben auf Serbien“ oder „Keine fremden Truppen in Deutschland - Keine deutschen Truppen im Ausland“. Vom Präsidium der NPD war ein Appell an alle „deutschen Soldaten und Beamten“ zu vernehmen, dem „Amtseid auf das Grundgesetz treu“ zu bleiben und die Mitwirkung „am Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien“ zu verweigern.³ Und Neonazis aus verschiedenen europäischen Staaten riefen anlässlich des 50-jährigen Gründungstages der NATO gar zu einer Anti-NATO-Demonstration vor deren Hauptquartier in Brüssel auf.

Solches Auftreten mutet seltsam an und will nicht so recht zum Bild der extremen Rechten passen, zu dem Uniformen, Kriegsbegeisterung, Heldentum und Militärverherrlichung assoziiert werden. Es bedarf einer genaueren Analyse der Begründungszusammenhänge, um entschlüsseln zu können, dass dies kein Widerspruch darstellt und die Anti-Kriegs-Rhetorik der extremen Rechten keineswegs zum Ziel hat, Gewalt und Gewaltstrukturen aus der Welt zu schaffen. Die Ablehnung dieses NATO-Krieges gegen Jugoslawien stützt sich auf drei zentrale, miteinander verbundene Ideologeme der extremen Rechten: den Antiamerikanismus, den Rassismus und die Geopolitik.

Im Vordergrund: Antiamerikanismus

Liest man die Stellungnahmen der extremen Rechten zum Krieg, so fällt zunächst eine scharfe Abgrenzung gegenüber den USA und der NATO auf, wobei die NATO grundsätzlich als Instrument der USA gesehen wird, deren Zweck es auch immer gewesen sei, den eigenständigen außenpolitischen Handlungsspielraum Deutschlands einzuschränken. Die Bundesregierung und ihre Angehörigen werden demzufolge als „servile Erfüllungsgehilfen der USA“⁴, als



„Bonner Abenteuerer und Steigbügelhalter des US-Imperialismus“⁵ oder - in Anspielung auf den Buchtitel Goldhagens - als „willige Vollstrecker Washingtons“⁶ bezeichnet.

Für die extreme Rechte trägt an diesem Krieg aktuell die USA die Verantwortung; diese wolle auf dem Balkan einen ständigen Unruheherd schaffen, der Europa als ökonomisch, politisch und militärisch handlungsfähige Einheit schwäche und den USA als stärkste Militärmacht jederzeit Eingriffsmöglichkeiten biete. Außerdem würden die Flüchtlingsbewegungen die Volkswirtschaften der europäischen Staaten belasten und innenpolitische Auseinandersetzungen provozieren.⁷

Für die extreme Rechte haben die USA in Europa grundsätzlich nichts zu suchen; in einer Erklärung der „Europäischen Synergien“⁸ - das ist ein Zusammenschluss extrem rechter Theoretiker verschiedener europäischer Länder - wird „die Regierung der Vereinigten Staaten daran [erinnert], dass die Monroe-Doktrin in beiden Richtungen gelten muss: keine Intervention von europäischen Mächten in Amerika, keine amerikanische Intervention in Europa“.⁹ Konflikte und Kriege in Europa, so die Stellungnahme weiter, „sollten nur von den Mächten der Region geklärt werden, unter-



Lagerübergreifend: Theorieorgan der Neonazis seit 1952

stützt von Rußland und einem neuen bismarckschen Deutschland“. Hier scheint bereits die alte Idee des Deutschen Reiches hervor, das in Europa hegemonial ist. So erhofft sich die extreme Rechte denn ein „hoffentlich ‘entamerikanisiertes’ zukünftiges Europa“, welches wie Rußland, Indien und China als „weise alte Reiche“ den USA entgegentreten sollen. Wenn also die NPD und andere Gruppen in den 80er Jahren oder auch heute wieder mit der Forderung antreten, die „fremden Truppen“ sollten aus Deutschland abgezogen werden, so ist dies einem antiamerikanischen und nationalistischen, keineswegs antimilitaristischen oder gar pazifistischem Verständnis geschuldet. Es wäre freilich ein Irrtum anzunehmen, in der Abgrenzung - ja man muss wohl in vielen Fällen von Feindschaft sprechen - zu den USA bzw. zu Amerika ginge es nur um ökonomische und politische Dimensionen. Es sei - insbesondere seit der Auflösung der Sowjetunion und der DDR - Zeit, sich von den USA zu lösen, denn: „Eine organisch gewachsene Wertegemeinschaft zwischen Deutschen und Amerikanern gibt es nicht. Eine alte Hochkultur lässt sich nicht mit einer seelenlosen Plastik-Zivilisation vereinbaren.“¹⁰ Für die extreme Rechte ist die Frontstellung gegen die USA - ausgedrückt etwa in dem Wortpaar Kultur hier, Zivilisation dort - fundamental; denn ihr gilt Amerika als Hort der Verwilderung, als negative Projektionsfläche: „Vereinfacht ausgedrückt, ist die Entwicklung der amerikanischen Gesellschaft eine räumlich konzentrierte Vorwegnahme gesellschaftspolitischer Prozesse des Industriezeitalters, von denen die meisten je nach Verzögerung auf andere Weltregionen übergreifen.“¹¹

Völkischer Nationalismus statt allgemeiner Menschenrechte

Zu den hier angesprochenen gesellschaftspolitischen Entwicklungen gehören etwa Multikulturalität, Drogen und Individualisierung. Für die extreme Rechte einst und jetzt gelten die USA als Inbegriff des „Universalismus“, der - negativ als ‘Gleichmacherei’ verstanden und für gesellschaftliche Krisen und Problemlagen verantwortlich gemacht wird.

Die extreme Rechte lehnt universell gültige Werte, z.B. Menschenrechte und den Gleichheitsgedanken, ab. Ausgangspunkt ihrer Weltanschauung sind „Völker“, „Rassen“ und „Kulturen“ - gedacht als homogene Entitäten. Diese hätten jeweils ihre eigenen Weltdeutungen, Denk- und Lebensweisen entwickelt, die sog. „nationale Identität“. Dem entspreche ein Territorium

oder Staatsgebiet - ein geographischer Raum, in dem alle „Volksangehörigen“ leben sollten. Diese völkische Konstruktion, bei der das Volk alles, das davon unabhängige Individuum hingegen nichts ist, kommt so zur Deckung mit anderen Ideologemen der extremen Rechten, wie etwa der Idee der Geopolitik.¹²

War die Geopolitik für Haushofer „die Lehre von der Erdgebundenheit politischer Vorgänge“, so stellen die „Europäischen Synergien“ ein Arbeitsprogramm zur Entwicklung „geopolitischer Konzepte“, wozu insbesondere eine „gründliche geschichtliche Studie, die die Europäer in Ost und West an den gemeinsamen Kampf gegen das Osmanische Reich erinnert“, zu gehören habe. Der gemeinsame Kreuzzug französischer und deutscher Ritter symbolisiere den „Geist, den wir in Europa wiedererwecken wollen, ohne amerikanische Intervention.“

Diese antiislamische und antitürkische Ausrichtung ist ein weiterer Schlüssel zum Verständnis der Ablehnung des NATO-Krieges; in etlichen Stellungnahmen wird befürchtet, dass der Krieg zu einer Ausbreitung des Islam und einer Vergrößerung des Einflussbereiches der Türkei führt. So hat der langjährige Bundesvorsitzende der REP, Franz Schönhuber, denn auch volles Verständnis für die „Serben“: „Für die Serben ist der Kosovo eine Art Wiege des Volkes. (...) Hier erlitten die Serben im Jahre 1389 die größte Katastrophe ihrer Geschichte. Das serbische Heer wurde von den Türken vernichtend geschlagen, das Land unterworfen. (...) Der Hass gegen Muslime wird mit der Muttermilch getrunken. Er liegt im Blut.“ Aber, so beklagt sich der Autor, hiervon wolle die „heutige Journalisten- und Politikergeneration nichts mehr wissen“, denn: „Völkische Befindlichkeiten werden als ewig-gestrig abqualifiziert.“¹³ Für die extreme Rechte hingegen ist der völkische Nationalismus der Schlüssel zur Erklärung von Krieg und Frieden; in diesem Sinne trügen die Siegermächte des Ersten und Zweiten Weltkrieges eine historische Verantwortung für die Entwicklung auf dem Balkan, da sie dort sog. „Vielvölkerstaaten“ errichtet hätten. So heißt es in einer Erklärung des NPD-Kreisverbandes Nordmecklenburg: „So ist der Kosovo-Konflikt doch lediglich die Folge eines Mischvölkerstaates, welcher aus reiner Machtgier und ohne Anerkennung der kulturellen und religiösen Eigenarten der verschiedenen Völker geschaffen wurde.“¹⁴

Immer wieder: die Geschichte umschreiben

In ihren Stellungnahmen nimmt die extreme Rechte zudem wiederholt historische Motive und Aspekte auf. Das ist nicht weiter verwunderlich, handelt es sich beim NATO-Krieg gegen Jugoslawien doch erstens um den ersten Kampfeinsatz deutscher Soldaten seit 1945, und findet dieser zweitens in einer Region statt, in der die Soldaten der Wehrmacht unzählige Kriegsverbrechen begangen haben.

Es sind vor allem zwei Themen mit deutlich historischem Bezug, die immer wieder herausgestellt werden:

- Flucht, Vertreibung und Umsiedlung von Deutschen nach 1945

- die Rolle der Wehrmacht auf dem Balkan. Die extreme Rechte - aber auch der Bund der Vertriebenen mit seinem umfangreichen Organisationsgeflecht - sehen sich angesichts der Vertreibungen und der Flucht aus dem Kosovo dazu ermuntert, an die Situation nach Kriegsende 1945 zu erinnern. In der Einleitung zu dem bereits mehrfach angeführten Mai-Heft der Zeitschrift Nation + Europa heißt es: „Und die Kosovo-Albaner? Ihr Leid ist schlimm. Wer wüsste das besser als deutsche Vertriebene, deren Rechtsansprüche allerdings weder politisch noch militärisch durchgesetzt werden.“ Und mit deutlich geschichtsverfälschendem Akzent hält es der Ostdeutschen Arbeitskreis Hochtaunus für „absurd, gegen die ethnische Säuberung im Kosovo ausgerechnet in dem Augenblick einzuschreiten, da mit Polen und der Tschechischen Republik die beiden größten Vertreiberstaaten dieses Jahrhunderts feierlich in die NATO aufgenommen wurden.“¹⁵ Die der DVU nahestehenden Blätter klagen: „Schlimm ist aber auch, dass die unmenschliche Vertreibung von 15 Millionen Ost- und Sudetendeutschen (...) das ‘Weltgewissen’ bis heute nicht berührt.“¹⁶

Und der Chefredakteur der Jungen Freiheit fordert: „Es wäre an der Zeit, dass im Zuge des Kosovo-Krieges eine Aufarbeitung in Kino-Filmen, Wanderausstellungen, Kunst und Literatur neue Gestalt gewinnt.“¹⁷

Die konkrete Situation der Flüchtlinge aus dem Kosovo sind der extremen Rechten im Grunde völlig egal. Wichtig ist ihr nur, dass diese Menschen nicht nach Deutschland kommen. Vor entsprechende Wanderungsbewegungen wird denn auch gewarnt; in einer Pressemitteilung der REP heißt es scharf: „Wer kosovo-albanische Flüchtlinge fern von ihrer Heimat in Deutschland unterbringt, macht sich zum Komplizen der ‘ethnischen Säuberung’ durch die Serben.“¹⁸ Die Deutsche Wochen-Zeitung pflegt unter der Schlagzeile „Wie kriminell sind

Kosovo-Albaner? Was viele in Deutschland treiben“ das rassistische Vorurteil vom kriminellen Ausländer.¹⁹ Und natürlich darf auch das Schreckensbild von der Gefährdung von ‘Sicherheit und Ordnung’ nicht fehlen: „Dieser multikulturelle Wirrwarr auf verhältnismäßig engem Raum lässt die Region immer wieder explodieren. Eine irrsinnige Bonner Einwanderungs- und Überfremdungspolitik aber führt dazu, dass sich die Bundesrepublik balkanesischen Zustände ins eigene Land holt.“ Und schließlich seien die hier lebenden Menschen aus dem (früheren) Jugoslawien auch ein Sicherheitsrisiko: „Vom Kantinenwirt auf der Hardthöhe über den Meister im Kraftwerk bis hin zum Fließbandarbeiter in der Kriegsgeräteproduktion sind Serben an sicherheitsempfindlichen Stellen bei uns tätig.“²⁰ Scheinheilig wird dann gefragt, ob man „für den Wahnsinn plädieren (wolle), diese Menschen aus Sicherheitsgründen in Lagern zu internieren“, aber die nahegelegte ‘Lösung’ ist zunächst einmal: „Ausländer raus“.



Die „beste Truppe der Welt“?
Aufkleber von „Nation und Europa“

Die Wehrmacht als Vorzeigearmee

Mit Blick auf das Morden der Wehrmacht auf dem Balkan versuchen insbesondere die Wochenzeitungen des DVU-Vorsitzenden Frey sich an einer Rehabilitierung der Wehrmacht. Da werden der Angriff und die Besetzung Jugoslawiens ebenso gerechtfertigt wie das verbrecherische Wirken des Generalobersten Alexander Löhr verharmlost, der später im Prozess gegen die Südostgeneräle zum Tode verurteilt wurde.²¹ Von der Wehrmacht wird auch bei dieser Gelegenheit ein Bild gezeichnet, das sie über die Bundeswehr hebt: In letzterer gebe es keine kritischen Stimmen zum Krieg gegen Jugoslawien mehr, während „in der Wehrmacht der freiere Ton herrschte“.²² Die in der Wehrmacht kämpfenden „Männer waren keine blutlosen Söldner im Dienste fremder

Machtinteressen - sie kämpften und starben einzig im Glauben an ein neues, freies Deutschland.“²³ Und bei dem Einsatz „haben die verantwortlichen Politiker nicht einmal dafür gesorgt, dass die Soldaten und Angehörigen im Verletzungs- oder Todesfall einigermaßen finanziell abgesichert sind. Verantwortungslos hat sich keine deutsche Regierung gegenüber ihren Soldaten verhalten, seit einige korrupte Fürsten vor über zweihundert Jahren ihre eigenen Landeskinder als Kanonenfutter an fremde Mächte verkauften.“²⁴

Deshalb so ein weiterer Autor in der Deutschen National-Zeitung, „haben Deutsche keinerlei Veranlassung, sich an der Disziplinierung dieses Produktes der Pariser Vororteverträge zu beteiligen (...), solange die heutigen ‘deutschen’ Politiker die Ehre der deutschen Soldaten zweier Weltkriege nicht wieder voll hergestellt haben.“²⁵

Vom Kriegskurs der GRÜNEN profitieren

Die extreme Rechte bemüht sich derzeit darum, mit ihrer Anti-Kriegs-Demagogie möglichst viele derjenigen anzusprechen, die dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien aus dem einen oder anderen Grund ablehnend oder zumindest skeptisch gegenüberstehen. Dietmar-Dominik Hennig, einer der Regionalsprecher der Deutschlandbewegung, sieht „die deutsche Rechte (...) jetzt aufgefordert, die Katakomben zu verlassen und in die politische Arena zu treten mit einer einzigen Frage an jenes deutsche Volk, das in diesem Jahrhundert in zwei Weltkriegen genug Blutzoll zu entrichten hatte: ‘Wollt ihr den totalen Friedenseinsatz?’“ Dieses schwülstig-pathetische Sprechen gipfelt in folgender Sequenz: „Die Friedensdividende ist das stärkste Pfund, mit dem die nationalen Kräfte derzeit wuchern können. Das gilt es, den Menschen klar zu machen: Deutsch wählen heißt Frieden wählen - Internationalismus ist Krieg!“²⁶ Der Internationalismus und die Linke - in den Stellungnahmen der extremen Rechten sind damit vor allem SPD und Bündnis ‘90/Grüne gemeint - werden heftig attackiert. Insbesondere wird der Schwenk von Bündnis ‘90/Grüne auf den NATO-Kriegskurs höhnisch kommentiert. In einem „Die überflüssige Linke“ betitelten Aufsatz heißt es: „Jahrzehntelang mimte die deutsche Linke den Gralshüter des Pazifismus, blockierten linke Aktivisten US-Kasernen, diffamierten Bundeswehrsoldaten als Mörder. (...) An Salonlinken wie Fischer und Schröder bewahrheitet sich eine alte Einsicht: Die größte Bedrohung für den Frieden sind die Weltverbesserer“.²⁷ Denn - so an anderer Stelle:

„Es sind nicht die alten Soldaten, es sind die ehemaligen Ostermarschierer, Kerzchenhalter, Friedenskämpfer und Wehrdienstverweigerer, die bedenkenlos unsere jungen Soldaten ins Feuer schicken wollen.“²⁸ Ähnlich heißt es auch in den Zeitungen des DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey, dass die „linken ‘Friedensapostel’ von einst“ - kaum seien sie an der Macht - „nicht die geringsten Skrupel [hätten] die Söhne anderer Leute zum Abschuss freizugeben.“ Bündnis ‘90/Grüne seien „mit Beginn der Bombardements auf dem Balkan - (...) - politisch überflüssig geworden (...) Warum der Wähler eine ‘pazifistische’ Partei, die ihren Pazifismus bei der erstbesten Gelegenheit an der NATO-Garderobe abgibt, künftig noch wählen soll, bleibt Fischers Geheimnis.“²⁹ Wenn der frühere Bundesvorsitzende der REP, Franz Schönhuber, schließlich fordert, der „Kampf gegen den Amerikanismus dürfe nicht allein der PDS überlassen bleiben“³⁰ - so stellt dies auch den Versuch dar, national und/oder antiamerikanisch eingestellte Teile der Friedensbewegung anzusprechen und stärker in den Einflussbereich der extremen Rechten zu ziehen. Eine solche Querfronttaktik, die an einzelnen Themen und Auseinandersetzungen Bündnisse der extremen Rechten mit demjenigen Spektrum sucht, was gemeinhin als links etikettiert wird, dient insbesondere dazu, die Stigmatisierung und Ausgrenzung extrem rechter Organisationen und Personen aufzulösen.³¹

Rechter Widerspruch

Markieren die bisher skizzierten Positionen bisher den hegemonialen Diskurs in der extremen Rechten, so finden sich vereinzelt auch hiervon abweichende Stellungnahmen. In einem empörten Leserbrief an die bereits erwähnte neofaschistische Zeitschrift Nation + Europa schreibt etwa der frühere NPD-Bundesvorsitzende Günter Deckert: „Wir waren und sind noch immer (zahlende) Opfer des Bosniaken-Konflikts. Auslöser: die Jugo-Serben. (...) Ich denke und dachte, auch die Zeitschrift ‘Nation & Europa’ vertrete den Grundsatz des (völkischen) Nationalismus. Und als deutscher Nationalist kann man nun mal nicht auf der Seite der serbischen Mordbrenner und Vertreiber stehen, ...“³² Die Wochenzeitung Junge Freiheit gibt Raum für Prof. Dr. Lothar Höbelt, der der FPÖ nahesteht, und dessen pragmatische Sichtweise: „Als imperiales System, das deutschen Interessen am meisten Durchsetzungschancen ermöglicht, erscheint mir die NATO unter allen realistischen Varianten da augenblicklich ziemlich

konkurrenzlos.“ Außerdem sei es zu begrüßen, „wenn dieselben Leute, die den gebürtigen Österreicher Generaloberst Löhr wegen seines Luftangriffs auf Belgrad ohne Kriegserklärung 1941 als Kriegsverbrecher zu bezeichnen gewohnt sind, heute von den Deutschen händeringend ein Da Capo einfordern.“ Und schließlich sei „nicht einzusehen, warum gerade traditionsbewußte Deutsche ihren Widerspruch anmelden sollten, wenn ‘der Westen’ spät, aber doch darangeht, auf dem Balkan seine Fehler von 1918 und 1945 zu korrigieren. Von Nationalbewußten kann man doch zumindest erwarten, dass sie sich an Völkern (in diesem Fall den Albanern) und nicht an den Staaten (wie Jugoslawien) orientieren.“³³ Ähnlich sieht diesen letzten Punkt Manfred Rouhs, der Herausgeber der Quartalszeitschrift SIGNAL: „In der Auseinandersetzung mit Serbien sind die Albaner im Recht. Die Befreiungsnationalisten der UCK fordern die Vereinigung ihrer Heimat mit dem albanischen Mutterland, die ihnen Milosevic verweigert.“ Und der Krieg habe „auch noch in anderer Hinsicht sein Gutes.“ Er stärke „das Selbstbewußtsein der Deutschen“, denn - so Rouhs weiter „deutsche Soldaten stehen im Krieg, und sie sind erfolgreich. Und sie haben Rückhalt in der Bevölkerung, sogar bei den Grünen. Das schafft eine neue Lage. Auch über solche Kollektiverfahrungen werden sich die Deutschen Schritt für Schritt zu einer normalen Nation entwickeln, die Neurose von 1945 endgültig überwinden, bis sie Vorreiter eines neuen europäischen Selbstbewusstseins sind.“³⁴

Positionsbestimmung

Auch hier ist also - wenn auch über einen anderen Begründungszusammenhang - die Zielsetzung einer Europa dominierenden Großmacht Deutschland formuliert. Insofern ist der Gegensatz zwischen den hier dargestellten Positionen nicht so umfassend wie es zunächst erscheinen mag. Zwar existieren bezüglich der unmittelbaren Beurteilung der UCK bzw. ‘Serbiens’ deutliche Differenzen, zugleich gibt es aber in der Forderung nach einem ‘Ende der Westorientierung’, einer ‘Nationalisierung’ der Bundeswehr und der Zurückweisung bzw. raschen Ausweisung von Flüchtlingen große Gemeinsamkeiten. Franz Schönhuber sieht für die extreme Rechte „ungeahnte Chancen“, wenn „die Patrioten ihre Forderungen auch auf die Straße tragen“.³⁵ Ein zentrales Ziel solcher Aktivitäten der extremen Rechten ist der Versuch einer weiteren Rehabilitierung des völkischen Nationalismus: „Wir müssen das nationale Prinzip als

ein Prinzip des Friedens ins Bewusstsein der Bevölkerung bringen.“³⁶ Für geopolitische Konzepte, die über entsprechende Parolen hinausweisen und die zur Einmischung in die nun allerorten geführte Diskussion um die ‘Stärkung des europäischen NATO-Flügels’ bzw. den Aufbau ‘europäischer Streitkräfte’ taugen, will die extreme Rechte sorgen. Die Junge Freiheit jedenfalls hat ihre Spalten für die entsprechende Debatte geöffnet.

¹ Deutsche Wochen-Zeitung 14/99 vom 2. April 1999, S.1

² Die *Deutschland-Bewegung* (DB) um Alfred Mechttersheimer ist eng verbunden mit dem *Friedenskomitee 2000* und sieht sich - neben einer bei Wahlen erfolgreichen Partei der extremen Rechten - als die „andere Säule“ des „patriotischen Projektes“. Die DB teilt die Ideologie der extremen Rechten; Mechttersheimer betätigte sich in den letzten Jahren häufig als Redner bei extrem rechten Parteien und Organisationen (z.B. REP, DSU, BFB, JLO).

³ www.npd.net/npd-pv/mitteil/index.htm

⁴ Nation+Europa 5/99, S. 30

⁵ www.npd.net/npd-pv/mitteil/index.htm

⁶ Nation+Europa 5/99, S. 7

⁷ Nation+Europa 6/99, S. 5 ff.; Der Republikaner 4-5/1999, S. 5; Deutsche National-Zeitung 17/99 vom 23. April 1999, S. 4

⁸ Das Intellektuellennetzwerk ‘Synergies Européennes’ (SE) entstand 1993 um Robert Steuckers, um - im Unterschied zu Alain de Benoist - die theoretische Debatte um realpolitische Handlungsoptionen zu erweitern. In der Bundesrepublik wurde eine entsprechende Sektion 1995 gegründet.

⁹ DESG-inform 2-4/99, S. 1 (DESG = Deutsch-Europäische Studiengesellschaft)

¹⁰ Nation+Europa 3-4/1990, S. 28

¹¹ Nation+Europa 10/1988, S. 13

¹² Diese ist in Deutschland ursprünglich von Friedrich Ratzel (1844-1904), Rudolf Kjellén (1864-1922) und - am bekanntesten - von dem völkischen Staatstheoretiker Karl Haushofer (1869-1946) entwickelt worden. Auch die Nazis haben sie als Legitimation für ihre Kriege zu nutzen gewusst.

¹³ Deutsche National-Zeitung 10/99, S. 6

¹⁴ <http://parteien.freepage.de/cgi-bin/feets.../923334x204A/rewrite/npd-nwm/LV-04-99.htm>

¹⁵ Nation+Europa 5/99, S. 4 bzw. S. 22

¹⁶ Deutsche Wochen-Zeitung 16/99, S. 3

¹⁷ Junge Freiheit 18/99, S. 2

¹⁸ REP-Pressemitteilung 30/99 vom 9. April 1999

¹⁹ Deutsche Wochen-Zeitung 16/99, S. 1

²⁰ Deutsche Wochen-Zeitung 10/99, S. 1

²¹ Deutsche Wochen-Zeitung 17/99, S. 6

²² Nation+Europa 5/99, S. 31

²³ Pressemitteilung des Aktionsbüro Norddeutschland vom 9.4.1999 - www.widerstand.com/perspektive/inf_feb99.html

²⁴ www.npd.net/npd-pv/presse/krieg.htm

²⁵ Deutsche National-Zeitung 17/99, S. 9

²⁶ Nation+Europa 5/99, S. 69

²⁷ ebd., S. 5 bzw. S. 8

²⁸ ebd., S. 29

²⁹ Deutsche Wochen-Zeitung 17/99, S. 5 bzw. S. 7

³⁰ Nation+Europa 5/99, S. 30

³¹ Entsprechend verfährt in Frankreich anlässlich dieses Krieges die *Nouvelle Droite*, die sog. *Neue Rechte*, mit einer Petition „Non à la guerre“. Bekanntester Vertreter der *Nouvelle Droite* ist Alain de Benoist, der auch häufig in Publikationen der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland schreibt, u.a. in der *Jungen Freiheit*. Die von diesem Kreis verfasste Petition wird vor allem bei Demonstrationen gegen die NATO-Angriffe verteilt. Sie enthält scharfe Angriffe auf die USA, nicht aber auf deren europäische Verbündete, die - wie im Fall Deutschlands - erheblich zur Eskalation auf dem Balkan beigetragen haben. Als Interesse der USA an diesem Krieg wird angeführt, dieser solle den Graben zwischen dem westlich-abendländischen Europa und der slawisch-orthodoxen Welt vertiefen, um die Westeuropäer davon zu überzeugen, dass es für sie bei einer engen Kooperation mit den USA bleiben muss. Zu den Unterzeichnern zählten auch Jean-Francois Kahn, Chef der Zeitschrift *Marianne*, und der Armenpriester Abbé Pierre, eine Gallionsfigur diverser sozialer Initiativen. Nachdem sie erfahren hatte, wer den Aufruf initiiert hatte, zogen sie ihre Unterschrift wieder zurück (vgl. *jungle world* 18/99, S. 27)

³² ebd., S. 70

³³ Junge Freiheit 17/99, S. 2

³⁴ http://signal-online.de/politik_aktuell.htm

³⁵ Nation+Europa 6/99, S. 18

³⁶ Interview mit Alfred Mechttersheimer in der April-Ausgabe der österreichischen Zeitschrift AULA

Literaturhinweise

Jean Cremet/Felix Krebs/Andreas Speit: *Jenseits des Nationalismus. Ideologische Grenzgänger der ‘Neuen Rechten’* - Ein Zwischenbericht. Münster: Unrast 1999
Margret Jäger/Siegfried Jäger: *Gefährliche Erbschaften. Die schleichende Restauration rechten Denkens*. Berlin: Aufbau Vlg. 1999
Iris Weber: *Nation, Staat und Elite. Die Ideologie der Neuen Rechten*. Köln: PapyRossa 1997
Uwe Worm: *Die Neue Rechte in der Bundesrepublik. Programmatik, Ideologie und Presse*. Köln: PapyRossa 1995
Erstveröffentlichung im Herbst 1999 in „antimilitarismusinformation“

Fabian Virchow (38), Sozialwissenschaftler, diverse Veröffentlichungen zu Ideologie und Propaganda der extremen Rechten, promoviert derzeit zum Thema Bundeswehr und extreme Rechte

Die Bundeswehr und ihre rechten Medien

Ulrich Sander

Zu recht wird gesagt: Die Medien waren 1999 kriegsentscheidend. Die Hufeisenpläne, die NATO-Pressekonferenzen, die Kriegshetze und Lügen der Scharping und Fischer, der Verfassungsverrat Schröders, die TV-Lügner auf allen Kanälen - eine Kenntnis ihrer Wirkungen darf vorausgesetzt werden. Wie haben nun die eigentlichen Medien der Bundeswehr und für die Bundeswehr gewirkt und was ging in ihnen dem 24. März 1999 voraus?

Seit 1990 kann von einer konkreten Kriegsvorbereitung der Bundeswehr gesprochen werden. Während alle Welt sich einig war, dass - wenn Deutschland außerhalb seiner und der Bündnisgrenzen militärisch operieren soll - erst einmal die Verfassung geändert werden müsste, redeten die Militärs den Soldaten und Politikern ein: Notwendig sei nur eine „Klarstellung“ zur Verfassung. Dieser Auffassung folgte das Bundesverfassungsgericht, die Militärs hatten sich durchgesetzt. Es kam zu auswärtigen Bundeswehreinmärschen unterhalb der Schwelle zum Kampfeinsatz. Um endlich aber als kriegsverwendungsfähig zu gelten, fehlte den Generälen der ersehnte richtige Krieg. Den bekamen sie endlich im Jahre 1999.

Nicht erst die Entwicklung der letzten Jahre auf dem Balkan hat also zu einem gefährlichen „Umdenken“ der Mehrheit der Soldaten, ja der Deutschen in der Sicherheitspolitik geführt. Fast zu jeder deutschen Familie gehören ein oder mehrere aktive Soldaten oder Reservisten. Der Geist des Militärischen kommt so schon seit langem in jedes Haus. Mit dem neuen aggressiven deutschen Militärkonzept sind die Massen vertraut, und es wird in starkem Maße akzeptiert – denn, so scheint es, es dient einem guten Zweck, ist für die Deutschen unblutig und setzt deutsche Interessen aller Art durch.

Schon seit Anfang der neunziger Jahre werden die Soldaten und Millionen von Reservisten über Medien und Organisationen indoktriniert und auch die gesamte Gesellschaft soll militärisch denken, denn wie

sagte doch der Kriegsminister: „Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, dass man ihnen erklärt was los ist.“ (Scharping lt. IfdT 8/00). Und so heißt es dann in den Bundeswehrmedien schon seit langem:

„Nach Ende der Ost-West-Konfrontation ist Europa in eine Phase eingetreten, in der sich der Frieden in geringerem Maße als früher durch Kriegsverhütung gewähren lässt.“ („Information für die Truppe“, Januar 1992). Denn: „Der Krieg behauptet sich nach wie vor als Instrument im Arsenal der Politik.“ (IfdT, Mai 1991) Und weiter: „Der Soldat muss also zukünftig eher darauf gefasst sein, in einem Krieg eingesetzt zu werden. Hier kann er getötet werden oder muss töten.“ So oder ähnlich konnte man es immer wieder im Blatt für die Innere Führung der Bundeswehrsoldaten „Information für die Truppe“ und in der Reservistenzeitschrift „loyal“ lesen. (Siehe das Buch „Szenen einer Nähe - Vom großen RechtsUm bei der Bundeswehr“, Bonn 1998/99)

Zu lange galt, so junge Offiziere in einem Interview, das Wort von Gustav Heinemann „Der Friede ist der Ernstfall“. Man wünschte sich einen echten kriegerischen Ernstfall, forderte die Wende um 180 Grad. Ein Offizier sagte: Es müssen endlich ein paar Zinksärge auf Rhein-Main ankommen, dann wird es endlich ernst.

Und immer wieder dies: Die Souveränität anderer Länder und das Nichteinmischungsprinzip müssten „in Frage gestellt“ werden; grundlegende Prinzipien des Völkerrechtes und der UN-Satzung „wie das Souveränitätsprinzip, Nichteinmischungsgebot und das Selbstbestimmungsrecht bedürfen einer Fortentwicklung.“ (Information für die Truppe 11/91).

Die deutsche Einheit und das Scheitern des Realsozialismus werden in den Medien der Bundeswehrführung wie militärische Siege gefeiert: „Wir haben durch unsere Standfestigkeit und unsere Geschlossenheit dazu beigetragen,“ hieß es im September 1990 zur bevorstehenden deutschen „Wiedervereinigung“ in „Informationen für die

Truppe“. Und der Vize-Chef der Bundeswehr-Ost, Generalmajor Werner von Scheven, beeilte sich, am 3. Oktober 1990 bei der Übernahme der Nationalen Volksarmee durch die Bundeswehr zu betonen, in welche Tradition die Bundeswehr sich begeben hat: Sie werde nicht „hinter den Leistungen der Wehrmacht zurückstehen.“ („Loyal“ - das deutsche Wehrmagazin, Dezember 1990.) Der damalige Generalinspekteur Dieter Wellershoff jubelte dann auch vor Bundeswehrkommandeuren am 11. März 1991 - die Schande des 8. Mai 1945 wettmachend - (abgedruckt in IfdT): „Wir ernten jetzt die Früchte des Dienstes unserer Vorgänger, aller Soldaten der Bundeswehr und unserer Verbündeten.“

Der Ruhm der Nazi- Wehrmacht wird dann auch in „Information



für die Truppe“ endlich wieder gepflegt. Grundsätzlich heißt es, es grenze ans „Pathologische“, die Wehrmacht wegen „moralischer Verkommenheit“ und ihres „Verbrechertums“ als weltweit einmalig anzuklagen, wie es besonders mit der Wehrmachtsausstellung des Herrn Reemtsma geschehe. „Die öffentliche Diskussion über die Wehrmacht hat vielfach die Perspektive in wissenschaftlich unakzeptabler Weise auf die Frage der Kriegsverbrechen verengt,“ so in IfdT 6/99. Es sei notwendig, die „herrschenden Denkmuster“ zu verlassen, heißt es in „Information für die Truppe“ vom September/Oktober 1999. Und das geht so:

Da wird den von der Wehrmacht mit Krieg überzogenen Ländern die Schuld am Krieg gegeben: „Vor allem das Verschweigen der verheerenden Folgen des Versailler Diktats und dessen Mitsüchlichkeit für 1933 und 1939, ferner die anhaltende Tabuisierung der seinerzeit höchst aggressiven Interessen- und Machtpolitik vor allem Frankreichs, Polens und der Tschechoslowakei einschließlich der von ihnen begangenen oder unterstützten massiven Verletzungen völker- und menschenrechtlicher Normen gegenüber Deutschland, zumal des Selbstbestimmungsrechts“ werden als Kriegsursachen genannt. Revanche für die Niederlage von 1918 stellt für die Bundeswehrmedien also eine zulässige Begründung für 1933 und für den Überfall auf Polen 1939 dar. Auch die Besetzung Frankreichs und der Tschechoslowakei sind nur die Antworten auf die „Menschenrechtsverletzungen“ gegenüber Deutschen! Eine derartige profaschistische Geschichtsrevision ist selten zu finden außerhalb der Neonazipublikationen.

Die Verbrechen des deutschen Faschismus hat es von 1933 bis 1941 eigentlich nicht gegeben, folgt man der „Information für die Truppe“. Die Wehrmachtssoldaten hätten sich gegen die Folgen von Versailles und gegen den „Täter“ der bis dahin größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte“ gestellt – den Bolschewismus und Stalin also. Denn „nicht Auschwitz, sondern vor allem diese Tatsachen waren 1939/1941 der Erfahrungshintergrund der Wehrmachtsgeneration.“ Der Überfall auf die Sowjetunion hat also zumindest zu Beginn seine Berechtigung gehabt! Die Begründung des Krieges gegen den neuen Hitler in Belgrad aus dem Jahre 1999 wird nun dreist angewandt auf das Jahr 1941, da es gegen den Täter Stalin ging. Auschwitz war dann wohl



Ernst Jünger hoch zu Ross in der Ukraine

die Antwort auf das jüdisch-bolschewistische System, soll der Soldat folgern.

Und dann kommt noch die ganze Litanei von den Soldaten der Wehrmacht, die nicht nur viel geleistet, sondern auch gelitten haben. All dies in einer Besprechung einer offiziellen Bundeswehrzeitschrift (IfdT 9/10-99) über ein Buch einer Bundeswehreinrichtung, des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes nämlich. „Die Wehrmacht. Mythos und Realität“ heißt es. Sein Mitherausgeber Rolf-Dieter Müller wird zitiert: Man müsse wegkommen von der „Betroffenheitspflege und Opferperspektive“.

Einer der schlimmsten Verherrlicher militärischen Mordens, Ernst Jünger, wird in lektueller“, der im „inneren Widerstand zum Nationalsozialismus stand“, ausführlich in der Bundeswehrzeitschrift „Information für die Truppe“ gewürdigt und zitiert: „Der Krieg, aller Dinge Vater, ist auch der unsere; er hat uns gehämmert, gemeißelt und gehärtet zu dem, was wir sind“ (in IfdT 4/98).

Der Krieg gegen Serbien wurde militärisch medial vorbereitet: Es ging um „deutsche Interessen“ und sonst nichts. Was den Begriff „nationale Interessen“ jedoch im allgemeinen anbelangt, so sind die Bundeswehrmedien mit den übrigen Medien sehr unzufrieden: „Nationale Interessen“ werden von der publizistischen Öffentlichkeit Deutschlands gemeinhin mit Negativ-Beispielen aus der deutschen Ge-

schichte in Verbindung gebracht,“ obgleich nur ein Drittel der Bevölkerung den Begriff als nicht mehr angemessen ablehne, aber über 80 Prozent bei einer weiteren Frage antworteten, „dass man darauf achten solle, deutsche Interessen international zu vertreten.“ Gefordert wird ein „gesellschaftlicher Konsens für die Außen- und Sicherheitspolitik“ infolge einer „breiten gesellschaftlichen Diskussion über die nationalen Interessen der Bundesrepublik“ (IfdT 8/00.)

Der Umgang mit dem Interessenbegriff und dem Nationenbegriff ist eng verzahnt mit dem Umgang mit dem Krisenbegriff. Eine Krise wird nur dann zu einer militärpolitisch bedeutenden Krise, wenn deutsche nationale Interessen berührt sind, wird in dem Dokument Heeresrichtlinien erläutert.

Zur Frage, warum die Krisenreaktion nicht nach objektiven - menschenrechtlichen! - Gesichtspunkten, sondern nach nationalen Interessenlagen erfolgt, heißt es dort:

„Die Bereitschaft und die Notwendigkeit, einer Krise mit wirksamen Mitteln entgegenzutreten, sind in der Regel abhängig von dem Maß der Betroffenheit der eigenen politischen Interessen. Der Grad der öffentlichen Wahrnehmung und des in der Bevölkerung dazu vorhandenen Bewusstseins bestimmen dabei wesentlich die Entscheidung zu Maßnahmen zur Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Krisenreaktion sowie deren gesellschaftliche politische Akzeptanz. Daher können selbst langandauernde Krisen, die zunächst keine direkten Auswirkungen auf die eigene Interessenlage hatten, bei veränderter Perception in Politik und Öffentlichkeit dennoch im weiteren Verlauf zu einer Neubeurteilung mit entsprechenden Reaktionen führen.“ („Vorläufigen Leitlinie für die operative Führung von Kräften des Heeres“ vom 8. 2. 1994, Seite 55)

Alles im deutschen Interesse, so heißt es in den Leitlinien: „Zugleich wahrt der Nationale Deutsche Befehlshaber gegenüber der Führung des multinationalen Einsatzverbandes die nationalen Interessen und

wirkt auf die Berücksichtigung deutscher militärpolitischer Auflagen ein. ... Dabei können sich in Einzelfällen auch Widersprüche, z.B. zwischen deutschem Recht und den Rechtsvorschriften eines Gastlandes, ergeben.“ (dto, Seite 14)

>? Auch der „Reader Sicherheitspolitik“ als Beilage zur Februar-1999-Ausgabe von „IfdT“ sprach sich für „einen möglichen Militärschlag der Allianz gegen Serbien“ in nationalem Interesse aus, der ja dann ab März 1999 erfolgte. Vor diesem Hintergrund wird grundsätzlich gefordert, „deutsche Interessen in der internationalen Politik“ zu definieren. Denn: „Die Formulierung von jeweiligen nationalen Interessen im Kontext des internationalen Systems kann zu einer Vertiefung von Integration und Kooperation der Nationen beitragen, wenn Interessen definiert, also eine konkrete kalkulierbare Größe werden.“ Deutschland soll also seine Ansprüche definieren, damit unsere Partner wie Gegner wissen, woran sie mit uns sind. Dabei wird mit der Mär aufgeräumt, die Bundeswehr müsse aus Bündnistreue heraus sich mit den USA und anderen „solidarisch“ verhalten: „Durch Errichten neuer Führungskommandos ... ist die nationale Verantwortung und Führung von deutschen Truppen im Einsatz sichergestellt, auch wenn sie - wie in Bosnien - Teil internationaler Streitkräftestrukturen sind.“ Zugleich sei die Bundeswehr „Schrittmacher der militärischen Integration“, wie Deutsch-Niederländisches Korps o.ä. sowie Eurokorps zeigten.

□ Etwa neun Monate vor Kriegsbeginn vom März 1999 werden die Bundeswehrmedien konkreter in ihrer Kriegshetze. Nach Beginn des Aufstandes der UCK, die von „Information für die Truppe“ Nr. 5/98 durchaus eine „Terrororganisation“ genannt wird, berichtet diese Zeitschrift von der seit 1913 ungelösten „albanischen Frage“. Mit Sanktionen der „internationalen Gemeinschaft“ soll nun Serbien zum Einlenken gebracht werden. „Anhaltende serbische Repression“ würden nach „äußerer Einmischung“ rufen. Der Beitrag ist mit „Ruhe vor dem Sturm“ überschrieben - und eine Zwischenüberschrift lautet „Sympathie für albanische Untergrundkämpfer“.

Die Widerspiegelung des „Kosovo-Krieges“ in den Bundeswehrmedien als Grundmuster für die Besatzerpolitik der Bundeswehr ist sehr aufschlussreich. „Wenn ich einen von denen erwische, dann ...“ So



Antikriegsbündnis Aachen: Protestaktion vor dem Natohauptquartier in Brunssum, NL

schimpfte ein Bundeswehrsoldat auf die albanischen Brandstifter bei einem Lösch-Einsatz, er „knallte seinen Gefechtshelm in eine Ecke und lehnte sich völlig erschöpft an eine Hauswand“. Diese Szene vom Terror gegen serbische Minderheiten im Kosovo fand sich nie in den deutschen Medien wieder, obwohl zahlreiche Medienvertreter im Juni 1999 dabei waren. Geschildert wird sie in einem Beitrag „Bundeswehr und Medien im Kosovo“ in der Zeitschrift „Information für die Truppe“ mit dem Zusatz: „Dies hätte für eine negative Schlagzeile ‘wunderbar’ ausgeschlachtet werden können. Es unterblieb, denn alle waren gemeinsam dem humanitären Einsatz verpflichtet. ‘Tartarenmeldungen’ waren nicht gefragt.“ (IfdT 7-8/99)

Schon 1996 wurde in der Gewerkschaftszeitung der IG Medien „MMM“ eine Enthüllung veröffentlicht: „Wenn die Schere in unserem Kopf der Bundeswehr gehört“. Der Krieg der Bundeswehr mittels eigenen und öffentlichen Medien begann also nicht erst 1999.

Künftig, so wird mittels Bundeswehrmedien gelehrt, kann ganz auf jegliche Rechtsnorm verzichtet und jeder Verstoß gegen Grundgesetz und Völkerrecht riskiert werden: Kosovo habe den „neuen Typus des ‘postnationalen’ Krieges eingeleitet“, in dem „die Grenzen zwischen Krieg und Frieden, Angriff und Verteidigung, Recht und Unrecht etc. verschwinden.“ Das schreibt ein Abteilungsleiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in „Informati-

on für die Truppe“ im Oktober 1999. Das zuletzt erschienene Heft der IfdT vom Jahreswechsel bietet dann dem Soldaten ein düsteres Bild voller Unwägbarkeiten im neuen Jahrhundert, wobei eins gewiss ist: Er wird zu weiteren Kriegen gerufen werden, denn der Westen wird „weiterhin Diktaturen, die die Menschenrechte missachten“, bekämpfen.

Neue Kriegsschauplätze werden seit langem anvisiert. So heißt es in der Septemberausgabe 1998 der „Information für die Truppe“ (IfdT), der ein „Reader Sicherheitspolitik“ beilag, mit „Risikofaktoren und Risikofelder - Politik/Ökonomie/Ökologie/Militär ‘Erdölpoker am Kaukasus’“ überschrieben. Eine Karte zeigt die „unerschöpflichen“ Ölreserven und Gaslager auf, die im Kaspischen Becken vermutet werden; zugleich werden potentielle Konfliktgebiete in den Kaukasusländern, in Afghanistan, am Schwarzen Meer und in der Türkei ausgewiesen. Zusammenfassend heißt es über das „ölreichste Gebiet der Erde“: „Damit die Anrainerstaaten ihre Ressourcen anbieten können, sind jedoch sichere Besitzrechte, Transportwege zu den Weltmärkten und hinreichende politische Stabilität erforderlich“. Es wird die Westführung der Pipeline bis zum Balkan und dem Mittelmeer gefordert, während China und Kasachstan „eine Pipeline zu Chinas Westgrenze“ favorisieren. Die Strategie der Bundeswehr und der NATO wird so verdeutlicht: „In der kaspischen Region treffen die wirtschaftlichen und politischen Interessen der USA, der Russischen Föderation, der Türkei und des Iran aufeinander.“

Hinzu kommen die jeweiligen Strategien der kleinen Anrainerstaaten wie der Transitländer. Im allgemeinen ist dabei eine Tendenz zur Emanzipation von russischem Einfluss und Hinwendung zum Westen festzustellen. „Emanzipation von russischem Einfluss – so nennt sich heute die Befreiung von der östlichen Supermacht, die 1989 so glänzend gelang und die nun für alle Zeiten gesichert werden soll. Der Griff nach dem Öl gehört dazu.“

In „Information für die Truppe“, März 99, wurde der „Wandel der NATO von einer Verteidigungsallianz aus Zeiten des Kalten Krieges hin zur Ordnungs- und Stabilitätsinstitution in und für das Europa des 21. Jahrhunderts, ein Europa mit absehbaren Instabilitäten an seiner Peripherie“ propagiert. Die Feindbilder der Bundeswehr: „Proliferation, politischer Fundamentalismus und Terrorismus“. Sie „stellen eine Bedrohung für alle dar. Darüber hinaus wirken sich Verknappung von Ressourcen und Migrations- und Flüchtlingsbewegungen auch auf die europäische Sicherheitslage aus.“ Das Asylrecht als militärisches Problem!

In der Ausgabe zu „50 Jahre NATO“ wirbt IfdT unverhohlen für die militärisch aggressive Selbstmandatierung der NATO unter dem Vorwand, „humanitäre Katastrophen“ zu bekämpfen. OSZE und UNO werden beiseite geschoben, da ihre Beschlüsse eine „unzulässige Einschränkung des Handlungsrahmens der Atlantischen Allianz“ erbringen könnten. Unter der Überschrift „Eine globale Rolle für die NATO?“ wird dem „Krisenmanagement jenseits der Bündnisgrenzen“, also dem Krieg in aller Welt, das Wort geredet.

Der Griff über die Oder hinaus wird vorbereitet. Unter der Überschrift „Signal“ melden die „Informationen für die Truppe“ vom August 1995, in Polen würden deutschstämmige polnische Staatsbürger vom Wehrdienst in der polnischen Armee befreit, wenn sie schon in der Bundeswehr gedient haben. Es stellt sich heraus, dass „viele junge Deutsche in Polen ihren Grundwehrdienst bei der Bundeswehr ableisten“ - als Vorgriff auf die Wirkungen der NATO-Osterweiterung. Es sollen schon über 2000 junge „Deutschstämmige“ aus dem östlichen Ausland ihren Dienst in der Bundeswehr geleistet haben und dann zurückgekehrt sein, wurde mir von einem Anwerbungsoffizier in der Anwerbestelle „Ost“ – „wir sind hier zuständig bis zum Ural“ – in der Berliner Regattastraße be-

deutet.

Immer wieder kommen in der „IfdT“ Autoren des rechten Spektrums wie Clemens Range zu Wort. Das Organ für die Innere Führung ist bekanntlich allen Soldaten und Reservisten zugänglich. Es stützt sich bei seinen Berichten über Fragen von Nation und von „Völkerwanderungen“ auch auf Autoren der „Jungen Freiheit“ wie Jan Werner, Pseudonym des Berliner REP-Vorsitzenden, der das Stereotyp des kriminellen ausländischen Drogenhändlers bemüht und die Festung Europa fordert. (Inf.f.d.Truppe 7/92).

Ein kritischer Leser fasste zusammen, was er angesichts eines derartigen Beitrags über die drohende „Völkerwanderung“ in Nr. 3/92 der IfdT dachte: „Es hat mich sehr erschreckt als ich feststellte, dass sich der Artikel von Clemens Range auf das Buch von Jan Werner stützt. Dieser ist mir aus einem Artikel in der 'Jungen Freiheit' bekannt, einer Monatszeitung aus dem rechtsextremen Dunstkreis. In diesem Artikel beschwört Jan Werner Massen von angeblichen Flüchtlingen, die auf die Bundesrepublik zuströmen werden. Dabei benutzt er das Stereotyp des kriminellen ausländischen Drogenhändlers, fordert die Abschaffung der Entwicklungshilfe für die 'Dritte Welt' zugunsten Osteuropas und befürwortet die Abschottung der 'Festung Europa' gegen Flüchtlinge. In diese Kerbe schlägt auch (Bundeswehr-Autor-) Range und beschwört ebenso nicht zu bewältigende Flüchtlingsmassen. Eine Art mit den Flüchtlingen umzugehen, die der grassierenden, aber völlig unbegründeten Überfremdungsphobie entgegenkommt.“ (7/92, S. 68/69)

Information für die Truppe, das Bundeswehrblatt für die Innere Führung, propagiert nicht nur in Nr. 9/92 den Nationalismus und die Fremdenfeindlichkeit: „Das defizitäre Nationalgefühl muss gekräftigt werden.“ Nötig sei eine „mentale

Infrastruktur - eine mentale Integration durch Neubildung der Nation“. Triumphierend wird er begrüßt, „der Anschluss der DDR (die Bundeswehr benutzt dieses Wort) an die Bundesrepublik - ohne eigenes in diese nationale Ehe mit einzubringen“. Nach dem Sieg des Nationalen über den Sozialismus drohe dem Nationalen nun die multikulturelle Gesellschaft, heißt es, neue Gefahren ausmachend: „Sie (die multikulturelle Gesellschaft) ist der rechtliche Rahmen dafür, andere Kulturen



Teile und Herrsche-die Sicht der „Information für die Truppe“

gleichzustellen...“ Die räumlichen, finanziellen und kulturellen Gegebenheiten Deutschlands seien aber zu begrenzt, um hier Erwartungen und Rechtsansprüche zu schaffen. Es drohe auf diesem Weg „eine politische und wirtschaftliche Destabilisierung der Bundesrepublik Deutschland.“ (S. 11)

Wir stehen vor einer Wende in der Medienstruktur der Bundeswehr. Zur neuen Medienkonzeption der Bundeswehr erfahren wir in IfdT Nr. 6/2000 und 11-12/2000, dass eine die Teilstreitkräfte übergreifende Lösung gefunden wurde, ganz im Sinne der faktischen Wiederherstellung eines Ge-

neralstabes durch die Befehlsgewalt des Generalinspektors über alle Teilstreitkräfte. In Nr. 8/2000 der IfdT wird zudem die Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation in Potsdam (früher Akademie für Psychologische Verteidigung in Waldbröhl) und ihr zehnjähriges Bestehen ausführlich gewürdigt. „Das neue Konzept der Truppeninformation integriert in einem Medienmix die Möglichkeiten von Intranet aktuell, Printmedien, und - langfristig - Bundeswehrfernsehen. Moderne Printmedien müssen dabei Erwartungshaltungen der Leser hinsichtlich Aktualität, Aufmachung und Service entsprechen, wie sie sich aus dem Informationsangebot von Funk, Fernsehen und elektronischen Medien, aber auch einer sich wandelnden Presselandschaft, entwickelt haben. ... Als Wochenzeitung erscheint 'Bundeswehr aktuell' auch künftig am Montag jeder Woche. ... Im Frühjahr 2001 startet ein neues Monatsmagazin zunächst in einer Auflage von 65.000 Exemplaren. ... Zur Grundlageninformation über Themen der politischen und politisch-historischen Bildung wird die 'IfdT' als Quartalschrift der Inneren Führung ab Februar 2001 mit leicht verändertem 'Gesicht' weitergeführt. Der 'Reader Sicherheitspolitik' erscheint weiterhin monatlich. ... Der Öffentlichkeit ist er ab Januar 2001 über www.reader-sipo.de zugänglich. Zugleich wird ein online-Archiv der Lieferungen seit 1994 aufgebaut.“ (IfdT 11-12/00, Seite 5)

Fazit: Die Bundeswehrmedien sind Medien zur Kriegsführung. Sie setzen schon lange die deutsche Leitkultur gegen die Destabilisierung Deutschlands per Multikulti und anderen „Gefahren“ durch, wie in IfdT Nr. 9/92 zu lesen war. Die Bundeswehrmedien sollten stärker von uns beachtet werden. Das neue Bundeswehrkonzept wurde darin vorgezeichnet. Hätten wir es früher ernst genommen, wäre es nicht zu der Überraschung und Überrumpelung der Friedensbewegung gekommen – und nicht zu der nahezu unwidersprochenen Hinnahme dieses Konzepts durch die Bevölkerung. Ein jüdischer Diskussions Teilnehmer sagte mir in einer Diskussionsrunde zur lebhaft geführten Goldhagen-Debatte einmal: „Ihr denkt immer ‚Wer Hitler wählt, wählt den Krieg‘ hätte doch 1933 eine ausreichende Warnung sein müssen. Es war aber für viele Deutsche eine Verheißung“. Heute sind wir oft enttäuscht, weil der Kern der militärischen Durchset-



zung der „deutschen Interessen“, das Streben nach Erlangung der Rohstoffe und Sicherung der Handelswege, von den Menschen nicht als Kriegsdrohung aufgefasst und zurückgewiesen wird. Den Deutschen Öl, Rohstoffe und Märkte zu beschaffen und vor allem: Flüchtlinge abzuwehren – siehe der Krieg 1999 gegen die angeblichen Vertreibungen –, findet die Öffentlichkeit offenbar nicht sehr bedrohlich.

An die Stelle der Demokratie tritt die Demoskopie - und die Demagogie. Dennoch: Es gilt die Militärpläne zu entlarven. Es kann auch ‚unser Wohlstand‘ verloren gehen, wenn die Rüstung und Umrüstung so weitergehen. Es kann auch ‚deutsches Blut‘ fließen, wenn nach der neuen Konzeption die Bundeswehr regelmäßig und ständig auf zwei Kriegsschauplätzen im Einsatz ist. Vielleicht macht das ja Angst – Angst, die gegen den Krieg produktiv wird?!

Es bleibt der permanente Bruch des Grundgesetzes und des Völkerrechtes anzuprangern, vor allem der Bruch der GG-Artikel 26 und 87 a, die den Angriffskrieg verbieten und allein eine Verteidigungsarmee erlauben.

Die Bundeswehr ist die größte und mächtigste verfassungsfeindliche und verfassungswidrige Organisation. Und über ihre Medien stellen sie das stärkste verfassungsfeindliche Propagandapotentail.

Ulrich Sander (1941), Journalist, Mitglied des Geschäftsführenden Landesausschusses und des Bundessprecherkreises der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Veröffentlichungen zu Jugend und Widerstand, zur regionalen Zeitgeschichte, zu Rechtsextremismus und Bundeswehr, darunter „Szenen einer Nähe - Nach dem großen Rechts Um bei der Bundeswehr (Bonn, 1998) und „Der dritte Feldzug gegen Serbien“ (Hannover 1999), Mitherausgeber einer Kurt-Bachmann-Schriftenausgabe und des „Schwarz-Braun-Buches“/ Alternativer Verfassungsschutzbericht (Bonn 1995), Vorstandsmitglied des Pressebüros „Nachrichten gegen Rassismus“ Köln und des Internationalen Rombergparkkomitees Dortmund.

„Denkfabriken in und um die Bundeswehr“

Joß Fritz

Weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit arbeiten in und um die Bundeswehr zahlreiche Arbeitskreise, Gesellschaften und Organisationen, die sich mit Fragen der Sicherheitspolitik befassen.

Gegründet wurden diese zumeist um 1955 von ehemaligen Offizieren der nazistischen Wehrmacht aus Anlass der Wiedereinführung des Militärdienstes. Einige bereits früher, denn bereits 1950 ernannte Bundeskanzler Adenauer Theodor Blank zum „Beauftragten für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen“, die Keimzelle des fünf Jahre später errichteten Verteidigungsministeriums.

Zu diesen ersten Vereinigungen zählt die 1952 gegründete „**Gesellschaft für Wehrkunde**“, die ihre Aufgabe darin sieht, „das Verständnis für die Notwendigkeit der Vorsorge der „äußeren Sicherheit im Zentrum Europas zu stärken“, wie es heißt. Die heute unter dem Namen „Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik“ agierende Vereinigung, die Vortragsveranstaltungen durchführt und die Zeitschrift „Europäische Sicherheit“ mit herausgibt, wird bislang weitgehend aus öffentlichen Mitteln finanziert.

Neben der „Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik“ ist es aber vor allem die „**Clausewitz-Gesellschaft**“, die über engste Verbindungen in die zentralen Schaltstellen des Militärs verfügt, ja sogar teilweise mit diesen übereinstimmt. Ihre Bedeutung liegt darin, das in diesem Kreis wesentlich offener Fragen thematisiert werden können, als im Rahmen der engen Vorgaben der Verwaltungsbürokratie des Bundesverteidigungsministeriums.

Der „Clausewitz-Gesellschaft“, die sich dem Werk des preußischen Generals und Militärstrategen Carl von Clausewitz verpflichtet fühlt, gehören zahlreiche ehemalige hohe Offiziere der Bundeswehr und der Wehrmacht, aber „auch andere Persönlichkeiten in Führungspositionen“ an, heißt es in einer Selbstdarstellung. Dem elitären Kreis, dem heute der General Klaus Naumann, zuletzt Vorsitzender des NATO-Militärausschusses und zugleich Vizepräsident der einflussreichen „Deutsch-Atlantischen Gesellschaft“ vorsteht, gehörten 1980 etwa 600 Mitglieder an. Organisiert sind diese in vier Regionalkreisen und zwar Hamburg, Berlin, Köln/Bonn und München.

Die Gründung eines Regionalkreises in Ulm ist derzeit in Planung. Geleitet werden diese Regionalkreise allesamt von ehemaligen Brigadegenerälen. Jeder der vier Regionalkreise führt im Jahr etwa 5 - 7 Vortragsveranstaltungen durch. Die Gesellschaft verfügt über zahlreiche Verbindungen zu den Spitzen der Politik. So traten der damalige SPD-Verteidigungsminister Hans Apel als Mitautor eines Buches der Gesellschaft oder beispielsweise der CDU-Rechtsaußen Alfred Dregger als Referent dort auf. Auch Dr. Holger H. Mey, Direktor des „Institutes für strategische Studien“ in Bonn referierte kürzlich bei der „Clausewitz-Gesellschaft“. 1998 trat Mey auch als Referent auf einer „Wehrpolitischen Tagung“ des von dem ehemaligen NS-Stabsrichter Hans Filbinger gegründeten „Studienzentrum Weikersheim“ auf. Darüber hinaus ist die „Clausewitz-Gesellschaft“ gemeinsam mit der „Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik“ Herausgeber der Monatszeitschrift „Europäische Sicherheit“, früher „Europäische Wehrkunde“. Auch zu den rechtsgewirkten Soldatenverbänden gibt es Verbindungen. So beklagte sich der Sprecher des wissenschaftlichen Beirats der „Clausewitz-Gesellschaft“, Generalmajor a.D. Greiner, 1996 im Organ des rechtsgerichteten „Verband Deutscher Soldaten“, „Soldat im Volk“ (7-8/96) über eine Ausstellung unter dem Titel „Soldaten sind Mörder“, die eine Friedensinitiative in Heidelberg gezeigt hatte. Die Ausstellung über deutsche Kriegsverbrechen in Jugoslawien während des 2. Weltkrieges bezeichnete Greiner darin als „Musterbeispiel für überholt geglaubte Aktionen der Agitprop und der Desinformation“. Auch die Kritiker der Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht“, in diesem Fall die „Arbeitsgemeinschaft für Kameradenwerke und Traditionsverbände“, unterstützte Greiner 1999 mit einer Spende.

Das Mitglied der „Clausewitz-Gesellschaft“, der Generalmajor a.D. Eberhard Wagemann, setzt sich zum Beispiel in einem in der Zeitschrift „Soldat im Volk“ (10/99) abgedruckten Aufruf für den Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonskirche ein. „Große Staatsmänner und Soldaten und viele Historiker haben



die Disziplin, Tapferkeit und Vaterlandsliebe des deutschen Soldaten auch des Ostheeres gewürdigt. Leider hatten wenige Deutsche den Mut dazu“, heißt es in dem Aufruf unter anderem.

Auch zum Revanchistenspektrum, zahlreiche hohe Offiziere der Bundeswehr sind gebürtige Ostpreußen, Sudetendeutsche oder Schlesier, gibt es keine Berührungängste. So findet sich 1991 ein Beitrag des ehemaligen Botschafters und Mitglied der „Clausewitz-Gesellschaft“, Rolf Friedemann Pauls, in dem Revanchistenblatt „Der Schlesier“ (20/91). Pauls, der ansonsten auch für die konservative „Welt“ zur Feder greift, beklagt sich dort über die Anerkennung der Bundesregierung hinsichtlich der in der DDR erfolgten Enttarnungen von Nazikriegsverbrechern und im Rahmen der Bodenreform. Gleich neben Pauls Beitrag findet sich ein Artikel von Johanna Grund, die 1989 für die neofaschistischen „Republikaner“ in das Europaparlament eingezogen war.

Geleitet wurde die „Clausewitz-Gesellschaft“ noch 1980 von dem ehemaligen Generalinspekteur der Bundeswehr, Ulrich de Maiziere. Maiziere war während des Naziregimes 1. Generalstabs-offizier der Wehrmacht. In dieser Funktion befahl er u.a. die 10. Panzergrenadierdivision, die von Mai bis Juni 1943 im russischen Orel an der Bekämpfung von Partisanen teilnahm.

Die Wehrmachtseinheiten gingen dabei mit „...äußerster Brutalität gegen die Partisanengebiete vor, umstellten die Dörfer und Waldgebiete, vertrieben die Einwohner, machten die Orte dem Erdboden gleich“, heißt es in Kühnrichs Buch über den „Partisanenkrieg“. Für seine Verdienste wurde Maiziere bereits 1951 in das „Amt Blank“, dem Vorläufer des

Verteidigungsministeriums, berufen. Bestätigung erfährt Maiziere auch vom DVU-Chef Gerhard Frey. Zum 80. Geburtstag gratulierte die „Deutsche Wochenzeitung“ dem ehemaligen Generalinspekteur artig und lobte besonders dessen Einsatz für das Konzept der „Inneren Führung“ und des „Staatsbürgers in Uniform“.

Maizieres Stellvertreter war zu diesem Zeitpunkt der Generalmajor Heinz Walter von zur Gathen, zugleich Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr. 1997 unterzeichnete er einen in der „Jungen Freiheit“ (JF 18/97) veröffentlichten Aufruf einer „Arbeitsgemeinschaft Paulskirche“ gegen die sog. „Wehrmachtsausstellung“. Überhaupt scheint die Hamburger Führungsakademie der Bundeswehr ein beliebter Treffpunkt zu sein. So organisieren die Führungsakademie der Bundeswehr und die „Clausewitz-Gesellschaft“ auch gemeinsame Tagungen. Wie z.B. 1997 in Ulm, wo es um die Frage des „Generalstabdienstes in multinationalen Streitkräften“ ging.

Nicht nur die „Clausewitz-Gesellschaft“ trifft sich in der Führungsakademie der Bundeswehr, auch wenn es sich dabei nur um ihr traditionelles „Grünkohlessen“ geht, sondern auch Reservisten-Verbände. Zeugen wollen auf solchen Treffen in der Führungsakademie auch schon einmal „Sieg Heil“-Rufe gehört haben. Auch einen ehemaligen SS-Mann konnte man hier bei Veranstaltungen antreffen. 1995 hatte man sogar die Gelegenheit, hier den Worten des Alt- und Neonazis Manfred Roeder bei einem Vortrag zu lauschen. Immerhin soll der Nachwuchs in der „Führungsakademie der Bundeswehr“ ja auch etwas anständiges lernen.....

Einer der Nachfolger Maizieres im Amte des Vorsitzenden war der Generalleutnant a.D. Lothar Domröse. Domröse war Referent bei der im Umfeld des „Ostpreußenblattes“ angesiedelten „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“(SWG). Mitte der 90er Jahre taucht Domröse in leitender Funktion einer anderen „Denkfabrik“ um die Bundeswehr auf, nämlich als geschäftsführender Vorsitzender des „Deutschen Strategie-Forums“. Das „**Deutsche Strategie-Forum**“ sieht seine Aufgabe u.a. darin, „die weltweite Verflechtung der Interessen der BRD“ zu untersuchen und darzustellen und „Beiträge zur Entwicklung der Gesamt-Strategie“ zu bieten. Domröse war schon Mitte der 80er Jahre für das „Strategie-Forum“ tätig. 1986 trat er in einem Vorwort in der Broschüre des „Strategie-Forums“ mit dem Titel „Deutschlands Sicherheit im Kräftespiel des Weltkonflikts“ für eine Verstärkung der konventionellen Streitkräfte ein. Weitere Autoren

dieser Broschüre waren der damalige Präsident des Bundesnachrichtendienstes, Hans-Georg Wiek, der „Betrachtungen zur geostrategischen Lage“ Deutschlands vorlegte und des Generals a.d. Franz-Joseph Schulze, ein ehemaliger Offizier der Wehrmacht, der ebenfalls als Referent bei der Hamburger „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ aufgetreten war. BND-Chef Wiek trat in der Broschüre für einen selbstbewussteren Umgang Deutschlands mit seiner „exponierten geostrategischen Lage“ ein. Er plädierte dafür, „die Scheu vor dem Umgang mit der Macht“ schrittweise abzubauen und wendet sich gegen „das Versteckspiel hinter dem Rücken anderer Länder und deren Initiativen“. Als positives Beispiel für den Abbau dieser Scheu vor der Macht erwähnte Wiek übrigens ausgerechnet den Mogadischu-Zwischenfall mit der Befreiung der entführten Lufthansa-Maschine durch den Bundesgrenzschutz. „Solange“ es eine Bedrohung durch die Sowjetunion gebe, so Wiek, „brauchen wir die strategische Absicherung Europas durch die USA“. Doch dürfe sich „unser Blick nicht auf Mitteleuropa allein richten, sondern muss den Atlantik ebenso wie Spannungsfelder außerhalb des NATO-Vertragsraums in die Betrachtung und in eine aktive Politik einbeziehen“.

Die 1956 gegründete „**Deutsch-Atlantische Gesellschaft**“ sieht ihre Aufgabe in der Unterstützung der Bestrebungen der NATO. Dazu dienen Informationsveranstaltungen über Sicherheitsfragen, Lehrgänge und Konferenzen sowie Informationsfahrten zur NATO. Gegliedert ist die Gesellschaft in zahlreiche regionale Arbeitskreise. Über ihre Aktivitäten wird im „Atlantischen Kurier“ berichtet, der als Beilage des von der NATO herausgegebenen „NATO-Briefes“ erscheint. Präsident der Gesellschaft ist derzeit der ehemalige CDU-Generalsekretär Ruprecht Polenz. Seine Stellvertreter sind Klaus Naumann von der „Clausewitz-Gesellschaft“ sowie jeweils ein Bundestagsabgeordneter von SPD und FDP. Zu den Mitgliedern der „Deutschen-Atlantischen Gesellschaft“ gehört eigentlich alles was in Politik und Gesellschaft Rang und Namen hat. Interessant auch der Gründungsvorstand der Gesellschaft. Ihm gehörten u.a. der Vizepräsident des damaligen deutschen Bundestags, Dr. Richard Jaeger (CSU) an, der sich 1957 für die Einführung der Todesstrafe für politische Taten

aussprach (Jaeger wurde der erste Präsident der Gesellschaft), Dr. Hans-Joachim von Merkatz, während des Naziregimes Generalsekretär des „Ibero-Amerikanischen Instituts“ in Berlin, nach dem Krieg stellvertretender Vorsitzender der „Deutschen Partei“, der Botschafter Herbert Blankenhorn, 1936 Mitglied der NSDAP und später Leiter der Wirtschaftsabteilung der Nazi-Gesandtschaft in Bern, dann Referatsleiter im Auswärtigen Amt unter Joachim von Ribbentrop sowie weitere ehemalige Akteure des Naziregimes. 1969 wurde auch der General Hans Speidel Mitglied des Vorstandes der Gesellschaft. Speidel war während des Naziregimes Leiter der Abteilung „Fremde Heere West“ im Generalstab des Heeres. Unter seiner Regie als Chef des Generalstabs beim Militärbefehlshaber in Frankreich wurde ein grausames Terrorregime gegen die Zivilbevölkerung errichtet.

Später, als Chef des Generalstabes der 8. Armee in der Sowjetunion gehörte er zu den Hauptplanern und Vollstreckern der „Taktik der verbrannten Erde“. Geehrt wurde Speidel für seine „Verdienste“ von der Bundesregierung Adenauers mit dem Amt des Leiters der „Abteilung Streitkräfte“ im neugebildeten Verteidigungsministerium.

Der 1966 gegründete „**Arbeitskreis für Landesverteidigung**“ (AFL) mit Sitz in Bonn bekennt sich zur „Europäischen Einigung und zum Atlantischen Bündnis“. Er befasst sich mit „Fragen der inneren, äußeren, wirtschaftlichen und globalen Sicherheit“. Zu Beginn der 80er kamen über die Hälfte der



Mitglieder des AFL aus NRW. Mehrheitlich handelte es sich bei ihnen um Studenten und Schüler, Soldaten, Pädagogen und Dozenten, Angehörige von Verwaltungen sowie um Journalisten und Publizisten.

Zu den Mitgliedern und Funktionären der AFL gehören bzw. gehörten u.a.

-der Bonner Graf von Moltke, auch Autor in der Zeitschrift „Soldat im Volk“ und Referent beim „Verband Deutscher Soldaten“,

-Günther Poser, während des 2. Weltkrieges U-Boot-Kapitän und Ende der 80er Jahre zeitweise im Bundesvorstand der neofaschistischen „Republikaner“,

-Jochen Löser, Generalmajor a.D. und ehemals Offizier der Wehrmacht, der auch schon einmal bei der neurechten „Deutsch-Europäischen Studiengemeinschaft“ und beim „National-europäischen Jugendwerk“ referiert hatte,

-Helmut Bärwald, einst Leiter des SPD-Ostbüros und Autor in verschiedenen rechten Zeitungen, wie z.B. dem „Ostpreußenblatt“ und der „Jungen Freiheit“.

Vorsitzender des AFL ist zumindest seit Beginn der 80er Jahre der ehemalige Stabsoffizier im Wehrbereich III, Hans Peters aus Bonn. Redakteur des AFL-Rundbriefes „Landesverteidigung“ war lange Zeit der Geschäftsführer der „Studiengesellschaft für Zeitprobleme“, Dr. Gottfried Linn, Anfang der 90er Jahre auch stellvertretender Vorsitzender der AFL. Bei den weiteren Vorstandsmitgliedern handelte es sich zuletzt mehrheitlich um aktive und inaktive Offiziere der Bundeswehr

Als Referenten traten bei der AFL zahlreiche Bundestagsabgeordnete auf, so u.a.:

Horst Niggemeier von der SPD, der sudentendeutsche Eduard Lintner (CSU), Rupert Scholz (CSU), Dr. Andreas von Bülow (SPD), Markus Berger (CDU), ferner Lothar Domröse von der „Clausewitz-Gesellschaft“ bzw. dem „Deutschen Strategie-Forum“,

- Prof. Wilhelm Grewe, während des Naziregimes Publizist in diversen Zeitschriften, nach dem Krieg Botschafter bei der NATO in Paris, zu Beginn der 80er Jahre auch stellvertretender Vorsitzender der „Atlantik-Brücke“, eine Einrichtung zur Verbesserung der Beziehungen zu den USA,

- Prof. Felix Ermacora aus Wien, mittlerweile verstorbener Staatsrechtler mit zahlreichen Verbindungen ins rechte Lager, u.a. zur FPÖ, - der vom ehemaligen Berater der DDR-Regierung zum strammen Anti-Kommunisten mutierte Prof. Heinrich von Berg sowie

- Günther Wagenlehner, ehemals im „Führungsstab Streitkräfte“ des Verteidigungsministeriums, Interviewpartner der „Jungen Freiheit“ wie auch der „Deutschen Wochenzeitung“ des DVU-Chefs Gerhard Frey.

Mit Fragen der inneren und „äußeren Sicher-

heit beschäftigt sich auch die „**Bundesakademie für Sicherheitspolitik**“ in Bonn. Die Bundesakademie ist die zentrale Fortbildungsstätte des Bundes und präsentiert sich als nationales und internationales Diskussionsforum in Sicherheitsfragen. Zielgruppen der Veranstaltungen der Akademie sind u.a. Führungskräfte in Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Medien. Eine von der Akademie herausgegebene Schriftenreihe zur „Neuen Sicherheitspolitik“ beschäftigt sich mit Fragen des „Terrorismus“ und des „Kriminalitätsimports“ ebenso, wie mit den „Strategien und Strukturen der deutsche Sicherheitspolitik“.

Das Kuratorium der Akademie setzt sich aus den Ministern des Bundessicherheitsrates unter Leitung des Bundeskanzlers zusammen. Studienleiter und Stab der Akademie sind zum Teil Offiziere der Bundeswehr.

Beiratsmitglieder der Bundesakademie für Sicherheitspolitik Stand: September 2000

BERTRAM, Dr. Christoph Direktor Stiftung Wissenschaft und Politik -BURCHARDT, Rainer Chefredakteur DeutschlandRadio Köln -CARSTENS, Peter-Heinrich General a.D., Ehemaliger Chef des Stabes SHAPE-ENGELN-KEFER, Dr. Ursula Stellvertretende Vorsitzende Deutscher Gewerkschaftsbund -FELDMEYER, Karl Frankfurter Allgemeine Zeitung -FREY, Dr. Peter -Hauptredaktionsleiter Außenpolitik Zweites Deutsches Fernsehen -FRIEDMAN, Dr. Michel Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland -HACKE, Professor Dr. Christian Ordentlicher Professor und Geschäftsführender Direktor des Seminars für Politische Wissenschaften der Universität Bonn -HARMS, Menno Vorsitzender des Aufsichtsrates der Firma Hewlett - Packard GmbH Deutschland -JANNING, Josef Stellvertretender Direktor Centrum für angewandte Politikforschung -JUSTENHOVEN, Dr. Heinz-Gerhard Direktor Institut für Theologie und Frieden, Barsbüttel -KAISER, Professor Dr. Dr. h.c. Karl Direktor Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. -LÜRSSSEN, Friedrich Geschäftsführender Gesellschafter Friedrich-Lürssen-Werft (GmbH & Co) -MARIENFELD-CZESLA, Claire -Ehemalige Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages -MÜLLER, Professor Dr. Harald Geschäftsführender Vorstand Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung -REIMERS, Prälat Dr. Stephan Bevollmächtigter des Rates der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Gemeinschaft, Vorsitzender Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung -SCHMIDT, Jutta Stellvertretende Vorsitzen-

de der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr SCHMOLDT, Hubertus -Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie- SCHOPPE, Waltraud Ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages, Ministerin a.D. -WEHMEIER, Dr. Klaus Mitglied der Geschäftsführung der Körber-Stiftung -WEILEMANN, Dr. Peter

Auch der Vorstandsvorsitzende des „Freundeskreises“ der Akademie ist ein Militär. Rolf Hüttel ist Generalleutnant a.D.. Beisitzer im Vorstand ist auch Andreas Prüfert. Prüfert ist Leiter der „**Karl-Theodor-Molinari-Stiftung**“, dem Bildungswerk des „Deutschen Bundeswehrverbandes“. Molinari hatte schon während des Naziregimes alles für die deutsche Sicherheit getan. Und zwar u.a. als Abteilungs-Kommandeur eines Panzerregiments. 1944 ermordeten die Soldaten dieses Panzerregimentes in den französischen Ardennen 106 Partisanen. Für dieses Verbrechen wurde der Ritterkreuzträger 1951 von einem französischen Militärtribunal - in Abwesenheit - zum Tode verurteilt.

Das Todesurteil beeinträchtigte Molinaris Nachkriegskarriere jedoch nicht. In der Bundeswehr wurde Molinari gar Zwei-Sterne-General. Außerdem trat er der CDU bei und war Mitbegründer des „Deutschen Bundeswehrverbandes“.

Einen Preis verleiht der „Freundeskreis“ der Bundesakademie übrigens auch: den „Karl Carstens-Preis“. Das war der wanderlustige Bundespräsident, ein CDU-Mann, der während des Naziregimes dem SA-Studentensturm, der NSDAP und dem „Bund Nationalsozialistischer Juristen“ angehört hatte und sich später nicht mehr daran erinnern konnte oder wollte ob, wann und wo und gegen wen er als Beisitzer bei Kriegsgerichtsprozessen mitgewirkt hatte.

Wie man sieht, wirken auf die Entscheidungen des Bundesverteidigungsministeriums die verschiedensten Kreise ein. Einmal mehr wird deutlich, wie prägend ehemalige Offiziere der nazistischen Wehrmacht bei der Gründung der Bundeswehr waren und es noch bis heute sind.

Es ist daher auch nicht verwunderlich, das so mancher Offizier der Bundeswehr seinen Weg in das Lager des Neofaschismus gefunden hat. Die reaktionäre preußisch-militaristische und deutschnationale Traditionspflege im Offizierskorps wird dazu ihren Beitrag geleistet haben.

(Joß Fritz, Mitarbeiter des „Hartmut-Meyer-Archivs“ der VVN-BdA)

Militaristische Literatur und Publizistik – Zeitschriften

Joß Fritz

„Angeknüpft werden soll hier an das Mitte der 60er Jahre im „Röderberg-Verlag“ erschienene Buch „Der Schoß ist fruchtbar noch...Neonazistische, militaristische, nationalistische Literatur und Publizistik in der BRD“ von Heinz Brüdigam.

Einen Schwerpunkt in Brüdigams Buch bildete die Analyse der militaristischen Literatur und Publizistik in der BRD. Festgestellt wurde dort u.a., dass bereits 1957, also zwölf Jahre nach der Beseitigung des Naziregimes, die neofaschistische „Scharnhorst-Buchkameradschaft“ bereits über 500 Bücher mit den Militarismus verherrlichenden Inhalten angeboten hatte. Eine mit Brüdigams Buch vergleichbare Veröffentlichung zu diesem Thema fehlt leider heute. Militaristische Bücher und Zeitschriften gehören aber nach wie vor zu einem wichtigen Zweig neofaschistischer und rechtskonservativer Publizistik. Zwar existieren heute einzelne dieser in den 60er Jahren wirkenden Verlage nicht mehr, dafür sind aber in ihre Stelle neue Verlage getreten.

Ein Beispiel dafür stellt der „MTM-Verlag“ im hessischen Bad Soden-Salmünster dar, der die „**Deutsche Militärzeitschrift**“ verlegt. Gegründet wurde die „DMZ“ 1995 von dem ehemaligen NPD/JN-Aktivist Harald Thomas aus Brühl. Nach der Einstellung der Zeitschrift im Jahre 1996 wurde diese vom MTM-Verlag, Geschäftsführerin ist Martina Wasmuth, übernommen.

Alle drei Monate ist diese Zeitschrift, die sich „an die Erlebnisgeneration des Zweiten Weltkrieges, an die Soldaten und Reservisten der Bundeswehr und an alle zeitgeschichtlich interessierten Mitbürger wendet“, an zahlreichen Kiosken erhältlich. Die Zeitschrift will nicht nur „Brücken schlagen zwischen den Generationen“ sondern auch „Mißstände offen ansprechen, auch wenn es dem Zeitgeist nicht entspricht“. Dies tut die Zeitschrift gründlich. Unter der Redaktionsleitung von Wolfgang Dischert aus Köln finden sich hier nicht nur Autoren wie Rolf Clement, Leiter der Abteilung „Hintergrund“ im Kölner „Deutschlandfunk“, sondern auch der ehemalige Europaparlamentarier der neofaschistischen „Republikaner“, Emil Schlee, der Leiter der geschichtsrevisionistischen „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“,

Alfred Schickel, der regelmäßige „Ostpreußenblatt“-Autor Hans-Joachim von Leesen, früher auch Autor in „Nation Europa“ und in „Criticon“, Prof. Franz W. Seidler von der Münchener Bundeswehruniversität, einer der Hauptkritiker der sog. Wehrmachtausstellung und der in Südafrika lebende ehemalige Bundeswehroffizier Claus Nordbruch. Letzterer ist nicht nur Autor im NPD-Organ „Deutsche Stimme“, sondern stellte sich dieser neofaschistischen Partei auch als Referent zur Verfügung. Gegliedert ist die „DMZ“ in die Rubriken „Soldatenporträt“, „International“, „Deutschland“, „Historie“, „Bundeswehr“ und „Zweiter Weltkrieg“. Die Schlacht von Trafalgar wird hier ebenso behandelt wie die Kesselschlacht von Stalingrad und der Golfkrieg. Eine herausragende Rolle spielen natürlich die sogenannte „Erlebnisberichte“ aus dem 2. Weltkrieg. Hierzu finden sich in der „DMZ“ zahlreiche Autoren, zumeist Soldaten und Offiziere der Wehrmacht, aber auch ehemalige Angehörige der „Waffen-SS“, die zum Teil bereits als Autoren aus anderen rechten Publikationen bekannt sind.

Auch aktive und ehemalige Generäle der Bundeswehr kommen in der „DMZ“ zu Wort. So z.B. der Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof, der Generalleutnant a.D. Jörg Schönbohm (CDU) und Klaus Reinhardt, ehemals Kommandeur der KFOR-Truppen im Kosovo. Letztere beiden als Interviewpartner.

Auch die Werbeanzeigen in der „DMZ“ sprechen für sich. Neben dem „Deutschen Waffenjournal“ inserieren dort Spezialverlage für Militärliteratur wie „Bernard & Graefe“, „Koehler & Mittler“, der „Motorbuch-Versand“, der „Biblio-Verlag“, der „Osning-Verlag“ und der „Landser-Leserservice“. Auch einschlägig rechte Verlage wie der „Buchdienst“ der „Nation und Europa“, der „Grabert-Verlag“ und die „Deutsche Verlagsgesellschaft“ sind hier mit Anzeigen vertreten. Abgerundet wird das Erscheinungsbild der „DMZ“ mit Interviews mit Rechtsaußenpolitikern der CDU wie Heinrich Lummer und Steffen Heitmann, Werbeanzeigen für das „Deutschland-Magazin“, die „Criticon“ und das „Ostpreußenblatt“, sowie Suchanzeigen nach ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht und der SS und Ankündigun-

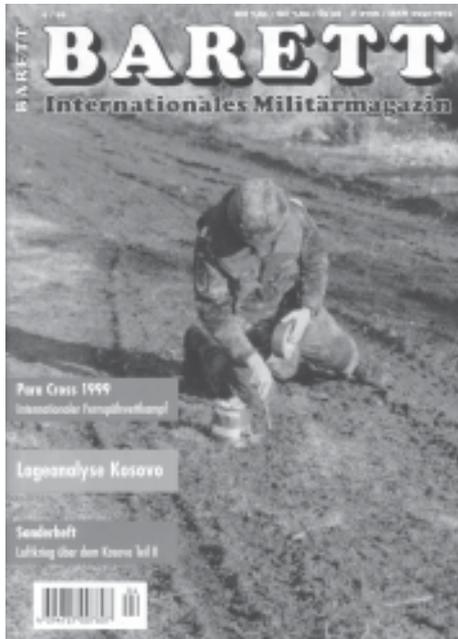
gen von Treffen militärischer Traditionsgemeinschaften. Ein weiteres Standbein des „MTM-Verlag“ ist der Vertrieb von Büchern, Videos und CDs. Darunter auch zahlreiche Bücher aus neofaschistischen Verlagen und als Schmankerl, Musik-CDs des ehemaligen Barden der „Wiking-Jugend“, Frank Rennicke.

Ebenfalls am Kiosk erhältlich ist die Zeitschrift „**BARETT**“. Das zweimonatlich erscheinende „Internationale Militärmagazin“, wie es sich nennt, wird seit 1998 vom Schweizer „Kabinett-Verlag“ herausgegeben. Sitz der Redaktion ist Solingen, wo auch „Barett“-Verleger Karl-Heinz Dissberger wohnt. Dissberger kandidierte 1975 für die NPD zum NRW-Landtag. In „Barett“ wird vorrangig die moderne Kriegsführung behandelt. Dazu gehören z.B. Beiträge zur angeblichen militärischen Bedrohung des geteilten Berlins, Berichte über Spezialeinsatzkommandos des Militärs, Antiterrorereinheiten der Polizei, Artikel über Söldner in der sog. Dritten Welt oder die Anschläge der Islamisten in Algerien. Vertrieben werden vom Verlag des „BARETT“, in der man auch schon eine Anzeige des Buchdienstes der neofaschistischen Zeitschrift „Nation und Europa“ finden konnte, auch Bücher. Hier findet man im wesentlichen Bücher über Selbstverteidigung, zum Überleben als Geisel, über Tarnuniformen und Bewaffnungen sowie über historische



Schlachten und Kriege. Sozusagen Clausewitz für den Hausgebrauch.

Noch nicht am Kiosk erhältlich ist die monatlich erscheinende Zeitschrift „**KAMERA-DEN**“. Unabhängige Zeitschrift für alte und junge Soldaten“, die bis vor einiger Zeit noch unter dem Titel „Alte Kameraden“ erschien. Das Blatt wird von der „Arbeitsgemeinschaft

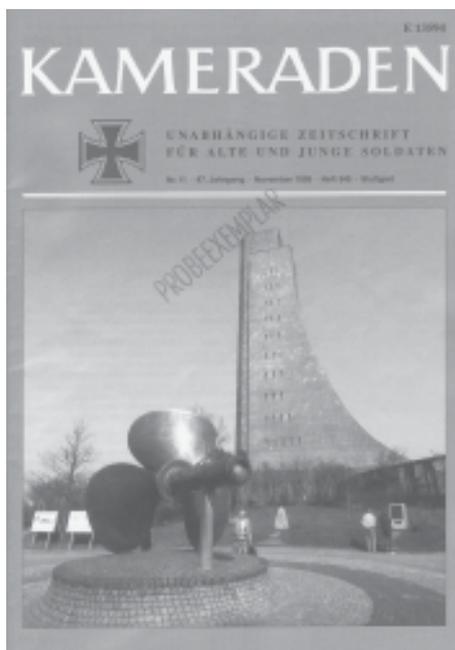


für Kameradenwerke und Traditionsverbände“ mit Sitz in Stuttgart herausgegeben. Der derzeitige verantwortliche Redakteur von „Kameraden“ ist Götz Eberbach. Eberbach war bislang Autor in der „Jungen Freiheit“, dem „Ostpreußenblatt“, der „Nation und Europa“, „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“, im „Deutschland-Magazin“ und in „Erneuerung und Abwehr“ der am rechten Rand der evangelischen Kirche wirkenden „Evangelischen Notgemeinschaft“. Außerdem war er Mitautor eines 1996 im neofaschistischen „Grabert-Verlages“ erschienenen Buches zur „Ehrenrettung des deutschen Soldaten“. Sein Vorgänger in diesem Amt war der Burschenschafter Dr. Albrecht Jebens, der von „Alte Kameraden“ zur „Stiftung Ostdeutscher Kulturrat“ wechselte um dort bis vor kurzem als Geschäftsführer tätig zu sein. Jebens war im August 2000 Mitgründer der „Deutschen Studien-Gemeinschaft“ mit Sitz in Leonberg, der auch Neofaschisten angehören.

Die Zeitschrift „Kameraden“ hat ihren Schwerpunkt in der Rubrik „Soldaten schreiben, wie es wirklich war“, in der vor allem ehemalige Angehörige der Wehrmacht und der „Waffen-SS“ zu finden sind. Aber auch die „Bundeswehr“ und ihre „Väter“, „Aktuelles“ und „Zeitgeschichte und Politik“ sind

mit eigenen Rubriken vertreten. Hier finden sich neben dem ehemaligen Referatsleiter im Marine-Führungsstab, Dieter Stockfisch, zugleich Referent bei der Zeitschrift „Soldat und Technik“ und dem früheren NVA-Generalmajor Hans-Georg Löffler, Mitautor im „Jahrbuch für Wehrpolitik“, u.a. der ehemalige Brigadegeneral Reinhard Uhle-Wettler, Autor in „Nation und Europa“, sein Bruder, der NATO-Generalleutnant a.D., Franz Uhle-Wettler, 1999 Interviewpartner des NPD-Organs „Deutsche Stimme“, der einstige Schriftleiter des damaligen „HIAG“-Organs „Der Freiwillige“, Heid Rühl, selbst ehemaliger SS-Mann und wiederum Alfred Schickel und Emil Schlee. Breiten Raum nehmen in „Kameraden“ die Berichte aus den „Traditionsgemeinschaften“ ein. Auf zumeist 16 Seiten wird über die Aktivitäten dieser zahlreichen Gruppierungen, darunter auch die „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“, berichtet.

In redaktioneller Zusammenarbeit mit dem „Institut für strategische Analysen“ erscheint in Bonn bzw. Bielefeld die Monatsschrift „**IAP-Dienst Sicherheitspolitik**“. Chefredakteur des „IAP-Dienstes“ ist der aus dem Sudetenland stammende ehemalige Oberstleutnant Gerhard Hubatschek. Der einstige Referent im Führungsstab des Heeres war Autor des „Ostpreußen-Blattes“ und der Zeitschrift „Criticon“ und referierte mehrfach bei den Burschenschaften. In den 80er Jahren nahm der „IAP-Dienst“ vor allem die Friedensbewegung ins Visier. Sie sei eine „autoritär geführte Bewegung“ mit einem Hang zur Gewalttätigkeit, deren Aktivisten „alle militärischen Anlagen und Fahrzeugbewegungen“ ausspähten und daher „auch als Spionage-In-



strument genutzt werden“ könnte („IAP-Dienst“ 19-20/1987).

Heute beschränkt sich das Blatt vor allem auf Berichte über sicherheitspolitische Aspekte der Ost-West-Entwicklung und über die Situation der Bundeswehr, wobei es eine Verringerung der Streitkräfte deutlich ablehnt.

Über den „Verband Deutscher Soldaten“ und seine zahlreichen Rechtskontakte wird bereits an anderer Stelle informiert. Vorab einige Informationen über das gemeinsame Organ vom „VdS“ und dem „Ring Deutscher Soldatenverbände“. Die seit 1951 erscheinende Monatszeitschrift „**Soldat im Volk**“ war bereits zweimal Gegenstand von Bundestagsanfragen der PDS. In „Soldat im Volk“ wird u.a. für die neofaschistischen „Unabhängigen Nachrichten“ und die geschichtsrevisionistischen „Vierteljahresshefte für freie Geschichtsforschung“ geworben. Im Gegensatz zur „DMZ“ und zu „Kameraden“ stellt „Soldat im Volk“ eher ein internes Verbandsblättchen dar. Dafür sind die Beiträge darin um so offener. Unter den Autoren von „Soldat im Volk“ finden sich neben dem VdS-Bundesvorsitzenden, dem Generalmajor a.D. Dr. Jürgen Schreiber, u.a. der mittlerweile verstorbene NS-Militärjurist Erich Schwinge, der kürzlich mit einer VdS-Verdienstmedaille ausgezeichnete Landesvorsitzende der Hamburger HIAG und ehemalige Waffen-SSler, Franz Schmitz, der Pater und Vielschreiber in diversen Rechtsblättern, Lothar Groppe sowie die bereits als Autoren in diesem Metier bekannten Alfred Schickel, Franz W. Seidler, Franz Uhle-Wettler und Emil Schlee.

Im Gegensatz zu den bereits dargestellten Zeitschriften werden in „Soldat in Volk“ verstärkt aktuelle Fragen behandelt. So gab das Blatt den Hauptkritikern der sog. Wehrmachtausstellung breiten Raum. Angegriffen wurde die Ausstellung natürlich auch in „Kameraden“ und der „DMZ“. Besonders auffallend ist aber bei „Soldat im Volk“, das eine große Anzahl von Autoren und Leserbriefschreibern auch zugleich als Leser anderer neofaschistischer Publikationen bekannt sind. Auch das Buchangebot der Zeitschrift spricht für sich. Unter den angebotenen Büchern finden sich zahlreiche Veröffentlichungen neofaschistischer Verlage bzw. in das neofaschistische Spektrum eingebundener Autoren. Breiten Raum nehmen in „Soldat in Volk“ auch Berichte über die Aktivitäten der VdS-Untergliederungen ein, dazu gehören auch Berichte über die HIAG-Untergliederungen ehemaliger Waffen-SSler, die sich nach der Auflösung der HIAG auf Bundesebene zum Teil kooperativ dem VdS angeschlossen haben.

Apropos HIAG. Die „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS“ mag sich zwar zu Beginn der 90er Jahre auf Bundesebene aufgelöst haben. Teile der Untergliederungen der HIAG existieren jedoch weiter. Auch das langjährige HIAG-Organ „Der Freiwillige“ gibt es noch. Nicht mehr als Organ der HIAG aber mit den gleichen Inhalten. Nach wie vor wird hier die verbrecherische Waffen-SS als edle Truppe deutscher Soldaten dargestellt.

Seit Anfang des Jahres 2000 haben der „Munin-Verlag“ und die Schriftleitung des „Der Freiwillige“ ihren Sitz in Pluwig bei Trier. Agte, der neue Chef des Verlages, ist als Autor des „Kurt-Vowinkel-Verlages“ bekannt, der zur Verlagsgruppe des bereits wegen „Volksverhetzung“ verurteilten Gerd Sudholt gehört. Schriftleiter des „Der Freiwillige“ ist Fritz Hahl, ein ehemaliger β -Obersturmführer. „Front- und Erlebnisberichte von Soldaten der Waffen-SS“ und „tagesaktuelle Themen“ nehmen in der Zeitschrift breiten Raum ein. Neben Todesanzeigen und Suchmeldungen, finden sich hier auch Nachrichten der Kriegsgräberstiftung „Wenn alle Brüder schweigen“ und Berichte über Aktivitäten von Truppenkameradschaften und der Hag-Verbände.

Im Sommer 2000 gründeten Mitarbeiter der Zeitschrift „Der Freiwillige“ gemeinsam mit „Forschern“ aus der Bundesrepublik und benachbarten Ländern eine „Lehr- und Forschungsgemeinschaft“ mit dem Namen „Eu-

ropea Erbe“ werden („Der Freiwillige“ 7/2000). Ebenfalls von ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS, aber auch anderen Altnazis, gelesen wird das in Witten verlegte „LEITHEFT“. Herausgegeben wird das „Leitheft“ mit dem Untertitel „Zur Pflege von Kameradschaft und soldatischer Tradition, Abwehr von Geschichts- und Propagandalügen durch Aufklärung und Dokumentation“ als „Rundbrief des Kameradenkreises der ehemaligen Waffen-SS“. Verantwortlich für das „Leitheft“ zeichnet sich neuerdings Günther Damerau. Nach dem Tode seines Vaters, des Altnazis Helmut Damerau, ist er auch neuer Inhaber des Münchener „Schild-Verlages“, im dem seit Jahrzehnten auch das „Deutsche Soldaten-Jahrbuch“ erscheint. Einer seiner Vorgänger im Amte des Schriftleiters des „Leitheftes“ war Johann Brandt. Brandt gehörte der Waffen-SS an, war NPD-Bundestagskandidat, trat dann der ANS/NA und später der FAP Michael Kühnens bei und gehört auch der NSDAP/AO an.

Im „Leitheft“ schreiben u.a. der ehemalige SS-Untersturmführer Lothar Greil, ehemals Bundesgeschäftsführer der HIAG, Wilhelm Keiper, Mitte der 80er Jahre „Staatskanzler“ einer selbsternannten „ostdeutschen Exilregierung“ der revanchistischen „Gemeinschaft Deutscher Osten“ und der Ex-„Republikaner“ Emil Schlee.

Zu den auflagenstärksten Zeitschriften in diesem Spektrum gehört jedoch die Zeitschrift „Kyffhäuser“, die vom „Kyffhäuserbund“ herausgegeben wird. Der 1786 gegründete Soldatenbund, der während des Naziregimes in „Nationalsozialistischer Reichskriegerbund“ umbenannt wurde, verfügt heute noch über etwa 100 000 Mitglieder. In seinen „Leitsätzen“ wendet sich der „Kyffhäuserbund“ u.a. „gegen die Missachtung oder Entstellung bewährter Überlieferungswerte der deutschen Kultur, ihrer Werke und Wissenschaften auf allen Gebieten sowie ihrer Schöpfung und Träger in Vergangenheit und Gegenwart“. Er gehört zudem kooperativ der „Paneuropa-Union“ und dem „Deutschen Bundeswehr-Verband“ an. In der antifaschistischen Arbeit spielt diese Organisation und ihre Zeitschrift bislang so gut wie keine Rolle. Dabei verfügt der „Kyffhäuserbund“ über enge Verbindungen zur Bundeswehr und über zahlreiche Schießplätze. Die Verbandszeitschrift „Kyffhäuser“ beinhaltet die Rubriken „Europa“, „Bundeswehr“, „Soziales“,

„Für die Frau“, „Jugendseite“ und „Bundesinformation“. In dem Blatt wurde z.B. das in Bremen errichtete „Denkmal für den unbe-

kannten Deserteur“ als „Schandmal“ bezeichnet. Auch kommen dort Mitglieder der „Kameradschaft Deutscher Soldaten“ im namibischen Windhoek, der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika, zu Wort. Geworben wird in dem Blatt z.B. auch für das im „Schild-Verlag“ erscheinende „Deutsche Soldatenjahrbuch“ („Kyffhäuser“ 3-1987). Berichtet wurde im „Kyffhäuser“ auch über Tagungen des „Verein für das Deutschtum im Ausland“ (VDA) und des „Bund der Vertriebenen“ (BDV).

Neben den bereits genannten Zeitschriften gibt es noch eine Reihe weiterer Veröffentlichungen militärischer Traditionsgemeinschaften. Wohl nicht mehr dazu zählt die Zeitschrift „Der Stahlhelm“ des „Stahlhelm - Kampfbund für Europa“. Der 1918 gegründete „Stahlhelm“ der 1933 noch über 750 000 Mitglieder verfügte, hat sich kürzlich - bis auf die Landesverbände Rheinland-Pfalz und Flandern - selbst aufgelöst. Antifaschistische Organisationen, allen voran die VVN-BdA in Stade, haben dieser Gruppierung eine enge Vernetzung mit neofaschistischen Organisationen und Parteien nachweisen können.

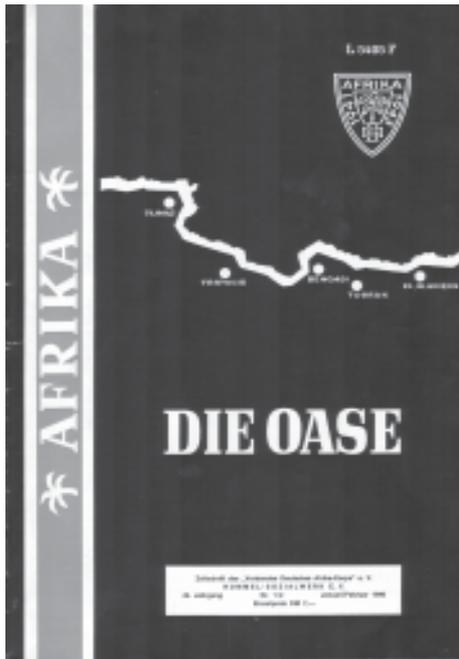
Im Bochumer Verlag Heinrich Pöppinghaus erscheint zweimonatlich die vom „Verband Deutsches Afrikakorps“ herausgegebene Zeitschrift „Die Oase“. „Die Oase“ ist ebenfalls eine Zeitschrift mit Tradition. Gegründet wurde das Blatt als „Feldzeitung“ von Willi Koerbel, dem damaligen Führer der „Propaganda-Kompanie Afrika“ während des 2. Weltkrieges.

Koerbel fand als Burschenschafter 1928 den Weg zur Nazibewegung und übernahm 1936 die Hauptschriftleitung der Wochenschrift „Der SA-Mann“. Nach dem Krieg war Koerbel Autor beim neofaschistischen „Druffel-Verlag“ und schrieb in der neofaschistischen Zeitschrift „Recht und Wahrheit“. „Die Oase“ beschränkt sich weitgehend auf die Wiedergabe von „Kriegserlebnissen“ und Verbandsinterna des immer noch über zahlreiche Ortsgruppen verfügenden „Verband Deutsches Afrika-Korps“. Trotzdem finden sich auch hier z.B. Anzeigen des Schmuckwaren-Herstellers Helmut Stemmler, ehemals Mitglied der Waffen-SS und der HIAG Pforzheim, des Emmelshausener „Condo-Verlages“, der hier seine „Wehrmachts-Ehrenteller“ anpreist, sowie Artikel des Druffel-Autors und HIAG-Mitgliedes Klaus-Rainer Woche sowie Texte des Kriegsschriftstellers Franz Kurowski. Kurowski schrieb in der Vergangenheit für die Zeitschrift „Nation und Europa“ und referierte auch schon bei der neofaschistischen



ropa Erbe“. In ihr sollen künftig „Forschungsbereiche auf den Gebieten Militär-Historik, Kultur, Architektur, Frühgeschichte, Brauchtumskunde, Archäologie, Technik, Literatur und Film unter einer Dachorganisation

„Gesellschaft für freie Publizistik“. Berichte über Aktivitäten und Versammlungen der elitären „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“, der auch ehemalige SS-Leute angehören, finden sich in deren Verbandsorgan „Das Ritterkreuz“. In dem vierteljährlich erscheinenden Heft findet man z.B. Geburtstagsgrüße für Otto Kumm, ehemals Regimentskommandeur der 2.SS-Panzerdivision „Das Reich“ und zuletzt Ehrenvorsitzender der HIAG, Beiträge von Walter Buxa, ehemals Bataillonskommandeur der Wehrmacht, Träger des Bundesverdienst-



kreuzes und des „Preußenschildes“ der „Landsmannschaft Ostpreußen“, Rezensionen von Büchern aus den einschlägigen Verlagen „Schild“, „Munin“ und „Vowinkel“ (Verlagsgründer Vowinkel war während des Naziregimes Vorsteher des Börsenvereins des deutschen Buchhandels), sowie Werbung für die geschichtsrevisionistische „Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt“.

Bereits schon von der Nachkriegsgeneration, gerade auch aktiven Soldaten dominiert, wird die 1980 gegründete „Kameradschaft der Feldjäger“, die über 3000 Mitglieder verfügt und vierteljährlich die Zeitschrift „Der Feldjäger“ herausgibt. Hier finden sich überwiegend Verbandsinterna, aber auch Hinweise auf diejenigen Mitglieder des Verbandes die bei der Wehrmacht noch als „Kettenhund“ berüchtigt waren.

„Die positiven Werte deutschen Soldatentums“ pflegen, „die Liebe zu Volk und Vaterland“ wahren und den Verteidigungswillen „stärken“, will der 8500 Mitglieder umfas-

sende „Kameradenkreis der Gebirgstruppe“, der alle zwei Monate die Zeitschrift „Die Gebirgstruppe“ herausgibt. Hier wird der NATO-Krieg gegen Jugoslawien als „humanitäre Nothilfe für entrechtete und in Lebensgefahr befindliche Menschen“ bezeichnet. Kritik an der sog. „Wehrmachts-Ausstellung“ findet sich hier ebenso wie Kriegserlebnisse aus dem 2. Weltkrieg und Berichte von der Front im Kosovo. Auf Forderungen nach der Umbenennung von Kasernen reagiert „Der Gebirgsjäger“ allergisch. Man werde dem Versuch widerstehen, die Bundeswehr von der „bewährten stolzen Tradition deutschen Soldatentums abzukoppeln“. Der wegen Kriegsverbrechen in Jugoslawien zum Tode verurteilte General Ludwig Kübler sei zwar ein „harter Führer mit klarer Sprache“ gewesen, aber auch ein „fürsorglicher Mensch“ und „ritterlicher Offizier“.

„Ein gesünderes Verhältnis zur Tradition, zu dem, was war, wird zur Überlebensfrage. Wer nicht weiß, woher er kommt, wird die Zukunft nicht gewinnen können“, heißt es dort. („Der Rechte Rand“ 39/1996). Entsprechend traditionsgemäß ist der „Kameradenkreis der Gebirgsjäger“, dem auch SS-Veteranen angehören, organisiert. Er verfügt über Ortskameradschaften nicht nur in Deutschland, sondern auch in Österreich und dem italienischen Südtirol.

Alte Traditionen gepflegt werden auch vom „Jäger-Blatt“, das von der „Gemeinschaft der Jagdflieger. Vereinigung der Flieger deutscher Streitkräfte“ herausgegeben wird.

Im zweimonatlich erscheinenden „Jäger-Blatt“ wird über das „strategisch-taktische Meisterstück“ des Nazi-Generals Adolf



Galland gegen die britische Luftwaffe während des 2. Weltkrieges geschwärmt, findet sich Werbung des „Sudholt-Verlages“ des langjährigen Vorsitzenden der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik“, Gerd Sudholt, ebenso wie Anzeigen des „Gerling-Konzerns“ und der „Daimler Benz Aerospace“. Auch der ehemalige Jagdflieger Rüdiger Proske, einer der Hauptkritiker der sog. Wehrmachtsausstellung und Interviewpartner der „Jungen Freiheit“, kommt hier zu Wort. Zahlreiche Berichte über Fliegerstaffeln der Bundeswehr zeigen auf, wie gut die Verbindungen der alten Kämpfer Hermann Görings noch heute sind.

Offen neofaschistisch agiert die Zeitschrift „Der Oberländer“, das „Mitteilungsblatt der Kameradschaft Freikorps und Bund Oberland“. Seitenweise werden hier Beiträge aus allen möglichen neofaschistischen Blättern abgedruckt. Kein Wunder, denn die Gründung des Freikorps erfolgte auf maßgeblicher Initiative der rassistischen „Thule-Gesellschaft“ und auch beim gescheiterten Hitlerputsch 1923 waren die Oberländer kräftig mit dabei.

So ist es auch kein Zufall, das der Kopf des neofaschistischen „Thule-Seminars“, Pierre Krebs, heute Träger des „Oberlandehrenzeichens“ ist. Jedes Jahr treffen sich am Schliersee bis zu 500 Anhänger des „Freikorps Oberland“ um ihren Toten zu gedenken.

Es gibt noch eine Reihe weiterer Veröffentlichungen von Traditionsgemeinschaften, die ich hier nur kurz erwähnen möchte. Der Verein „Deutsche Fallschirmjäger“ gibt die Zeitschrift „Der deutsche Fallschirmjäger“ heraus. Die Zeitschrift „Marine“ ist das Organ des „Deutschen Marinebund“, neben dem auch noch eine „Marine-Offiziers-Vereinigung“ existiert, der u.a. der frühere U-Boot-Kommandant und Ex-„Republikaner“-Funktionär Günther Poser angehört.

„Der Spielhahnjäger“ ist das Mitteilungsblatt der „Kameradschaft der Spielhahnjäger“, der früheren 97.Jäger-Division, die 1997 in die Schlagzeilen kam, weil sie in ihrer ständigen Ausstellung in Bad Tölz unkommentiert Hakenkreuzplakate zeigte und Kriegsgräuere verharmloste. „Kampftruppen“ ist die Zeitschrift des „Arbeitskreis der Kampftruppen“. Darüber hinaus gibt es natürlich noch eine Anzahl kleinerer „Mitteilungsblätter“ und natürlich solche Zeitschriften wie „Luftwaffe“, „Heer“ und „Soldat und Technik“, die in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesverteidigungsministerium herausgegeben werden.

Militaristische Literatur und Publizistik - Verlage

Joß Fritz

Militaristische Literatur spielt in fast allen neofaschistischen Verlagen bzw. Buchdiensten eine wichtige Rolle. Sie dient nicht nur der Vermittlung reaktionärer Inhalte, sondern auch der Finanzierung des Neofaschismus. Doch militaristische Literatur wird nicht nur von neofaschistischen Verlagen verlegt. Die nachfolgende Übersicht ist begrenzt auf jene Verlage, die schwerpunktmäßig solche Literatur anbieten oder sich auf einige Fachgebiete spezialisiert haben.



Zu den bekanntesten Verlagen, mit denen auch das Bundesverteidigungsministerium zusammenarbeitet, gehört die Verlagsgruppe „**Koehler+Mittler**“ in Hamburg. In dem 1789 gegründeten „Mittler-Verlag“ mit 10 000 Veröffentlichungen in den letzten 200 Jahren erschien bereits während des 2. Weltkrieges die „Militärwissenschaftliche Rundschau“, die vom „Generalstab des Heeres“ herausgegeben wurde. Außerdem erschien dort 1943 ein Buch von Großadmiral Karl Dönitz über „die U-Bootwaffe“. Heute werden bei „Koehler+Mittler“ neben zahlreichen Büchern u.a. die Zeitschriften „Europäische Sicherheit“, „Truppenpraxis“, „Marineforum“ und der „Mittler-Brief“ zur Sicherheitspolitik verlegt. Letzterer wird Interessenten vom Bundesverteidigungsministerium kostenlos zur Verfügung gestellt.

Bei „Koehler+Mittler“ erscheinen außerdem sog. „Militärhistorische Reiseführer“, das „Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik“, „Der Reibert. Das Handbuch für den deutschen Soldaten“ sowie Kriegserinnerungen. Besonders die Marine ist in diesem Verlag stark vertreten. Unter den Autoren finden wir auch den Ex-Generalleutnant und „Junge Freiheit“-Autor Franz Uhle-Wettler und den früheren Präsidenten der „Clausewitz-Gesellschaft“, Ulrich de Maiziere, wieder. Werbung für den Verlag tauchte auch schon in der neofaschistischen Zeitschrift „Nation Europa“, sowie in „Criticon“ und der „Deutschen Militärzeitschrift“ auf.

Das Gleiche gilt auch für den Verlag „**Bernard & Graefe**“ aus Bonn. Hier erscheinen „Weyers Flottentaschenbuch“, das „Handbuch der Bundeswehr und der Verteidigungsindustrie“ und „Psychologie für Einsatz und Notfall“ ebenso, wie Bücher über „Tarnanstriche des deutschen Heeres“ und „Flammen über Deutsch-Ostafrika“. Zu den Autoren des Verlages gehört auch Gerd-Helmut Komossa. Generalmajor Komossa, Ende der 70er Jahre MAD-Chef,

war zuletzt Präsident der „Gesellschaft für deutsche Einheit“ und Autor im „Ostpreußenblatt“.

Ebenfalls zu den Fachverlagen dieses Meisters gehört der „**Mönch-Buchversand**“ aus Koblenz.

Er bezeichnet sich als „Spezialist für anspruchsvolle Fachliteratur zum Thema Sicherheitspolitik, Militärgeschichte, Waffentechnik“ und verlegt auch zahlreiche Fachzeitschriften. So erscheinen dort „loyal“, „Wehrtechnik“, die „Marine-Rundschau“ und weitere Zeitschriften in Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch und Türkisch. Unter den Mönch-Katalogen angebotenen Buchautoren finden sich Altnazis wie Otto Kumm, ehemals Regimentskommandeur der 2.SS-Division „Das Reich“, zuletzt Ehrenvorsitzender der „HIAG“, der frühere SS-Regimentskommandeur Hubert Meyer, noch Ende der 80er Jahre Sprecher der HIAG, sowie Bücher über Rudolf Hess. Geworben wird in Katalogen des „Mönch-Buchversandes“ auch für Bücher anderer Verlage.

Wie z.B. des „**Schild-Verlages**“ aus München. Das Highlight dieses Verlages, der 1950 von dem früheren NS-Kreisleiter Helmut Damerau gegründet wurde, ist das „Deutsche Soldatenjahrbuch“, das seit 1951 jährlich erscheint. Unter den Autoren finden sich zahlreiche ehemalige Militärs, darunter auch Angehörige militärischer „Traditionsverbände“. Autor im Jahrbuch waren auch

Helwig Adolph-Auffenberg-Komarow, Sohn eines Generals und bis zu seinem Tode im Jahre 1997 regelmäßiger Autor der „Deutschen Wochenzeitung“ des Gerhard Frey sowie Bruno Brehm.

Der Publizist Brehm war während des Naziregimes Träger des „Nationalen Buchpreises“ und Präsident der „Wiener Kulturvereinigung“. Die Neofaschisten machten ihn dafür nach dem





Krieg zum Ehrenmitglied des „Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes“ (DKEG).

Das „Geleitwort“ zum „Deutschen Soldatenjahrbuch“ wird zumeist von ehemaligen hohen Offizieren der Wehrmacht geschrieben. So u.a. von dem ehemaligen Generalfeldmarschall Erhard Milch, der nach dem Krieg als Kriegsverbrecher zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt worden war, um dann bereits 1954 wieder entlassen zu werden und dem Bundeswehr-General a.D. Heinz Trettner. Der mit dem Ritterkreuz dekorierte Generalleutnant der faschistischen Wehrmacht begann seine Karriere bei der Bundeswehr übrigens im Anschluss an eine Referententätigkeit für den „Verband Deutscher Soldaten“.

Einen Überblick über die zahlreichen Kleinverlage, die sich auf militaristische Literatur spezialisiert haben oder die zumindest einen festen Platz im Buchangebot einnimmt, bekommt man auch bei der Lektüre der „Deutschen Militärzeitschrift“.

Besonders die Waffen-SS hat es dem Buchversand der neofaschistischen Zeitschrift „Nation und Europa“ angetan. Der „Opfergang für Deutschland“ der Leibstandarte Adolf Hitlers ist hier ebenso zu finden, wie das Buch über die „Ritterkreuzträger der Waffen-SS“.

Im Bonner „Report-Verlag“ findet man Bücher über die Auslandseinsätze der Bundeswehr und die „Waffensysteme der Bundeswehr“ ebenso, wie das 1996 erschiene Buch „Geopolitik 2000“ von Felix Buck.

Militärpublizist Buck gehörte während des Naziregimes der Verwaltung der IG-Farben an. Nach dem Krieg wurde der Geopolitiker stellvertretender Bundesvorsitzender der neofaschistischen NPD.

Der Bonner „Osning-Verlag“ preist Dr. Heinz Magenheimers Buch „Entscheidungskampf 1941“ an, in dem einmal mehr die These vertreten wird, das Hitler einem sowjetischen Überfall 1941 nur um wenige Tage zuvorgekommen sei. Der Salzburger Historiker, der noch Anfang der 90er Jahre für die Wiener Landesverteidigungsakademie tätig war, vertritt seine Thesen nicht nur in der „Jungen Freiheit“, sondern auch als Referent bei Burschenschaften.

Auch der Stuttgarter „Motorbuch-Verlag“ ist in der „DMZ“ vertreten. Hier gibt es nicht nur Reparaturanleitungen für PKWs, sondern auch Veröffentlichungen über „Die Geschichte der deutschen Panzerwaffe“ und „Kampfflieger zwischen Eismeer und Sahara“.

Ebenfalls schon lange im Geschäft sind die Verlage „Podzun-Pallas“ aus Wölfersheim. „Divisionsgeschichten“ verlegte der „Podzun-Verlag“ schon 1952. Mit ihrer Heft-Reihe „Waffen-Arsenal“, die auch an Kiosken erhältlich ist, haben die Verlage ihre Aktivitäten ausgeweitet. Außerdem sind dort mehrere Bücher über die Waffen-SS erschienen, die auch von neofaschistischen Verlagen beworben werden.

Zuletzt erschien dort „Streifzüge. Ein Photoalbum der Waffen-SS“ in dem, laut Eigenwerbung, unbekannte Bilder unbekannte Einblicke in die verschiedenen Divisionen der Waffen-SS geben. „Dabei werden dem interessierten Leser authentische Bilder vom Werdegang, Aufbau, von Soldaten und Offizieren, von Fahrzeugen und Waffen, von Krieg und Frieden in beeindruckender Aussagekraft präsentiert“. So wird die einst vom Nürnberger Gerichtshof als verbrecherische Organisation eingestufte Waffen-SS zum Erlebnispark verniedlicht.

Ähnliches auch bei so alteingessenen Verlagen wie der „Deutschen Verlagsgesellschaft“ aus Preußisch Oldendorf. Dort gibt es u.a. Biographien über „General Felix Steiner“, „Generaloberst Paul Hauser“ und „Generalfeldmarschall Schörner“. Schörner war der letzte Oberbefehlshaber der Wehrmacht und wegen zahlreicher Kriegsverbrechen bis 1955 in der Sowjetunion inhaftiert. 1957 wurde Schörner in München wegen Totschlags

verurteilt. Das Buch des DVG-Verlages über Schörner sei „ein Zeugnis für die untadelige innere und äußere Haltung des großen Soldaten Schörner. Es entzerrt das verschwommene Nachkriegsbild dieses pflichttreuen Mannes, das mit Unterstellung, Entstellung, Missdeutung, Lügen und Halbwahrheiten angereichert wurde“, heißt es in der Eigenwerbung.

Verharmlosung von Militarismus und Krieg begegnen wir täglich. Im Kiosk, im Kaufhaus oder auf dem Trödelmarkt. Gemeint ist die Zeitschrift „Der Landser“ mit seinen „Erlebnisberichten zur Geschichte des 2. Weltkrieges“. Etwa 60 000 Exemplare dieser Zeitschrift werden allein Woche für Woche in den neuen Bundesländern abgesetzt.

Der Second-Hand-Markt stellt zudem eine Dunkelziffer dar. Nach Informationen der „Sonderkommission Rechtsextremismus“ der Polizei ist „Der Landser“ in der Neonazi-Szene „bestens bekannt“. Bei Hausdurchsuchungen bei Neonazis werde man hier regelmäßig fündig. Der „Landser“-Verlag „Pabel Moewig“ in Rastatt ist eine Tochter des „Heinrich Bauer-Verlages“. In den



50er Jahren betrug die Auflage des „Landers“ bis zu 500 000 Exemplaren. Seitdem ging die Auflage langsam zurück. Seit der Einverleibung der DDR boomt das Geschäft mit dem „Landser“ wieder. Selbst die „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften“ hat beim „Landser“ nichts zu beanstanden. Dabei offerieren in dem Heft auch neofaschistische Verlage ihre Produk-



te. Vom Buch „Verbrechen an der Wehrmacht“ bis hin zur Musikkassette mit völkischen Schnulzen des ehemaligen „Wiking-Jugend“-Barden Frank Rennie wird hier alles angeboten (DER SPIEGEL 32/1998).

Verherrlichungen von Krieg und Militarismus aber auch im Militaria-Spektrum. Hier erscheinen Zeitschriften wie „Militaria“, das

„Internationale Militaria-Magazin“ oder neuerdings auch Zeitschriften für „Bodenfunde“, wie sich der moderne Grabraub heute nennt. Orden und Ehrenzeichen für begangene Verbrechen erhalten den Stellenwert einer Ikone. Heiß begehrt sind nach wie vor auch Autogramme von Ritterkreuzträgern. So finden sich z.B. im „Internationalen Militaria-Magazin“ immer wieder Anzeigen für sog. „Waffen- und Sammlerbörsen“. Proteste gab es Ende der 90er Jahre u.a. gegen eine „Niederrheinische Waffen- und Sammlerbörse“ in Krefeld. Strafanzeigen wurden gestellt, da Schwerpunkt dieser Verkaufsveranstaltung der offene Handel mit Nazi-Devotionalien war. Nur an zwei von ca.40 Ständen wurden Sportwaffen angeboten. Angeboten wurden dort u.a. Arbeitsbü-

cher jüdischer Häftlinge neben SS-Dolchen und Naziuniformen sowie originale und nachgefertigte Naziwehrmachts- und andere Orden. Hakenkreuze und andere Nazisymbole wurden teilweise abgedeckt, um dem Gesetz formal Genüge zu tun. Aufgrund der Proteste gegen diese Veranstaltung beschloss der Rat der Stadt, künftig keine städtischen Räume mehr für Veranstaltun-

gen dieser Art zur Verfügung zu stellen. Mittlerweile wurde die „Niederrheinische Waffen- und Sammlerbörse“ nach Wesel verlegt.

Auch ein Blick in das „Deutsche Waffen-Journal“ zeigt, wie fließend die Grenzen oft sind. Hier kommen Waffennarren aller Couleur auf ihre Kosten. Neben antiquarischer Naziliteratur kann man hier selbst Schützenpanzer aus dem 2. Weltkrieg erwerben. Das „Waffen-Journal“ selbst rechtfertigt hingegen den sogenannten „Schießsport“ als einen wertvollen, das Verantwortungsbewusstsein wie den Charakter positiv bildenden Individualsport“.

Von staatlicher Seite hält man sich mit Kritik zurück. Immerhin fädelt der bundesdeutsche Staat ja selbst Waffengeschäfte im großen Stil ein. Führt selbst Kriege. Und außerdem fördert der Militarismus ja die Wehrebereitschaft. Mag diese Tradition noch so verbrecherisch und mörderisch sein.

Wie hieß es noch im „Potsdamer Abkommen“ vom 2. August 1945 u.a.:

„Völlige Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Beseitigung der gesamten deutschen Industrie, die für Kriegsproduktion genutzt werden kann, oder Kontrolle über sie.

Zu diesem Zweck werden alle Land-, See- und Luftstreitkräfte Deutschlands, SS, SA, SD und Gestapo mit allen ihren Organisationen, Stäben und Einrichtungen, einschließlich des Generalstabes, des Offizierskorps, des Reservistenkorps, der Militärschulen, der Organisationen der Kriegsveteranen und aller anderen militärischen und halb-militärischen Organisationen zusammen mit ihren Klubs und Verbänden, die den Interessen der Erhaltung der militärischen Traditionen in Deutschland dienen, völlig und endgültig aufgelöst, um damit für immer der Wiedergeburt oder Neugestaltung des deutschen Militarismus und Nazismus vorzubeugen“.

Es gibt noch viel zu tun.



Protestaktion gegen Waffenmesse in Krefeld

„loyal“: Die Zeitschrift des Reservistenverbandes

Günter Baumann

Jugoslawien, Asien, Ostpreußen: „Die Unterstützung aus der Heimat ist von großer Bedeutung“

Der Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. versteht sich und seine Zeitschrift „loyal“ als Vermittler zwischen „Truppe und zivilem Umfeld“.

Der Titel der Zeitschrift: „loyal. das deutsche wehrmagazin. kritisch kompetent konstruktiv. Sicherheitspolitik Bundeswehr Reservisten“. Die Zeitschrift erscheint monatlich in einer Auflage von 150 000.

Seit 1969 wird die Zeitschrift in etwa der jetzigen Art vom Reservistenverband herausgegeben. Die Änderung von einem Blatt mit dem Namen „Die Reservisten“ zu einem politisch einwirkenden Blatt setzte 1969 der damalige Präsident Rudolf Woller durch. Er war Leiter des Studio Bonn des ZDF.

Laut eigenen Angaben hat der Reservistenverband heute 138 000 Mitglieder, die in etwa 2500 „Reservistenkameradschaften“ gegliedert sind.

„loyal“ wird finanziert durch den Bundeswehrhaushalt. Der Reservistenverband ist direktes Organ der Bundeswehr und Vermittler der Ausbildung für Reservisten. 1997 waren 282 hauptamtliche Funktionäre beschäftigt, bezahlt aus dem Bundeshaushalt. Offiziell wurden 1997 26,5 Mio. DM an den Verband überwiesen. Der Reservistenverband betont aber, dass er auch eigenständiger Verein sei, mit Geldern aus Mitgliedsbeiträgen und ehrenamtlichen Funktionären. Ohne diesen Vereinscharakter gäbe es sonst keine effektive Wirkung ins „zivile Umfeld“.



Aus dem Jahreskalender des Verbandes der Reservisten der Bundeswehr

Der Verband ist damit auch offen für regierungsoptionelle Militärpolitik und insbesondere für die Zusammenarbeit mit rechten Traditionsverbänden und Organisationen, die als Teil neofaschistischer Umtriebe wirken. In seiner Zeitschrift stellte der Verband die Zusammenarbeit mit Soldatenverbänden heraus, deren Mitgliederzahl von 1,2 Millionen er herausstrich. Als im Jahr 2000 die PDS im Bundestag eine Anfrage stellte über die Zusammenarbeit des Reservistenverbandes mit Organisationen, die „rechtsradikales und neonazistisches Gedankengut“ verbreiteten, beeilte sich der Reservistenverband zu erklären: Es gäbe nur „eine gelegentliche Kooperation im ‚Beirat für Freiwillige Reservistenarbeit beim Verband der Reservisten der Bundeswehr‘“ mit den von der PDS genannten Verbänden „Verband deutscher Soldaten“ und „Ring deutscher Soldatenverbände“. Vor Tische las man es anders.

Die Hauptamtlichen des Verbandes werden nicht aus Mitgliedsbeiträgen bezahlt. Der Verband sieht sich im Bestand gefährdet durch eine Berufsarmee. Er tritt daher für Wehrpflicht ein. Der Einfluss auf die Entwicklung der Bundeswehr nimmt ab: Der Reservistenverband wurde nicht in die Weizsäcker-Kommission berufen. Die Reservisten-Plätze in der Bundeswehr gingen von 2500 (1999) auf 1500 in diesem Jahr zurück. 1990 waren es 10000 Plätze.

„loyal“ bezeichnet sich als „Mittler zwischen Militär und zivilem Umfeld“ und will, wie „loyal“ schreibt, dazu beitragen, „den notwendigen Kampf um die ‚Lufthoheit über den Biertischen‘ im zivilen Umfeld zu führen“ (in: loyal, Heft 9, Jahrgang 1999, Seite II). Für diese Biertische sind auch die großformatigen Anzeigen der Militärverlage, Bernard u. Graefe, Koehler/Mittler u.a. gedacht, sowie die Anzeigen der Mönch Verlagsgesellschaft, in der „loyal“ erscheint neben anderen Zeitschriften, wie z.B. „Wehrtechnik“.

Die Zeitschrift hat zwei Teile: In die Mitte des Mantels ist der von den Landesverbänden erstellte „Reservisten-Report“ geheftet mit Berichten über die Tätigkeiten des Verbandes und mit Artikeln über Veranstaltungen zu militärpolitischen Themen. Bestän-

dig dokumentiert in Wort und Bild werden, u.a. Gepäckmärsche, Gehen auf einem Seilsteg, Schießübungen, Eintreten für Städte-Patenschaften mit Kriegsschiffen, Geldsammeln für die Kriegsgräberfürsorge, Besuche bei Kasernen.

Die Bundeswehr wird „erwachsen“

Ein Blick auf „loyal“ aus der Zeit, als „die Bundeswehr erwachsen wird“ (11/1999, S.10). Gemeint ist mit diesem Spruch die Zeit, als die Bundeswehr zum ersten Mal öffentlich militärisch töten durfte, als sie im Verbund der NATO völkerrechtswidrig die Bundesrepublik Jugoslawien angriff und dann dort ihre Truppenstationierung herbeibombte. Der Spruch rechtfertigt den militärischen Angriff und damit das militärische Töten als Einführungsritual in die Welt der Erwachsenen und belegt so ein atavistisches Selbstverständnis dieser Bundeswehr-Fans. Ihre Sprache, und nicht nur diese menschliche Regung, verharrt in der Steinzeit.

Der solches begeistert zustimmend schrieb, ist Abteilungsleiter „Hintergrund“ des „Deutschlandfunk“, schreibt auch in der „Deutschen Militärzeitschrift“; Rolf Clement.

Der Mantel der Zeitschrift hatte im Herbst 1999 Artikel im Mittelpunkt, die begründeten, warum der Angriff auf die Bundesrepublik Jugoslawien dringend nötig war und wie danach Bundeswehr und NATO- und andere Truppen, aus Russland z.B., die Menschen dort an die von der NATO bestimmten Menschenrechte heranführen. Das brauche Zeit, 10 Jahre sicher, sei aber gut, weil praktisches Lernen für weitere Aufgaben: Das Oktoberheft 1999 richtete dann auch den Blick des Lesers, auch einiger Leserinnen, durch eine einigermaßen sauber durchbohrte Glasscheibe, die dann anschließend grafisch ansprechend zersplittert worden war, auf die stark vereinfachte Landkarte, die wohl Asien darstellen sollte. Auf der Glasscheibe war in rot geschrieben: „Neuer Unruheherd Nr.1 ASIEN“. Im Bild wird die Zwangsvorstellung dieser deutschen Militaristen deutlich: Da muss aufgeräumt werden. Weltweit! Die Hunnenrede eines früheren deutschen Staatsoberhauptes war also nicht die einmalige, nur für sich

stehende Äußerung eines den Tod bringenden Imperialisten. Die Redaktion von „loyal“ lässt die Tradition wieder aufleben und führt sie in derselben intelligenten Art weiter. Zeitlich passend wars: Die Truppen der Bundeswehr waren gerade in Richtung Ost-Timor unterwegs. „loyal“ meinte und schrieb: Die Bündnispartner sollten sehen, wie Deutschland sich bemühe und daher Anerkennung verdiene.

Die Artikel in der Zeitschrift sind koordiniert. Die Zielvorgabe hieß: Der Krieg gegen Jugoslawien war dringlich und richtig und der richtige Schritt für den weiteren Weg. Konkret und für heute aktuell bewiesen sei: Das Militär ist der Garant einer richtigen und wirksamen Außenpolitik. Gerade der Außenminister Fischer habe viel gelernt und wisse nun zu beurteilen, „welche Bedeutung das ‚politische Instrument‘ Streitkräfte für die außenpolitische

Aktionsfähigkeit unseres Staates hat und welche Möglichkeiten darin stecken“ (9/99, S.4). Der Verfasser Rudolf Marquardt kann kaum den Mund wieder schließen, ob all der Möglichkeiten, die darin stecken. Zum Beispiel:

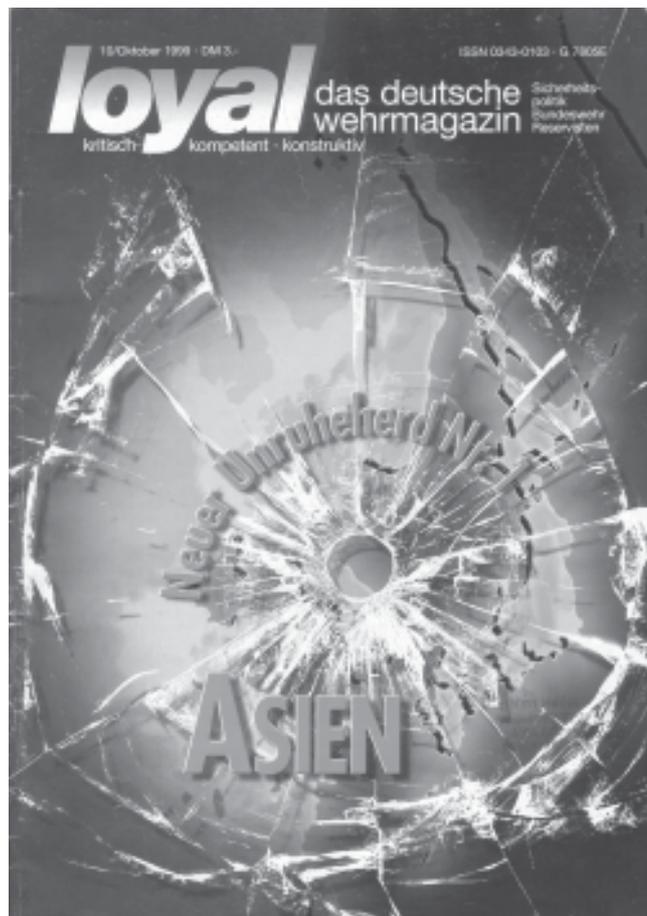
Über Europa hinaus

Diese von den Militaristen schon immer wiederholte Meinung, gilt mit Verweis auf den Grünen-Minister Fischer jetzt als gesicherte Weisheit und dient als Begründung, warum die Bundeswehr heute „mehr denn je nötig ist“. Und ist daher entscheidendes Argument in diesem Artikel, der gegen Kürzungen des Bundeswehr-Haushaltes geschrieben wurde.

Im Artikel: „Ein Krieg als Signal“ (9/1999, S.11) fasst ein Soziologie-Professor, B. Prosch aus Erlangen-Nürnberg, zusammen: „Im besten Fall kann der Kosovo-Konflikt daher am Ende eines Jahrhunderts mit furchtbaren Kriegen als abschreckendes Signal auf Diktatoren und Despoten wirken – in Europa und vielleicht auch darüber hinaus.“ Kein Fragezeichen.

In der darauf folgenden Nummer der Zeitschrift hatte die „loyal“-Redaktion sich beeilt, dem „vielleicht“ des B. Prosch ein „sicher doch“ in Form der zersplitterten Glasscheibe über der Asien-Landkarte nachfolgen zu lassen.

Diese ästhetische Idiotie ist aber nicht be-



langlos. Sie ist Ausdruck einer bestimmten außenpolitischen Militär-Ideologie. Ihre Träger bestimmen über einen Haushalt von zig Milliarden DM und fordern den militärischen Einsatz von Hunderttausenden Soldaten weltweit, wo immer sie die Vorherrschaft des deutschen Kapitals erzwungen sehen wollen.

Militärisches Zuschlagen und das Vernichten von Menschen muss eingeübt werden. „loyal“ tut, was sie kann.

Nicht an die Bombenopfer denken!

„loyal“ spricht ehemalige Soldaten an, denen deutlich eingepreßt werden soll am Beispiel der deutschen Tornado-Besatzungen, die im italienischen Piacenza stationiert waren: An die getöteten Bombenopfer darf ein guter deutscher Soldat nicht denken, sonst klappt es beim nächsten Bombenangriff nicht gut.

In seinem Erlebnisbericht: „Die Piloten

von Piacenza“ schildert Rolf Clement, noch mal: Abteilungsleiter beim Deutschlandfunk, wie die deutschen Soldaten das, was Clement unter den christlichen Begriff „Mission“ fasst, in neu-alter Weise ausführten.

Clement schildert nicht die tatsächlichen Bombenexplosionen und die realen Tötungen durch die Soldaten. Die Tatvorgänge nimmt der Leser nicht wahr. Der Schreiber Clement stellt dem Leser nur die angeblichen Gedanken der Soldaten vor Augen. Clement lässt nur die von ihm formulierten Gedanken, die er als angebliche Überlegungen der Soldaten ausgibt, als das einzig Reale für den Leser bestehen. Die Gedanken beziehen sich aber auf die realen Handlungen der Soldaten und der Leser soll den Eindruck bekommen, die von Clement formulierten Gedanken seien realistische Äußerungen über die Tatvorgänge, die so und nicht anders gesehen werden müssten. Der Leser kann also die Realität nur wahrnehmen durch die angeblichen Gedanken der Soldaten. Die Sicht des Lesers wird verengt,

er wird hineingezogen in die Rolle des Täters, der seine Tötungen nicht wahrnehmen und nur sein Zuschlagen rechtfertigen will: „Während des Fluges sind die Gedanken nur bei der sogenannten Mission. Da wird nicht darüber nachgedacht, was am Boden geschieht, wenn man aktiv werden muss. Erst später, nach der Landung, kommen die Gedanken an die Zustände, die man am Boden hervorruft.“ - Direkt dazu: Der Bomben- und Raketenschütze hat nicht gerufen, auch nicht hervor, auch keinen Zustand. Er schoss und er vernichtete und tötete Menschen. - Weiter im Text des Artikels:



Gerd Arntz, 1938, in der Emigration in NL. Hinter der Scheibe steht ein realer Mensch

„Die Soldaten machen es deutlich, dass es für sie entscheidend ist, vom praktischen Ziel ihrer Operationen überzeugt zu sein. Nur so können sie diese Gedanken wieder verdrängen, wenn der nächste Start bevorsteht. Und sie waren davon überzeugt, dass Slobodan Milosevic und seinen Schergen das Handwerk gelegt werden musste. Dabei ist die Unterstützung aus der Heimat schon von großer Bedeutung.“

Je mehr die Soldaten mit Propaganda zugeschnitten werden, desto besser das Verdrängen des völkerrechtswidrigen Angriffs auf Jugoslawien und der Tötungen durch die Tornado-Besatzungen. Der Stil von Clements Artikel ist bekannt: die Form des Berichtes über Tatsachenvorgänge, vermittelt über angebliche Gedanken von Soldaten. Er war die Machart der Schreiberkompanien der deutschen Nazi-Wehrmacht und gehörte zu ihrem Handwerk. Nachzulesen z.B. in dem Faksimileband der Zeitschrift „Das Reich“, herausgegeben vom Scherz-Verlag.

„Fairness“ für den Vernichtungskrieg der Nazi-Wehrmacht

„loyal“ berichtet über die Zusammenarbeit mit den Traditionsverbänden der Nazi-Wehrmacht und über deren Tätigkeit. Sie sieht sich als ein Teil in der Reihe deutscher Soldatengenerationen. Die Zeitschrift druckte im Herbst 1999 beständig eine ganzseitige Anzeige des Buches ab, das den Vernichtungskrieg der Nazi-Wehrmacht leugnet, „Soldaten der Wehrmacht“, und zwar vorne auf der Innenumschlagseite, so dass dieser Beginn schon dem nachfolgenden Inhalt des Heftes einen dominierenden Gesichtspunkt gab.

Unter der Überschrift „Fairness für die Vätergeneration“ wurde gefordert: „Vor 60 Jahren waren mehr als 18 Millionen Deutsche aus fast allen Familien Angehörige der Wehrmacht. Sie werden derzeit zunehmend verunglimpft und pauschal als Verbrecher beschuldigt. Der Einsatz unserer Bundeswehr heute ist nur zu verantworten, wenn deren Pflichterfüllung von der Gesellschaft unvoreingenommen mitgetragen wird. Das setzt Fairness gegenüber der vorigen Soldatengeneration voraus.“

Militaristen sehen offensichtlich immer die Soldaten des jeweils vorhergehenden Krieges als ihre Väter an. Entgegen der biologischen Reihenfolge wird das Leben als Soldatenabfolge gefasst. Denn nicht die vorherige Generation waren die Nazi-Soldaten. Sie waren die Großväter der heutigen Enkel, die bei der Bundeswehr sind.

Die Anzeigenhersteller forderten „Fairness“ für den Vernichtungskrieg der Nazi-Wehrmacht. Was immer auch mit dieser „Fairness“ gemeint sein kann, es wird auf die Rechtfertigung des Vernichtungskrieges hinauslaufen. Die Anzeige verlangte Zustimmung für die These: Wenn der Vernichtungskrieg der Nazi-Wehrmacht nicht für gerechtfertigt erklärt werde, dann könne heute der „Einsatz“ der Bundeswehr nicht „unvoreingenommen“ mitgetragen werden. Es geht ihnen um „Unterstützung aus der Heimat“, damals wie heute, und damit das klar ist: „unvoreingenommen“ muss sie sein.

Der Publizist Clement schrieb von der „großen Bedeutung“ der „Unterstützung aus der Heimat“ dafür, dass die Soldaten das Nachdenken verdrängen. Ohne falsche Propaganda kein richtiger Krieg: „loyal“ und seine Autoren arbeiten daran. Zur praktischen Einübung:

In dem Innenteil von „loyal“, dem „Reservisten Report“, sind beständig viele Berichte abgedruckt über Schießveranstaltungen, Märsche, militärische Wettkämpfe. Diese Veranstaltungen sind Teil der freiwilligen Reservistenarbeit, die die Bundeswehr durchführt. Geworben wird im Reservistenverband mit „Kameradschaft“ und „Fitsein“. Auf Prospekten ist immer ein Lagerfeuer zu sehen, über das Fleischstücke, aufgespießt auf Stöcke, gehalten werden. Kameradschaft nur bei uns, wird versprochen: als Ersatz für die verdrängten Gedanken.

Spricht das Neofaschisten an? Die militärische Vernichtungsgemeinschaft schon. Auch das Verdrängen der Gedanken an die Getöteten? Der Rassismus der Neonazis verdrängt das nicht, sondern rechtfertigt deren Morde.

Werbung für militärische Aggression

Die „Mission“ und das „politisch überzeugende Ziel“ rechtfertigen bei „loyal“ Aggression und Militärüberfall. Diese Reservisten als Vermittler zwischen „Truppe und Bevölkerung“ überbringen die Gedanken der militärischen Aggression. Militärisch zuschlagen und den deklarierten Gegner vernichten, das muss sein, sonst gäbe es keine wirksame Außenpolitik für das

deutsche Gemeinwohl. Dieses Gebräu soll gelten als richtige Beschreibung deutsch-angemessenen Verhaltens in der Heimat und darüber hinaus, nicht nur geographisch, auch historisch soll das gelten. Ein historischer Artikel ist in jedem Heft.

Ein Beispiel. „Vor 60 Jahren: Überfall auf Polen – Beginn des zweiten Weltkrieges“ (9/1999, S.36). Da schreibt H.J. Koch: „Bis zu diesem Schicksalstag der deutschen Geschichte war die sechsjährige Regierungszeit Hitlers von Erfolgen gekrönt.“ Sechs Jahre Zeit für die Kriegsvorbereitung durch die Nazi-Morddiktatur: was für ein Erfolg! Hätte die Nazi-Wehrmacht den Krieg nicht verloren, welche Krönung hätte der Militarist der Zeitschrift „loyal“ gesehen?

Im Kosovo wurde die Bundeswehr erwachsen, meinte „loyal“. Große nächste Aufgaben stehen bevor? Da ist es gut, einen Rat zu haben. Von einigen ihrer Mitglieder in ihrem Beirat für freiwillige Reservistenarbeit, musste sie sich, wie erwähnt, nach der Anfrage der PDS-Bundestagsabgeordneten U. Jelpke, distanzieren. Das neonazistische Gedankengut einiger Soldatenverbände war öffentlich angegriffen worden. Mit einigen der Organisationen, die die Militärpolitik der Bundeswehr strategisch bedenken und die nächsten Kriegsvorbereitungen mitplanen, z.B. mit der Gesellschaft für Wehrkunde, führt der Reservistenverband viele Veranstaltungen durch.

Arbeit für die deutsche Militärtradition

Mit der Kriegsgräberfürsorge arbeitet der Reservistenverband eng zusammen. Seine Mitglieder sammeln jedes Jahr Geld dafür. Der NRW-Innenminister Behrens wird gerne im „Reservisten Report“ abgebildet, wie er Sammler des Reservistenverbandes empfängt. SPD-Innenminister Behrens ist Vorsitzender des Landesverbandes NRW des



Postkarte des Reservistenverbandes



Neonazi Ulf Nahrath bei Anti-Antifa-Aktivitäten in Aachen 1989

Volksbunds Deutscher Kriegsgräberfürsorge. Dieser Verein arbeitete mit den Traditionsverbänden der SS beständig zusammen und unterstützte diese öffentlich. Der Landesverband Niedersachsen des Reservistenverbandes berichtete in „loyal/Reservisten-Report“ (10/1999, S. III) über Fahrten nach „dem ehemaligen nördlichen Ostpreußen“, die zum fünften Mal stattfanden. Die Mitglieder wohnen dann, wie sie schreiben, bei „deutsch-russischen Familien“ und haben einen „harten Arbeitseinsatz“. „Hergerichtet werden ausschließlich die zu ‚Urwald‘ gewordenen Soldatenfriedhöfe des 1. Weltkrieges, die sämtlich seit 1945 keine

Pflege mehr erfahren haben.“ Wo deutsche Soldaten begraben worden sind, da darf kein „Urwald“ sein. Auch dort räumen Reservisten auf. Nicht nur die Grabsteine werden gepflegt, die deutsche Militärtradition wird ebenfalls saniert. Die Heimat unterstützt, in Gegenwart und Vergangenheit, auch wenn diese Vergangenheit weiter zurückliegt. Schließlich: Sollen die Soldaten des Kaisers umsonst ge-

fallen sein? Und: Was einmal Heimat war, kann es auch wieder werden, oder? Die Reservisten stehen in der Tradition des deutschen Militärs und die heißt nicht: Nie wieder Krieg!

Mit Nazis ins Reservisten-Gefecht

So richtig schön ist das Reservistenleben nur im Ernstfall. Und der heißt: Übung. Freiwillig rücken diese Reservisten in die Kasernen und verbringen ein Wochenende, um z.B. im freien Gelände „Objektschutz“ zu üben. Die Bundeswehr stellt die dafür nötigen Waffen, allerdings ohne scharfe Muni-

tion. Auftritt Ulf Nahrath: Der Leutnant der Reserve Ulf Nahrath erklärt die Bedeutung der ABC-Abwehrmaßnahmen. Dann Pause. „Hauptsache man hat anschließend eine ruhige Hand. Denn bei einem mit kameradschaftseigenen Pistolen ausgetragenen Schießwettbewerb gibt es etliche attraktive <Preise zu gewinnen.“ (ganzseitiger Bericht der Aachener Nachrichten vom April 1983 unter dem Titel: „Reservisten der Bundeswehr sind keine zweite Garnitur-Verteidigungsbereitschaft der ‚Ehemaligen‘ soll erhalten bleiben.“

Ulf Nahrath: Ältester Sohn des Wiking-Jugend Chefs Wolfgang Nahrath und damals kurz vor einer „Karriere“ als Funktionär der Neonazi Truppe FAP. Solchen Leuten drückt die Bundeswehr Waffen in die Hand. Es ist ihnen erlaubt „kameradschaftseigene“ Waffen zu besitzen. Kein Wunder, dass die Wiking Jugend ihre Anhänger immer aufforderte, in die Bundeswehr zu gehen.

Aus dem Rechenschaftsbericht des Verbandes der Reservisten der Bundeswehr stammt die folgende Tabelle, die das Geflecht der Militaristen unter Einschluss von Neonazis und Auschwitzleugnern dokumentiert. Insgesamt werden 2053 „Kontakte“ aufgeführt. Hier ein Auszug:

Name des Verbandes	Beirat	Gem.Ausschuss	Kuratorium	Zahl der Kontakte
Ges. f. Wehr- u Sicherheitspolitik			X	310
Deutscher Marinebund	X	X	X	168
Kyffhäuserbund	X	X		154
Volksbund dt. Kriegsgräberfürsorge		X		113
Bayerischer Soldatenbund 1874	X	X		96
Verband deutscher Soldaten	X	X	X	92
Deutscher Bundeswehrverband	X	X		86
Deutsche Atlantische Gesellschaft			X	39
Clausewitz Gesellschaft			X	12
Konrad-Adenauer Stiftung				12
Wehrpolitischer AK (CSU)				12
Kameradenkreis Gebirgstruppe				10
Ring deutscher Soldatenverbände	X	X		10
Deutsche Offizier-Gesellschaft	X			4
Deutscher Luftwaffenring	X	X	X	15
Bayer. Kameraden+Soldatenvereinigung	X	X		11
Deutsche Ges. f. Wehrtechnik				4

Günter Baumann arbeitet in der Kommission „Neofaschismus“ der VVN-BdA NRW

Die „Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik und ihre Zeitschrift „Europäische Wehrkunde“

Andrej Hunko

Als Fachblatt für Strategiedebatten deutsch-europäischer Militärpolitik soll hier die Zeitschrift „Europäische Sicherheit“ (ehemals „europäische Wehrkunde“) vorgestellt werden. Herausgegeben wird diese monatlich erscheinende Zeitschrift von der „Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik“ (ehemals „Gesellschaft für Wehrkunde“), die es sich zum Ziel gesetzt hat, „durch Öffentlichkeitsarbeit ihrer über 100 Sektionen, Verständnis zu wecken für die Notwendigkeit vorbereitender Landesverteidigung“. Es handelt sich dabei um eine halb-offizielle Organisation, die zwar seit 1969 jährlich mit 400.000 DM aus dem Säckel des „Presse- und Informationsamtes“ der Bundesregierung bezuschusst wird und eng mit der Bundeswehrführung kooperiert, ansonsten aber um Unabhängigkeit von der Regierungslinie bedacht ist. Die Versuche der letzten zwei Jahre, die GfS zu disziplinieren und die Autonomie der ein-

zelnen Sektionen einzuschränken haben im vergangenen Jahr zu erheblichen Turbulenzen und schließlich zum Rücktritt des noch von Volker Rühle durchgesetzten Präsidenten Bagger geführt.

Zunächst sollten wir aber einen Blick auf die Geschichte dieser international durchaus renommierten und einflussreichen Organisation werfen:

Geschichte

Gegründet wurde „Gesellschaft für Wehrkunde“ 1952 von zehn ehemaligen Offizieren der Hitler-Wehrmacht, die es sich zum Ziel setzten, aktiv an der Wiederbewaffnung der BRD im Rahmen eines westeuropäischen Zusammenschlusses unter Frontstellung gegen den Osten mitzuwirken. Beklagt wird in der nach wie vor gültigen geschichtlichen Selbstdarstellung (zum fünfzigsten Geburtstag im Januar 2002 soll eine neue Geschichtsdarstellung erscheinen)

die Kriegsmüdigkeit der deutschen Bevölkerung 1952 („Ohne-mich-Haltung“), der es entgegenzutreten gelte. Ansonsten sollten die „offiziellen staatlichen Stellen“ - als deren „Anhängsel“ man sich keineswegs verstand - „bei ihren Planungen durch Fachstudien“ unterstützt werden.

Die Zusammenarbeit zwischen GfW und den „offiziellen staatlichen Stellen“ wurde bald geregelt: „Diese Fühlungnahme ist nunmehr organisatorisch geregelt in der Form, dass die Dienststelle in solchen Fragen, die für die Klärung eine Mitwirkung größerer Kreise des ehemaligen Offizierskorps oder sonstiger wehrfachlich sachkundiger Persönlichkeiten als wünschenswert oder zweckdienlich erscheinen lassen, sich der

Mitwirkung der GfW bedient“ (Rundschreiben 3/1953 zit. nach UZ 21.8.81).

Ausdrücklich formulierte Aufgabe war es, „die bei Ende des 2. Weltkrieges abgebrochene deutsche wehrkundliche Forschung wiederzubeleben und ihren Anschluss an den Stand der ausländischen Forschung zu betreiben, die militärischen Erfahrungen aus dem 2. Weltkrieg zu sammeln und auszuwerten und sie für den Fall einer Wiederaufstellung deutscher Streitkräfte nutzbar zu machen“ (Impressum der Wehrkunde 1954). So konnte die damalige Bundesregierung das noch bestehende Verbot wehrkundlicher Forschungen in der BRD seitens der amerikanischen Militärregierung umgehen und illegal die Tätigkeit der GfW in Anspruch nehmen.

Mit der Aufstellung der Bundeswehr ab 1955 war ein wesentliches Ziel der GfW erreicht; etwa die Hälfte der Mitglieder wechselte in den aktiven Dienst. Gleichzeitig führte diese Remilitarisierung der BRD auch zu einer Krise des Selbstverständnisses der GfW. Der Schwerpunkt wurde fortan auf die Öffentlichkeitsarbeit, „dabei besonders Ansprache von Zivilpersonen wie Pädagogen“ gelegt um die Aufrüstung der BRD ideologisch zu flankieren. Zudem ermöglichte gerade der semi-autonome Charakter der GfW militärpolitische Fragen offener als etwa die Bundeswehrführung oder das Verteidigungsministerium zu diskutieren und somit ggf. als ideologischer Vorreiter für Strategien zu fungieren, die in diesen stärker kontrollierten Organen noch nicht diskutierbar sind.

In den späten 50er und frühen 60er Jahren zeichnete sich die GfW durch ein besonders aggressive Strategie gegenüber der DDR und damals recht starken Anti-Atomtod-Bewegung: „Ausgangspunkt aller Überlegungen sollte deshalb nicht die Frage nach einer Beseitigung der atomaren Waffen, sondern nach Bannung der Gefahr einer Bolschewisierung sein“ heißt es etwa im August 1958.

Präsident in dieser prägenden Phase von 1954 - 1963 war übrigens der 1948 wegen Kriegsverbrechen zu 15 Jahren (!) Gefängnis verurteilte Generaloberst a.D. Georg



Hans Reinhardt.

In den frühen 60er Jahren versuchte die GfW über die Gründung von Hochschulgruppen einen Fuß in die Universitäten zu kriegen, was allerdings angesichts der einsetzenden Linksentwicklung an den Unis scheiterte. Ebenso wie in der Frage der atomaren Bewaffnung übernahm die GfW auch in der Vorbereitung der Notstandsgesetze eine Art Vorreiterrolle. Bereits 1962 wurden in Anlehnung an de Gaulle Maßnahmen gefordert, die jeden Deutschen zwischen 18 und 60 Jahren zum „Bundesverteidigungsdienst“ verpflichten und „Sabotageakte Fünfter Kolonnen“ verhindern sollten.

Schon frühzeitig wurde die Bedeutung „humanitärer“ Phrasen als Legitimierung neuer deutscher Machtpolitik erkannt: „Menschenrechte müssen also als moralischer Triumph ausgespielt werden können, weil sie die eigene öffentliche Meinung von der Überlegenheit der eigenen Sache überzeugen und den Gegner in Rechtfertigungszwang setzen. Stets ist also die Berücksichtigung der Menschenrechte in der Außenpolitik primär instrumental zu sehen, ein Mittel zum Zweck...Es mag nützlich sein, einem anderen Staat nach Ort und Stunde den Spiegel seiner Verstöße gegen die Menschenrechte vorzuhalten, es mag ein ander mal klug sein, so zu handeln, als gäbe es diese Verstöße nicht.“ (3/1980, S. 128)

Die 90er Jahre waren weitgehend von Diskussionen geprägt, wie der Umbau der Bundeswehr zur jederzeit einsetzbaren Angriffsarmee zu bewerkstelligen sei und welche neuen Feindbilder sich nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes aufbauen. Dabei ist die Diskussion durchaus im Fluss und keineswegs abgeschlossen: Neurechte Vorstellungen, nach denen sich die Bundeswehr patriotisch-korrekt nach preußisch-soldatischen Tugenden mit „mentaler Ausrichtung auf Verwundung und Tod“ zu entwickeln habe, anstatt sie „zu einer Unterabteilung abstrakt-multinationaler Gremien denaturieren zu lassen“ (ES 4/1995) sind ebenso zu finden, wie Vorstellungen, nach denen sich deutscher Machtzuwachs am ehesten mit einem modernen Image im Rahmen multinationaler Verbände erreichen lasse (Josef Fischer, ES 11/2000). Gleiches gilt für die Feindbilddiskussion: Wurde Mitte der 90er Jahre die „neue Bedrohungsfront“ nicht mehr politisch und ökonomisch definiert, wie zur Zeit des kalten Krieges, sondern ein kultureller „Zusammenprall zwischen Zivilisationen“ in denen sich „Menschenmassen über Teile des Globus ergießen“ und „afrikanische und asiatische

Fremdkulturen“ in Deutschland „Normabweichungen“ hervorrufen, so wird - unter den Bedingungen der europäischen Flüchtlingsabwehr - der Islamismus im arabischen Raum in jüngerer Zeit positiver bewertet: „Angesichts der anti-westlichen Orientierung vieler ethnischer und religiöser Gruppen in den außereuropäischen Anrainerstaaten des Mittelmeers mögen manche Beobachter die politischen Prozesse in den islamisch geprägten Ländern dieser Region vorrangig unter dem Gesichtspunkt der Konfrontation unterschiedlicher Kulturen betrachten. Doch muss die Erwartung eines „Zusammenpralls“...nicht unbedingt eintreffen.“ Die bevorstehenden Konflikte würden „nicht automatisch zu einer ausweglosen Situation führen“. Eine Position, „die den Islam vorwiegend als kulturellen und politischen Gegner betrachtet“ sei „nicht hilfreich“.

Hier deutet sich vorsichtig eine strategische Verschiebung deutscher Geopolitik im „Nahen Osten“ an, um die us-amerikanische Hegemonie über die Region zurückzudrängen. Dennoch ist die GfS nach wie vor weit davon entfernt, offen die WEU als Konkurrenz zur NATO und den USA zu propagieren.

Interne Konflikte

Negativ in die Schlagzeilen geriet die GfS durch einen „Panorama“-Bericht vom 4. Februar 1999. Dort wurde berichtet, dass neben hohen Militärs auch zahlreiche Referenten mit guten Verbindungen zum rechten Rand bei ihren Veranstaltungen als Redner auftreten. Zu diesen zählten u.a. der General a.D. Franz Uhle-Wettler, der 1992 in das Kuratorium der damals geplanten „Franz-Schönhuber-Stiftung“ der sog. „Republikaner“ gewählt wurde und Rüdiger Proske, ein ehemaliger Jagdflieger, der zu den Hauptkritikern der Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ gehört. Beide finden sich auch als Mitautoren in einer kürzlich im Kieler Arndt-Verlag erschienenen Festschrift für den notorischen Auschwitz-Leugner David Irving. Weitere Referenten waren Hans-Ulrich Kopp, bis 1997 Pressesprecher der „Deutschen Burschenschaft“ und Mitglied des sudetendeutschen „WitikoBund“, Dr. Alfred Jebens, Chefredakteur der Zeitschrift „Kameraden“ und Dr. Martin Papst, bis 1994 Vorsitzender des „Hilfskomitee Südliches Afrika“, das enge Kontakte zum damaligen Apartheid-Regime in Südafrika unterhielt.

Diese auch von der Bundesregierung unkon-

trollierbaren Verbindungen zum rechten Rand werden durch die dezentrale Struktur der GfS und die weitgehende Autonomie der einzelnen Sektionen ermöglicht. Jede der ca. 100 Sektionen ist „grundsätzlich unabhängig und frei bei der Themen- und Referentenauswahl, nur gebunden an die Satzung und die Kernthemen“. Um die GfS stärker „auf Linie zu bringen“ hat das „Verteidigungs“-ministerium (zunächst noch unter Volker Rühle) den ehemaligen Generalinspekteur der Bundeswehr, Hartmut Bagger, als Präsidenten der GfS durchgesetzt, der im April 1999 dieses Amt übernahm. Bagger versuchte die GfS zu zentralisieren und offen rechtsextreme Positionen und Referenten aus dem Diskurs der GfS herauszudrängen. Jede der (mittlerweile ca. 1.000) öffentlichen Veranstaltungen einer Sektion musste vom Landesvorsitzenden genehmigt werden, der wiederum den Verfassungsschutz zu Rate ziehen musste, um zu prüfen, ob bekannte Rechtsextreme als Referenten vorgesehen waren.

In der Folge krachte es mächtig im Gebälk der GfS; Sektionsvorsitzende legten ihre Ämter nieder, etliche Mitglieder traten aus, um sich weiter rechts stehenden militaristischen Verbänden anzuschließen.

Hintergrund der Auseinandersetzungen war das Traditionsverständnis der Bundeswehr: Während Teile der GfS die Bundeswehr ungebrochen in der Tradition der Hitlerschen Wehrmacht sehen, diese aber von allen Verbrechen freisprechen wollen, sieht Bagger die Zukunft deutscher Militäreinsätze besser mit einem moderneren Image gesichert, mit dem die Erinnerung an die letzten weltweiten deutschen Militäreinsätze (im 2. Weltkrieg) ausgelöscht werden sollen. „Die Traditionspflege in der Bundeswehr gehört in die Waschmaschine“ ist sein Credo. Entsprechend wurden Leugner der Verbrechen der Wehrmacht (wie sie in der Reemtsma-Ausstellung dokumentiert sind) ihrer Ämter enthoben oder zum Austritt gedrängt. Auch wenn die Bundeswehr in jeder Hinsicht die Nachfolgeorganisation der Wehrmacht ist, soll doch im öffentlichen Bewusstsein und im eigenen Geschichtsbild diese störende Verbindung geleugnet werden und ein „antifaschistisches“ Image, wie es etwa die Bezugnahme auf den 20. Juli bietet, erzeugt werden.

Nicht zufällig begannen diese Auseinandersetzungen während des Angriffskrieges gegen Jugoslawien, der uns ja quasi als antifaschistischer Krieg verkauft wurde. Nichtsdestotrotz ist Bagger mit seinen Säuberungsversuchen gescheitert. Ende Mai

2000 warf er das Handtuch; seitdem ist die GF ohne Präsidenten. Auslöser war sein misslungener Versuch den Kemptener Sektionsleiter zu disziplinieren, der den der FPÖ angehörenden österreichischen „Verteidigungs“minister als Referenten eingeladen hatte. Trotz aller Versuche Baggers diese Veranstaltung zu verhindern, hielt die Sektion Kempten an der Veranstaltung fest und machte die Angelegenheit öffentlich. Der Rücktritt Baggers wurde in rechtsextremen Zeitschriften wie dem Ostpreußenblatt entsprechend bejubelt.

Zusammenfassung und Ausblick

Der Fall Bagger macht einige Dinge deutlich: Zum einen zeigt er, wie stark die traditionell rechts-militaristischen Kräfte in der GfS sind, die die ungebrochene Tradition Reichswehr-Wehrmacht-Bundeswehr verkörpern und mit Teilen der faschistischen Szene kooperieren.

Zum anderen zeigt das Interesse des „Verteidigungs“ministeriums diese renommierte Organisation, die die jährlichen Wehrkundetagungen abhält, 70.000 Besucher auf ihren jährlich ca. 1.000 Veranstaltungen hat und über hochprofessionelle

Print- und Digitalmedien verfügt, zu disziplinieren, wie wichtig ein einheitliches Selbstverständnis der Bundeswehr angesichts der Dynamisierung deutscher Kriegsvorbereitung in den letzten Jahren ist.

Linke antimilitaristische Kräfte sollten die weitere Entwicklung dieser Organisation genau beobachten, insbesondere die anstehende Mitgliederversammlung am 12./13. Januar in Hannover und das 50-jährige Jubiläum ein Jahr später, und sich gleichermaßen gegen den traditionellen wie den modernistischen Flügel wenden.

Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik: aktuelles Personal (2001)

Ehrenpräsident: Dr. Klaus-Dieter Uelhoff, Staatssekretär a.D.; Präsidentin: Claire Marienfeld-Czesla, ehem. Wehrbeauftragte, CDU; Vize: Verena I. Wohlleben (SPD), Thomas Kossendey (CDU), Oberst a.D. Klaus Voß; Geschäftsführer: Oberstlt. A.D. Manfred Wistuba

Kuratorium: Prof. F.W. Baer-Kaupert; Dr. Wolfgang Bötsch (Minister a.D., CDU); Dr. Hans-U. Brauner, (Vors. Vorstand Rheinmetall); Paul Breuer, verteidigungspol. Sprecher CDU-Fraktion); Dr. Werner Hoyer

(Staatsminister a.D., FDP); General Hans Peter v. Kirchbach (Generalinspekteur a.D.); Walter Kolbow (MdB, Parlament. Staatssekretär im BMVg); Hans Koschnik (ehemal. Bosnienbeauftragter, SPD); General Dr. Klaus Rheinhardt (ehem. Nato Befehlshaber LANDCENT); Christian Schmidt (verteidigungspol. Sprecher CSU); Pro. Dr. Armin A. Steinkamm (Uni BW München); Peter Tamm (Verleger), Oberst d.R. Peter Zumkley (sicherheitspol. Sprecher SPD)

Literatur:

- Europäische Sicherheit (1976 bis 1990)
- Europäische Wehrkunde, bis 1976 Wehrkunde)
- www.GfW-Sicherheitspolitik.de
- Antifaschistische Nachrichten 7/99 und 10/99
- Ostpreußenblatt 23.10.99 und 1.7.2000
- junge Welt 16.1.1997
- UZ 21.8.1981

Andrej Hunko arbeitet im Antikriegsbündnis Aachen und im „Bündnis gegen Rechts“ Aachen



Die „Kameradenkreise“ - Alte Herren - „Im Geiste unbesiegt“

Kurt Heiler

Definitionen

Im Wegweiser des Inspektors des Heeres zur Traditionspflege vom Dezember 1999 werden drei verschiedene Gruppen definiert:

Aufgelöste Truppenteile und Dienststellen der Bundeswehr werden als „Traditionsverband“ bezeichnet.

Organisationen, in denen sich ehemalige Angehörige der Wehrmacht oder noch früherer Streitkräfte mit ehemaligen und aktiven Soldaten der Bundeswehr zusammengeschlossen haben sind „Kameradenkreise“. Vereinigungen ausschließlich ehemaliger Angehöriger der Wehrmacht und noch früherer Streitkräfte sind als „Soldatenvereinigungen“ zu bezeichnen.

Dimensionen

Wie immer die Definition lautet: Im Laufe der Zeit hat die Bedeutung der Kameradenkreise und Soldatenvereinigungen nachgelassen, weil es aus biologischen Gründen immer weniger ehemalige Wehrmachtangehörige gibt. Nach 1945 standen die Bestrebungen, in Deutschland eine Demokratie zu etablieren vor quantitativ und qualitativ ungleich größeren Problemen. 10 Millionen Kriegsteilnehmer - viele ohne Unrechtsbewusstsein - bzw. dieses hinter den faschistischen Rechtfertigungs-ideologien versteckend - waren keine gute Basis für den Aufbau der Demokratie. Allein der Kyffhäuser-Bund hatte noch 1943 4,3 Millionen Mitglieder, der Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge 1944 2 Millionen, der Verband deutscher Soldaten als ein Bündnis von 10 verschiedenen Vereinigungen gegründet, behauptete 1951, im Namen von 2 Millionen ehemaligen Wehrmachtssoldaten zu sprechen. Allein 900.000 ehemalige Waffen-SS-Soldaten zählten zum Wählerreservoir der ersten Wahl zum Bundestag. 1000 Verbände ehemaliger Soldaten mit ca. 600.000 eingeschriebenen Mitgliedern zählen Dudek/Jaschke Anfang der 50er Jahre. („Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der BRD“, 1984)

Das Echo aus Regierung und Parlament verwundert daher nicht: Ehrenerklärungen zur Waffen-SS von Adenauer und Schumacher,

1956 tritt Ritterkreuzträger Erich Mende, damals FDP, bei der HIAG auf, 1958 ruft der Sozialdemokrat Ulrich Lohmar die HIAG zum gemeinsamen Kampf gegen den Kommunismus („Wir sollten in Deutschland unsere Kräfte nicht zersplittern, sondern uns zusammenfinden, um auf einer gemeinsamen Plattform den Kommunismus zu bekämpfen“ in „Der Freiwillige-Wiking-Ruf“, Aug. 1958), Aufforderungen des Bundestags zur Freilassung von NS- und Kriegsverbrechern, Demonstrationen vor den Gefängnissen dieser Verbrecher mit mehreren 1000 TeilnehmerInnen, die Andersdenkende mit „Juden raus“ Rufen verscheuchten. Dieses Klima der 50er Jahre ist heute kaum noch nachvollziehbar.

Die Bundesregierung marschierte zielstrebig auf die Wiedergeburt einer eigenen Streitmacht zu, war aber realistisch genug, dies mit Zustimmung der westlichen Alliierten und im Rahmen eines westlichen Militärbündnis erreichen zu wollen. Hier entstanden aber auch Risse im Verhältnis zu den Soldatenverbänden, die ihrerseits ihre Zustimmung und Mitwirkung an einer solchen Armee von einer „Generalamnestie“ und einer „neutralen Ausrichtung“ der kommenden Armee abhängig machen wollten. Die HIAG-Anhänger wollten 1956 „weder Landsknechte des Rubels noch des Dollar sein.“ Galt zunächst die „Fürsorge“ der Soldatenverbände den verurteilten Verbrechern aus der Wehrmacht, so steigerte sich die Propaganda in dem Maße, wie die Wehrmachtangehörigen von den Alliierten selbst freigelassen wurden zur Forderung nach Generalamnestie für alle Nazi-Verbrecher.

Legal-Illegal- sch...egal?

Die offizielle Gründung der ersten Soldatenvereine konnte erst 1951 und 1952, also 4 Jahre nach Beginn des kalten Krieges und im zeitlichen Zusammenhang mit der Rehabilitierung der angeblichen Notwendigkeit des militärischen Kampfes gegen den Kommunismus in Gestalt des Koreakrieges erfolgen. Die Zulassung der verschiedenen Soldatenverbände durch die Alliierten bleibt eine Kapitulation vor der Tatsache, dass deren Anhängerschaft so groß und so verankert in der Gesellschaft war. Diese Kräf-

te weiter zu illegalisieren, hätte den Kern einer nicht integrierbaren faschistischen Gruppe verfestigt und die Ziele der Alliierten ernsthaft gefährdet. Da im Kontrollratsgesetz Nr. 34 die Aufhebung aller Versorgungsansprüche für Wehrmachtangehörige festgeschrieben war, konnten sich die Soldatenverbände auf breite Zustimmung verlassen, wenn sie ihr Anliegen als ein „soziales“ verbrämen und sich als „Notgemeinschaften“ konstituierten.

Andererseits muss darauf bestanden werden, dass schon die Gründung der meisten Soldatenverbände illegal war, auch bei sehr zurückhaltender Interpretation des Art. 139 GG („Die zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“). Keine sehr volkstümliche, aber trotzdem eine klare Vorschrift, die besagt, dass die Freiheiten des Grundgesetzes für alle gelten, außer für Nazis und ihre Organisationen. In Zusammenhang mit den Soldatenverbänden sei hier das Potsdamer Abkommen als eine der Rechtsvorschriften, die Art. 139 GG meint, zitiert: „...werden alle Land- See- und Luftstreitkräfte Deutschlands, SS, SA, SD und Gestapo...einschließlich aller anderen militärischen und halb-militärischen Organisationen zusammen mit ihren Vereinen und Unterorganisationen, die den Interessen der Erhaltung der militärischen Tradition dienen, völlig und endgültig aufgelöst, um damit für immer der Wiedergeburt oder Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus und Nazismus vorzubeugen...Die NSDAP ...ist zu vernichten, alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen, es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, dass sie in keiner Form wieder erstehen können! Jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.“

Es gibt in der politischen und juristischen Bewertung Auseinandersetzungen darüber, ob 1955 die drei Westalliierten mit einer einseitigen Erklärung gegen die UdSSR den westdeutschen Teilstaat in die Souveränität entlassen konnten oder ob diese Souveränität erst durch den 2+ 4 Vertrag nach 1990

erreicht wurde. Aber erstens steht der Art. 139 GG immer noch im Grundgesetz und zweitens galt er selbst nach konservativster Lesart bis 1955, also jedenfalls zum Zeitpunkt der Gründung der meisten hier besprochenen Soldatenvereine (z.B. HIAG-Bundesverband, VdS, Kyffhäuser). 1973 berief sich die damalige Bundesregierung noch auf den Art. 139, als sie Bedenken gegen ihre Aufnahme in die UNO zerstreuen wollte.

Der Bundesvorsitzende der Jungsozialisten Gerhard Schröder spricht 1977 im Vorwort zur Broschüre „Die SS- ein 4. Wehrmachtsteil?“

„Das Grundgesetz ist antifaschistisch. Es enthält den Auftrag, diesen antifaschistischen Geist auch gesellschaftliche Praxis werden zu lassen“

Der Bundeskanzler Gerhard Schröder spricht 1998:

„Wer unser Gastrecht missbraucht, für den gibt es nur eins: raus und zwar sofort.“
Jugendsünden?

Eine Gefahr für die Demokratie heute?

Soldaten- und Kameradenverbände stellen auch heute noch eine Gefahr für die Demokratie dar. Sie waren und sind offen für neofaschistische Ideologie und hatten und haben offene organisatorische Flanken zum Neofaschismus. Sie verstehen sich und praktizieren eine Politik zwischen dem Stahlhelmflügel der CDU und einer Neuauflage der Harzburger Front der Weimarer Republik. Sie waren und sind ein Motor der Rechtsentwicklung, hin zu autoritären, Gewalt und Krieg bejahenden, die Demokratie ablehnenden oder relativierende Politikauffassungen.

Dudek/Jaschke fassen zusammen: „Das aus vorliegenden Dokumenten (Verbandszeitschriften, Resolutionen etc) rekonstruierbare politische Grundverständnis lässt daran zweifeln, ob der Verhaltens- und Wertkodex der Soldatenverbände mit dem Normenbestand parlamentarischer Demokratie vereinbar ist. Dagegen weist das von den Verbänden tradierte Gesellschafts- und Geschichtsverständnis hohe Kongruenz zur politischen Stammkultur des rechtsextremen Lagers auf.“ Schon in den 50er Jahren passte es zusammen, dass rechtsextremes Gedankengut mit einer Wahlorientierung auf die großen Volksparteien einherging.

Einerseits riefen HIAG und VdS auf, keine „Splitterparteien“ oder gar „extreme“ Parteien zu wählen. Der Zugang zur entstehen-

den Bundeswehr war realistischerweise nur über etablierte Parteien zu erreichen. Andererseits verstanden die Naziparteien die Soldatenverbände als ihr „natürliches“ Wählerreservoir und fühlten sich dort wie der Fisch im Wasser. So betont für die Deutsche Reichspartei des Jahres 1952 Adolf von Thadden, später NPD: „Wir wollten als Partei, die das Soldatische hoch hält, mit den entsprechenden Verbänden, die sich nunmehr bildeten, so wie es dies in anderen Formen schon nach 1918 gegeben hatte, zusammenkommen.“ Die Sozialistische Reichspartei versuchte ihr Verbot abzuwenden, indem sie behauptete, in ihr organisierten sich eben nicht die ehemaligen NSDAP-Mitglieder, sondern 95 % ihrer Mitglieder kämen aus Kreisen der ehemaligen Wehrmacht. Die Attraktivität der faschistischen Ideologie für die Soldatenverbände lag und liegt darin, dass im Selbstverständnis der meisten Soldatenverbände eine unverbundene Lücke klappt zwischen dem Anspruch, einer Elite angehört zu haben („Die besten Soldaten der Welt“) und gleichzeitig den Krieg verloren zu haben, bzw. von den Alliierten zu einem „entrechteten Volk“ degradiert worden zu sein. Der General der Waffen-SS und Mitbegründer des VdS, Gille, „kann“ Unrecht eben erst ab 1945 wahrnehmen: „Unsere Erkenntnisse erwachsen aus dem Kampfleben des letzten Krieges, sie formten sich, als der von feindlicher Kugel getroffene Kamerad mit blassen Lippen und leiser Stimme ‚Deutschland‘ flüsterte. Die Erlebnisse der Nachkriegszeit, als alle von uns wohlbehüteten und heiligen Tugenden mit Füßen getreten wurden, konnten uns den Glauben an das deutsche Volk nicht zerstören...“ Wer unter solchem Realitätsverlust leidet, dem hilft dann die von faschistischen Gruppen angebotene antisemitische Verschwörungstheorie. Plausibel erscheinen dann die von Neofaschisten propagierten „radikalen“ Maßnahmen bzw. Forderungen.

Soldatenverbände praktizier(t)en den Schulterchluss mit allem, was in Deutschland Militär war und ist. Einerseits dem Broterwerb geschuldet - man hatte ja sonst nichts gelernt - andererseits ohne realistische Alternative (außer Söldnerwesen), blieb die Bundeswehr zentraler Bezugspunkt der Militaristenvereine. Es fand und findet ein reger Austausch, eine intensive Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Militaristenvereinen -flächendeckend in der gesamten BRD- statt. Nur widerstrebend und nach gewaltigem öffentlichem Druck distanziert sich die Bundeswehr von einzel-

nen dieser Gruppen. Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit durch antifaschistische Gruppen und/oder der Friedensbewegung zeigt manchmal Wirkung, vor allem aber ist es die abnehmende quantitative Bedeutung der Militaristenvereinigungen, die deren Einfluss mindert.

Bündnisse der „üblichen Verdächtigen“

Die Entwicklungen bei den Militaristenvereinen sind dabei nicht einheitlich. Während z.B. der Kyffhäuserverband in Werbeprospekten von 100.000 Mitgliedern spricht, deren Mitgliedsalter im Durchschnitt 40 Jahre sei, muss der Verband deutscher Soldaten zugeben, mittlerweile nur noch über 11.000 Mitglieder zu verfügen, deren Durchschnittsalter um die 80 liegen dürfte. Alle Verbände sind entweder selbst als Bündnis oder Dachverband konzipiert oder sind Teil eines solchen. So versteht sich die „Arbeitsgemeinschaft für Kameradenwerke und Traditionsverbände“ als Dachverband ehemaliger Wehrmachtsteile. Eine Vollversammlung kann deshalb aus nur wenigen Mitgliedern bestehen, was aber nichts darüber aussagt, wie viel Anhänger die jeweiligen Treffen der Traditionsverbände aufweisen. Z.B. stellen sich in Heft 11/99 des „Kameraden“ 40 dieser Kameradenkreise vor. In einem Arbeitsmaterial der PDS Büros Jelpke und Zwerenz werden für die Jahre 1996/97 29 gemeinsame Aktivitäten dieser Traditionsverbände mit der Bundeswehr aufgelistet.

Um überhaupt eine Vorstellung davon zu gewinnen, wie viele dieser Vereinigungen es gibt, folgt eine Aufstellung der Bundesregierung über die Mitgliedsvereine des „Ring Deutscher Soldatenverbände“ RDS (aus der Antwort der Regierung am 13.10.2000 auf die Anfrage der PDS-Bundestagsfraktion) :

Verband deutscher Soldaten (VdS); Kyffhäuserbund e.V.; Deutscher Marinebund e.V.“ Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger des eisernen Kreuzes und Träger vom Militär- Verdienst-Kreuz e.V.; Verband deutsches Afrikakorps e.V.“; Arbeitsgemeinschaft der Reservisten, Soldaten und Traditionsverbände in Bayern - ARST; Bund Deutscher Kriegsoffer, Körperbehinderter und Sozialrentner BDKK e.V.; Traditionsgemeinschaft „Panzerkorps Großdeutschland“; Kameradschaftsbund 16. PZ und Inf.-Division e.V.; Preußisches Denkmal-Institut, Verein zur Erforschung Preußischer Denkmäler e.V.; Der Stahlhelm-Kampfbund für Europa; Deutscher Luftwaffenring e.V.; Bund deutscher Veterinär-

offiziere e.V.; Förderungsverein deutscher Soldatenverbände (FdS) e.V.; Kameradschaft der ehem. 76. Inf. Div. e.V. Berlin-Brandenburg; Kameradschaft der ABC-Abwehr-Nebel- und Werfertruppe; Kuratorium „Soldaten- Ehrenmal- Göttingen“; Kameradschaft der Panzerlehrtruppen; Arbeitsgemeinschaft für Kameradenwerke und Traditionsverbände e.V.“, Kuratorium Ehrenmal des Deutschen Heeres e.V.; Ring deutscher Soldatenverbände e.V. Berlin; Truppenkameradschaft der ehem. I.AR 190, vorher 361; Deutsche Gesellschaft für Wehrmedizin und Wehrpharmazie e.V.; Traditionsverband Panzerbrigade 106 FHH; Verband deutscher U-Bootfahrer e.V.; Kameradschaft 9. Panzer Division; Traditionsverband 18. Inf.Pz.Gren.Div; Gemeinschaft ehem. Heeresrichter; Arbeitsgemeinschaft Traditionsverbände Schlesischer Truppen; Kameradschaft Vereinigung ehem. 67 er aus der 23 I.D.; Arbeitsgemeinschaft Frankfurter Soldatenverbände; Traditions-gemeinschaft ehem. Schutz- und Über-seetruppen/Freunde der früheren deutschen Schutzgebiete e.V., Deutscher Jägerbund e.V.“Traditionsgemeinschaft der Lützower Jäger von 1813 e.V.; Ordensgemeinschaft Deutsches Kreuz in Gold e.V.; Bayrischer Soldatenbund 1874 e.V.; Fördergemeinschaft für Soldatenverbände im Landkreis Marburg-Biedenkopf e.V.

Diese 38 Mitgliedsverbände sind teils nur regional verankert, teils sind es aber auch bundesweit tätige Organisationen oder ihrerseits Bündnisse wie der VdS. Lokal in Erscheinung treten diese Verbände als „Arbeitsgemeinschaften der Soldaten- und Kriegspferverbände“. Neben den meisten schon erwähnten Vereinen gehörten in Kassel z.B. die HIAG, die Gesellschaft für Wehrkunde und die Gesellschaft für Wehrtechnik, der Verband der Heimkehrer, der Verband der Reservisten der deutschen Bundeswehr und die Kameradschaft ehem. Soldaten der Bundeswehr zum lokalen Bündnis, das am Volkstrauertag eine Gedenkveranstaltung durchführt.

Wenn es um die „Ehre der Soldaten“ geht, geben „die üblichen Verdächtigen“ öffentliche Erklärungen ab. So 1996 als sich der Bundeswehrverband und der Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschland (VdK) zusätzlich auf die Liste setzten, um einen gesetzlichen „Ehrenschutz“ für den deutschen

Soldaten zu fordern. Die Forderung überbrachte der Vorsitzende des VdS, Dr. J. Schreiber, in Personalunion Vorsitzender des RdS. Adressat war die Bundesregierung. Das Gespräch mit Kanzleramtsminister Bohl verlief positiv. Bohl konnte sich als alter Kyffhäuser ausweisen.

Porträt: Der Kyffhäuserbund e.V.

Gegründet 1786, größter Erfolg: Einweihung des Kyffhäuser-Denkmal in Thüringen auf dem Wotansberg. Bis heute- mit Unterbrechung von 1949-1989 (verordneter Antifaschismus)-Anziehung- und Treffpunkt für alles, was im Graubereich von Konservatismus und Neofaschismus in Deutschland aktiv ist. Das Denkmal ist 81



Am Fuß des Kyffhäuser-Denkmal, tief in den Fels eingeschlagen, der nach Einigung des Deutschen Reiches 1871 der Sage nach „erwachende“ Stauferkaiser Friedrich I. genannt „Barbarossa“.

m hoch. Seine Gestaltung macht Aufläufe von 20.000 Menschen möglich. Die Entwicklung des Kyffhäuserbunds ähnelt der des Volksbundes deutsche Kriegsgräberfürsorge. Dies gilt vor allem für die Selbstdarstellung: allem voran das soziale Anliegen, der Beitrag zum Gelingen der Weimarer der Republik, die „Vergewaltigung“ durch die Nazis zwischen 1933-1945 und endlich die erhoffte Demokratie nach 1945- so lauten die Legenden.

Die Wahrheit ist wie auch schon beim VdK: Der 1922 in „Deutscher Reichskriegerbund Kyffhäuser“ umbenannte Verein war ein

Sargnagel der Weimarer Republik. Im Neujahrsaufruf des RKB 1924 hieß es z.B. : „In Treue gedenken wir immer und immer wieder der Deutschen ... in den uns entrissenen Gebieten. Wir wissen, dass sie eng und fest mit uns stets verbunden bleiben und den Gedanken, auch äußerlich mit uns wieder vereint zu werden, wie sie innerlich niemals von uns getrennt waren, hochhalten und auf Kinder und Kindeskinde übererben werden, damit einmal die Stunde kommt, die Alldeutschland vereinigt zum Schutz und Trutz und Wehr.“ Für die Tätigkeit des Kyffhäuser typisch ist die Errichtung von immer mehr und neuen Kriegerdenkmalen. So wird in der Verbandszeitschrift „Der Kyffhäuser“ 1988 stolz berichtet, dass ca. 5000 Kyffhäuser in Anwesenheit von Generalfeldmarschall Mackensen 1928 in Bochum ein Kriegerdenkmal errichteten: ein Löwe mit dem Sinnspruch „Der Überzahl erlegen- im Geiste unbezigt.“

Die „Vergewaltigung“ durch die Nazis haben die Kyffhäuser ganz gut überstanden. Zum Ermächtigungsgesetz schrieb der „Kyffhäuser“ am 2.4.33: „Wir brauchen nicht umzulernen. Grundlage, Wege und Ziele müssen dieselben bleiben, wir müssen nur leidenschaftlicher an die Arbeit gehen und die Organisation durch entsprechende Satzungsänderungen nur auf diesen Kampf einstellen.“ 1938 erfolgte die Umbenennung in „Nationalsozialistischer Reichskriegerbund“. Im Gegenzug erkannte Hitler den RKB als alleinige Vertreterin ehemaliger Soldaten an. 1934 wurde der General a.D. Wilhelm Reinhardt Präsident der Kyffhäuser. Angeblich bemühte er sich „lange Zeit, durch seine unnachgiebige soldatische Haltung den Einflüssen und Eingriffen der Partei zu trotzen“ (Selbstdarstellung). Das erklärt aber nicht, dass Reinhardt als ehemaliger Freikorps-

führer und späterer SS-Oberführer auch noch mit dem goldenen Parteiabzeichen ausgezeichnet wurde. In diesen Zeiten höchsten Widerstands gegen das NS-Regime schwoll die Zahl der Mitglieder stetig an. 1943 waren es 4,3 Millionen, die in 42000 Kameradschaften organisiert waren. Das Vermögen der deutschen Kriegerwohlfahrts-gemeinschaft- als sozialer Arm des RKB- betrug 1939 rund 44 Millionen Mark. Dass der SA-Stabschef Ernst Röhm zum Ehrenführer des Bundes der Kyffhäuser ernannt wurde, wird nach dem 30. Juli 1934 manchen irritiert haben. Röhm und die von ihm vertretene Linie stehen aber für eine inner-

faschistische Konkurrenz, nicht für Widerstand, die SA war nicht weniger kriegslüstern, nicht weniger antisemitisch als die Göring-Hitler-Schacht Linie, die sich im parteiinternen Machtkampf durchsetzte.

Angeblich hatte Hitler nie vergessen, dass der Kyffhäuserbund sich 1932 für Hindenburg und gegen ihn ausgesprochen hatte. Tatsache ist, dass der RKB auf Bundesebene 1943 aufgelöst wurde, seine Untergliederungen aber weiter bestehen konnten. Unter Leitung der NSDAP hätte die Arbeit weitergehen können. Nun aber kamen die Befreiung von Faschismus und Krieg durch die Alliierten dazwischen. Nicht nur, dass das Vermögen, das der RKB dem NS-Reichsschatzmeister in Form einer Stiftung unterstellen musste, nunmehr von den Alliierten konfisziert wurde. Der Verband blieb bis 1952 verboten. Die meisten Liegenschaften der Kyffhäuser wurden dem Zugriff durch die Teilung Deutschlands und den „Verlust der Ostgebiete“ entzogen. Erst 1993 fand sich eine Stelle – das „Sächsische Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen“ – die den Kyffhäuserbund als NS-Verfolgte deklarier-



te und damit dessen Rechtsanspruch auf Immobilien in der ehemaligen DDR durchsetzte.

Der erste Präsident nach 1945 war wiederum Wilhelm Reinhardt, bekannt aus der Selbstinszenierung „Widerstand und Verfolgung“. Heute ist die Einschätzung der meisten Kritiker des Kyffhäuserbundes die eines arg konservativen Vereins, der politisch



Kyffhäuser 1932-Stützen der Weimarer Republik?

im Kontext des Stahlhelmflügels der CDU/CSU steht. Dabei wird übersehen, dass gerade der Kyffhäuser-Bund für eine extensive Bündnispolitik auch mit rechtsextremen Vereinen steht. Dudek-Jaschke schreiben über diese Vernetzung: „Trotz unterschiedlicher parteipolitischer Präferenzen verfügen die soldatischen Traditionsverbände über ein kommunikatives Netzwerk, das durch gemeinsame ideen- und lebensgeschichtliche Grundorientierungen stabilisiert ist. Auch wenn Verbindungen zum organisierten Rechtsextremismus nicht als Ausdruck des Selbstverständnisses der Traditionsverbände zu werten ist und sie heute machtpolitisch keine Bedeutung mehr besitzen, sind sie doch Bestandteil einer politischen Subkultur, die sich in teils-oppositioneller Haltung zu den Institutionen der Mehrheitskultur befindet.“

Der Kyffhäuserbund ist Mitglied in: „Deutschen Rat der europäischen Bewegung“; „Deutschen Komitee für Europäische Zusammenarbeit der Kriegsteilnehmer und der Kriegsoffer“; „Confederation Européenne des anciens combattants“; „Europäische Organisation der Militärverbände“; „Gemeinsamer Ausschuss“ mit: „Bundeswehr-Verband“, „Verband deutscher Soldaten“ und „Deutscher Marinebund“; „Deutscher Bundeswehrverband“; „Bayrischer Soldatenbund 1874“; VdS (ab 1954), RDS (ab 1975); „Paneuropa-Union“.

Die Unübersichtlichkeit dieser Vernetzung ist durchaus gewollt. Sie kann zu überraschenden Ergebnissen führen. Wie schon erwähnt, sprach sich die HIAG für die Wahl der CDU aus, nachdem Adenauer den späteren Vorsitzenden der HIAG, SS-General Meyer, im Kriegsverbrechergefängnis persönlich aufsuchte und vor der Bundestagswahl 1953 dort eine Ehrenerklärung für die SS abgab. Als 1977 der Stern eine belastende Reportage über die HIAG brachte, eilte

der Kyffhäuserbund zu Hilfe und Unterstützung der HIAG herbei. Als der Kriegsverbrecher Großadmiral Raeder auf einem Treffen des „Deutschen Marinebundes“ in Kiel 1956 zum Ehrenmitglied gekürt werden sollte, verurteilten Ministerpräsident von Hassel, Landtagspräsident Böttcher (beide CDU) und Oppositionsführer Käber (SPD) dies in scharfen Worten. Dass Raeder zu-

vor schon- und zwar direkt nach seiner vorzeitigen Entlassung aus der Haft-Ehrenmitglied des Kyffhäuserbundes und des VdS geworden war, war niemandem so recht aufgefallen, hatten diese Soldatenverbände doch bislang brav an einer CDU-Orientierung festgehalten.

Laut eigenen Angaben hat der Kyffhäuserverband 100.000 Mitglieder, die in 1500 örtlichen Kameradschaften bzw. 14 Landesverbände und den „Jugendbund Kyffhäuser“ organisiert sind und deren Durchschnittsalter mit 40 Jahre angegeben ist. Die Zeitschrift erscheint 5-6 Mal pro Jahr in einer Auflage von 50.000 Exemplaren.

Während in den selbstdefinierten Zielen das konservative Element überwiegt („Eintreten für die Ehre, das Ansehen und die Anerkennung für die Ehre, das Ansehen und die Anerkennung des deutschen Soldaten, Förderung der Verteidigungsbereitschaft“...“sie darf keine Scheinbereitschaft sein. Sie muss auf dem Verteidigungswillen und der Wehrkraft des ganzen Volkes beruhen“) liest man in der Verbandszeitschrift andere Töne.

Dudek/Jaschke hierzu: „In der Beurteilung des Nationalsozialismus und der alliierten Besatzungspolitik...finden sich die stärksten Berührungspunkte zur politischen Programmatik und historischen Deutung rechtsextremer Organisationen. Die These gilt auch noch für jene Verbände, die nahezu vorbehaltlos die Politik des Bürgerblocks unter Führung der CDU/CSU unterstützen. Bemerkenswertes Beispiel dafür ist der Kyffhäuserbund. Der Nationalsozialismus wird in der Verbandszeitschrift „Kyffhäuser“ nicht offen verteidigt: Durch das Schema der gegenseitigen Aufrechnung, der Relativierung des NS-Terrormaßnahmen und der Umdeutung des Zweiten Weltkriegs zur notwendigen „Vaterlandsverteidigung“

jedoch vermeidet der Kyffhäuserbund eine ernsthafte (selbst-)kritische Auseinandersetzung mit dem NS-System. Die Berichte über die Morde in den Konzentrationslagern werden gelegentlich als „Gräuelpropaganda“ denunziert.“

Die Ursache des NS sieht der Kyffhäuser deshalb auch in der Novemberrevolution 1918, im Versailler Vertrag, im Linksradikalismus usw. Dagegen kämpfte der Wehrmachtssoldat aus „Liebe zu Volk und Heimat“ aus „Pflicht des Vaterlandes“ oder einfach „gegen den Bolschewismus“.



Bis heute wähnt sich der Kyffhäuserbund als „Der Überzahl erlegen- Im Geiste unbesiegt“

Rumgeiere mit Ritterkreuzträgern

Neben der Zeitschrift „Das Ritterkreuz“ ist seit Anfang 2001 ein Heft an die Kioske gelangt, das den Titel „Ritterkreuzträger-Profile“ trägt, von einer „Flugzeug-Publikations GmbH aus Illertissen herausgegeben wird und die unheilswangere Nummer 1 trägt. Zum stolzen Preis von 21,95 wird „der erfolgreichste Nachtjäger“ H.W. Schnauffer vorgestellt. Da Hitler über 7000 Ritterkreuze, davon 438 an Angehörige der Waffen-SS, verliehen hat, kann das eine endlose Folge von Hochglanzzeitungen geben. Jedenfalls scheint immer noch ein Markt für diese Art von Heldenverehrung zu existieren. Ritterkreuzträger waren und sind die traurigen Vorbilder von Neonazis aller Schattierungen.

Ritterkreuzträger sind ins Gerede gekommen, weil der Verteidigungsminister

Scharping nach vielfachen Protesten jede Verbindung mit der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“ untersagte.

Nach einem begeisterten Artikel über das Ritterkreuzträgereffen mit Bundeswehrvertretern im Oktober 1998 in Koblenz, verfasst von einem Repräsentanten des Volksbundes deutsche Kriegsgräberfürsorge, fragte die Bundestagsabgeordnete Buntgenbach von den Grünen nach der Beteiligung der Bundeswehr an diesem Treffen und bekam, um es höflich auszudrücken, ausweichende Antworten. Der im braunen Sumpf allgegenwärtige General Dr. Klaus Reinhard, Befehlshaber der Landstreitkräfte Europa sei „aufgrund einer persönlichen Einladung“ anwesend gewesen. Der Redner, Oberstleutnant Hartmann, sei als Vereinsmitglied anwesend usw. Erst nach erneuter Anfrage der Grünen-Abgeordneten, teilte das BMV mit: Seit dem 4.3.1999 darf es keinerlei dienstliche Kontakte der Bundeswehr mit der Ordensgemeinschaft geben. Tragen der Uniform auf sowie „dienstliche“ Teilnahme an deren Veranstaltungen seien untersagt.

Alles nicht so schlimm, beeilt sich der „zuständige Referent im Führungsstab des Heeres, Oberstleutnant i.G. Siegfried Morbedien, den erzürnten Soldatenveteranen zu versichern. In seinem Vortrag beim Seminar des „Ring deutscher Soldatenverbände“ am 6.10.2000 beruhigt er die Mannen um deren Präsidenten J. Schreiber, „dies beinhaltet aber kein Kontaktverbot mit den Ritterkreuzträgern selbst, sondern beziehe sich ausschließlich auf die Organisation „Ordensgemeinschaft““ (Bericht von Peter Hild, VdK, in Soldat im Volk 11.2000). Zwar seien 511 Ritterkreuzträger dort Mitglied (+ 300 Sympathisanten), aber es lebten ja noch fast 600, die nicht Mitglied seien. So wird die Brücke gebaut zur Tradition und bisheriger Praxis der Bundeswehr, die immerhin 674 RK-Träger in ihren Reihen hatte, von denen 117 in Generalränge aufstiegen. Der Markt für Zeitschriften wie die Profile - Reihe über Ritterkreuzträger ist offenbar vorhanden und wird gepflegt.

Deutscher Marine-Bund

Er gehört zu den engsten Bündnispartnern des „Verbandes deutscher Soldaten“. Die Marine galt in der Sicht der Nazis

als der „verlässlichste Wehrmachtsteil“. Nicht zufällig wurde Admiral Dönitz von Hitler zum Nachfolger bestellt. Er gilt manchem Neonazis heute noch als der einzig rechtmäßige Regierungschef nach 1945. Die beiden Hauptkriegsverbrecher der Marine, die Großadmirale Dönitz und Raeder waren und sind die Vorbilder des Marinebundes. Der kommissarische Leiter der Marineabteilung im BMV, Karl-Adolf Zänker, fragte „ob wir unsere Arbeit aufnehmen dürfen, solange unsere ehemaligen Oberbefehlshaber und weitere Kameraden noch in Haft gehalten werden.“ Zänker durfte, er hatte Großadmiral Raeder nach seiner vorzeitigen Entlassung aus der Haft um Erlaubnis gefragt.

Auf einem Fundament zahlloser Bekenntnisse zur faschistischen Marine entstand der Marinebund, der allerdings ebenso wie der VdS von personeller Auszehrung „bedroht“ ist.

Der Marinebund kann auf ein 85 m hohes Denkmal für die Marine in Laboe an der Kieler Förde verweisen. Das Marine-Ehrenmal wurde 1936 von Hitler persönlich eingeweiht und wird vom Deutschen Marinebund unterhalten. Es zieht Gesinnungsgenossen an und schreckt - vor allem dänische Touristen aus dem gleichen Grund ab: Die Ausstellung im Denkmal strotzt vor Hakenkreuzen und Reichskriegsflaggen. „Rein museale Darstellung“ rechtfertigt der Marinebundvertreter Michael Kempf. Am



Marine Denkmal in der Kieler Förde

Fuß des „Ehrenmals“ betreibt ein Herr Rehmschneider einen Kiosk, dessen Verkaufshit die 90 mal 150 cm große Reichskriegsflagge ist. Auch die Memoiren von Dönitz laufen gut. „Das ist ein gutes Geschäft“, findet Rehmschneider und kann deshalb mit dem Vorwurf, ein Nazi zu sein „gut leben“.

Wenige Kilometer weiter in Richtung Kiel befindet sich ein weiteres Denkmal für die im Krieg umgekommenen U-Boot-Fahrer-30.000 Namen auf dunklen Metalltafeln.

Die Afrikakämpfer und ihre Zeitschrift OASE

1941 rief „unser verehrter Generalfeldmarschall Erwin Rommel die OASE ins Leben, das Sprachrohr ALLER Afrika-Kämpfer des 2. Weltkriegs.“ (Selbstdarstellung der Zeitschrift) Und wenn sie nicht gestorben sind...

Die Afrika-Kämpfer sehen sich nicht nur als „große Kämpfer“, als große Gemeinschaft, sie stilisieren Rommel und sich selbst auch zu „Widerstandskämpfern“ gegen die für die Kriegführung zu dummen Nazis. Die Zeitschrift OASE ist voll von Berichten der Heldentaten des Afrika-Korps. „Wir hatten die schlechteren Waffen- aber Dank Rommel den besseren Schneid.“ ist die typische Afrikakampf-Variante des bekannteren Spruchs: „Der Übermacht erlegen- im Geiste unbesiegt“. Weniger gern berichtet die OASE über den Hass, den Rommel dem ehemaligen Bündnispartner Italien entgegenbrachte. Am 23.9.1943 erteilte Rommel als Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B den folgenden Befehl: „Irgendwelche sentimental Hemmungen des deutschen Soldaten gegenüber badogliohörigen (Badoglio setzte Mussolini ab) Banden in Uniform sind völlig unangebracht. Wer von diesen gegen den deutschen Soldaten kämpft, hat jedes anrecht auf Schonung verloren und ist mit der Härte zu behandeln, die dem Gesindel gebührt, das plötzlich seine Waffen gegen seinen Freund wendet.“ Unter der Verantwortung von Rommel ist es in Italien zu zahlreichen Kriegsverbrechen gekommen: Versklavung zur Zwangsarbeit, mindestens 20.000 entwaffnete italienische Soldaten kamen in den Lagern um, zehntausende wurden ermordet oder kamen bei Gefangenentransporten um. In der Verantwortung Rommels stehen die Ermordung von 22 Zivilisten im Okt. 1943 und die Niederbrennung und Ermordung

von 23 Einwohnern des Dorfes Boves in Italien.

Trotz dieser riesigen Flecken auf der „weißen Weste“ des „Wüstenfuchs“, nimmt seine Verehrung kein Ende. Noch 1995 konnte der Verband ein Treffen von 1000 Teilnehmern in Ulm melden. Die in der Zeitschrift gemeldeten Liste der Ortsgruppen umfasste immerhin 87 Städte. Vorsitzender zu diesem Zeitpunkt war General Meinhard Glanz, der immerhin Inspekteur des Heeres

aus Stanley Kubricks Meisterwerk „Dr. Seltam oder wie ich lernte die Bombe zu lieben“ könnte man über ihn lachen. Aber er meinte es ernst und es war ernst. Jedes Wort.

Der „Ehrenbund Rudel“

Der „Ehrenbund Rudel“ ist eine Unterabteilung der DVU des Multimillionärs Frey. Ein Jahr nach dem Tod des „höchstdekoriertesten deutschen Wehrmachtsangehörigen“ 1982 wurde der „Bund“ geschmiedet, um das Wasser der damals noch zahlreicheren Soldaten- und Traditionsverbände auf die Mühlen der DVU zu leiten oder etwas profaner, eine Käuferschicht für die Produkte aus dem Hause Frey fester an sich zu binden.

Rudel, der „Stuka-Oberst“ tingelte schon seit Jahren für und auf Kosten neofaschistischer Gruppen und Parteien durch Deutschland. Rudel hatte eine Menge von Verbindungen, war er doch schon 1936 zur Legion Condor Offizier gewesen. Als Held für jugendliche Neonazis präsentierte er sich hauptsächlich als „Stuka-Oberst“ des Immelmanneschwaders. Von der „Bruderschaft“ 1952 über die DRP 1953 bis hin zur DVU ab 1978 durchlief Rudel viele Neonazigruppen. Seine Treue zu Frey belohnte dieser mit dem „Europäischen Friedenspreis der Deutschen Nationalzeitung“ und mit der Gründung des „Ehrenbund Rudel“ 1983. Das Programm dieses Bundes ist eine Zusammenfassung aller Forderungen der Soldatenverbände der letzten 30 Jahre. Die Wehrmacht sei „die beste Truppe der Welt“, weshalb ihr „ein besonderer Rang in der Traditionspflege“ gebühre. Das Ansehen und die Ehre des deutschen Soldaten müsse unter staatlichen Schutz gestellt, mehr und neue Denkmäler müssten errichtet werden. „Schulen und sonstige Bildungseinrichtungen sollen verpflichtet werden, das Andenken des deutschen Soldaten zu pflegen. Die Waffen-SS sei der Wehrmacht gleichzustellen. Auch für die europäischen Teile der Waffen-SS müsse es einen „Ehrensold“ geben. Es müsse mehr Zapfenstriche und Vereidigungen geben. Usw. usw. Die Abteilung „Rudel“ führte nur ein kurzes Eigenleben. Als die Integration in die DVU erfolgt war, verlor Frey das Interesse und konzentrierte sich auf die Teilnahme an Wahlen. Den „Ehrenbund“ gibt es auf dem Papier immer noch.



war und in dieser Funktion 1982- ohne das Parlament zu fragen- die Studie „Air-Land-Battle“ unterschrieb. Gemeinsam mit dem General der US-Armee, Edward c. Meyer fabulierte er: „Unsere Armee müssen so bewaffnet und ausgebildet werden, dass sie die Kampfaufträge bewältigen, die wir ab Mitte der 90er Jahre auf dem europäischen Gefechtsfeld durchführen müssen.“. So als wär er die Figur mit dem zwanghaften Arm

Der Verband deutscher Soldaten - Holocaust - Leugner bei der Bundeswehr

Kurt Heiler

Wer sich mit dem VdS anlegen will, braucht viel Geduld. Auf Kritik am VdS reagiert die Öffentlichkeit - auch der Teil, der gerade im „Kampf gegen Rechts“ unterwegs ist - mit Achselzucken und Apathie.

In zu vielen Köpfen gibt es ein von Medien gestaltetes eindimensionales Bild von Neonazis: Sie müssen kahlköpfig sein, Springer-Stiefel tragen und als Randgruppe visuell erkennbar sein. Der Aussage, der Neofaschismus komme aus der Mitte der Gesellschaft wird solange noch zugestimmt, wie nicht zu viele „Anständige“ als mitverantwortlich benannt werden können. Wer - wie der VdS beste Verbindungen zur Bundeswehr, zu den großen Parteien und zu Regierungsstellen hat, ist zunächst mal gut versichert gegen Angriffe antifaschistischer Organisationen.

Die Vorwürfe gegen den VdS - hier insbesondere die Leugnung der Shoah - treffen auf weit verbreitete antisemitische Stimmungsmuster in der Bevölkerung und neuerdings auch bei Teilen ehemaliger Linken. D.h. heute müssen sich die rechtfertigen, die den Vorwurf der strafbaren Leugnung der Shoah erheben und nicht die Auschwitzleugner.

Kurze Geschichte des VdS:

Der VdS wurde bereits 1951 in Bonn von 50 Vertretern verschiedener Soldatenbünde als Dachverband gegründet. Vertreten waren: Deutscher Soldatenbund, Schutzbund ehemaliger Soldaten, Bund ehemaliger deutscher Fallschirmjäger, Verband deutsches Afrikakorps, Organisation der Kraftfahrtruppen, Traditionsgemeinschaft Großdeutschland und Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, Vertreter der Waffen-SS sowie die Kameradschaft Legion Condor. Ins provisorische Präsidium des VdS wurden die Waffen-SS Generäle Haußer und Gille gewählt. 1954 wurde der Kyffhäuserverband Mitglied. 1986 erklärte die SS-HIAG: „Im Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen SS (HIAG), der seit 23 Jahren dem Verband deutscher Soldaten angehört und in dessen Vorstand vertreten ist...“ (Der Freiwillige 2/86) Bis heute sind Gliederungen der HIAG -trotz offizieller Auflösung des Dachverbandes- Mitglied im VdS. Zur Entschuldigung der HIAG wird meist die Lüge aufgetischt, die Waffen-SS sei nicht an den Verbrechen der Nazis beteiligt gewesen.

Aus dem Urteil des internationalen Militärtribunals:

„Es ist unmöglich, auch nur einen Teil der SS auszusondern, der nicht an diesen verbrecherischen Handlungen teilnahm. Die allgemeine SS nahm aktiv an der Verfolgung der Juden teil und wurde als Quelle für die Rekrutierung von Wachmannschaften für die Konzentrationslager benutzt. Einheiten der Waffen-SS nahmen direkt an der Tötung von Kriegsgefangenen und an Grausamkeiten in den besetzten Gebieten teil. Sie stellte Personal für die Einsatzgruppen und hatte Befehlsgewalt über die Wachmannschaften der Konzentrationslager, nachdem die SS-Totenkopfverbände, die diese ursprünglich kontrollierten, von ihr aufgelöst worden waren.“

Die SS wurde zu Zwecken verwandt, die nach dem Statut verbrecherisch waren. Sie bestanden in der Verfolgung und Ausrottung der Juden, Brutalitäten und Tötungen in den Konzentrationslagern, Übergriffen bei der Verwaltung besetzter Gebiete, der Durchführung des Zwangsarbeiterprogramms und der Misshandlung und Ermordung von Kriegsgefangenen...

Bei der Behandlung der SS schließt der Gerichtshof alle Personen ein, die offiziell als Mitglieder in die SS aufgenommen worden waren, einschließlich der Mitglieder der allgemeinen SS, der Mitglieder der Waffen-SS, der Mitglieder der Totenkopfverbände und der Mitglieder aller verschiedener Polizeikräfte, welche Mitglieder der SS waren...“

Über den Ring deutscher Soldatenverbände (RFS) ist der VdS zum Teil über Personalunion mit der Arbeitsgemeinschaft deutscher Kameradenwerke und Traditionsverbände in Stuttgart verbunden. Die Angaben über Mitglieder zeigen einen sterbenden Verein. Waren es in den 50er Jahren bis in die 70er über 100.000 Mitglieder, so wurden um 1989 noch Angaben von 60.000 Mitglieder des VdS gemacht. Heute sind noch 11.000 übrig geblieben, davon allerdings 5000 in NRW. (Zum Vergleich: die NPD hat bundesweit 6000 Mitglieder)

Die Mitglieder des VdS verpflichten sich laut Selbstdarstellung des VdS „zur Treue zum deutschen Vaterland...zum Schutz von

Ehre und Recht des deutschen Soldatentums und zur Wahrung seiner zeitlos gültigen Tugenden der Pflichttreue und Kameradschaft“

Der VdS wird seit seiner Gründung als Gesprächspartner der Bundesregierung akzeptiert.

Mit von Moltke ins Fettnäpfchen

Ein Redakteur von „Soldat im Volk“, Graf von Moltke, nutzte die internationalen Verbindungen des VdS/RDS und ließ sich einladen zum Totengedenken am 4. Mai 1998 nach Brunssum, Niederlande, nahe der Grenze zur BRD und 25 km von Aachen entfernt.. Von Moltke, der angeblich nur „Schnipsel“ für seine Zeitung SiV zusammenklebt und im 2. Weltkrieg in der Marine diente, löste einen mittleren Skandal in den Niederlanden aus. Im Festkomitee der Niederländer sitzt auch ein Vertreter von AFCENT, der Nato Zentrale Europa Mitte, die in Brunssum ihren Sitz hat. AFCENT wird geleitet vom 4 Sterne General Stöckmann, BRD. Gegen von Moltke als Teilnehmer des Totengedenkens wandten sich Widerstandskämpfer und antifaschistische Gruppen aus den Niederlanden. Die niederländische Presse griff den Fall auf (die deutsche schwieg) und gab dabei auch von Moltke das Wort, was denn auch sein Untergang war. Zunächst wusste er zu berichten, dass er im 2. Weltkrieg in Ostende und Vlissingen gekämpft habe. Nach seiner Erinnerung war es aber kein Überfall, die Städte wurden auch nicht zerstört, nein von Moltke wusste zu berichten, dass sie mit der Bevölkerung Fußball gespielt haben, Schokolade hätten sie verteilt, ein prima Verhältnis hätten sie gehabt - zu den niederländischen Frauen. Später war er in die Ostsee kommandiert, wurde dort Leutnant zur See. Die Vorwürfe des Rechtsextremismus konterte er - für die Niederländer unübersetzbar - „das ist mir völlig Wurst“ und fragte die niederländische Presse: „Wo beginnt Rechts-Extremismus?“ Z.B hier: Die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht, die gerade in Aachen zu sehen war, kommentierte er: „Das ist Hetze“. Auf seine eigene Beteiligung an der deutschen Wehrmacht sei es nach wie vor stolz. Das reichte den Veranstalter, ihn wieder auszuladen. Unfähig, die Zusammenhänge zu begreifen, kommen



**Strammstehen gegen Militarismus? Nato und VVN-BdA
Kränze in Brunssum beim Gedenken an die Opfer des 2. Weltkriegs**

tiert er, er bleibe zu Hause, „um links-extremistischen Terroristen keine Chance zu geben, die Gedenkveranstaltung zu stören“. Die Veranstalter fassten dann den richtigen Beschluss, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes- Bund der Antifaschisten einzuladen, für die deutsche Seite einen Kranz niederzulegen. Damit aber wurde nun der General Stöckmann in Nöte gebracht. Ein deutscher General wurde überhaupt nur toleriert, weil er in der Verkleidung der Nato – und auch noch als Chef- auftrat. Er erwies sich als sehr preußischer Vertreter seiner Gattung. Der deutsche General salutierte ohne jede äußere Regung vor dem Kranz der VVN-BdA auf dessen Schleifen stand:



Den Opfern des deutschen Militarismus!

„Den Opfern des deutschen Militarismus-VVN-BdA“.

VdS vor Ort

In Aachen, aber auch in anderen Städten (Münster, Böblingen, Bad Reichenhall, Oldenburg, Speyer) finden Aktivitäten des VdS in den Kasernen statt. In Bayern ist ein aktiver Oberstleutnant, Erich Hoppe, Landesvorsitzender des VdS; in Bremen Oberst Dirk v. Grone. Zum 50 jährigen Bestehen des VdS in NRW am 18.3.2000 sprachen Grußworte der stellv. Landtagspräsident NRW Hans-Ulrich Klose, der Bürgermeister von Düsseldorf, Erwin, und der Brigadegeneral Heinrich Boer. Bildungsabende, geselliges Beisammensein, gemeinsames Schießen, all das findet im Rahmen der Bundeswehr statt. Auch die sozialdemokratische Führung des Verteidigungsministeriums schickt ihre Referenten zu den Seminaren von RFS bzw. VdS. Feste Verbundenheit besteht in Aachen zum Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge, der einen Referenten zum Aachener Wochenseminar des VdS beisteuerte.

Die Verbindungen des VdS in die Mitte der Politik in Aachen hat eine unrühmliche Tradition. Der VdS war federführend in der Arbeitsgemeinschaft soldatischer Verbände, die jedes Jahr am Totensonntag ihr „Heldengedenken“ vor dem 1933 eingeweihten „Ehrenmal“ zelebrierten. Und auch hier war eine Neuauflage der Harzburger Front vertreten, die vom CDU Bürgermeister, dem Bundestagsabgeordneten Stercken über den Bischof, den Polizeipräsidenten bis zur Wiking Jugend und deren Reichskriegsflagge

reichte. Nach 10 Jahren Protesten antifaschistischer Gruppen verschwand der Spuk vom „Ehrenmal“, grade bevor zum zweiten Mal ein Vertreter der offen neofaschistischen Burschenschaft „Libertas“ sprechen konnte. Der VdS verzog sich nun in die Kaserne, wo er sein Heldengedenken am Ehrenmal in der Kaserne, also im Schutz der Bundeswehr, durchführen durfte.

Die Zeitschrift „Soldat und Volk“

Der VdS und der RDS sind gemeinsam Herausgeber der Monatszeitschrift „Soldat im Volk“. Die Zeitschrift hat 28 Seiten. Im Mittelteil besteht sie aus Terminankündigungen regionaler VdS Verbände (9 Seiten), aus Geburtstagsgrüßen und einer Frauenseite sowie einem Buchversand. Ansonsten besteht die Zeitung zum großen Teil aus Rechtfertigungsschriften für die Wehrmacht, die Waffen-SS und deren Traditionsverbände. Die „Ehrenrettung des deutschen Soldaten“ füllt die Seiten. In den letzten Jahren ist die Auseinandersetzung mit der Reemtsma- Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ in den Vordergrund getreten. Damit aber ist das Spektrum der Zeitschrift noch nicht wiedergegeben. Es folgen einige typische Ausführungen des VdS- Präsidenten Dr. J. Schreiber:

„Ich habe weder kurz nach dem Krieg noch später geleugnet, HJ-Führer gewesen zu sein. Ich habe auch niemals bestritten, dass ich freiwillig und aus soldatischer Begeisterung den Weg in die aktive Offizierslaufbahn und zum Flugzeugführer eingeschlagen habe. Ich bin nicht gewillt, insofern etwas wie Reue zu empfinden, auch nicht für die Zeit bis zum 8. Mai 1945. Ich war weder Täter noch Mittäter, da ich nichts Kriminelles getan noch an irgendwelchen Untaten mitgewirkt habe. Ich sehe mich aber auch nicht als Mitläufer, denn ich habe die Entscheidungen, die mein Leben gestaltet haben, nicht in einer undefinierbaren Masse mitlaufend, sondern bewusst und verantwortlich getroffen.“ (Okt. 1999)

Ein Jahr zuvor hatte Schreiber die Leser mit der Aussage „Deutschland darf kein Einwanderungsland werden“ erfreut bzw. erschreckt. Unter der Überschrift „Die gefährlichen Multikultis“ zeigt sein Artikel ein Foto von Minaretten aus der Türkei mit der Bildunterschrift: „Zukunftsängste: Silhouette einer deutschen Stadt?“ Weiter führt er aus: „Bei uns leben pro Quadratkilometer doppelt so viele Einwohner wie in Frankreich, und vergleicht man andere europäische Länder, so erscheint Deutschland noch stärker überbevölkert. ‚Das Boot ist voll‘ lautet deshalb ein bekanntes und nicht als



Die gefährlichen Multikultis

Von Generalmajor a. D.
Dr. Jürgen Schreiber

Es ist heute wohl nicht mehr festzustellen, wer wann zum ersten Mal den Begriff „Multikulturelle Gesellschaft“ verwendet hat. Im reichsbedingten Duden (Bd. 4, 1978) findet sich die Wortverbindung noch nicht, ebenso nicht im Deutschen Wörterbuch von Wahrig (Jubiläumsausgabe 1991), erstanwörterbuch aber auch nicht im Stichwort im antonien sehr alphabetisch »Klausur Lexikon von A bis Z« (Neubearbeitung 1995).

Trotzdem ist die multikulturelle Gesellschaft Tagessprache in Publizistik und Parteipolitik. Seit Monaten, eigentlich schon seit Jahren, schlagen die Weges der Emigration hoch. Die einen sehen in ihr eine gefährliche, Volk und völkische Eigenart bedrohende Entwicklung, andere bedauern diesen Gang der Dinge, glauben jedoch, ihn nicht widerstehen zu können, und eine lustvolle dritte Gruppe begrüßt den Prozess als fortschrittlich. Politik und Kultur befrachtet, zukunftsreich. In der tagessprachlichen Umgangssprache haben sich letztere den Namen Multikultis eingehandelt, wie man seit langem multinationale Konzerne kurz Multis nennt. Die Multikultis bejahen und unterstützen den Weg in eine kulturell, sprachlich und menschlich gereichere Gesellschaft; sie sehen darin keinerlei Gefahren, eher eben einen positiven Fortschritt.

ringer geworden. Die USA sehen sich heute einem kaum noch in den Griff zu bekommenen Bevölkerungsdampf aus Mexiko und der Karibik ausgesetzt. Polen und andere besaßene Erbstaaten (Polen und Schiffe eingeschlossen) führen dort einen Dauerkampf gegen illegale Einwanderer aus dem Süden.

Wenn man die (hier nur unreflektiert angedeuteten) Kriterien für Deutschland anlegt, ist kein Land in Europa so wenig geeignet, Einwanderungsland zu sein, wie unser Vaterland. Bei uns leben pro Quadratkilometer doppelt so viele Einwohner wie in Frankreich, und vergleicht man andere europäische Länder, so erscheint Deutschland noch stärker überbevölkert. »Das Boot ist voll!« lautet deshalb ein bekanntes und seit als übertrieben zu bezeichnendes politisches Schlagwort.

»Mit weit über vier Millionen Ausländern ist die Aufnahmefähigkeit der deutschen Gesellschaft erschöpft, wenn nicht ganz große Probleme entstehen seltsam, erklärte der seinerzeitige Bundeskanzler Helmut Schmidt schon im Jahre 1981. Und die damalige sozialliberale Bundesregierung beschloß am 11. November des gleichen Jahres: »Es besteht Einigkeit, daß die Bundesrepublik Deutschland kein Einwanderungsland ist und auch nicht werden soll. Das Kabinett ist sich einig, daß für alle Ausländer außerhalb der EG ein wei-

terer Zugang unter Ausnutzung aller rechtlichen Möglichkeiten verhindert werden muß.«

Um so erstaunlicher ist es, daß gerade (auch) aus den Parteien, die damals die Bundesregierung bildeten, heute Hufe laut werden, die Einwanderung nach Deutschland zu liberalisieren, mitnir noch mehr Ausländer ins Land zu lassen. Waren es in den vierziger und achtziger Jahren (bei damals schon jährlich steigender Tendenz) etwa vier- bis fünf Millionen ausländische Mitbürger, so sind es heute über sieben Millionen, wobei eine große Dunkelziffer dieser Mitbürger, die illegal eingewandert und nirgendwo erfasst und gemeldet sind. Oft werden sie von den Kirchen und humanitär bestimmten Organisationen geduldet, die bekanntlich mit sogenannten Kirchenasyl und anderen Protestmaßnahmen immer wieder die Abschiebung illegaler in ihre Heimat zu verhindern suchen.

Der wegen seiner klaren Stellungnahmen zu diesem Problemkomplex einfach als rechtsradikal verteilte Dr. Peter Gauweiler schrieb in der »Welt am Sonntag« (5. 7. 98): »... Wer soll wach sein einwandern, wenn schon heute selbst Sozialgebiete für Einwohnende oft als Protest gegen den Flächenverbrauch reklamieren? Die wachsten Fläche sollen unsere Städte sich noch aneignen, auf wachsten Reaktor der Südküste in Zukunft nicht entstehen? Wer die städtebauliche Ent-

Einwanderungslands?

Im Vorfeld der Diskussion um die multikulturelle Entwicklung hat sich ein Streit um die Frage entzündet, ob Deutschland ein Einwanderungsland sei oder nicht. Bekanntlich pflegt man als Einwanderungsland solche Staaten oder Gebiete zu bezeichnen, die relativ dicht besiedelt sind und im Rahmen einer angenommenen starken wirtschaftlichen Prosperität sowohl und ganzal Ausländer – und zwar in größerer Zahl – aufnehmen möchten. Typisch dafür sind Kanada und Australien, die nicht nur Hunderttausende, sondern Millionen von Neubürgern aufnehmen können und wollen. Früher zählten auch USA, Rußland und südamerikanische Staaten dazu, jeweils in unterschiedlichen Perioden; aber in diesen Staaten ist heutzutage die Nachfrage nach Einwanderern deutlich ge-



Zahnfabriksänge: Silhouette einer deutschen Stadt?

übertrieben zu bezeichnendes politisches Schlagwort.“

Es wird also in der Zeitschrift das ganze Spektrum neofaschistischer Agitation wiedergegeben. Schwerpunkte bleiben dabei die Leugnung der Verbrechen des Faschismus, vor allem der Verstrickung der Wehrmacht in diese Verbrechen sowie der Rassismus. Dabei werden oft Quellen aus dem Neofaschismus dokumentiert, so finden sich Stellungnahmen der Republikaner neben Veröffentlichungen des Neonazis Mechttersheimer und aus dem neofaschistischen Grabert-Verlag. Ehemalige REP-Funktionäre wie der Ex-MdEP Emil Schlee kommen ausführlich zu Wort und können dabei Dinge ohne Widerspruch schreiben wie: „Da im Mai 1945 zwar die deutsche Wehrmacht, aber nicht das deutsche Reich kapituliert hat,...ein Friedensvertrag zudem seit 1945 aussteht, ein Überfall nachweisbar 1939 nicht stattfand, sondern nach sechsmonatiger Abwehr von polnischen Grenzübergreifen ‚zurückgeschossen‘ wurde, hat man den Besiegten wie 1919 eine

„Kriegsschuld‘ zudiktirt.“ (Ausgabe 6/99)

Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus

Mittlerweile nehmen der Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus in „Soldat und Volk“ einen breiteren Raum ein. Beginnend mit Anzeigen der neofaschistischen NPD nahen „Unabhängigen Nachrichten“ und Anzeigen des Auschwitz-Leugner-Blattes „Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung“, das aus rechtlichen Gründen von London aus herausgegeben und verschickt wird. Auch „Die Aula“, Neonaziblatt aus Österreich, wird zustimmend nachgedruckt. Wohlgermerkt handelt es sich um solche Organisationen bzw. Publikationen, bei denen selbst der Verfassungsschutz nicht mehr leugnen kann, dass sie offen faschistisch sind. Aber die Anzeigen waren nur der Anfang. Mittlerweile ist die Leugnung der Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden Bestandteil der Zeitung. Die Ausgabe November 2000 wird deshalb hier ausführlicher dargestellt. Auf Seite eins schreibt der Präsident

des Volkbundes deutscher Kriegsgräberfürsorge das Geleitwort. Dann folgen 2 Seiten eines Dr. Heinz Splittgerber unter dem Titel „Der Tod des deutschen Revisionismus.“ Herr Splittgerber, der auch sonst im neofaschistischen Spektrum der Bundesrepublik schreibt, stellt sich vor: „Mit welcher Willkür der erweiterte Paragraph 130 von der Justiz gehandhabt wird, hat der Verfasser mit seinen kleinen Heften zum Geschichtswissen erlebt...Anklage und Verurteilung des Verlegers und Setzers (der Autor war wegen schwerer Erkrankung nicht verhandlungsfähig); die Justiz weigerte sich, die hervorragenden Beurteilungen überhaupt zur Kenntnis zu nehmen.“ Also der Mann schreibt ein den Holocaust leugnendes Heft und entgeht einer Verurteilung durch Verhandlungsunfähigkeit, was ihn aber hinreichend qualifiziert, einen Artikel für „Soldat und Volk“ zu schreiben. Der Artikel bezieht sich im übrigen positiv auf meist einschlägig vorbestrafte Auschwitzleugner, die zum Teil noch inhaftiert sind. Dafür folgende Beispiele: „Die vom Bundesverfassungsgericht postulierte ‚Offenkundigkeit‘ [der Shoa] folgte, reichte aber nicht aus, da mutige Deutsche (Stäglich, Walendy u.a.) und Ausländer (Rassinier, Scheidl, Faurisson u.a.) das verordnete Geschichtsdogma durch ihre Untersuchungen und Veröffentlichungen als unwahr bloßstellten...“Die experimentellen Nachprüfungen wurden dagegen von Experten ihres Faches wie Leuchter, Rudolf, Lüftl, Mattogno durchgeführt. Die deutsche Justiz blieb stumm.“...Es sei hinzugefügt, dass diese experimentellen Nachweise der Unwahrhaftigkeit der „Offenkundigkeit“ durch hervorragende Autoren (Rassinier, Scheidl, Faurisson, Walendy u.a.) bereits seit Jahren vertreten wurden, doch schloss die Justiz messerscharf, dass nicht sein kann, was nicht sein darf.“ Der Revisionismusanhänger Splittgerber versteckt sich aber nicht nur hinter der Phalanx vorbestrafter Auschwitzleugner. Sein eigener Beitrag liest sich so: „Manche Gräuelmärchen brauchten fast ein halbes Jahrhundert, bis sie in der BRD aufzogen, so die Ermordung der 15000 polnischen Offiziere in Katyn, so die Ermordung von einigen Hunderttausenden von KZ-Häftlingen durch Dieselabgabe, so die Vergasung von 4 Millionen Häftlingen in Auschwitz, obwohl dort einige Millionen weniger eingeliefert worden waren u.a.m.“

Eine Beschimpfung der Abgeordneten des Bundestags rundet das Bild ab: „Ob sich die Masse der Abgeordneten des alten Bundestags wohl Gedanken gemacht hat, dass sie es sind, die die Besudelung des deutschen Na-



Vorhandene Anlage nördlich von Aachen

Aus „Soldat und Volk“: Der Westwall als Ersatz für das Shoah Denkmal in Berlin?

mens, die Ehrlosmachung unserer Kriegstoten, die Diffamierung Deutscher im Ausland durch ihre unausgewogene Gesetzgebung, die jeden Revisionismus abwürgt, aufrecht erhalten.“ Das wird wohl gern gelesen. Im folgenden Heft findet sich jedenfalls nicht mal ein relativierender Leserbrief. Einen Änderungsvorschlag für den Paragraph 130 Strafgesetzbuch (Volksverhetzung) stellt ein Prof. Dr. Bellinger, Berlin auf den folgenden Seiten vor. Hieß es bisher im Gesetzestext: „...wird bestraft, wer eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung, in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich oder in einer Versammlung billigt, leugnet oder verharmlost.“ So soll jetzt ergänzt werden: „...Nationalsozialismus, Kommunismus oder der Siegermächte des zweiten Weltkriegs“. Begründet wird dies so: „unter der Herrschaft der Siegermächte des 2. Weltkriegs gelangte die vorläufige Schätzung bereits auf 14,1 Mio deutsche Opfer von Kriegsverbrechen, eine Bevölkerungszahl, die damals den Einwohnerzahlen Österreichs und der Schweiz zusammengenommen entsprach...Weiterhin ist aus dem Gesagten die Schlussfolgerung zu ziehen, dass eine Gedenkstätte für die 14,1 Mio deutscher Opfer von Kriegsverbrechen der Siegermächte im 2. Weltkrieg und danach zu errichten ist. Als Ort für dieses Mahnmal empfiehlt sich Dresden.“ Daneben steht ein Artikel mit der Überschrift „Totgeschwiegener Holocaust an den Deutschen“. Einige Seiten später findet sich eine erneute Beleidigung der Opfer der Shoa, indem gegen das geplante Holocaust Denkmal in Berlin polemisiert wird. Hatte im Dez. 1999 „Soldat und Volk“ noch dafür geworben, statt des Holocaust-Denkmal den Westwall als Symbol der Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden zu nehmen und dafür „Kostengründe“ angeführt, so wird jetzt ausführlich der ehemalige Chefarchitekt Hitlers und `Reichsbühnenbildner“ Benno von Arendt zitiert. „Ich habe von Hitler nur Gu-

tes erfahren und werfe deshalb keinen Stein auf ihn.“ Von Arendt wird als „guter Kamerad“ in Gefangenschaft geschildert, der seinem jetzt für „Soldat und Volk“ schreibenden Kameraden mitteilte, Hitler habe vorgehabt, an gleicher Stelle einen Riesentriumphbogen zu bauen mit „Symbolen wie zerbrochener Hammer und Sichel und Davidstern [damit] die größten seiner Erfolge dar-

gestellt werden sollten: die Überwindung des Klassenkampfes, des Kommunismus und des Judentums“ Schlussfolgerung des Autors Dr. Heinrich Ahrens, Bremen: „Der nun gebilligte Entwurf des Mahnmals entspricht somit nach Größe und Lage Hitlers Wunsch.“ Ja besser noch: Wie zufällig traf man in Gefangenschaft viele „interessante“ Männer, so Z.b SS Oberscharführer Rochus Misch. Er gehörte dem Ex-Sicherheitskommando Hitlers an. Er erzählte, er habe nach dem Selbstmord Hitlers die Leichen mit Benzin begossen und verbrannt. Schlussfolgerung des Autors: „Wer diese Stelle besucht oder dort Blumen niederlegt, ehrt damit, ob er will oder nicht, den Ort, in dem kein jüdischer Toter, wohl aber Hitlers Asche liegt.“

Beschließen wir die Unappetitlichkeiten mit einem Leserbrief des in braunen Kreisen gern gelesenen Pater Lothar Groppe, SJ, Bad Pyrmont. In der Dezember Ausgabe fasst er seine jüngsten Aktivitäten so zusammen: „Ich habe an den Zentralratsvorsitzenden der Juden, Paul Spiegel, geschrieben und ihm meine Besorgnis mitgeteilt, dass sich die offiziellen Repräsentanten der Juden in Deutschland seit der Amtsübernahme durch Heinz Galinski berufen glauben, dem deutschen Volk Belehrungen zu erteilen, wie es sich zu verhalten hat... Ich wies darauf hin, dass es sicher nicht zur Steigerung der Beliebtheit der Juden beitrage...Schließlich schrieb ich Spiegel, ich fände es überaus abgeschmackt, wenn sich jüdische Vertreter immer wieder- aus Ignoranz oder Böswilligkeit- gegen die Kirche auslassen.“ Darunter ein Foto des Zentralratsvorsitzenden mit der Unterschrift: „Auch wenn die Medien ängstliche Zurückhaltung üben, Paul Spiegel hat seinem und dem Ansehen seiner Organisation geschadet.“

Fazit:

Der VdS ist nach unserer Einschätzung zu einer offen neofaschistischen Organisation geworden. Trotzdem ist der VdS fest in die

Bundeswehr und auch die Gesellschaft integriert. Nach jahrelangem Leugnen hat die Bundesregierung auf eine Anfrage der PDS endlich geantwortet: „Inzwischen wurden verschiedene Ausgaben der Publikation „Soldat und Volk“ ab Heft September 1999 ausgewertet. Dabei fanden sich einzelne tatsächliche Ansatzpunkte für einen rechtsextremen Hintergrund.“ Auf Nachfrage der PDS-Fraktion musste die Bundesregierung zugeben: „Nachfolgende Ausgaben von ‚Soldat im Volk‘ enthielten ebenfalls tatsächliche Anhaltspunkte für einen rechtsextremen Hintergrund (z.B. Ausgaben Dez. 1999, April und Mai 2000); u.a. wird für Druckerzeugnisse von Rechtsextremisten geworben, darüber hinaus werden revisionistische Äußerungen veröffentlicht.“ (Antwort der Bundesregierung vom 13.10.2000)

Gleichzeitig biegt die Regierung alle Fragen nach einer Veränderung im Verhalten zum VdS ab. So werden die örtlichen Kommandeure und Dienststellenleiter vorgeschoben, die das Verhältnis zum VdS jeweils vor Ort klären können und sollen. Der aus Bundesmitteln geförderte Verband der Reservisten der Bundeswehr hat dem VdS seit 1991 ca. 15000,00 DM Zuschüsse für Seminare gespendet. Die Frage nach der Mitgliedschaft des VdS im Reservistenverband wird von der Regierung verneint. In der Selbstdarstellung des VdRBw wird die Zusammenarbeit mit dem bis ins rechtsextreme Lager reichenden Zweig der Soldatenverbände (RdS, VdS, Marinebund, Kyffhäuser) offengelegt. Neben dem „Beirat für freiwillige Reservistenarbeit beim VdRBw“ und dem „Kuratorium Wehrhafte Demokratie“ dient der „Gemeinsame Ausschuss“ dieser Bündnisarbeit, bei der auch öffentliche Mittel auf die Mühlen von Holocaust-Leugnern gelangen. Vlg. Tabelle im Beitrag zu „Loyal“)

In ihren Antworten auf PDS Anfragen bewegt sich die SPD-Grüne Regierung weiter auf der Linie ihrer Vorgängerin. Zugeben, was nicht zu leugnen ist, Antworten, die sehr knapp vor der offenen Lüge enden. Ein Eigeninteresse an Aufklärung kann klar verneint werden.

Aus antifaschistischer Sicht muss gefordert werden, dass der VdS, der RDS und deren Mitgliedsverbände keine öffentlichen Zuschüsse mehr erhalten, dass sie aus den Kasernen raus müssen und dass demokratische Organisationen einen klaren Trennungsstrich zu diesen neofaschistischen Kräften ziehen und einhalten. Jedes öffentliche Auftreten dieser Militaristen sollte durch antifaschistische Proteste be- und verhindert werden.

Deutsche Burschenschaft und Militarismus

Günter Mauser

„Das Sturmgeschütz“, „Die Schlacht im Teutoburger Wald“, „Der Abwehrkampf an der Oder“: So lauteten die Themen dreier interner Diskussionsabende, die die Burschenschaft Rheinfranken Marburg im Wintersemester 1998/99 abhielt. Die Reihe endete im Januar 1999 mit einer öffentlichen Veranstaltung, für die ein in der radikalen Rechten prominenter Militarist gewonnen werden konnte: Generalleutnant a.D. Franz Uhle-Wettler, ehemaliger Wehrmachts- und Bundeswehrosoldat sowie Buchautor.¹ Er referierte über ein Thema, das damals wegen der Ausstellung über den Vernichtungskrieg der Wehrmacht wieder einmal aktuell war: „Traditionswürdigkeit der Wehrmacht“.

Die Beschäftigung mit kriegsgeschichtlichen, waffentechnischen und militärpolitischen Themen, wie sie bei der Burschenschaft Rheinfranken Marburg im Wintersemester 1998/99 stattfand, ist durchaus typisch für die Mitgliedsburschenschaften der Deutschen Burschenschaft (DB), des Dachverbandes von etwa 120 Männerbünden aus Deutschland und Österreich. Militär und Soldatentum sind für Burschenschaften seit je von großer Bedeutung. „Wehrhaftigkeit“, Bereitschaft zum Kriegsdienst mit der Waffe, war stets ein Prinzip, dem Burschenschafter entsprechen mussten; Kriegsdienstverweigerer werden in der DB nicht geduldet.

Genauer: Kriegsdienstverweigerer werden in der DB kaum geduldet. Seit den achtziger Jahren gab es immer wieder scharfe Auseinandersetzungen, weil einige Burschenschaften ehemalige Zivildienstleistende unter ihren Mitgliedern hatten. Diese Auseinandersetzungen waren eingebettet in einen heftigen Streit um die deutschland- und europapolitische Orientierung des Dachverbandes. Die DB ist völkisch geprägt, ist sich einig, dass Deutschland – zu-

mindest kulturell – größer sei als die BRD. Ihr gemässigt-völkischer Flügel setzt auf die europäische Einigung; er lässt sich auf die Anerkennung der Staatsgrenzen der BRD ein und will den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reiches im geeinten Europa mittels Volksgruppenpolitik zu größerer Selbständigkeit verhelfen. Der radikal-völkische Flügel der DB dagegen ist nicht bereit, staatliche Hoheitsrechte auf supranationale Organisationen zu übertragen, und strebt die direkte Eingliederung diverser Gebiete von der Maas bis an die Memel ins Territorium Deutschlands an.

Folgerichtig kann der radikal-völkische Flügel der DB nicht darauf verzichten, die Fortsetzung klassischer Nationalstaatspolitik mit kriegerischen Mitteln zumindest als Drohung in Betracht zu ziehen; er lehnt Kriegsdienstverweigerung kategorisch ab. Für den gemässigt-völkischen Flügel der DB, der sich um die europäische Einigung bemüht, nimmt die Bedeutung einer rein nationalstaatlichen Armee hingegen ab; einige seiner Burschenschaften halten Kriegsdienstverweigerung daher für le-

gitim. Sie haben allerdings inzwischen weitgehend die DB verlassen und sich der Neuen Deutschen Burschenschaft (NDB) angeschlossen, einem im Januar 1996 von einigen Burschenschaften des gemässigt-völkischen Flügels gegründeten konkurrierenden Dachverband.

Die Gründung der NDB hat zweierlei bewirkt. Zum einen zieht sie immer mehr gemässigt-völkische Bünde aus der DB ab, in der der radikal-völkische Flügel daher immer stärker dominiert. Zum anderen hat der Rechtsausschuss der DB im Juli 1996 beschlossen – wohl aus Furcht, der Dachverband könne durch einen möglichen Übertritt weiterer Burschenschaften in die NDB allzu sehr geschwächt werden –, ab sofort in „besonderen Ausnahmen“ Kriegsdienstverweigerer in die DB aufzunehmen.

Aufschlussreich ist die Begründung für eine der beiden möglichen Ausnahmen: „Nachdem deutsche Streitkräfte staatlicherseits mit internationalen Aufgaben betraut werden, ist nicht auszuschließen, dass Bewerber um eine Mitgliedschaft in einer Mitgliedsvereinigung



Nazi-Burschenschafter & Bundeswehr & „alte Herren“ beim gemeinsamen Heldengedenken

der Deutschen Burschenschaft den Dienst in diesen Streitkräften deshalb ablehnen, weil er [...] internationalen Organisationen zur Verfügung gestellt wird.“ Deutsche sollen also nur für Deutschland sterben, nicht im Auftrag supranationaler Organisationen, die vielleicht auch unabhängig von deutschen Interessen handeln. Schon der Burschentag 1992, bei dem radikal-völkische Burschenschaften den Ton angaben, hatte beschlossen: „Wenn deutsche Interessen auf dem Spiel stehen, darf die Armee überall eingesetzt werden, auch außerhalb der eigenen Grenzen. [...] Sollte dies aber nicht der Fall sein, brauchen die Deutschen sich nicht in die Pflicht nehmen zu lassen“.



aus dem Kalender 2001 des
faschistischen Thule-Seminars

Zwingend schließen sich hier bündnispolitische Fragen an; etwa, wie die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO zu beurteilen sei. Darüber wurde 1998 mit burschenschaftlicher Beteiligung in der österreichischen Zeitschrift „Aula“, die den radikal-völkischen Burschenschaften nahesteht, kontrovers debattiert. Karl Richter, Burschschafter vom radikal-völkischen Flügel und Redaktionsmitglied des neofaschistischen Monatsblattes „Nation & Europa“, plädierte dafür, der NATO den Rücken zu kehren und an alte Traditionen der Zusammenarbeit mit Russland anzuknüpfen: „Mit Washington und Brüssel kommen wir, wollen wir wirklich souverän sein, nicht wei-

ter. Vielleicht sollten wir es wieder einmal mit Rußland versuchen.“ Hans Merkel, Burschschafter vom gemässigt-völkischen Flügel und seinerzeit Ministerialdirigent im Verwaltungsapparat des Deutschen Bundestages, unterstellte Richter daraufhin in seinem Beitrag in der „Aula“ „undifferenzierten Antiamerikanismus“ und „wenig durchdachtes Schlechtmachen der NATO“ und plädierte dafür, an der NATO festzuhalten. Ob die Bundeswehr sich außerdem an UNO-Einsätzen beteiligen sollte, war im Januar 1995 auf der zentralen Tagung der DB in Leipzig erörtert worden. Hier wurde der Vorschlag gemacht, die Entsendung von Bundeswehrtruppen nur dann zu gewährleisten, wenn Deutschland einen Sitz im UN-Sicherheitsrat bekäme – und damit sicherstellen könnte, dass die UNO tatsächlich nur für deutsche Interessen bombt.

Bündnispolitische Fragen werden von Burschenschaftern mit ebenso großem Interesse diskutiert wie allgemeine sicherheitspolitische Konzeptionen, und deutsche Militärs leisten dabei Hilfestellung in Form von Vorträgen und Artikeln für die „Burschenschaftlichen Blätter“, die Verbandszeitschrift der DB. Denn die fast 2.000 aktiven Burschschafter und die über 12.000 Alten Herren, von denen sich nicht wenige in einflussreichen Positionen befinden, sind nicht nur an Kriegspolitik interessiert, sondern auch hervorragende Multiplikatoren; sie tragen dazu bei, militaristisches Gedankengut in der deutschen Gesellschaft zu festigen. Die Bundeswehr würdigt das, indem sie Burschenschaften gelegentlich Hilfestellung leistet; selbst der Burschenschaft Libertas Brunn zu Aachen, einer der profiliertesten Vertreterinnen des radikal-völkischen Flügels der DB, stellte die Armee etwa den Staffelführer eines Flugkörpergeschwaders oder einen Stabsoffizier für Öffentlichkeitsarbeit als Referenten zur Verfügung.

Bei einem „Bundeswehrseminar“, das die Burschenschaft Germania Braunschweig 1996 durchführte, zeigte sich exemplarisch, wer bei Burschenschaften miteinander über die Aufgaben der deutschen Armee diskutiert. Hocharrangigen Referenten der Bundeswehr und des Bundestages (einem Mitglied des Verteidigungsausschusses und dem stellvertretenden Staatssekretär im Führungsstab der Streitkräfte) standen drei prominente Ex-

Militärs gegenüber: Der eingangs erwähnte Franz Uhle-Wettler, der Burschschafter und General a.D. Günter Kießling, der in den achtziger Jahren in der radikalen Rechten neutralistische Konzepte gegen die Westbindung propagiert hatte, und der Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof, der sich seit dem Ende seiner militärischen Karriere als Referent und Publizist in der radikalen Rechten bewegt. Den TagungsteilnehmerInnen, bei denen ein reges Interesse gerade auch an den Thesen der drei letztgenannten Referenten vorausgesetzt werden durfte, ließen Wolfgang Schäuble, Hans-Dietrich Genscher und der Bundeswehr-Generalsinspekteur Hartmut Bagger Grußworte übermitteln.

Gelegentlich nutzen auch MilitaristInnenverbände die Infrastruktur von Burschenschaften. Bekannt geworden ist dies etwa in Marburg. Der dortige MilitaristInnenverband „Fördergemeinschaft für Soldatenverbände“, dem auch zahlreiche Burschschafter angehören, verfügt über keine eigenen Räumlichkeiten; Probleme bringt das für ihn jedoch nicht mit sich, da er seine Treffen bei einer ortsansässigen Burschenschaft durchführen kann. Gelegentlich treten MilitaristInnenverbände auch gemeinsam mit Burschenschaften in der Öffentlichkeit auf (ein Beispiel dafür wird in dieser Broschüre im Kapitel zum VdS beschrieben). Zuletzt sahen sich MilitaristInnenverbände und Burschschafter vereint im Kampf gegen die Ausstellung über den Vernichtungskrieg der Wehrmacht.

Burschenschaften musste diese Ausstellung hart treffen. „Wehrhaftigkeit“ war ihnen ja schon immer ein Grundbedürfnis, und das haben sie nicht nur in den Freikorps der Weimarer Republik, sondern auch in jeder regulären deutschen Armee begeistert befriedigt. Auch in der Wehrmacht, deren kriegerisch verstorbener Burschschafter die traditionsfixierten Männerbündler bei jedem Burschentag ebenso gedenken wie der gefallenen Deutschen der Kriege von 1870/71 und von 1914 bis 1918. Um die Ehre ihrer für Nazideutschland in den Krieg gezogenen Verbandsbrüder zu retten, haben Burschschafter öffentlich gegen die Wehrmachtsausstellung Position bezogen; in Marburg und in Hamburg haben sie sich dabei an der Organi-



Protestaktion der Nazi Burschenschafter gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ in Aachen

sation von Demonstrationen beteiligt, die hauptsächlich von Neonazis frequentiert wurden.²

Nicht immer fällt der Einsatz für die Ehre toter Soldaten so spektakulär aus. Weniger auffällig, aber beständig ist die Beteiligung von Burschenschäftern an Totengedenken am „Volkstrauertag“. Weniger auffällig ist auch der Gedenkstein in Langemarck, den die Deutsche Burschenschaft für die in dort im Ersten Weltkrieg umgekommenen Burschenschäftler errichtet hat und den

Aachener Burschenschaften seit 1968 pflegen. Und doch sind es gerade solche Gedenktage und solche Kriegerdenkmäler, die militaristische Traditionen im Alltagsbewusstsein bewahren. Mit gutem Grund hatten die Amerikaner nach dem Zweiten Weltkrieg in ihrer Besatzungszone studentische Korporationen verboten:

„The revival of [...] student organizations (especially Verbindungen, Burschenschaften, Korporationen, and their Altherrenbünde) of a nationalistic, reactionary or para-military character



will not be permitted“³, lautete ein Dekret vom 14.03.1947. Kerngruppen des deutschen Militarismus, die einen Grundbestand kriegerischer Anschauung in der deutschen Gesellschaft bewahren und bei günstiger Gelegenheit ausweiten – das sind Burschenschaften bis heute geblieben.

¹ Franz Uhle Wettler kämpfte zunächst als Luftwaffenhelfer, dann in der Kriegsmarine für Nazideutschland; 1943 geriet er in Kriegsgefangenschaft. In der Bundeswehr, in die er 1956 eintrat, brachte er es bis zum Kommandeur einer Panzergrenadiertruppe; zeitweise war er Kommandant der NATO-Verteidigungsakademie in Rom. In den 90er Jahren stellte er sich verschiedenen Organisationen als Referent zur Verfügung, die eine Scharnierfunktion zwischen Konservatismus und Neofaschismus ausüben, etwa dem „Konservativen Gesprächskreis Hannover“ oder den „Karlsruher Freitagsgesprächen“. 1999 referierte er auf dem Jahreskongress der neofaschistischen „Gesellschaft für Freie Publizistik“.

² In Marburg organisierte der REP-Funktionär Eike Erdel, der zu diesem Zeitpunkt noch Mitglied der Burschenschaft Normannia Leipzig zu Marburg war, im September 1997 eine Kundgebung gegen die Wehrmachtsausstellung, bei der etwa 60 Neonazis unter Federführung der militanten „Sauerländer Aktionsfront“ aufmarschierten. In Hamburg war nach Aussage des ehemaligen Vorsitzenden des „Ausschusses für burschenschaftliche Arbeit“, Martin Rosenau, ebendieser Ausschuss an der Vorbereitung der dortigen Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung beteiligt, an deren Spitze dann der damalige Vorsitzende des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes“, Alexander von Webenau, marschierte.

³ „Die Wiederbelebung studentischer Organisationen (besonders Verbindungen, Burschenschaften, Korporationen und ihre Altherrenbünde) mit nationalistischem, reaktionärem oder paramilitärischem Charakter wird nicht zugelassen werden.“ (Aus den „Military Organization Regulations“)

Günter Mauser arbeitet in der Kommission „Neofaschismus“ der VVN-BdA NRW

Von der Wiege in die Bahre - Mord & Fun bei der Bundeswehr

Michael Radke

Die Infopost war als Jugendmagazin der Bundeswehr aufgemacht und wurde vom Bundesministerium der Verteidigung herausgegeben. Sie erschien bis Anfang 2000. Ihre Herausgabe wurde wohl zugunsten vermeintlich modernerer Rekrutierungsmethoden aufgegeben. Die Erscheinungsweise war vierteljährlich. Die zuständige Institution der Bundeswehr nennt sich Presse- und Informationsstab Nachwuchswerbung. Die Infopost wurde seit 1976 herausgegeben, also zu Zeiten der sozialliberalen Koalitionsregierung. Die Höhe der Auflage lag bereits Anfang der achtziger Jahre bei 50000 Exemplaren. Zuletzt verantwortlich war ein Oberst Herbert Stahl, während der leitende Redakteur Franz -Theo Reiß hieß. Das äußere Erscheinungsbild des Magazins wurde 1980 dergestalt verändert, indem zunächst aus einer faltblattähnlichen Zeitung eine Hochglanzbroschüre wurde. Die Titelseiten zierten fortan meistens Hightech Waffensysteme in heroischer Pose. Auf der ersten Innenseite wurde neben dem Inhalt und den Leserbriefen auch ein Einführungstext mit programmatischem Inhalt zu übergeordneten gesamtgesellschaftlichen Aufträgen der Bundeswehr zum Besten gegeben. Dieser Text ist bezeichnenderweise in guter preußischer Tradition immer mit –Euer Fritz“ unterschrieben. Ebenfalls zu den festen Einrichtungen des Heftes gehörte natürlich ein doppelseitiges Hochglanzposter, dessen Machart der Titelseite ähnelte. Auch hier wieder Hightech-Waffensysteme in Aktion. Hier sollte eine Faszination der Technik hervorgerufen werden, abgehoben von deren Funktion als Tötungswerkzeuge. Zu den Rubriken zählte auch noch die Rückseite, die im Inhaltsverzeichnis als „Vermischtes“ auftaucht. Dort wurden Rätsel und Wissensfragen im Zusammenhang mit der Bundeswehr aufgeführt, so wie Aktionen der gleichen Einrichtung für die Gewinner der Preisausschreiben. Die Artikel selber waren meist recht kurz, hatten dafür aber viele bunte Bilder beigefügt, so dass die optische Gestaltung beziehungsweise das Layout an Jugendzeitschriften wie die Bravo erinnerten. Die einzelnen Artikel der Infopost beschäftigten sich zumeist mit Bereichen innerhalb der Bundeswehr, die den Hauch von Abenteuer, Sport und Technikbegeisterung vermitteln konnten und sollten. Beispiele hierfür waren Schiffs-

reisen zu ganz exklusiven Zielen oder Ausbildungsorte der Luftwaffe in Übersee. Des weiteren wurde die Jugend mit wundervollen Ausbildungsmöglichkeiten geködert. Auch verschiedene Jubiläen der diversen Truppenteile oder der Bundeswehr insgesamt blieben nicht unerwähnt. Diese Jubiläen zwangen dann aber die Autoren der Zeitschrift, übrigens ausschließlich Männer, sich mit der bisherigen Geschichte der Bundeswehr beziehungsweise deren Vorgängern auseinanderzusetzen. Dass es hierbei dann zu Geschichtsklitterungen und Umdeutungen seitens der Autoren kam, spiegelt schlicht und einfach die für einen demokratischen Staat eigentlich unwürdige Tatsache wider, dass Namen von Truppenteilen,

Schiffen, Kasernen usw. usf. unkritisch und unkommentiert übernommen werden. Als Beispiele seien hier nur einige angeführt, als da wären: das „Bölcke-Geschwader“ in Nordrhein-Westfalen, benannt nach einem „Flieger-As“ des 1. Weltkrieges, die Zerstörer „Rommel“, benannt nach dem Oberbefehlshaber des Afrikakorps im 2. Weltkrieg, „Lütjens“, benannt nach dem Oberbefehlshaber der Schlachtflotte des NS-Regimes und „Mölders“, der ein erfolgreicher Pilot in der Luftwaffe Hitlers war und als ein Beispiel unter vielen, die Dietl-Kaserne in Bayern, benannt nach einem der Lieblingsgeneräle Hitlers. Geschichte war hier quasi hausgemacht und Aufklärung über die eigentlichen Hintergrün-



de schien ein Fremdwort zu sein. Beispielsweise in Heft 2 des Jahres 1998 wurde ein Artikel mit dem Titel „150 Jahre deutsche Marinen“ veröffentlicht, in dem einerseits die Unterschiede zwischen Reichsmarine, Kriegsmarine oder aktueller Marine kurz angerissen werden, aber über gewisse Traditionslinien und die Rechtsnachfolge wird dann doch lieber geschwiegen. Die Auslandseinsätze, natürlich auch ein Themenbereich der Infopost, dienen ausschließlich dem „Erhalt des Friedens“ und der Einführung von Regierungsformen westlicher Prägung, im Blättchen Demokratie genannt, in die zu überfallenden äh zu überzeugenden Länder. Hier sind „Argumente“ überwiegend nur Legitimation für offene militärische Gewalt. Die NATO, die im Blatt als erfolgreichstes Friedensbündnis aller Zeiten gefeiert wurde, kann sich nicht irren. So wurde den Leserinnen (die gab es nämlich auch) und Lesern vorgegaukelt, man stehe bis in alle Ewigkeit auf der Seite der Guten, obwohl dieses Gute inhaltlich gesehen genauso nebulös blieb, wie die Geschichtsdiskussionen auch. Diese einseitigen und verkürzten historischen Einschätzungen wurden besonders eklatant, wenn es galt Jubiläen, wie 40 Jahre Bundeswehr oder 50 Jahre NATO zu feiern und zu kommentieren. Noch in Heft 1/99, also kurz vor oder gar während des sogenannten Kosovo-Kriegs, wurde die NATO als erfolgreichstes Friedenssicherungsinstrument und auf dem Boden der UN-Charta stehend, bezeichnet. Beide Behauptungen waren unrichtig, wie wir heute wissen. Es schien Programm zu sein, die Leserschaft, die übrigens geduzt wurde, auf einer diffusen Gefühlsebene anzusprechen und tunlichst dort zu belassen. Werte, die unmittelbar militärisch nutzbar gemacht werden können, standen selbstredend höher im Kurs. Heroismus, Sportlichkeit, kontrolliertes Abenteuerum und selbstverständlich Anpassung und disziplinierte Gehorsamkeit, um nur einige zu nennen. In diesen Zusammenhang passte auch das völlige Ignorieren von Themen, die die Truppe schon nicht mehr in so einem Glanze dastehen ließen, wie stillschweigende Toleranz und gar Unterstützung von rechtsradikalen Einstellungen innerhalb der Bundeswehr oder Schikanierung von Untergebenen durch die Vorgesetzten oder übermäßiger Alkoholenuss der zumeist jungen Wehrpflichtigen und nicht zuletzt die Behandlung von als Schwächlingen ausgemachten Individuen durch die sogenannten Kameraden. Kam es doch einmal zu kritischen Stimmen seitens der Leserschaft, etwa in Form von Leserbriefen, wurden diese einmal durch Kommentare der Redaktion und durch eine Häufung von Leserbriefen, die gegen den kritischen Schreiber polemisierten ins Abseits ge-

stellt, bis der Eindruck entstand, es handelte sich bei dem Schreiber oder was seltener vorkam, bei der Schreiberin, um einen einsamen Irren. Als es in Heft 2/98 zur Diskussion um das Motto „Der Frieden muss bewaffnet sein“ kam, welches ein Leser in der vorherigen Ausgabe gewagt hatte in Frage zu stellen, wurde der sonst übliche Platz für Leserbriefe einfach verdoppelt, um den massenhaften Widersprüchen der Kritik am oben genannten Motto Raum zu geben. Es wundert nicht, dass unter zahlreichen Zustimmungen dieser These nur noch eine weitere kritische Haltung dazu veröffentlicht wurde. Letztlich dienten solche kritischen Leserbriefe nur dazu, die Ideologie des Blattes in noch besserem Lichte darzustellen. Es handelte sich bei der Infopost also um geschickte Manipulation der meist jugendlichen Leserschaft. Beteiligt an dieser Manipulation waren vornehmlich speziell geschulte sogenannte Jugendoffiziere, für deren umfassende Ausbildung sehr viel Geld ausgegeben wird, was wiederum den Stellenwert der Nachwuchswerbung für den militärischen Komplex verdeutlicht. Um den Legitimationsdruck einer sündhaft teuren Militärmaschinerie zu vermindern, wird schon bei den Jugendlichen angesetzt, damit es später um so leichter ist, militaristische Ideologie und Praxis bei den Erwachsenen durchzusetzen. Wenn mensch bedenkt, dass es sich bei all den schönen bunten Bildern mit den heroischen Posen und den kraftstrotzenden, ja teilweise ästhetischen Darstellungen der hochmodernen Waffensystemtechnik, sowie den phantastischen Ausbildungsmöglichkeiten in den verschiedensten Berufsfeldern letztendlich doch nur um einen riesigen Apparat des Tötens und Vernichtens handelt, wird klar, wie sehr der einzige Zweck zu dem diese Maschinerie ureigentlich gebraucht wird, zum Verschwinden gebracht wurde.

Warum nun wurde die Infopost eingestellt und durch andere Rekrutierungs- und Manipulationsinstrumente ersetzt. Wirft mensch einen Blick auf die Zahl der Kriegsdienstverweigerungen muss konstatiert werden, dass die bisherige Propaganda für und durch die Bundeswehr nicht sonderlich erfolgreich bei den Jugendlichen war. Unterstützt wird diese Vermutung auch durch das Rekordjahr 1998 in Sachen Kriegsdienstverweigerung. 1998 überstieg die Zahl der Wehrunwilligen mit 171165 die der diensttuenden Wehrpflichtigen mit ca. 163000 erstmalig. Tendenziell und im Verhältnis zur Geburtenrate eines jeden Jahres ist die Verweigerungsquote seit 1991 bis 1999 stetig gestiegen. Während 1990 noch 44000 junge Männer den Dienst an der Waffe verweigerten, waren es seit 1991 in jedem Jahr immer weit über

100000. Insgesamt lässt sich sagen, dass seit Anfang der neunziger Jahre lediglich 65 – 70% eines jeden Jahrganges ihre Wehrpflicht bei der Bundeswehr ableisten. Vielleicht auch ein Grund, weshalb das Verteidigungsministerium und die Planungsstäbe innerhalb der Bundeswehr einer möglichen Reformierung der Armee in Richtung Berufsmarine mit Sorge entgegenblicken. Sie misstrauen wohl der Attraktivität der eigenen Institution. Und das zurecht. Wie der Bundeswehrverband am 19.2.01 der Öffentlichkeit mitteilte fehlen zur Zeit etwa 15.000 qualifizierte Zeit und Berufssoldaten. Auf die Idee, dass das Säbelrasseln der Bundeswehr seit 1990 dazu beitragen könnte, darf man auf Seiten der Bundeswehr nicht kommen. Dann müssten die Werbestrategen der Bundeswehr Sätze des neuen Generalinspektors Kujat wie den, die Bundeswehr sei „für lange Zeit...eine Armee im Einsatz“ aus dem Sprachschatz verbannen. Können sie aber nicht, denn Kujat beschreibt die traurige Realität.

Offensichtlich wird nunmehr verstärkt die persönliche Ansprache von Jugendlichen durch Bundeswehrangehörige zur Werbung herangezogen. Exemplarisch für den Strategiewandel innerhalb der Bundeswehr aber auch des Verteidigungsministeriums sind Werbeaktionen mit Event-Charakter wie eine kürzlich in Rheinbach abgehaltene Info-Veranstaltung des Zentrums Nachwuchswerbung West. Im Rahmen der Kampagne „Offizier 2001“ wurden 1400 interessierte Jugendliche zwei Tage mit Informationen und Attraktionen geradezu „bombardiert“. Unvermeidlich war dabei natürlich die Anwesenheit von auf den Kontakt mit Jugendlichen spezialisierten Experten. Die Veranstaltung in Rheinbach war an diesem Wochenende nicht die einzige, denn es gab noch 16 weitere dieser Art, wenn auch jene in Rheinbach die größte war. Die Wichtigkeit solcher Events, bei denen die Teilnehmer und Teilnehmerinnen in 20 Bussen gratis durch die Lande chauffiert wurden, im Internet mit den BW-Universitäten chatten durften, nicht zuletzt Dia-Vorträge von „Kosovo-Veteranen“ lauschen konnten, lässt sich auch daran bemessen, dass Brigitte Schulte, die Parlamentarische Staatssekretärin beim Minister für Verteidigung ist, ebenfalls anwesend war. Neben den finanziellen Mitteln, die bei solchen Gelegenheiten verprasst werden, sind auch noch weitere kritische Anmerkungen zum umfangreichen Werbeprogramm der Bundeswehr zu machen.

Tage der „Offenen Tür“ sind ebenfalls Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme mit der jüngeren Generation. Schulen beziehungsweise Schulklassen können sich einen Jugendoffizier bestellen, um sich über etwaige zukünftige

Karrieren in der Armee zu informieren. Vorbei sind die Zeiten, als obligatorisch ein Vertreter des Verbands der Kriegsdienstverweigerer eingeladen werden musste. Es bleibt abzuwarten, ob die neuen Propaganda- und Rekrutierungsmethoden, auch gerade im Hinblick auf den beabsichtigten Strukturwandel in der Bundeswehr, erfolgreicher sein werden.

Pol&IS: Spiel des Lebens mit der Bundeswehr-„...beinahe in einen weltweiten Atomkrieg ausgeartet“

Obwohl die Bundeswehr betont, dass das Spiel POL & IS (Politik und Internationale Sicherheit) „nicht von ihr konzipiert“ (sondern von der Uni Erlangen) sei und auch nicht „zur Anwerbung einzelner Schülerinnen und Schüler für die Bundeswehr“ diene, wird das Spiel öfter als bekannt genutzt, um „den Jugendoffizieren einen allgemeinen Kontakt zu den Schulen“ zu ermöglichen. Deshalb wird es auch systematisch den Schulen angeboten, zumal die äußeren Bedingungen in einer Kaserne bestens hergestellt werden können. Das Spiel dauert in der Regel von Freitags bis Sonntags, es muss also verpflegt werden. „Gute Erfahrungen wurden mit Kasernenhallen gemacht, da sie die optimale Größe, Verpflegung und Unterkunft bieten“.

POL&IS ist ein Spiel für 35-60 Personen. Es ist eine Simulation wirtschaftlicher, politischer und militärischer Weltpolitik. 11 Regionen spielen mit und sind mit mindestens 1 Regierungsspieler, einem Oppositionsführer, einem Militärspieler und einem Wirtschaftsspieler besetzt. Der Uno-Vorsitz wird vom Jugendoffizier wahrgenommen. Er überwacht im Spiel die Einhaltung internationaler Verträge, die die Bundeswehr in der Realität bricht. Außerdem werden noch die Rollen von Weltbank und Presse besetzt. Die Daten über Truppenstärken, Wirtschaftsdaten usw. entstammen dem Jahr 1997. Internationale Verträge müssen beachtet werden (NATO, GATT, KSZE). Es können aber auch –teils geheime– Verträge geschlossen werden. Wie im richtigen Leben (Imperialismus) werden zunächst „wirtschaftliche Investitionen getätigt (Produktion) und gleichzeitig können die Militärsteine auf der Karte bewegt werden (Kartenarbeit). Nach einer kurzen innenpolitischen Beratung in der Region wird an der Börse...“ Dem Internet verdanken wir eine Vielzahl von Schilderungen von beteiligten Schülerinnen und Schüler. Zum Verständnis des Spiels folgen einige dieser Selbstdarstellungen:

„Die Rolle der Weltbank übernahmen die Lehrkräfte, während der Jugendoffizier die Rolle des Uno-Generalsekretärs inne hatte. ...Die Aufgabe des UNO Generalsekretärs, des

Jugendoffiziers, der mit dem POL&IS-Spiel vertraut ist, ist es die Ereignisse der POL&IS Welt zu überwachen. ...Der Oppositionsführer kann bei Wahlen zum neuen Regierungssprecher gewählt werden, während der Militär-



Die Schülerinnen und Schüler versenken sich mit voller Konzentration in das Planeten-

spieler per Putsch versuchen kann, den Regierungsposten in seiner Region zu erlangen...Ich zog die Rolle des Militärschefs der GUS. Wenigstens war ich Militärschef einer Atommacht und einer Region mit einer großen Anzahl an Streitkräften...wurden schließlich noch zu einer Gesprächsrunde mit einem hohen Offizier der Bundeswehr eingeladen. Themen dieses Gesprächs waren u.a. die Bedeutung der Bundeswehr, ihre Einsatzgebiete, stark diskutiert wurden die Einsätze im Ausland.“

„...Während dieser Zeit dürfen die Militärspieler die Spielsteine ihrer Armeen und sonstigen Kampfseinheiten auf der Karte verteilen bzw. verschieben. Die Vertreter der Regierung und der Opposition stehen hier hinter dem Militärminister und haben eine beratende Funktion, selbst im Kriegsfall dürfen sie nicht direkt ins Geschehen eingreifen...Ebenfalls sinnvoll gestaltet ist die Weltkarte, auf der die militärischen Truppen, Flotten, Geschwader etc. über realistische Distanzen bewegt werden können. Es ist allerdings nicht berücksichtigt worden, dass sich eingezeichnete Grenzen während eines Kriegszustandes verschieben können, und so Unklarheiten über eventuell besetzte Gebiete entstehen können...“

„...war das Ziel aller Länder die Abrüstung der Atomwaffen und eine Runde später kaufte Ozeanien zwei atomare U-Boote...Ozeanien, am Anfang eher unbedeutend, rüstete bald auf und wurde so zu einer entscheidenden Größe im Weltgeschehen. Die meisten aber hielten ihren vorgegebenen Standart, zum Einen durch Drogengeschäfte und Prostitution, zum Anderen durch geschickte Verträge und Verhandlungen...So erholte sich Afrikas Wirtschaftslage durch viele Spenden und konnte als Handelsgröße auf dem Weltmarkt mitwirken. Westeuropa, eigentlich als eine der gro-

ßen Weltmächte vorgesehen, wirtschaftete radikal ab und verlor so an weltpolitischen Einfluss... die Presse wurde zum Teil scharf kritisiert, weil Informationen gekauft wurden (evt. auch falsche Informationen) und auch die Spieler selbst die Presse mit Schmiergeldern für Falschmeldungen nutzten. Aber: Das ist das Leben und die Presse ist ja auch ein Unternehmen.“

Soweit die Reflexionen von Schülerinnen und Schülern über „das Leben“, wie es ist und den Wert dieses Spiels für Demokratie und Frieden. Dass das Spiel auch mal völlig aus dem Ruder laufen kann bewies eine Studentische Reservistengemeinschaft (Oft Burschenschafter), die zu folgendem Ergebnis kam: „...11 Regionen standen zur Verfügung. Kluges Wirtschaften sowie pfiffiges Erarbeiten von Verträgen und pokermäßiges Verschieben von Streitkräften- und dies alles von Freitag bis Sonntag. Leider war nur Zeit für vier Spielzüge, doch alles hat es Spaß gemacht. Nur die Spieler von Afrika und Asien hatten eine geringfügige Hungerkatastrophe mit ca. 15 Millionen Toten zu verkraften. Aber neben dem Krieg zwischen Russland und China, der beinahe in einen weltweiten Atomkrieg ausgeartet wäre, führten die Spieler die Welt in eine interessante Zukunft.“

Und da an deutschem Wesen, hier an deutschem Spiel, bekanntlich die Welt genesen soll, wird das Spiel auch exportiert. So wird berichtet, dass mehrfach in der Frankenakademie der Bundeswehr, aber auch in Rostock Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Sokolov/Tschechien an den Spiel teilnahmen. Kein Aufwand ist zu groß. Das zeigt ein Beispiel aus Moosbach, Hessen. Ein Bericht im „info no 3-2000“ der Friedrich Ebert-Stiftung berichtet davon, dass die Friedrich-Ebert Stiftung und die Bundeswehr (drei Jugendoffiziere aus Baden-Württemberg und Bayern) mit 20 Schülerinnen und Schülern aus Moosbach mit einer Bundeswehrmaschine nach Skopje, Mazedonien flogen und mit einer ähnlich großen Anzahl von Schülerinnen und Schülern („aus verschiedenen Volksgruppen“) von dort das POL&IS Spiel spielten. Es war das fünfte Seminar in dieser Reihe und der Gegenbesuch aus dem Frühjahr 2000 in der Würzburger Akademie Frankenwarte. Auch hier wird von der Schwierigkeit berichtet, eine Welt zu regieren, weil das „aufgrund der unterschiedlichen Vorkommen von Rohstoffen oder Agrarprodukten nicht immer einfach“ ist. Ob jemand das Spiel überlebt hat, wissen wir bis heute nicht.

Michael Radke arbeitet in der Kommission „Neofaschismus“ der VVN-BdA NRW

Mit Gottes Segen!?! Militär und Kirche

Günter Baumann und Joß Fritz

1. Kardinal Meisner: Die Tradition des deutschen Militärs schön geredet

Kardinal Meisner ist Mitglied eines Bundeswehr-Fanclubs und hielt deswegen einen Soldatengottesdienst am Weltfriedenstag. Das mit dem Mitglied stimme nicht? Trotzdem hielt der Kardinal am 30. Januar, dem von der katholischen Kirche zum Weltfriedenstag erklärten Datum, im Kölner Dom einen Soldatengottesdienst, in dem er die Überfalltradition des deutschen Militärs schönredete.

Meisner predigte, dass immer dann, wenn die deutschen Soldaten mit Gotteslob im Kopf ans Schießen gingen, die Menschen ihnen vertrauen und beruhigt sein könnten. Der Kardinal gab als gewissliches Wort Gottes aus, dass die deutschen Soldaten schon richtig töteten, wenn sie dabei Gott loben: »Einem Gott lobenden Soldaten kann man guten Gewissens Verantwortung über Leben und Tod anderer übertragen, weil sie bei ihm gleichsam von der Heiligkeit Gottes mit abgesichert sind.«

Als die deutschen Soldaten 1939 Polen überfielen, riefen die katholischen und die evangelischen Bischöfe sie dazu auf, ihre ganze Kraft für den Sieg der deutschen Waffen einzusetzen. Auf den Koppeln der Soldaten, die ein anderes Land überfielen und deren Hauptstadt Warschau bombardierten, stand der Slogan »Gott mit uns«. Als die deutschen Soldaten die Sowjetunion überfielen und dabei Millionen Menschen ermordeten, da ließen deutsche katholische Bischöfe die Glocken läuten und priesen ihren Herrn und lobten ihn dafür, dass er der Deutschen Bank und ihrem Nazi-Diktator Siege schenkte.

Die Menschen in den überfallenen Ländern glaubten nicht an den Satz von Kardinal Meisner, schenkten den Gott lobenden und ihnen nach dem Leben trachtenden deutschen Soldaten kein Vertrauen und gaben ihnen mit Recht nicht »guten Gewissens Verantwortung über Leben und Tod anderer«. Sie wehrten sich erfolgreich gegen die Soldaten, die sie überfielen, die »Gott mit uns« auf den Koppeln trugen und solche Ermunterungen im Kopf hatten, wie sie jetzt der Kardinal im Dom den Soldaten vortrug: »Schon unsere Volksweisheit sagt es: Fürchte Gott und scheue niemand. Wo die Gottesfurcht nicht da ist, gewinnt die Menschen-

furcht Raum.« Mit Gottesfurcht und Bischofssegnen gelang ihnen die Ausrottung der Millionen von Menschen.

Hätten die Soldaten sich an die Achtung vor den Menschen gehalten und nicht auf diese national-konservativen Bischöfe gehört!

Der Kardinal Meisner forderte die Soldaten auf, ihre Tötungsarbeit nicht so negativ zu sehen und verlangte von ihnen, »zunächst immer das Positive zu sehen, dafür zu danken und erst dann auch das Negative zur Sprache zu bringen«. Mit Sinnverdrehungen versuchte der Kardinal dabei die Soldaten konfus zu machen. Ihm fiel dazu aber nur ein halbleeres Glas ein: »Sie kennen alle die Beurteilung im Hinblick auf ein halbleeres Glas, das ja immer auch noch halbvoll ist. Dankende Menschen sind positive Menschen. Eigentlich kann man sich Soldaten gar nicht anders denken als Zeitgenossen mit einer solchen positiven Lebenseinstellung.«

Meisners guter Bekannter, der bisherige Generalinspekteur Naumann, jetzt Vorsitzender des NATO-Verteidigungs-Ausschusses, dem Meisner zum schönen Propagandaauftritt im Maternus-Haus verhalf, hatte in den von ihm verfertigten Einsatzrichtlinien den weltweiten Einsatz der Bundeswehr verlangt, unter anderem, um die Rohstoffe für die deutsche Industrie zu sichern. Für den militärisch gesicherten Raub an den Reichtümern anderer Völker sollen die Bundeswehrsoldaten eingesetzt werden können. Das Ergebnis kann der Soldat dann mit Meisners Logik so sehen: Was dem einen weggenommen ist, hat dann wenigstens die deutsche Industrie. Wie positiv für die Deutsche Bank. Wie viele Menschen dafür umgebracht werden? Meisner weiß Rat: »Einem Gott lobenden Soldaten kann man guten Gewissens Verantwortung über Leben und Tod anderer übertragen«.

Ein Soldat kann auch guten Gewissens sei-

nen Gott loben und diese Lobhudelei des deutschen Militarismus sonst wohin wünschen. Böll jedenfalls, den Meisner in seiner Predigt zitierte mit dessen Worten: »Ich ziehe die schlechteste christliche Welt allen anderen möglichen Welten vor, weil es in ihr immer noch Raum gibt für die Armen, für die Bedrängten, für die Mühseligen und Beladenen«, warnte in seinem »Brief an einen jungen Katholiken« vor dieser Sorte Predigt: »Meiden Sie den Gottesdienst, den der Divisionspfarrer abhält; schließlich gibt es für Zahnärzte auch keine Sondergottesdienste ... das Pathos, das in solcher Veranstaltung liegt, würde bei einem Turnverein lächerlich, bestenfalls rührend wir-



Soldatengottesdienst in Köln- Foto Arbeiterfotografie Köln

ken; doch eine Armee ist kein Turnverein, sie hütet den schrecklichsten aller Horte, sie ist die Verwalterin des Todes von Millionen von Menschen.« Böll wies 1958 in dem Brief kritisch darauf hin, welche Leute damals schon wieder das Sagen hatten: »die Catcher bestimmen das Feld, die Primitiv-Taktiker, Männer ohne Erinnerungsvermögen, die Vitalen, Gesunden, die nicht 'rückwärts blicken' und nicht jenem verpönten Laster frönen, das Nachdenken heißt.« Böll konnte zwar die Soldatenpredigten des Kardinals Meisner nicht. Aber er schlussfolgerte in dem Brief an einen jungen Katholiken ganz richtig: »Unser Brot müssen wir selber backen und das Wort uns selbst bereiten.« (gba)

Erstveröffentlicht in »Antifaschistische Nachrichten« Febr. 1996

Zitate Kardinal Meisner: »Die Kirche sieht in den Soldaten eine letzte Möglichkeit, das Böse im Menschen zu bannen und zu binden, damit es nicht ausbricht und Not und Tod in die Welt bringt.« (21.1.93)
»Einem Gott lobenden Soldaten kann man guten Gewissens Verantwortung über Leben und Tod anderer übertragen, weil sie bei ihm gleichsam von der Heiligkeit Gottes mit abgesichert sind.« (30.1.96)
»Wem käme es in den Sinn, Soldaten, die auch Beter sind, dann noch als Mörder zu diskriminieren. Nein, in betenden Händen ist die Waffe vor Missbrauch sicher.« (30.1.96)

Hier geht's lang! Kardinal Meisner legitimiert die Besatzungssoldaten im Kosovo

Am 1. Februar 2001 zelebrierte Kardinal Meisner im Kölner Dom seinen alljährlichen Soldatengottesdienst. Etwa 30 Gegendemonstranten der Friedensgruppe PAX AN, der VVN/BdA, von Pax Christi und der Klagemauer protestierten vor dem Dom gegen des Kardinals Absegnung einer weltweiten militärischen Überfall-Politik. Ihr Flugblatt, das sie an Passanten und Soldaten verteilten, hatte die Überschrift „Heute der Segen – Morgen die Leukämie“.

Wie in jedem Jahr versuchte der Kardinal, den vor ihm sitzenden 1500 Soldaten der Bundeswehr und anderer NATO-Armeen die aktuellen Aufgaben einer militaristischen Außenpolitik als seines Gottes Willen in den Kopf zu bringen. Als Meisner die Soldaten bearbeitete, sparte er nicht. Große Schwaden von Weihrauch trieben durch den Dom und hüllten die Zuhörenden ein.

Weltweite militärische Überfälle, die die Regierung mit dem Ausbau einer Interventionsarmee vorbereitet, stellte Kardinal Meisner als völlig selbstverständlich hin und sprach von „anderen Kulturen und anderen Völkern, wo Sie zum Friedensdienst hingesandt werden können.“

Meisner versicherte den Soldaten, dass sein und ihr Gott beim völkerrechtswidrigen militärischen Überfall auf die Bundesrepublik Jugoslawien, bei der Bombardierung der Städte, beim Abschuss der atomaren Munition und der nachfolgenden Besetzung des Kosovo immer dabei war. Er stellte die vor ihm Sitzenden in Gedanken an die Seite der katholischen Söldner des Mittelalters und stellte die Verbindung mit den heutigen Nato-Überfällen her: „Wenn die Soldaten im Mittelalter in den Krieg zogen, dann hatten sie das Stoßgebet auf den Lippen: ‚Tu adesto!‘ – ‚Sei du dabei, mein Gott!‘ Dar-

um geht es: Dabei zu sein bei den Konflikten und in den Spannungen, mich mit den Anderen zu identifizieren, um so eine Atmosphäre des Verstehens und damit des Friedens zu schaffen.“

Als die katholischen Söldner sich mit den evangelischen Söldnern „identifizierten“ und ihnen mit dem Schwert die Köpfe einschlugen, dann taten sie das im Auftrag der jeweiligen Landesherren und deren Interessen. Ein Bischof oder Kardinal war mit seinem Gott immer zur Stelle.

Kardinal Meisner will den militärischen Überfall, die Bombardierung und die jetzige Besetzung des Kosovo als „wahren Friedensdienst“ verkaufen. Mit verblinderter Selbstgerechtigkeit, wie die deutschen Imperialisten schon vor dem ersten Weltkrieg gegen die serbische Bevölkerung auftraten, sollen die Bundeswehr- und die anderen NATO-Soldaten den Überfallenen zeigen, wo es lang geht. Die Bundeswehr und Kardinal Meisner wissen, was die Überfallenen jetzt für richtig zu halten haben und wie die Soldaten die militärische Besetzung vor sich und den anderen rechtfertigen sollen. Meisner erklärte: „Je mehr Liebe, je mehr Phantasie, je mehr Einbildungskraft im buchstäblichen Sinne des Wortes wir dabei aufbringen, desto klarer und deutlicher werden wir erkennen, woran der andere Mangel leidet, was ihm wirklich fehlt, was ich ihm sagen, für ihn tun, worum ich für ihn bitten muss. Natürlich kann ich nie ganz der andere werden. Aber das sollen wir auch gar nicht! Wir sollen ihn nicht ersetzen, sondern nur an seine Stelle treten. Gerade indem ich als ein anderer an seine Stelle trete, entsteht auch für ihn für die Möglichkeit, seine Lage mit anderen Augen zu sehen, mit meinen Augen zu sehen und mir abzunehmen, dass ich für ihn noch Möglichkeiten und Wege sehe, die er nicht mehr zu sehen vermochte.“

Und wenn die Überfallenen nicht „mit meinen Augen“ – und denen der deutschen Militärpolitiker - sehen wollen? Mit der Waffe in der Hand wird der Bundeswehrosoldat klarmachen: Hier geht's lang! Und wer immer noch nicht sehen will? Dem katholischen Soldaten hatte Kardinal Meisner schon früher zugesagt, dass er den richtigen Menschen erschießen wird, denn Meisner hatte seinen Segen zugesagt: „In betenden Händen ist die Waffe vor Missbrauch sicher.“ In seiner Soldatenpredigt des Jahres 2001 versicherte der Kardinal den Besatzungssoldaten im Kosovo und anderswo: „Ein solches Einüben in den Friedensdienst – und nur dazu sind Soldaten da – ist

ein Gebot der Stunde!“ Der Aufbau einer neuen Interventionsarmee hat den Segen des Kardinals. – (gba)

2. Militärbischof Walter Mixa

Eichstätt. Der im Juli 2000 verstorbene Militärbischof Johannes Dyba aus Fulda hat einen durch und durch würdigen Nachfolger gefunden. „Obwohl Mixa als sehr kirchlich-konservativ gilt, insoweit also seinem Vorgänger Dyba ähnelt, fehlt ihm dessen wortmächtige Art“, schätzt die konservative „Rheinische Post“ den neuen Militärbischof, Walter Mixa, ein. Der in Oberschlesien geborene Mixa, Diözesanbischof aus Eichstätt und Stiftungsratsvorsitzender der katholischen Universität Eichstätt, fand zum Einstieg in sein neues Amt gleich die richtige Worte: Die Gefahr des „Rechtsextremismus“ in der Bundeswehr schätze er als „nicht sehr groß“ ein. „Ich würde hier nicht das Gespenst an die Wand malen und Deutschland vor einem Rückfall in den Rechtsradikalismus sehen“, so Mixa gegenüber der „Welt am Sonntag“. Ganz im Gegenteil äußerte Mixa dort, „dass es uns nicht gut bekommt, wenn wir uns für unsere Nationalität schämen“, so der katholische Bischof. „Ein gesundes Nationalbewusstsein ist wahrscheinlich eine ganz große Hilfe gegen diese extremen politischen Richtungen“. Demgegenüber äußerte der Wehrbeauftragte des Bundestages, Wilfried Penner (SPD), das die Bundeswehr für Rechtsextremisten „besonders begehrt“ sei. Nicht nur das militärische Handwerk sei für solche Jugendliche attraktiv. Auch die hierarchische Ordnung und die Uniformierung könne genauso wie bei der Polizei oder dem Bundesgrenzschutz anziehend wirken, so Penner. Dies bestätigt auch der aktuelle Jahresbericht des Wehrbeauftragten. Demnach sind die Straftaten mit neofaschistischem Hintergrund bei der Bundeswehr in diesem Jahr wieder angestiegen. Bis Ende September 2000 habe es bereits so viele Vorfälle gegeben wie während des gesamten Vorjahres.

Mixa („Es gibt für mich einen berechtigten Einsatz des Militärs“) hatte sich 1997 in einem Beitrag für das Organ der „Panuropa-Union“ um den blaublütigen CSU-Mann Otto von Habsburg als überzeugter „Paneuropäer“ geoutet. „Seit mehr als 20 Jahren wird ständig in vielen Medien unseren Bürgern ein Libertinismus, eine totale Freizügigkeit in allen Bereichen des Lebens einge-redet“, schrieb Mixa dort unter anderem (SZ 4.9.+19.10.00 / RP 2.9.00). (J.F.)

Der deutsche Opfermythos flächendeckend: Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge & Volkstrauertag

Kurt Heiler

Gedenkkultur in Deutschland

Eberhard Diepgen wird sein Wort von der „Mahn- und Gedenkmeile“ in Berlin, gegen das Denkmal für die Shoa vorgebracht, nicht mehr los. Es stellt die Realität auf den Kopf und ist trotzdem oder grad deswegen fast ein Bonmot.

Deutschland war und ist längst mit Gedenksteinen zugesperrt, den Krieger- und Soldatendenkmälern. Noch der kleinste Ort, Vorort, Flecken gedenkt „seiner“ Soldaten mit einem Gedenkstein. Auf den schlichten steht dann „Unseren Soldaten 1914-1916, 1917-1918 und 1939 bis 1945“ und bestehen aus einem Kreuz, oft mit Wehrmachtszeichen. Andere, und nicht wenig, sprechen von „unseren Gefallenen“ oder gar von „Helden“. Martialische Sprüche wie in Hamburg („Deutschland muss leben und wenn wir sterben müssen“), in Braunschweig („Sie fochten und fielen für Deutschlands Freiheit“), im Münchener Hofgarten (Soldat unter 250 t Steinblock: „Sie werden auferstehen“) fallen immerhin auf und wecken Widerspruch. Allemal sind sie in der Umgangssprache „Kriegerdenkmale“. In der Weimarer Zeit errichtet und nach 1945 ergänzt, gehören sie zum wenig hinterfragten Alltag in Deutschland. Der Hinweis auf andere Länder wie z.B. Frankreich ist bereits eine Finte, weil er den Unterschied zwischen dem Aggressor und dem Überfallenen negiert.

Geschätzt werden 100.000 dieser Kriegerdenkmale (Dr. G Armanski-„Kriegerdenkmale: Monumente der Barbarei“ antimilitarismusinformation Dez. 1989) und am Volkstrauertag ist dort flächendeckend Auftrieb. Aber statt zu klären, wer wohin und warum und vor allem für wen „gefallen“ ist, treffen wir auf eine „Verschwörung des Schweigens“ auf „Signale der Verdrängung der Wahrheit und Bitterkeit des Sterbens im Krieg und seiner behaupteten Zwecke“. Sie „helfen fortzusetzen, was sie angeblich beklagen“ (Armanski)

Der Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge (VdK) war und ist Organisator der jährlich an allen Orten stattfindenden Gedenkveranstaltungen zum Volkstrauertag. Mit Millionenzuschüssen der Steuerzahler,

mehreren hundert Hauptamtlichen, engstens verwoben mit politischen Entscheidungsträgern aller Ebenen, der Bundeswehr und soldatischen Verbänden ist der VdK Hauptträger des falschen Gedankens, alle Menschen, vor allem alle Deutschen seien „Opfer“. Diese Lüge, die offensichtlich die Deutschen davon entlasten soll, dass sie zwei Weltkriege begannen und dabei die schrecklichsten Verbrechen begangen haben, ist für das Selbstverständnis der Deutschen zentral und fand ihren Niederschlag in der zentralen Mahn- und Gedenkstätte in Berlin, wo der damalige Kanzler Kohl die trauernde Mutter der Käthe Kollwitz in der „Neuen Wache“ dafür instrumentalisiert ließ, die ermordeten Jüdinnen und Juden mit den Soldaten und den „Opfern der Vertreibung“ auf eine Tafel zu schreiben, auf eine Stufe zu stellen.

Die Geschichte des VdK und des Volkstrauertags - Der Gründungsmythos

Wer große Lügen verbreiten will, darf die kleinen nicht scheuen und so ist schon die offizielle Geschichte des VdK eine einzige Geschichtsklitterung. Bundestagspräsident Thierse (SPD) hat in seiner Rede zum Volkstrauertag 1999 im Bundestag die Selbstdarstellung des VdK kritiklos zusammengefasst:

„Nach den Schrecken des Ersten Weltkriegs mit mehr als 10 Millionen Toten in Europa und anderen Teilen der Welt wurde der Volkstrauertag von dem 1919 gegründeten „Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge“ im Jahr 1920 eingeführt. 1922 fand die Gedenkfeier erstmals im staatlichen Rahmen statt. Hier im Berliner Reichstag erinnerte Reichstagspräsident Paul Löbe eindringlich an das ganze Ausmaß des Leides, das der Krieg über weite Teile der Welt gebracht hatte. ...[er] stand in radikalem Kontrast zu dem, wozu der Volkstrauertag nach 1933 von den neuen Machthabern pervertiert wurde. Zum Staatsfeiertag erklärt und zum „Heldengedenktag“ umbenannt, dienten die nun von Wehrmacht, NSDAP und Reichspropagandaministerium organisierten Massenveranstaltungen der Glorifizierung des ‚Heldentodes‘ für Volk, Vaterland und vor allem den sog. ‚Führer‘“



„...schwere Sachen“ bei den Amerikanern

Adenauer: Der Pate

Der VdK wurde tatsächlich 1919 gegründet. Die Form des privaten Vereins wurde gewählt, damit das Vermögen nicht zu Reparationszahlungen herangezogen werden konnte. Allerdings konnte von ‚Volk‘ keine Rede sein. Auf dem Gründungskongress wurden 2 Heeresoberste, ein Vertreter des Kyffhäuser-Soldatenbundes und ein Direktor der Commerzbank in den Vorstand, in den Verwaltungsrat 10 hohe Militärs- darunter Generalfeldmarschall v. Hindenburg, 9 Politiker, darunter Konrad Adenauer, 12 Bankiers, 22 Kirchenführer, ein Fürst, ein Rittergutsbesitzer usw. gewählt.

Besonders der Name von Konrad Adenauer wird gern hervorgehoben, lässt sich doch damit eine demokratische Kontinuität bis zum Kanzler der BRD und Mentor des VdK behaupten. Dabei wird gern übersehen, dass Adenauer seine Rolle selbst nicht immer auf Seiten der Demokratie gesehen hat. In einem Beschwerdebrief an den Naziinnenminister vom 10.8.1934 schrieb der Zentrumspolitiker Adenauer:

„Die NSDAP habe ich immer durchaus korrekt behandelt und mich dadurch wiederholt in Gegensatz zu den damaligen ministeriellen Anweisungen und auch zu den von der Zentrumsfraktion der Kölner Stadtverordnetenversammlung vertretenen Auffassungen gesetzt...Im Sommer 1930 habe ich angeordnet, dass die Verfügung des preußischen Staatsministeriums, die nationalsozialistischen Beamten zwecks Disciplinierung namhaft zu machen nicht ausgeführt wor-

den wist, da ich sie für unberechtigt und ungerecht hielt.“ Adenauer schreibt, er habe 1932/1933 „ausdrücklich betont, dass nach meiner Meinung eine so große Partei wie die NSDAP unbedingt führend in der Regierung vertreten sein müsse“, weshalb die Kennzeichnung als national unzuverlässig „in höchstem Maße schmerzlich und unverdient“ sei. Im Frühjahr 1945 von der US-Besatzungsmacht als OB von Köln wieder eingesetzt, wird er von den Briten am 6.10.45 wieder abgesetzt, da er die Entnazifizierung in der Stadt sabotiert.

Vergangenheits“bewältigung“ a la Adenauer „Vielleicht wusste ich mehr als andere von den Schandtaten, die von Deutschen an Deutschen begangen wurden, von den Verbrechen, die an der Menschheit geplant wurden. (Adenauer 24.3.46)

“Wissen Sie, entweder gelingt es denen, Deutschland wieder hochzubringen, dann werden die Braunen nach und nach zivilisiert; oder sie wirtschaften ab, und dann ist immer noch Zeit. ..Lassen Sie sich bloß nicht auf so etwas ein- Widerstand! Absoluter Unsinn!“ (Adenauer 1935)

„Richtig ist, dass nachher vielleicht nicht mehr viel zu machen war. Die Schuld liegt früher. Das deutsche Volk, auch Bischöfe und Klerus zum großen Teil, sind auf nationalsozialistische Agitation eingegangen. ...Ich glaube, dass, wenn die Bischöfe alle miteinander öffentlich von den Kanzeln aus dagegen Stellung benommen hätten, sie hätten vieles verhüten können. Das ist nicht geschehen und dafür gibt es keine Entschuldigung. ...Alles das ist nicht geschehen und darum schweigt am besten.“ (Adenauer 23.2.46).

„Es ist nicht richtig, jetzt zu sagen, die Bonzen, die hohen Militärs oder die Großindustriellen tragen allein die Schuld...breite Schichten des Volkes, der Bauern, der Intellektuellen, hatten nicht die richtige Geisteshaltung, sonst wäre der Siegeszug der Nationalsozialisten nicht möglich gewesen....Aber jetzt, jetzt bin ich wieder stolz darauf, ein Deutscher zu sein. Ich bin so stolz darauf, wie ich es nie zuvor, auch nicht vor 1933 und nicht vor 1914 gewesen bin. Ich bin stolz auf den Starkmut, mit dem das deutsche Volk sein Schicksal erträgt, stolz darauf wie jeder einzelne duldet und nicht verzweifelt...“ (Adenauer 24.3.46)

„Aber ich glaube, in der amerikanischen Geschichte hat es auch bei den Sezessionskriegen oder nachher in dem Krieg zwischen Nord- und den Südstaaten schwere Sachen gegeben.“ (Adenauer 14.11.1960)

Die Weimarer Republik

Gern wird die Geschichte so dargestellt, dass den republikanischen Kräften des VdK von den Nazis der Volkstrauertag entrissen und entwidmet wurde. Das stimmt nicht mal ansatzweise. Der Volkstrauertag wurde auf Betreiben der Kirchen 1925 erstmals reichseinheitlich begangen. Schon ein Jahr vorher hatte die Reichswehr zur Teilnahme aufgerufen.

„Und das soll der Volkstrauertag: Symbol sein und werden für ihren Geist, in dem sie auszogen in unendlicher Begeisterung, in dem sie kämpften wie Löwen, litten wie Märtyrer, starben wie Helden für das große Ziel: Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt!“ (Siems, Präsident VdK, Aufruf zum Volkstrauertag 1926)

„Der Geist der Wehrfreudigkeit als höchster sittlicher Wert eines Volkes darf nicht sterben, er muss lebendig erhalten werden.“ Mit solchen Aufrufen zieht der VdK die reaktionären Kräfte der Weimarer Republik an sich. Während 1930 der preußische Ministerpräsident Otto Braun, SPD, den Veranlasser des Volkstrauertags „Revanchegefühle“ vorwirft, macht der erste faschistische Innenminister (Frick in Thüringen) den Volkstrauertag zum gesetzlichen Feiertag. Aber erst nach 1933 können die Funktionäre des VdK die Maske der Demokratie endlich abreißen. Der Generaldirektor Dr. S. E. Eulen, nach 1933 „Bundesführer“ des VdK weiß nun: „Als ich vor 17 Jahren den Volksbund gründete, schwebten mir die Ziele vor: die heldische Lebensauffassung im deutschen Volk wieder zu erwecken; die Ehrenstätten unserer Gefallenen in aller Welt zu Mahnmalen deutscher Art auszugestalten und die Opferbereitschaft zu einer Gemeinschaft im Volksbund zu sammeln. Diese Ziele waren den art- und volksfremden Mächten des Jahres 1919 nicht genehm.“ (Eulen 1936) Der Bundesamtsführer des VdK Markgraf blickt auf Weimarer Zeit zurück: „Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge bedeutete Besinnung auf ehre und Größe der Nation, auf das heldische Opfer und den Todesmut unserer Gefallenen, auf die Dankspflicht gegen diese Toten, er bedeutete Besinnung auf das Deutschtum überhaupt und Einsatz für deutsche Kulturwerte. Solche Gesinnung war den damaligen Machthabern mit ihren jüdischen Söldlingen aufs Tiefste verhasst.“ (Nov. 1944- Markgraf blieb von 1949 bis 1960 Generalsekretär des VdK)

Die Dokumente stützen also die These des Sozialdemokraten Thierse nicht, wonach die



Enno Eulen, VdK Gründer

Geschichte des VdK eine (sozial-)demokratische war- mit kurzer und schmerzlicher Vergewaltigung durch die NSDAP. Vielmehr drängte nach 1933 zusammen was zusammen gehörte. Eulen schrieb an Goebbels, dass der Volkstrauertag „auf die Dauer nicht ein Tag der Trauer sein, sondern ein Tag der Erhebung werden [muss], ein Tag des Hoffens auf das Aufgehen der blutigen Saat“. Hitler bedankt sich am 5.12.34: „Die Arbeit des Volksbundes, die der Ehrung unserer gefallenen Kameraden dienen und ihr Gedenken durch würdigen Ausbau und treue Pflege der deutschen Grabstätten wach halten will, habe ich stets mit großem Interesse verfolgt. Ich betrachte es als eine Ehrenpflicht der Reichsregierung, diese Bestrebungen und das Wirken des Volksbundes tatkräftig zu fördern und zu unterstützen, meiner persönlichen Mithilfe hierbei dürfen Sie gewiss sein.“ Und der Führer schenkt dem VdK seinen reichseinheitlichen Feiertag, der nun Heldengedenktag heißt. Der Widerstand der VdK entlädt sich im emphatischen Aufruf des Bundesführers: „Heldengedenktag statt Volkstrauertag! Bedeutsam ist diese neue Namensgebung...die nun auch äußerlich ausdrückt, was der VdK von Anfang an angestrebt hat.“

Der Heldengedenktag wird für VdK und NSDAP zu einer Erfolgsstory. Immer wieder wird der Tag durch Sonderaktionen aufgewertet: Einführung der Hakenkreuzfahne als Reichsfahne, die Wehrmacht bekommt das Parteihoheitszeichen, der Einmarsch 1936 ins besetzte Rheinland, der Überfall auf Österreich.

Im Widerstand ?

Nach 1945 strickt der VdK an Legenden, die ihm das Überleben sichern. Klammheimlich schafft er das Führerprinzip ab, lässt aber seine Führungspersonen im Amt (Eulen verstirbt 1945, seine Frau Christel ver-

tritt ihn bis 1970 im Vorstand). Der erste Präsident des VdK, Staatsrat a.D. Wilhelm Ahlhorn war schon 1938 Vertreter des Bundesführers und Betriebsführer der Bundesgeschäftsstelle gewesen. 1944 konnte er sich vom Führer das „Ehrenzeichen für deutsche Volkspflege II. Klasse“ anheften lassen. Trotzdem tönte es im Juli 1945 aus dem VdK: „...und sieht seine Aufgabe darin, im Geist des Antifaschismus daran mitzuwirken, das Elend künftiger Kriege zu vermeiden...“

Da war es hilfreich, auf Querelen mit der NSDAP und der Wehrmacht hinweisen zu können. Die NSDAP wollte im Machtkampf mit der Wehrmacht auch die Kriegsgräberfürsorge bestimmen. Nach dem Überfall auf Polen übernahm die Wehrmacht selbst die Gräberfürsorge. Zwei Jahre später wurde W. Kreis zum „Generaldirektor für die Gestaltung der deutschen Friedhöfe“ ernannt, der wiederum Hitler direkt unterstellt war. In diesem Konflikt wurde der VdK in seinen Aufgaben reduziert. In eigenen Worten: „Die Arbeit des Volksbundes wird im zweiten Weltkrieg eingeschränkt. Zwar steigt die Mitgliederzahl erheblich an (Ende 1943 fast 1 Million), und auch an Geld mangelt es nicht. Jedoch kann im Ausland, bis auf wenige Ausnahmen, nicht gearbeitet werden.“ („Stimme und Weg“ Zeitschrift des VdK 4/1994) Warum „nicht gearbeitet“ werden kann, ahnt mensch schon. Aber heldenhaft entzieht sich der VdK, der 1944 seine Mitgliederzahl auf 2 Millionen verdoppelt hat der Unterstellung unter Herrn Kreis von der NSDAP. Er droht mit „Selbstaflösung“ und verbleibt im geschützten Raum der Wehrmacht, die nur leider anderweitig- beschäftigt ist. Als ob nichts geschehen wäre, tritt der VdK 1945 erneut auf die politische Bühne.

Der VdK nach 1945: eine Erfolgsgeschichte

Die Geschichte des VdK nach 1945 ist eine Erfolgsgeschichte. Schon 1945 wurde der VdK zumindest für die britische Zone zugelassen. 1949 darf erstmals die Zeitung „Kriegsgräberfürsorge“ wieder erscheinen. In der Ausgabe der Verbandszeitung „Stimme und Weg“ 2.99 zum 80-jährigen Bestehen des VdK wird eine eindrucksvoll für das Jahr 1998 Bilanz gezogen:

16 Landesverbände, 311 Kreisverbände, 5900 Ortsverbände
530 hauptamtliche Mitarbeiter (175 allein in der Bundesgeschäftsstelle), 11.000 ehrenamtliche Mitarbeiter, 260.000 Mitglieder
Sammlung durch Schüler 1,4 Millionen DM, Sammlung durch Soldaten und Reservisten 4,2 Millionen DM
Insgesamt über 1 Million SpenderInnen, Gesamtetat ca. 80 Millionen pro Jahr
Von 1953 bis 1993 wurden 2910 Jugendlager mit fast 150.000 Teilnehmern in 29 Ländern durchgeführt. 1998 waren es 71 mit 2179 Teilnehmern. An Schulprojekten beteiligten sich 1998 5210 junge Menschen. In 100 Ländern werden 600 Friedhöfe durch den VdK betreut. Die Zahl der vom VdK betreuten Gräber im Ausland beträgt 1,7 Millionen.
Der Staat fördert die Arbeit des VdK mit 7,5 Millionen (1997) allein für die Erhaltung deutscher Kriegsgräber im Ausland. Die Zuwendungen haben sich im Zeitraum von 1994 bis 1996 verdreifacht, da „im Osten“ Nachhochbedarf an deutschen Ehrenfriedhöfen behauptet wird.

In einem ganzseitigen Interview mit der neofaschistischen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ legt der Pressesprecher des VdK, Kirchmeier, am 17.4.98 die Ostorientierung seines Verbandes dar („Die Arbeit im Osten ist erst am Anfang“). Kirchmeier spricht von 300 Friedhöfen, die seit 1989 unter die Kontrolle des VdK gerieten. 50 neue seien im Bau. Wie intensiv diese Arbeit vorangetrieben wird, verdeutlicht der gedrängte Termin kalender des VdK für die Zeit ab Mai 2001: Eröffnung (E) Sewastopol – Ukraine; 60 Jahrestag „Schlacht um Kreta“; 10 Jahre Soldatenfriedhöfe Ungarn; (E) Riga, Lettland; Übernahme Friedhof Halbe; (E) Manonow (Heiligenbeil) Kaliningrad; (E) Johvi, Estland; (E) Vilnius, Litauen; (E) Korpow, Russland; (E) Valasske, Czechien; 25 Jahre St. Veit, Österreich; 40 Jahre La Cambe u.a in Frankreich, 10 Jahre Joachimow u. Warschau, Polen.

Der Volkstrauertag nach 1945- ideologische Entwicklung

Der Volkstrauertag hat im Verlauf der Jahre seine Form, kaum aber seinen ideologischen Inhalt verändert. Um die konservativ-reaktionären Einflussnamen aufzuspüren, folgen an dieser Stelle Ausführungen von Bundeswehrgeneral a.D. Günter Kiessling (1945 Infanterieleutnant) in der Zeitschrift „Mut“, bis 1983 als rechtsextrem im VS-Bericht aufgeführt, herausgegeben bis heu-

te vom Ex. NPD Bundestagskandidaten B.C. Wintzek:

Einen ersten Hinweis auf Motive gibt Kiessling, der den Volkstrauertag als erste legale Möglichkeit sieht, an die Zeit vor 1945 anzuknüpfen:

„Mühselig haben wir zunächst ums Überleben, dann um den Aufbau einer beruflichen Existenz gerungen. Wir waren froh, als wir schon nach wenigen Jahren im Rahmen des Volkstrauertags auch in aller Öffentlichkeit unserer gefallenen Kameraden gedenken durften.“

Ähnlich der Charta der Heimatvertriebenen (erst 6 Millionen Polen umbringen, dann großzügig auf Rache verzichten und sich 50 Jahre für diese Unverfrorenheit loben lassen) lügt Kiessling den Unterschied zwischen Aggressor und Überfallenem vom Tisch: „Wenn wir Deutschen am Volkstrauertag in unser Gedenken inzwischen schon ganz selbstverständlich auch den gefallenen Rotarmisten und den ums Leben gekommenen angelsächsischen Bomberpiloten einschließen- und uns enthalten, über ihr Tun und über ihre mögliche Schuld zu richten, sondern das einer höheren Instanz überlassen, dann ist das Ausdruck unseres Verzichts auf jede nationale oder menschliche Überheblichkeit...Dennoch stehen uns die Toten unseres eigenen Volkes näher...Mögen wir die Ziele der nationalsozialistischen Kriegführung nicht erkannt oder sie verkannt haben, wir als Nation haben unsere junge Mannschaft in den Kampf geschickt, in dem Millionen verblutet sind...Nur mit Erschütterung konnte man zur Kenntnis nehmen, dass es da immer noch Bestrebungen gibt, über die Toten zu richten, sie in Kategorien von ‚für‘ und ‚gegen‘ das NS-Regime einzuteilen, von Gut und Böse.“

Die falsche Erinnerung muss nun dafür erhalten, aus der Geschichte das Falsche zu lernen: die Bundeswehr endlich in Einsatz zu bringen!

„Mag das Urteil über Deutschland und die Deutschen im Zweiten Weltkrieg immer noch auseinandergelassen, unbestritten sind die militärischen Leistungen der deutschen Wehrmacht. Soldaten über viele Jahre hinweg, selbst in aussichtslosen Lagen, zum Durchhalten und Kämpfen zu motivieren, das gelang nur, weil diese Armee reich an Vorbildern war.“ Dagegen die Bundeswehr: „Doch liegt es in der Natur der Sache, dass es jeder Friedensarmee an konkreten Vorstellungen für den Einsatz im Krieg erman gelt. Umso mehr ist sie darauf angewiesen, sich auf vorbildliche militärische Leistungen und treue Pflichterfüllung in der Ver-

gangenheit zu besinnen... Was schweiß eine Truppe so zusammen, dass sie zuversichtlich in den Kampf ziehen kann? Das sind ihr inneres Gefüge, das Wofür ihres Dienstes, ihr Traditionsverständnis und damit die Vorbilder soldatischer Leistungen; aber auch das Erleben, wie der Staat und das Volk, dem sie dient, jener gedenkt und sie ehrt, die in vorausgegangenen Kriegen ihr Leben eingesetzt haben und gefallen sind.... So sehr das Ziel, 'Recht und Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen' bejaht wird, es genügt wohl nicht, um Soldaten zum Einsatz ihres Lebens zu motivieren.. Dazu bedarf es einer anderen Sprache und anderer Begriffe.“ (General a.D. Kiessling in „Mut“ 11-86 „Volkstrauertag und Soldatengedenken“.

Auch Redner wie Alfred Dregger beeinflussten den Volkstrauertag. In seiner Rede vor dem deutschen Bundestag 1985 prägte Dregger das Bonmot von der „ehrenhaften Wahl“ der Soldaten, die bis zuletzt dem Kriegsgegner widerstanden hätten, besonders die Soldaten des Ostheeres und der Marine. Auch Dregger akzeptiert für Soldaten nur den Opferstatus: „Es geht nicht an, die toten deutschen Soldaten den anderen Opfern als ‚Täter‘ gegenüberzustellen.“ Sein Parteifreund Norbert Blüm kann dagegen zitiert werden: „Ich habe die Gesänge von der treuen Pflichterfüllung nie verstanden, wenn nicht zuvor geklärt war, in wessen Dienst diese Pflichterfüllung steht. Ob einer im KZ Hitler gedient hat oder an der Front, macht in meinen Augen nur einen graduellen Unterschied aus. Das KZ stand schließlich nur so lange, wie die Front hielt.“

In diesem Spannungsfeld hat der Volksbund allzeit auf Seiten der Dreggers gestanden, auch weil sein Publikum es so wollte: „In unsere Trauer schließen wir alle Soldaten aller Kriege ein, ganz gleich, wofür sie starben, weswegen sie in den Krieg gingen und fielen, wofür sie sich körperlich und seelisch verkrüppeln lassen mussten“ (Redevorschlag VdK 1987) oder „Letztendlich ist es auch gleich, wo die Ursachen liegen, die zu diesem verhängnisvollen Krieg führten, der sich immer mehr verselbstständigte und sehr bald sein eigenes Wert- und Normsystem schuf“ (Redevorschlag VdK 1985) Seine Weigerung, aus der Geschichte zu lernen, dokumentiert der VdK immer wieder: „Wir trauern um alle, die in den Kriegen gestorben sind, ob gutgläubig und nichtwissend um das Unrecht, zu dem sie Beihilfe leisteten, oder ob bewusst und in Kenntnis der Verbrechen, an denen sie sich beteiligen mussten. Wir trauern um alle, weil wahre Trauer keinen Hass verträgt. Wahre Trauer verbietet jedes Nachtragen und Aufrechnen.“ (Redevorschlag Nr. 2 VdK 1987)



Versöhnung über den Gräbern?

Die Gestaltung des Volkstrauertags

Jahrelang war der Volkstrauertag ein Auflauf der Bundeswehr, der Kirchen, konservativer Vereine, Musikkapellen, dem konservativen Teil der politischen Elite und den Angehörigen. Die Kirchen, die- um ihre Anhänger einzuschüchtern- sehr wohl Unterschiede nach dem Tod kennen (Himmel, Hölle, Fegefeuer), verleugnen sich am Volkstrauertag. Die Politik, die nicht müde wird, die Ungleichheit der Menschen im Leben zu verfestigen, Professoren, die es besser wissen müssten: Sie alle lügen die Täter und die Opfer zusammen, verstecken die Täter hinter dem Opfermythos, beschweigen das entscheidende Kriterium: die individuelle und gesellschaftliche Verantwortung. Was im Leben nie zusammengepasst hätte, der KZ Insasse und sein Aufseher, der General und der Schütze, Krupp und Krause sie werden vom Volksbund am Volkstrauertag zur Opfermasse zusammengezwungen. Auf dem Friedhof in Arnsburg bei Giessen hat der Volksbund 450 Gräber in seiner Obhut. Die Gräber der SS sind sämtlich mit vollem Namen, Daten und Rangbezeichnungen ausgestattet. Direkt daneben ein Gräberfeld mit 87 angeblich „unbekannten Kriegstoten“. Diese aber sind weder „unbekannt“ noch „Kriegstot“. Es sind Zwangsarbeiter und Gestapo-Häftlinge aus einem Arbeitserziehungslager der Gestapo. Sie wurden kurz vor Kriegsende, am 23.3.45 aus dem Lager herausgetrieben zu einem Graben, den sie selbst ausheben mussten, dort erschossen und zugescharrt. Der VdK beharrt auf seiner Hinweistafel mit den „unbekannten Kriegstoten“, weil: „Wir machen keine Unterschiede. Im Tod sind alle gleich“.

Die Bundeswehr trat bis 1989 meist bewaffnet und in Formation an. Bis 1980 nahm kaum jemand Anstoß daran, dass auch Neofaschisten wie die HIAG oder der Stahlhelm Kränze niederlegten. Erst die aufkommende Friedensbewegung ab 1980 nahm zunächst die Neonazis, dann die

gemeinsame Schnittmenge mit dem VdK in ihre Kritik des Militarismus auf. Seitdem steht der Volkstrauertag in der Auseinandersetzung. Antifaschistische Gruppen und Friedensgruppen protestierten, Polizeieinsätze wurden zum Schutz der VdK Feiern üblich. Gleichzeitig nahm die Zahl der Teilnehmer am Volkstrauertag kontinuierlich ab. Eine Modernisierung der Form und eine Anpassung im Inhalt wurden nötig.

Zunächst verzichtete die Bundeswehr auf ihr martialisches Auftreten. Sie erschien ohne Waffen, dann ohne Marschformation. Die sozialdemokratischen Funktionsträger des VdK waren druckempfindlich und anpassungsfähiger. Die Formel des gemeinsamen Gedenkens- vom Bundestag in jedes Dorf zentral vorgegeben- wurde von Richard von Weizsäcker 1985 erweitert, ohne den grundlegenden Charakter zu ändern. Nur die Zahl der Opfergruppen schwoll an. Bundespräsident Rau hat in diesem Jahr noch die „Opfer von Hass und Gewalt gegen Fremde und Schwache“ drangehängt. Täter oder Gewaltstrukturen bleiben weiterhin im Dunkeln.

Trotz der Kritik an den immer noch konservativ-soldatischen Inhalten des Volkstrauertags muss eine erhebliche Differenz zu den Totenehrungen neofaschistischer Gruppen festgestellt werden. Es ist nicht egal, ob es nur um deutsche Soldaten als Opfer geht, ob es um die Ermordung der aus rassistischen und politischen Gründen Verfolgten geht oder nur um „Opfer der Vertreibung“. Bei aller Differenz muss allerdings auch auf der Feststellung von Schnittmengen beharrt werden, die vor allem in der Entschuldung, ja Negierung von deutschen Tätern liegt. Auch der unkritische und alleinige Bezug auf die Bundeswehr, die Abwehr aller antifaschistisch, aus der Friedensbewegung kommenden Alternativen stellt eine solche Schnittmenge dar. Wer dem Volksbund und seinen politischen Trägern solche Schnittmengen vorhält, wird auf eine Vogel-Strauß-Politik treffen.

Eine endlose Kette von „Einzelfällen“

Die immer wieder sichtbare Teilnahme von Neofaschisten an den Volkstrauertagen, die geradezu magische Anziehungskraft der vom Volksbund gestalteten Friedhöfe für Neofaschisten wird als eine zufällige Aneinanderreihung von kaum erklärbaren „Einzelfällen“ dargestellt. Wenn an dieser Stelle eine unvollständige kleine Chronik dieser „Zwischenfälle“ folgt, dann nur, um deren „Zufälligkeit“ in Frage zu stellen und die behauptete Systematik zu untermauern.

„Der HIAG-Zwischenfall“.

Besondere Hervorhebung verdienen die bundesweiten Auseinandersetzungen um die Mitgliedschaft der HIAG im Volksbund. Ermuntert von der Aufwertung der Waffen-SS durch den gemeinsamen Auftritt von US-Präsident Reagan und Bundeskanzler Kohl auf dem Friedhof in Bitburg, versuchte die Nachfolgeorganisation der Waffen-SS, die HIAG stärker als bisher öffentlich aufzutreten, vor allem auch im Rahmen der Volkstrauertage. Dabei stellte sich der empörten Öffentlichkeit zum ersten Mal dar, dass die HIAG

seit 1958 korporatives Mitglied des Volksbundes war. Der öffentliche Druck auf den Volksbund war 1986 stark und die Mitgliedschaft der HIAG musste zunächst suspendiert werden. Innerhalb des Volksbundes war dies umstritten. Der Volksbund Präsident Hans-Otto Weber (SPD) griff die falsche Behauptung der HIAG auf, die Waffen-SS sei nur Teil der kämpfenden Truppe gewesen, die mit den Verbrechen der allgemeinen SS nichts zu tun habe. Das muss Weber gehört haben, als er 1982 beim Kameradschaftstreffen des „Verbandes der Soldaten des 1. Panzerkorps der Waffen-SS“ in Bad Herzfeld eine Ansprache hielt. Außerdem wird immerzu auf die Ehrenerklärungen von Adenauer und Schumacher für die SS hingewiesen. In der Praxis hatten beide, Volksbund und HIAG, eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet, d.h. die HIAG half beim Suchdienst, der Volksbund stattete alle SS-Gräber mit Dienstgraden aus und behandelte sie, wie Weber betonte, gleich: „Für uns gibt es nur die Kriegstoten, wir machen da keinen Unterschied.“ Als im Rahmen dieser Auseinandersetzung die HIAG einen erneuten Mitgliedsantrag stellte, wurde dem zunächst stattgegeben. Nun erhob



SS-Grab in Bitburg

sich die Basis gegen die Zentrale. Die Politik nahm Einfluss und die HIAG konnte gezwungen werden, ihren Antrag zurückzustellen, bis ihre Erwähnung in Verfassungsschutzberichten „geklärt“ sei. Der Bundessprecher der HIAG, Friedrich Weibel, erklärte, dass der Verzicht für die Bundesebene, nicht jedoch für alle Ebenen gelte: „Wo das politische Klima es zulässt, machen wir weiter mit.“ Nachdem sich der Rauch verzogen hatte, kamen HIAG und Volksbund zu einer gemeinsamen Erklärung, in der festgestellt wird, dass jede „Behauptung, der Volksbund trage sich mit der Absicht, die Gräber der Gefallenen der Waffen-SS aus seiner Obhut auszuschließen oder auch nur unterschiedlich zu behandeln“ falsch sei. Das Verschwinden der HIAG aus der öffentlichen Debatte ist denn auch auf die tatsächlichen und effektiven Proteste der Friedensbewegung und nicht auf die Haltung des VdK zurückzuführen.

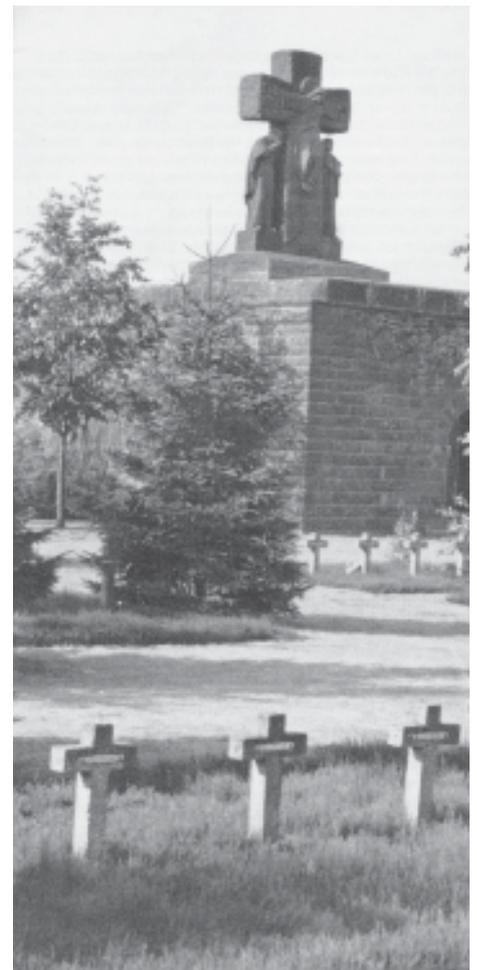
Kleine- und unvollständige Chronik der Skandale: Internationale Konflikte

Mitte der 80er Jahre entdeckten europäisch vernetzte Neonazis, dass die Gräber ihrer Vorbilder aus der Waffen-SS („erste europäische Armee“) ein gutes Agitationsfeld abgaben. Sie trafen sich

jahrelang auf den Friedhöfen des Volksbundes, mischten sich am Volkstrauertag unter Abordnungen des VdK und der Bundeswehr und feierten ihre „Helden“. Da kamen dann aus vielen Ländern Westeuropas teils Hunderte Skinheads zusammen, bauten sich vor den Gräbern der Waffen-SS auf und skandierten ihre Parolen. Erst die Proteste von AntifaschistInnen und empörten EinwohnerInnen, die zunächst mal mit Polizeigewalt niedergeknüppelt wurden (Lommel-Belgien) stoppten diese für Neonazis attraktiven Heldentage. Eine Blockade des Friedhofs in Ysselsteyn-Niederlande stoppte den Versuch der Wiking-Jugend, mit niederländischen Neonazis ihren verbrecherischen Vorbildern zu huldigen.

Im Prospekt zu Lommel weiß der Volksbund immerhin, dass dort deutsche Soldaten liegen, „die während des Krieges 1939/45 auf belgischem Hoheitsgebiet gefallen“ seien. Der Überfall auf Belgien begann am 10. Mai 1940. Macht aber nix, weil darum geht es dem VdK ja nicht. Der Volksbund erklärt für Ysselsteyn zwar, dass dort 31576 deutsche Soldaten ihre letzte Ruhestätte gefunden haben, kann sich aber wieder nicht durchringen zu erklären, was sie dort zu suchen hatten. Auch die Abteilung der SS-Gräber wird lieber verschwiegen. Noch 10 Jahre später – 1998 – wird der Volksbund von der Gemeinde Venray (dort liegt der Friedhof Ysselsteyn) von den Feierlichkeiten anlässlich des Tags der Befreiung in den Niederlanden eingeladen. „Wir haben keine Rachegefühle, aber der 4. Mai ist für einen deutschen Besuch noch zu sensibel“ sagt der Regionalvorsitzende Nico van Hoek.

1995 fragt der Berufsvertriebene und VDA/BdV Funktionär Hartmut Koschyk (CDU) die Bundesregierung: „Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, dass der aus den Kommunalwahlen im Herbst 1994 hervorgegangene Magistrat der Stadt Eger nicht bereit ist, der Errichtung eine Soldatenfriedhofes zuzustimmen, nachdem für dieses Projekt bereits ein Vertrag mit dem Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge vorliegt...“ Statt nun zu antworten: „Eger gibt es nicht und wird es auch nicht mehr geben. Die Stadt heißt Cheb, liegt in Tschechien und ist dem Zugriff deutscher Revanchisten und Militaristen ein für allemal entzogen. Außerdem lautete der Vorschlag aus Cheb, den Friedhof für tatsächlich alle Kriegstoten einzurichten und dazu gehören in Cheb auch 200 Rotarmisten und 70 amerikanische GI's der Patton Armee. Außerdem verstehen wir die Leute in Cheb nur zu gut, dass sie keine Lust auf Grabsteine mit den SS-Dienstzeichen haben, schlichtere täten es doch auch. Wir bedauern, dass der Volksbund diese Vorschläge ablehnt.“ Stattdessen antwortet die Bundesregierung: „Die Bundesregierung hat die Vorgänge um den Soldatenfriedhof in Eger sorgfältig verfolgt...Gespräch mit Bürgermeister...Hierbei ist es gelungen, offenbar bestehende Missverständnisse hinsichtlich der konzeptionellen Gestaltung der Gräberanlagen auszuräumen...“



Teutonenarchitektur in Lommel, B

Am Volkstrauertag 1988 weigerte sich der deutsche Generalkonsul in Mailand, Steinkühler, an der Feier in Costermano, Gardasee teilzunehmen. Dort wollte der VdK mal wieder „normale Kriegstote“ ehren. In Wirklichkeit liegen dort aber auch Kriegsverbrecher und Massenmörder wie der SS Sturmbannführer Christian Wirth und SS-Hauptscharführer Gottfried Schwarz. Wirth leitete 1940 die Euthanasie-Vernichtungsanstalt Hartheim bei Linz und wurde später Inspekteur der Vernichtungslager Treblinka, Sobibor und Belzec. 1943 baute er bei Triest ein KZ, in dem 2000 Juden und Widerstandskämpfer ermordet wurden. Wirth wurde- kleine Gerechtigkeit- von Partisanen erschossen, gilt dem VdK mithin als „Opfer des Krieges“. Konfrontiert mit den Details, forderte der VdK vom Außenministerium, den Generalkonsul abzuziehen! In der Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung konnte man zu Recht lesen: „Wer sich mit dem VdK gemein macht, sollte die Geschichte und sein eigenes Verhalten prüfen.“

Und weiter mit Einzelfällen, soweit das Auge reicht...

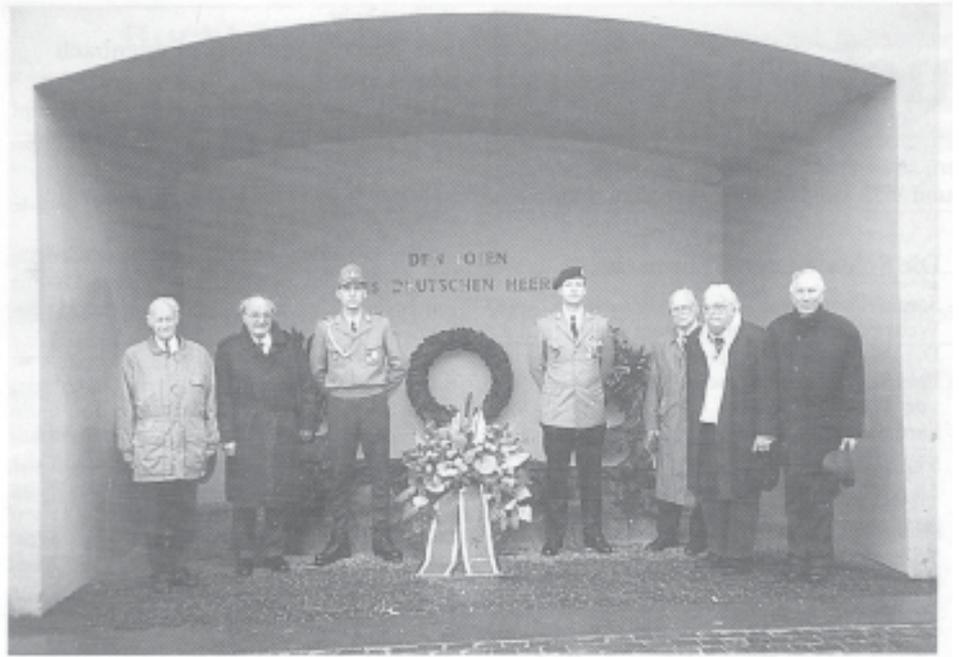
1993: Die Stadt Weimar lässt nach erbitterten Auseinandersetzungen die SS-Dienstgrade auf 130 Grabsteinen auf ihrem Friedhof entfernen, die der VdK im Jahr zuvor frisch aufgestellt hatte. So etwas war bis 1989 nicht möglich gewesen (verordneter Antifaschismus!), jetzt hat-

te der VdK sich beeilt, war aber aufgefallen. Aufgefallen war, dass die SS-Leute der Totenkopf- Division angehörten und dass die dort Begrabenen Teil der Wachmannschaften des nahegelegenen KZ Buchenwald und anderer KZ waren. Kommentar des VdK zu Weimar, man werde „sich nicht hinstellen und an den Gräbern Entnazifizierungen durchführen.“

1990- 1997 wiederum Weimar. Kaum wird bekannt, dass neben dem KZ Buchenwald Gräberfelder existieren mit Toten des Internierungslagers nach 1945 und dass die Insassen des Internierungslagers zu mindestens 80 % Funktionäre der NSDAP, der SS, des SD usw. waren, schwingt sich der Volksbund auf, ein Denkmal, einen Aufmarschplatz und Ehrenhain vorzuschlagen. Die Mauer war kaum gefallen, da präsentierte der VdK am 7.8.1990 den Vorschlag, für die Nazis eine Gedenkstätte anzulegen. 1997 erinnert der VdK die Gedenkstättenleitung daran, dass „unsere damaligen Vorschläge bei den zuständigen Entscheidungsträgern nicht die erforderliche Akzeptanz gefunden“ haben. Der Textvorschlag des VdK für das Monument lautete, „die deutschen Häftlinge...<seien> unschuldige Opfer von Denunzierungen.“ Angesichts des Nazibürgermeisters von Weimar, des Euthanasiearztes, der SS- und SD Leute, also der 80 % Nazifunktionsträger, spricht der VdK von der „Kriegs- und Nachkriegszeit, in der durch meist fehlgeleitete Menschen Angst, Entsetzen, Schmerz und unsägliches Leid über die Mitmenschen gebracht wurde.“ Die



Schill Denkmal Braunschweig: „Sie fochten und starben für Deutschlands Freiheit“



Kranzniederlegung am Ehrenmal des Deutschen Heeres auf der Festung Ehrenbreitstein in Koblenz. V.l.n.r.: Major a.D. Waldemar v. Gaza (Träger der 38. Schwerter zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes mit Eichenlaub), Leutnant a.D. Günther Halm (OdR-Landesgruppenleiter Niedersachsen), Obergefreiter d.R. Albrecht Laue (Kriegsvermisstensuchgruppe V.B.G.O. e.V.), Gefreiter d.R. Peter Hild (Kriegsvermisstensuchgruppe ISKATEL), Oberst (Bw) a.D. Helmut Corts (OdR-Landesgruppenleiter Rheinland-Pfalz und Saarland), Oberst (Bw) a.D. Berndt v. Mitzlaff (ehem. Militärattaché in Oslo).

VDK-Aktivist Peter Hild im Kreis seiner Lieben

Pläne wurden zwar abgespeckt aber letztlich steht dort jetzt ein Denkmal in Form von fast 1000 Metallstelen für die Mörder vis- a - vis der KZ Gedenkstätte. Wieder werden die Täter zu Opfern umgedichtet und gleichgesetzt, gelten dank VdK als „Kriegstote“, obwohl sie nach 1945 aufgrund alliierter Beschlüsse interniert wurden.

1994 Schill Denkmal Braunschweig: Das Kriegerdenkmal („Sie fochten und fielen für Deutschlands Freiheit“) ist jahrelang Anziehungspunkt für alles, was schwarz-brauner Gesinnung ist. Direkt daneben befindet sich ein Außenlager des KZ-Neuengamme. AntifaschistInnen werden am Volkstrauertag unter Beifall der Militaristen während ihrer Gedenkveranstaltung am KZ von der Polizei überfallen.

1995 Oldenburg: Die Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger tritt als offizieller Gast am Volkstrauertag in der Henning von Trescow Kaserne auf.

1997: Dem Ansturm der Neonazis auf die neuerrichteten Soldatenfriedhöfen in den neuen Bundesländern kann die Polizei nur durch zahlreiche Verbote begegnen. Besonders der Friedhof in Halbe hat sich zum Aufmarschort der Neonazis entwickelt.

1997: Andre Lange ruft in der neofaschistischen Zeitschrift „Europa Vorn“ Nr. 117 zu einem gemeinsamen Lager der Deutschen Waldjugend und des VdK zur „Grabpflege toter deutscher Soldaten in Königsberg“ auf. Soldaten wird Sonderurlaub versprochen.

1998: Peter Hild leitet ein Jugendlager des VdK. Hild schreibt in der Deutschen Militärzeitschrift, in Soldat und Volk, Der Freiwillige (HIAG) und ist Träger der HIAG Ehrennadel.

1998: Coburg: Der VdK Vorsitzende, der jahrelang kein Problem mit den Auftritten der HIAG beim Volkstrauertag hatte, bekommt Fracksausen, als 25 Neonazis freier Kameradschaften auftauchen und an „seiner“ Veranstaltung teilnehmen. Er holt die Polizei,

1999: - die Neonazis der freien Kameradschaften Duisburg und Düsseldorf werden bei ihrem Heldengedenken am Volkstrauertag von AntifaschistInnen aufgespürt und gestellt.

2000- 40 Personen der neofaschistisch-neuheidnischen „Artgemeinschaft deutschen Glaubens“ veranstalten ihr Heldengedenken in Kamp-Lintfort. Die offizielle Feier des Volksbundes geht in Kenntnis davon unberührt weiter.

2000: Auf Usedom nehmen- wie sonst auch- Neonazis am Volkstrauertag teil. Sie erscheinen uniformiert und in Formation. „Eure Ehre heißt Treue“; „Ein Volk, das solche Helden hat, ist zum Siege bestimmt“ steht auf den Schleifen der Neonazis, die mit 50 Mann an der Feier des VdK teilnehmen. Die NPD steuert Tannengrün dazu. Der Vertreter des VdK erklärt das Nicht-handeln so: „Diese Jugendlichen aus dem rechten Spektrum verhalten sich ja nicht renitent. Sie legen lediglich Kränze nieder.“

2000: ebenfalls in Formation erscheint die Neonaziszene von Hamburg vor dem Ehrenmal. Kommandorufe: „Marsch-Halt-Blickrichtung zum Ehrenmal- Aufstellung-Fahne hoch.“ Für die Polizei kein Grund zum Eingreifen, für die meisten kein Grund darüber nachzudenken, was Neonazis so zunehmend attraktiv am Volkstrauertag finden.

2000: In Essel -Niedersachsen feiert die Kameradschaft Celle auf dem Soldatenfriedhof die „Helden beider Weltkriege“.

2000: In Halle legen der „Nationale Widerstand Halle“ und die DVU-Landtagsfraktion ihre Kränze zu den offiziellen am Ehrenmal. „Den deutschen Helden“ steht auf der Schleife der Neonazis, die kurz darauf abgeschnitten wird.

2000: In Delitzsch muss die Veranstaltung des VdK abgebrochen werden, da sich die 20 Neonazis nicht von allein von der Feier entfernen wollen.

2000: Der Präsident des VdK, Karl-Wilhelm Lange schreibt das ganzseitige Geleitwort für die Ausgabe Nov. 2000 von „Soldat und Volk“, Organ des Verbands deutscher Soldaten und des Rings deutscher Soldatenverbände. Auf den darauffolgenden Seiten wird der Holocaust geleugnet und positiv Bezug auf die meist vorbestraften professionellen Holocaust-Leugner genommen. Die Bundesregierung hatte mehrfach tatsächliche „Anhaltspunkte für einen rechts-extremen Hintergrund“ der Zeitschrift „Soldat und Volk“ festgestellt.

Wie gesagt: Einzelfälle, die nicht enden wollen und die nicht enden werden, wenn die Schnittmenge von Neofaschismus, Militarismus, Volkstrauertag und Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge nicht gesehen und nicht verkleinert wird. Schnittmenge heißt aber auch, dass nicht alles gleich ist oder gleich gesetzt werden kann. Aber es gilt, vor allem für den Volksbund und seine Träger aus der Politik, diese Schnittmenge gegen Null zu fahren und die Unterschiede herauszuarbeiten bzw. durch Neu-

ausrichtung des Verbandes und Neugestaltung des Volkstrauertags alle möglichen Brücken zum militaristisch-neofaschistischen Lager abzureißen.

JEDER STRICH: EINHUNDERTTAUSEND TOTE IM ZWEITEN WELTKRIEG

Die Anzeige besteht aus mehreren Zeilen von gestrichelten Linien, die in einer Art Raster angeordnet sind. Die Linien sind so dicht gedrängt, dass sie eine Art optische Illusion erzeugen, die an eine große Menge von kleinen, gestrichelten Zeichen erinnert.

**Durch Krieg gewinnt man
keinen Frieden!**

 Volksbund Deutsche
Kriegsgräberfürsorge e.V.
Arbeit für den Frieden

Krieg oder Frieden - der VdK als Opfer der eigenen Propaganda

Die Anzeigen des VdK kennt jede®: Eine Strichliste mit der Überschrift: „Jeder Strich einhunderttausend Tote im zweiten Weltkrieg“ und der Unterschrift „Durch Krieg gewinnt man keinen Frieden!“. Flächendeckend wird diese Anzeige in allen Medien geschaltet. Dass Anzeigen des Volksbundes auch in der neofaschistischen Wochenzeitung des DVU Vorsitzenden Frey, der Nationalzeitung, (z.B. am 14.7.2000) erscheinen, lassen wir mal als Ausnahme stehen. Die Frage stellt sich dann doch, was diese an sich eindeutige Aussage der Anzeige noch wert ist, wenn die Träger des Volksbundes und des Volkstrauertags Krieg führen. Wie passt der Satz zum Angriff der Bundeswehr auf das souveräne UNO Mitglied Jugoslawien. SPD, CDU, FDP und Grüne sind für diesen Krieg eingetreten. Die Bundeswehr sah den Krieg als ihr Erwachsenwerden, ihre Initiation, an. Würde also die Propaganda des Volksbundes für den Frieden mehr als nur ein Lippenbekenntnis sein? Wie würden die Mitglieder und Spender reagieren?

In der Zeitschrift des VdK „Stimme und Weg“ 2.99 wird das Thema in Form von

Leserbriefen abgehandelt. Das zeigt zunächst, dass der Verband sich nicht positionieren will, bzw. kann, weil eine konsequente Anwendung der eigenen Propaganda einen Großteil der Träger verschrecken könnte. In den Leserbriefen sind viele Argumente der Kriegsgegner zu finden, es werden richtige Fragen gestellt, die Antworten bleiben zunächst vage. Es wird der Bruch von internationalem Recht bemängelt, das Leid der serbischen Bevölkerung wird beklagt. Gefragt wird, warum die „über Jahrzehnte fest eingeübten Bekenntnisse zum Frieden und zur gewaltfreien Konfliktlösung“ im Ernstfall so wenig tragen, warum dieser Krieg gerade von solchen Personen verantwortet wird, die jahrelang als Teil der Friedensbewegung bekannt waren. Gefragt wird auch nach der Rolle des Volksbundes. Die verhaltene Antwort: „Der Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge ist nicht zu einer Beurteilung der hier vorherrschenden fatalen Zwänge bestellt. Er hat andere Aufgaben.“ In einer redaktionellen Anmerkung steht daneben: „Die aktuelle Lage zeigt, wie bitter notwendig gerade jetzt die Förderung des Friedensgedankens ist. Die Mahnung zum Frieden ist gerade heute wichtig!“

Dieser Spagat zwischen Propaganda und tatsächlichem (Nicht-) Verhalten wird vom Volksbund so vollzogen, dass beides geht: Krieg machen und vom Frieden reden. Der schon erwähnte Bundestagspräsident Thierse, der ebenso wie seine Partei für den Krieg gegen Jugoslawien stimmte, führt in seiner Rede zum Volkstrauertag 1999 aus: „Jeder getötete Soldat, jeder verhungerte und erfrorene Flüchtling, in unvergleichlicher Weise aber jeder Mann, jede Frau, jedes Kind, die wegen ihrer Herkunft, ihrer Rasse, ihres Geschlechts, ihrer Religion und aus keinem anderen Grund ermordet wurden, verlangen von uns, Gewaltherrschaft abzuwehren, Zivilcourage und Toleranz zu üben und den Krieg als Mittel der Politik zu ächten. Umfassende Friedensarbeit- das ist der ethische Auftrag der Ermordeten und Getöteten. Diesen Auftrag zu erneuern ist Sinn des Volkstrauertags. Der Krieg im Kosovo, die Anlässe für Scham und für Stolz, die sich an jedem deutschen November jähren, beweisen, wie klein die Schritte sind von Frieden zu Krieg...“ Die Schritte waren klein genug, dass Thierse selbst sie gehen wollte und konnte. Es bleibt die Feststellung, dass die Demagogie der Kriegsbefürworter ein Ausmaß angenommen hat, das einer Leugnung der eigenen Beteiligung und Verantwortung gleichkommt. Damit aber sind sie beim Volksbund „zu Hause“.



Brekers Kameraden: unversöhnlich

Der Volksbund, der nie erklären wollte, wer die beiden Weltkriege vorbereitet, wer an ihnen verdient hat, wer an den Verbrechen beteiligt war und wer neue Kriege vorbereitet, der alle Lehren aus der Geschichte unter einem billigen Opfermythos begraben hat, der immer nur Gräber pflegen wollte, von denen er nie sagte, wie die Gräber dahin gekommen sind, dass, bevor die Soldaten in „fremder Erde“ irgendwie hinfielen, sie souveräne Länder überfallen und den Widerstand gegen ihre Aggression niedergeschlagen haben, dieser Volksbund also, der sein ganzes Wirken auf Verschweigen und Geschichtsklitterung aufbaut, kann und wird kein Bollwerk gegen den Krieg und die Lügen der Kriegsbefürworter sein. Vor die Wahl gestellt, seinen eigenen Friedensbeteuerungen treu zu bleiben und damit seine soziale und politische Basis zu verlieren, hat sich der Volksbund allemal auf die Seite der Macht und des Kriegs geschlagen. Die Friedensbewegung sollte die Einstellung jeder öffentlichen Förderung des VdK fordern. Der Volkstrauertag wird aus der vom Volksbund geprägten Tradition nicht mehr herauszulösen sein. In der bisherigen Form ist der Volkstrauertag kein Beitrag zum Frie-

den. Er gehört so gründlich verändert, dass man auch gleich seine Abschaffung fordern kann. Die Auseinandersetzung aber muss geführt werden. Die Friedensbewegung und die antifaschistische Bewegung haben schon in vielfältiger Form, aber noch nicht im ausreichenden Maße Alternativen zum Volkstrauertag angeboten und durchgeführt.

Der Kamerad ist tot!

Kein Volkstrauertag, kein Soldatentreffen ohne die Bemühung des Wortes Kameraden. Die Hymne der deutschen Militaristen ist das Lied „Ich hatt' einen Kameraden“ von Ludwig Uhland aus dem Jahr 1809. Es erzählt vom Krieg und zwei Menschen, von denen einer durch eine Kugel stirbt. In der letzten Strophe verweigert der Überlebende den Abschied, weil er für den Feind den nächsten Schuss vorbereiten muss. (Will mir die Hand noch reichen//Derweil ich eben lad' // Kann dir die Hand nicht geben//, bleib Du im ew'gen Leben// Mein guter Kamerad“)

Dieses Manifest gegen die Solidarität und Menschlichkeit, für Krieg und Rache, ist das meistgespielte Lied der Militaristen und wer es zu kritisieren oder gar zu stören wagt, bekommt es mit der Polizei zu tun.

In Nörvenich existiert ein Museum für den Hofbildhauer Hitlers, Arno Breker. Zahlreiche überlebensgroße Skulpturen –die Skulpturen „Die Wehrmacht“ und „Die Partei“ vor Hitlers Staatskanzlei sind lediglich umbenannt in „Der Fackelträger“ und „Der Schwertträger“- stehen im Garten des Schlosses des Galeristen Bodenstein.

Im Blickpunkt des Schlosses steht Brekers überlebensgroßes Relief „Kameraden“. Dieses Relief ist eines der erfolg-

reichsten von Breker. Es war vorgesehen zur Ausschmückung der „Ost-West-Achse“ in Berlin, eine Art Arc de Triomphe der Nazis, an dem nach siegreicher Unterwerfung die Völker Europas vorbeigeführt werden sollten. Eine zeitgenössische Kritik will wissen, dass das Relief „alle Schicksalskämpfe, in denen nordisches Blut um den Bestand des Abendlandes kämpft, umfassen soll“. Der Krieg erscheint bei Breker als das Wirken schicksalhafter Mächte. Solidarität, friedliche Lösungen von Konflikten, ja Vergebung sind Breker fremd. Der lebende Krieger im Relief kennt nur ein Ziel: Rache. Insofern ist das Relief ein Pendant zum Lied der Militaristen und zu Jüngers „Stahlgewittern“.

Kurz vor dem Ostermarsch 1996 hat jemand in entsprechend großer Schrift unter das Relief geschrieben: „Der Kamerad ist tot“. Daraus die Lehren für ein friedliches Miteinander der Menschen und Staaten zu ziehen, ist ein Ziel des Ostermarschs. „Der Kamerad ist tot“ könnte auch die Überschrift über dem Denkmal sein, das in Mittelfrankreich steht. Es zeigt, dass es Alternativen zur kriegerischen Plastik eines Breker gab und gibt.

Breker, der ab 1963 zu den Förderern der NPD gehörte, zieht auch die Bundeswehr an. Bodenstein lädt die Offiziere zu Festen ins Schloss. Zu Strauß und Wörner habe er gute Beziehungen gehabt, Offiziere und Mannschaften seien bei kulturellen Veranstaltungen stets herzlich willkommen, allerdings werde „Wert darauf gelegt, dass Offiziere und Soldaten bei offiziellem Anlass Uniform tragen.“



Neue Imperialistische Konkurrenz

Konferenzen und Dokumente zum Verhältnis von NATO, WEU u. BRD/BW seit 1991

Datum	Nato	EU	BRD/BW
April 1990			Europa-Initiative von Vaclav Havel - „Auflösungsagentur für Paktsysteme“ - Sicherheitskommission“ mit Sitz in Prag für alle KSZE-Staaten
5./6. 6. 1990			NATO-Gipfelkonferenz in London („Londoner Erklärung“)
7./8.11.1991			NATO-Gipfelkonferenz in Rom „Das neue strategische Konzept des Bündnisses“ - Doktrin „Abschreckung“ u. Atomwaffen-Ersteinsatz bekräftigt - Prinzip „flexibler“ Antworten, z.B. atomar auf konventionellen Angriff reagieren - Neubesimmung Gegner: „Risikoregionen“ (Mittel/Ost-Europa; GUS; Mittelmeer/Nahost) -> Out of area - Neben „Verteidigung des Bündnisgebietes“ neu: globale Sicht von „Sicherheit“ - „Sofort- und Schnellreaktionsverbände“, später die „Krisenreaktionskräfte KRK“
Dez. 1991			Gründung „Nato-Kooperationsrat“ Militärische Gegenorganisation zur KSZE; heute übergegangen in Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat EAPR
Dez. 1991			Vertrag von Maastricht Erstmals Verknüpfung von EU und WEU: Die EU kann die WEU mit Kriseneinsätzen beauftragen.
17. 1. 1992			Bundtagsdebatte: Union u. FDP wollen „Out of area“-Kampfeinsätze der BW unter UN-Kommando ermöglichen, SPD nur Blauhelm-Missionen
Februar 1992			Stoltenberg-Papier: Naumann-Papier, Vorläufer VPR vom 26.11.92
1992			BW-Auslands Einsätze in Kambodscha, Somalia und Bosnien (Luftbrücke)
19. 6. 1992			Petersberg-Erklärung der WEU (Erklärung der Außen- und Verteidigungsminister) Aufgaben ohne territoriale Einschränkung, global gültig: Zuständig für - „humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, - friedenserhaltende Aufgaben sowie - Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung, einschließlich friedensschaffender Maßnahmen“.
26.11. 1992			„Verteidigungspolitische Richtlinien“, General Naumann - „Nur als politische Union kann Europa auf Dauer im weltweiten Kontext bestehen und zu einem gestaltenden Faktor werden. Nur die Politische Union kann ein Verhältnis gleichberechtigter Partnerschaft mit Nordamerika entwickeln. Die Entscheidung, mit der WEU die europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität und militärische Handlungsfähigkeit zu stärken, ist deshalb von strategischem Rang.“ - „Die nationale Interessenlage ist ... Ausgangspunkt der Sicherheitspolitik eines souveränen Staates. Sie ist Maßstab für die Beurteilung der Risiken und der Handlungserfordernisse zur Wahrnehmung der Chancen zukünftiger Entwicklungen.“ - Vitale Sicherheitsinteressen Deutschlands u.a.: „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung.“ - „Einflußnahme auf die internationalen Institutionen und Prozesse im Sinne unserer Interessen und gegründet auf unserer Wirtschaftskraft, unseren militärischen Beitrag und vor allem unsere Glaubwürdigkeit als stabile, handlungsfähige Demokratie“
08.02.1994			Heeresleitlinien „Vorläufige Leitlinien für die operative Führung von Kräften des Heeres“, entspricht den VPR. - „Die Bereitschaft und die Notwendigkeit, einer Krise mit wirksamen Mitteln entgegenzutreten, sind in der Regel abhängig von dem Maß der Betroffenheit der eigenen politischen Interessen. Der Grad der öffentlichen Wahrnehmung und des in der Bevölkerung dazu vorhandenen Bewußtseins bestimmen dabei wesentlich die Entscheidung zu Maßnahmen zur Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Krisenreaktion sowie deren gesellschaftliche politische Akzeptanz. Daher können selbst lang andauernde Krisen, die zunächst keine direkten Auswirkungen auf die eigene Interessenlage haben, bei veränderter Perzeption in Politik und Öffentlichkeit dennoch im weiteren Verlauf zu einer Neubeurteilung mit entsprechenden Reaktionen führen.“ (S. 55)
28.2. 1994			Entwurf „Nato-Doktrin für Friedensunterstützungs-Operationen“ (Grundlage für Berliner Dokument 3./4.6.1996) - Definition „Friedensunterstützung“ als Gemisch Friedensbewahrend, -erzwingend u. -aufbauend - Achtung UNO - Begrenzte, kontrollierte u. glaubwürdige Gewalt - Einheit des Kommandos - Bewegungsfreiheit für Truppen - Flexibilität im Umgang / Übergang von Aufgaben (d.h., friedensbewahrend -> -erzwingend mit dem selben Personal)

5.4.1994	Weißbuch der Bundeswehr Fünf zentrale Interessen: 1. „die Bewahrung der Freiheit, Sicherheit und Wohlfahrt der Bürger Deutschlands und der Unversehrtheit seines Staatsgebietes 2. die Integration mit den europäischen Demokratien in der Europäischen Union. 3. das dauerhafte, auf eine Wertegemeinschaft und gleichgerichtete Interessen gegründete transatlantische Bündnis mit den Vereinigten Staaten als Weltmacht; denn das Potential der USA ist für die internationale Stabilität unverzichtbar 4. eine auf Ausgleich und Partnerschaft bedachte Heranführung unserer östlichen Nachbarstaaten an westliche Strukturen und die Gesaltung einer neuen, alle Staaten Europas umfassenden kooperativen Sicherheitsordnung 5. die weltweite Achtung des Völkerrechts und der Menschenrechte und eine auf marktwirtschaftlichen Regeln basierende gerechte Weltwirtschaftsordnung. „Landesverteidigung kann nicht länger das Kriterium der Streitkräfte sein, gleichgültig, ob Wehrpflicht besteht oder nicht, ... Die Hauptaufgabe der alliierten Streitkräfte ist die militärische Unterstützung der Krisenbeherrschung und Konfliktverhütung geworden.“ (Lothar Rühl in Die Welt vom 4.6.1996)
3.7.1994	Bundeswehr-Reform - Personalmfang reduziert auf 335.000 Soldaten u. 3.000 Wehrübungsplätze - Aufteilung in Hauptverteidigungskräfte HVK u. Krisenreaktionskräfte KKK - Wehrdienst 12 -> 10 Monate reduziert
12.7.1994	Urteil des Bundesverfassungsgerichts BW-Einsätze „out of area“ ist nicht zwingend grundgesetzwidrig, 2/3-Mehrheit des Bundestages nicht erforderlich, aber Behandlung und Beschlußfassung (einfache Mehrheit). Jedoch nur im Rahmen von gegenseitigen kollektiven Sicherheitssystemen
1.9.1995	Deutsche Tornados fliegen in Bosnien erstmals Luftunterstützung für die Schnelle Eingreiftruppe der NATO: D.i. der erste Kampfeinsatz der dt. Luftwaffe!
Nov. 1995	Eurokorps einsatzbereit - WEU-Truppe mit 50.000 Mann, gestellt von Deutschland, Frankreich, Spanien u. Belgien. - Untersteht nicht dem Nato-Kommando
16.11.1995	SPD-Parteitag beschließt „Kompromiß“: Gegen Kampfeinsätze der BW, aber freie Hand der SPD-Abgeordneten bei Abstimmungen im Parlament.
28.2.1996	Bundeswehrplan 1997
3./4.6.1996	NATO-Gipfelkonferenz in Berlin (Dokument MC400/1) Endgültige Erweiterung der Aufgabe „Verteidigung“ -> „Krisenbewältigung“ und „Projektion“ Konzept mobiler Hauptquartiere, CJTF Combined Joint Task Forces: - Militärische Eingreiftruppe aus Truppenteilen verschiedener Staaten (Combined) und aller Teilstreitkräfte (Joint), die für einen bestimmten begrenzten Einsatz gebildet und anschließend wieder aufgelöst wird (Task Force) - Einbindung von Nicht-Nato-Mitgliedern in Militäroperationen (in Bosnien mit IFOR/SFOR bereits praktiziert) - Nutzung nicht getrennter militärischer Fähigkeiten unter der Führung der WEU - Veto-Recht der USA Bewertung (DP): USA brauchen in Europa Entlastung, um ihre Weltvorherrschaftspläne durchsetzen und sich global entlasten zu können; WEU für globales Handeln zu schwach; v.a. wegen fehlender Informationstechnologien (Spionagesatelliten) u. Transportkapazitäten existiert bereits faktisch Veto-Recht der USA; es winkt ein riesiges Rüstungsgeschäft (Kampf um US-kompatibles Gerät); WEU wird aufgerüstet u.a. mit dem Ziel militärischer Unabhängigkeit von den USA, erst in mind. 10 Jahren erreichbar. Bis dahin: CJTF ein Instrument zum flexiblen Umgang mit Interessendivergenzen unter US-amerikanischer Aufsicht.
11.6.1996	Tindemann-Bericht an das Europäische Parlament - Weltmachtanspruch wird angemeldet mit dem „Hinweis“, „daß die Europäische Union, die führende Handelsmacht der Welt, ... sich nicht mehr mit zweitrangigen Verantwortlichkeiten in internationalen Fragen begnügen kann...“ - Militärische Basis der EU-Ansprüche soll die Westeuropäische Union WEU sein. Das setzt voraus, daß auch nicht-WEU-Mitglieder der EU mil. Aktionen mittragen - (WEU: 1948 gegründet, 1955 + BRD u. Italien, dann politisch nicht existent; 1984 auf Initiative BRD u. Frkr. wiederbelebt; WEU kennt keine geographische Begrenzung)
9.7.1997	NATO-Gipfelkonferenz in Madrid 1. Erweiterungsrunde der NATO: Polen, Tschechische Republik u. Ungarn werden eingeladen
16./17.6.1997	Vertrag von Amsterdam (Maastricht II): Festlegung „gemeinsamer Verteidigungspolitik“ - WEU ist integraler Bestandteil der Entwicklung EU (nicht der EU!) „Die Westeuropäische Union (WEU) ist integraler Bestandteil der Entwicklung der Europäischen Union; sie eröffnet der Union den Zugang bei der Festlegung der verteidigungspolitischen Aspekte der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)... Die Union nimmt die WEU in Anspruch, um Entscheidungen und Aktionen der Union, die verteidigungspolitische Bezüge haben, auszuarbeiten und durchzuführen.“ - Übernahme der Petersberg-Aufgaben (1992) durch die EU
Nov. 1997	Deutsch-Niederländisches Korps einsatzbereit - WEU-Truppe, gestellt von Deutschland u. Niederlande - Untersteht nicht dem Nato-Kommando

Dez. 1997	<p>Nato-Kommandostrukturreform</p> <p>Reduzierung Nato-Hauptquartiere von 65 auf 20 als Voraussetzung zur Installation der CJTF</p>
12/1998	<p>Nato-Ratstagung Berlin</p> <p>Konzept CJTF Combined Joint Task Forces: Nato-Hauptquartiere von Fall zu Fall für je spez. NATO- oder EU/WEU-geführte Operationen. Trennbar, jedoch nicht getrennt. („Flying headquarters“)</p>
4.12. 1998	<p>Franz-britische Erklärung von St. Malo</p> <p>Beide Länder kündigen neue Initiativen zur Stärkung der europ. mil. Fähigkeiten im EU-Rahmen an. D.i. praktisch der Auftakt beschleunigter Militarisierung der EU. Forderung: Die EU muß „über eine autonome Handlungsfähigkeit verfügen, die sich auf glaubwürdige militärische Kräfte stützt, mit der Möglichkeit, sie einzusetzen, und mit der Bereitschaft, dies zu tun, um auf internationale Krisen zu reagieren.“</p>
24.3. 1999 – 10.6. 1999	<p>Nato-Krieg gegen Jugoslawien: Anlaß zur Intensivierung der Militarisierung der EU</p> <ul style="list-style-type: none"> - USA-Demonstration ihrer Überlegenheit in Rüstung, Militärtechnologie u. militärischen Apparaten gegenüber der EU - Bundesregierung: „Der Konflikt im Kosovo hat der EU dramatisch vor Augen geführt, wie dringend und unverzichtbar die Stärkung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik für Europa ist. Nur wenn es der EU gelingt, auch auf diesem Gebiet ihre Kräfte zu bündeln und eigenständig handlungsfähig zu werden, wird Europa seine Werte und Interessen in vollem Umfang zur Geltung bringen können.“ (http://www.auswaertiges-amt.de/4_europa/7/4-7-2g.htm) - Publ. Begründung: Friedenspolitik; gegen mil. Hau-Drauf-Mentalität der USA (anti-amerik. Unterton); EU zurückhaltender, mehr auf zivile Konfliktbearbeitung orientiert. - Deutsche Beiträge: 390 Einsätze von ECR-Tornados; 244 Harm-Flugkörper; 46 Aufklärungstornados. - Klaus Naumann: „Und es wird ein nächstes Mal geben, obwohl ich nicht weiß, wann und wo“ (FAZ 1.10.1999)
25.4. 1999	<p>NATO-Gipfelkonferenz in Washington „Neue NATO-Doktrin“</p> <p>40 Rüstungskonzerne sponserten den Gipfel u. Jubiläumsfeier „50 Jahre Nato“ mit 8 Mio Dollar! Das hat's noch nie gegeben. „Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit“: Kein einziger Staat ließ das neue Dokument vom Parlament beraten oder gar ratifizieren.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einsatzspektrum neu: Auch „nicht-Artikel-5-Einsätze“, also Einsätze nicht nur zur Bündnisverteidigung, sondern für „Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit“ - Einsatzgebiet neu: Über das NATO-Gebiet hinaus, an „den Rändern“, jedoch: nicht zwingend weltweit. Kompromißformel: „den globalen Kontext berücksichtigen“ - Aufbau „schneller Eingreiftruppen“ - Mandat neu: UNO-Mandat für Kampfeinsätze nicht erforderlich („Selbstmandatierung“). Weltgendarm NATO legt die Rechts- und Wertevorstellungen per Law and Order fest. - EU darf nur dann mil. aktiv werden, wenn der NATO-Rat zu vor entschieden hat, daß sich die NATO nicht engagieren will. - Atomarer Ersteininsatz (first use) und atomarer Präventivschlag, auch gegen nicht-atomwaffen-besitzende Staaten; Angreifer bleibt über die Wahl der mil. Mittel im unklaren - Gemeinsame Sicherheitsinteressen u. a.: „Terrorakte, Sabotage und organisiertes Verbrechen sowie der Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen. Die unkontrollierte Bewegung einer großen Zahl von Menschen, insbesondere als Konsequenz bewaffneter Konflikte, kann ebenfalls Probleme für die Sicherheit und Stabilität die Allianz berührend aufwerfen.“ (Ziffer 24) - So heißt „Verteidigung der eigenen Interessen“ im Klartext: Durchsetzung pol. Ziele mit mil. Mitteln.
3./4. 6. 1999	<p>EU-Gipfel in Köln</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ziel Schlagkraft, Motiv Weltmachtambitionen. Fischer 16.8.1999: die GASP muß sich „auf glaubwürdige operative Fähigkeiten stützen, wenn die Europäische Union in der Lage sein soll, auf der internationalen Bühne uneingeschränkt mitzuspielen.“ - Neue Gremien: EU-Militärstab incl. Lagezentrum; EU-Militärausschuß; Ständiges Gremium pol. und sicherheitspol. Experten; Regelmäßiges Treffen der Verteidigungsminister - Überführung der WEU in die EU, Auflösung der WEU bis Ende 2000 (Amsterdam noch: Übernahme der WEU-Aufgaben). Der WEU war der Aufbau eigenständiger mil. Strukturen zusätzlich zu jenen der NATO nicht erlaubt – diese Beschränkung gilt nicht für die EU! - Militärische Fähigkeiten „auch für Krisenbewältigungsoperationen geeignet“, also: „Dislozierungs-fähigkeit, Durchhaltfähigkeit, Interoperabilität, Flexibilität und Mobilität“, d.h.: offensive, interventionsfähige mil. Mittel - Verhältnis EU/NATO mit zwei Optionen, Doppelwertigkeit u. Doppeldeutigkeit ist gewollt: <ul style="list-style-type: none"> a) „EU-geführte Operationen unter Rückgriff auf Mittel und Fähigkeiten der NATO“: D.i. Status quo, entspricht der Berliner Nato-Tagung 12/1998 und dem Nato-Gipfel 4/1999 b) „EU-geführte Operationen ohne Rückgriff auf Mittel und Fähigkeiten der NATO“: Boden des transatlantischen Kompromisses ist verlassen. Realisierbarkeit dieser Variante? Bei Verabschiedung völlig aber, aber Option formuliert! - Aus dem Bulletin: „Wir sind davon überzeugt, daß der Rat bei der Verfolgung der Ziele unserer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der schrittweisen Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik die Möglichkeit haben sollte, Beschlüsse über die gesamte Palette der im Vertrag über die Europäische Union definierten Aufgaben der Konfliktverhütung und der Krisenbewältigung, der sogenannten < Petersburg-Aufgaben >, zu fassen. Im Hinblick darauf muß die Union die Fähigkeit zu autonomen Handeln, gestützt auf glaubwürdige militärische Fähigkeiten, sowie die Mittel und die Bereitschaft besitzen, deren Einsatz zöu beschließen, um – unbeschadet von Maßnahmen der NATO – auf internationale Krisensituationen zu reagieren.“ - Auf dem NATO-Gipfel waren die „Combined Joint Task Forces“ beschlossen wurden. „Um so größer war das Befremden, als die Staats- und Regierungschefs der EU in Köln beschlossen, sich nicht allein auf die Mittel der NATO zu stützen, sondern zusätzlich außerhalb des Bündnisses militärische Kapazitäten zu schaffen.“ (Karl Feldmeyer, FAZ 20.11.2000) - Schaffung Voraussetzungen für mil. Interventionen („Stärkung unserer Fähigkeiten in den Bereichen strategische Aufklärung, strategischer Transport sowie Streitkräfteführung“) - Amt eines Hohen Repräsentanten der EU für die GASP („Mister GASP“) - Warnung von stellv. US-Außenminister Strobe Talbott (7.10.1999, NATO-Konferenz in London): Wir möchten keine ESVI, die erst innerhalb der NATO entsteht, dann aber der NATO entwächst und sich schließlich der NATO entfremdet, denn das würde zu einer ESVI führen, die anfänglich ein Duplikat der NATO wäre, aber mit der Zeit mit der NATO konkurrieren könnte.“

13. 06. 1999	Einmarsch deutscher Truppen in das Kosovo Dazu Generalinspekteur Hans Peter von Kirchbach, FAZ 30.11.1999: Es zeigten „die Balkan-Operationen ein Grundmuster der Aufgaben, denen sich die Bundeswehr künftig stellen müsse.“
10./11. 12. 1999	EU-Gipfel in Helsinki Bekräftigung der Kölner Ziele: „...autonom Beschlüsse zu fassen und in Fällen, in denen die NATO als Ganzes nicht einbezogen ist, als Reaktion auf internationale Krisen EU-geführte militärische Operationen einzuleiten und durchzuführen.“ Festlegungen für Einsätze außerhalb EU-Territorium: <ul style="list-style-type: none"> - Bis Ende 2003 50-60.000 Soldaten im Einsatz, erfordert real rund 180.000 Soldaten - Luft- und Seestreitkräfte - Einsatzbereitschaft innerhalb 60 Tage - Durchhaltefähigkeit 1 Jahr fern der Heimat - Zusätzliche Gremien ab 2001: ständiges sicherheitspol. Komitee auf Botschafterebene, Militärausschuß, mil. Arbeitsstab - „Landes- und Bündnisverteidigung“ soll bei NATO bleiben
15.12.1999	Rahmenvertrag über „Innovation, Investition und Wirtschaftlichkeit in der Bundeswehr“. (35 Unternehmen + Schröder + Scharping) „Die deutsche Industrie besitzt weltweit anerkannte technologische Kapazitäten und Managementfähigkeiten. Sie gilt es, in einer Phase der europäischen Restrukturierung und der Globalisierung der Wirtschaft auch durch Unterstützung der Investitionsfähigkeit der Bundeswehr zu erhalten. Dies stärkt die Innovationskraft der Unternehmen, verbessert ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit und sichert Arbeitsplätze sowie industrielle Kernkompetenz.“
11. 1. 2000	EuGH: Ausschluß der Frauen von der Bundeswehr ist ein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz.
5. 2. 2000	36. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik <ul style="list-style-type: none"> - US-Verteidigungsminister Cohen fordert höhere (finanz.) Ressourcen u. Reformen der EU für ihre Streitkräfte - Zugleich massive Warnungen vor rüstungsindustrielle, militärpolitische u. militärische Eigenständigkeit der EU. US-Vize-Außenminister Talbot befürchtet, daß die europ. Verteidigungsidentität „erst in der NATO entsteht, dann aus der NATO herauswächst und schließlich sich von der NATO wegbewegt“ - Madeleine Albright warnt vor den drei d's: decoupling (Loslösung EU von den USA), duplication (von Strukturen u. Kapazitäten), discrimination jener NATO-Mitglieder, die nicht Mitglied der EU sind (USA, Türkei, ...)
1. 3. 2000	Übergang der EU zu einer Militär Großmacht („Interim“) <ul style="list-style-type: none"> - Diziert militärpolitische („Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“) Gremien der EU nehmen ihre Arbeit auf, das sind: - <i>Politisches und sicherheitspolitisches Interims-Komitee:</i> VertreterInnen der pol. DirektorInnen der Mitgliedsstaaten, tagt wöchentlich, Empfehlungen für die Fortentwicklung der ESVPolitik - <i>Interims gremium militärischer Delegierter:</i> Abgesandete der nationalen Generalstabschefs, 2 mal jährlich, berät o.a. Komitee und Mister GASP - Das sind Vorläufer der Organe, die die EU in Helsinki (12/99) beschlossen hat
07.03.2000	BW-Einsatz in Mosambik
12.05.2000	Außenminister Fischer als „Privatmann“ in der Humboldt-Universität – Anknüpfen am Konzept der Großraumwirtschaft <ul style="list-style-type: none"> - „Ein gespaltenes europäisches Staatensystem ohne überwältigende Ordnung würde Europa dauerhaft zu einem Kontinent der Unsicherheit machen, und auf mittlere Sicht würden sich diese traditionellen Konfliktlinien von Osteuropa auch wieder in die EU hinein übertragen.“ - „Diese Erweiterung liegt gerade für Deutschland im obersten nationalen Interesse. Die in Deutschlands Dimensionen und Mittellage objektiv angelegten Risiken und Versuchungen werden durch die Erweiterung bei gleichzeitiger Vertiefung der EU dauerhaft überwunden werden können.“ (Vgl. diese Drohung mit Schäuble/Lamers 1.9.1994! DP) - „Gerade die deutsche Wirtschaft wird von der Erweiterung einen hohen Gewinn für Unternehmen und Beschäftigung davontragen.“ - Auch Aufgreifen der Idee Schäubles für ein „Kerneuropa“, hier: „Gravitationszentrum“: „... eine kleine Gruppe von Mitgliedsstaaten als Avantgarde (wird) diesen Weg vorausgehen, d.h. ein Gravitationszentrum aus einigen Staaten bilden“ ... „Ein solches Gravitationszentrum müßte die Vollendung der politischen Integration sein und bereits alle Elemente der späteren Förderation umfassen.“ - Vgl. Werner Daitz, Mitglied des außenpol. Amtes, 1940 in einer Denkschrift, zitiert nach Antifaschistische Nachrichten 13/2000 S. 14: „Wir müssen grundsätzlich immer nur von Europa sprechen, denn die deutsche Führung ergibt sich ganz von selbst aus dem politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, technischen Schwergewicht Deutschlands und seiner geografischen Lage.“

23.05.2000	<p>Weizsäcker-Papier „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr. Bericht der Kommission an die Bundesregierung.“</p> <ul style="list-style-type: none"> - „Gemeinsame Sicherheit in Europa ist das Kernstück der Sicherheit Deutschlands. Ein stärkeres Europa wird das Atlantische Bündnis stärken. Die Einsatzfähigkeit der deutschen Streitkräfte muss derjenigen unserer wichtigsten europäischen Partner entsprechen.“ Landnahme im Osten = gemeinsame Sicherheit; NATO-Europa = Europa, Neuausrichtung BW mit Druck der Partner begründet. - „Zum ersten Mal in seiner Geschichte ist Deutschland (nicht BRD!) ringsum von Bündnis- und Integrationspartnern umgeben und keiner äußeren Gefährdung seines Territoriums durch Nachbarn ausgesetzt.“ Kriegsschuld umgedreht! - „Mit der vorrangigen Ausrichtung der Bundeswehr auf Kriseneinsätze wird eine geographische Eingrenzung des künftigen Einsatzraums deutscher Soldaten schwierig. Die Fähigkeit, im kompletten Einsatzspektrum bis hin zu Konflikten mit hoher Intensität handeln zu können, muss künftig über große Entfernungen glaubhaft und dauerhaft sichergestellt werden. Diese Entwicklung markiert zugleich die Abkehr vom traditionellen Bild der Bundeswehr als Instrument eines rein auf territoriale Verteidigung und orientierten Landes.“ - Der NATO-Einsatz im Kosovo unter Beteiligung der Bundeswehr und die zu seiner Rechtfertigung geführte völkerrechtliche Debatte hat zum Aufbrechen traditioneller Rechtsinterpretation und Denkweisen geführt.“ (Internationales Recht? Im Notfall neu interpretieren; Kriegseinsätze sind dabei hilfreich) - „... wird nicht jede eklatante Menschenrechtsverletzung dazu führen, daß andere Staaten sich militärisch einmischen. Jeden Eingreifen wird eine genaueste Abwägung vorausgehen müssen, ob deutsche und europäische Belange betroffen und die Ziele klar und erreichbar sind.“ - 230.000 Soldaten: „Einsatzkräfte“ 60 -> 140.000 Soldaten; 100.000 Soldaten „militärische Grundorganisation“; 30.000 Wehrdienstleistende, 10 Monate Wehrpflicht.
23.05.2000	<p>Kirchbach-Papier „Eckwerte für die konzeptionelle und planerische Weiterentwicklung der Streitkräfte. Generalinspekteur der Bundeswehr“</p> <ul style="list-style-type: none"> - Politik mit Scheckbuch und Waffen: „Die Gestaltungsmöglichkeiten unserer Außen- und Sicherheitspolitik sind jedoch auch abhängig von der Fähigkeit und Bereitschaft, eigene Beiträge zur Gemeinsamen Sicherheit zu leisten. Deutschland leistet seit Jahren erhebliche wirtschaftliche, finanzielle, administrative und ökologische Unterstützung zur regionalen Stabilisierung. In internationalen Sicherheitsorganisationen kann aber nur maßgeblichen Einfluß ausüben, wer auch substantielle militärische Kräfte und Mittel zur Verfügung stellt.“ - Nationale Fähigkeiten dominieren NATO-Interessen: „Nachrichtengewinnung und Aufklärung sind in Verbindung mit sicherer Kommunikation Voraussetzung für die Sicherstellung einer kontinuierlichen nationalen Führung. Das frühzeitige Gewinnen von Indikatoren krisenhafter Entwicklungen mit eigenen Mitteln und die Erstellung eines zutreffenden Lagebildes sind Voraussetzung für eine nationale Urteils-, Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit und für die Vertretung deutscher Interessen in internationalen Organisationen. ... Der Erwerb nationaler Fähigkeiten, die als Beitrag in die Bündnisse eingebracht werden können, ist Voraussetzung für die Übernahme von Verantwortung als Lead Nation.“ - „Multinationalität erreicht ihre Grenzen allerdings dort, wo ... einseitige Abhängigkeiten die nationale Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit beeinträchtigen können.“ - BW 290.000 Soldaten: Einsatzkräfte 157.000, 103.000 Daueraufgaben, 30.000 „Vorbereitung Landesverteidigung“. Berufs- und Zeitsoldaten 202.000, Wehrpflichtige 85.000.
2. 6. 2000	<p>„Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb“ in HRG eingetragen. Aufsichtsratsvors.: Helmut Werner. Teilprivatisierung von Aufgaben der BW, Entzug demokr. Kontrolle. Aufgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verbesserung Flottenmanagement, Organisation des militärischen Fuhrparks - Verwaltung der Liegenschaften - Einsparungen für Investitionen
7. 6. 2000	<p>Uneingeschränkte Öffnung der Bundeswehr für Frauen: Beschluß Bundeskabinett nach Urteil EGH 11.1.2000</p>
14. 6. 2000	<p>Reformkonzept der BW: Beschluß Bundeskabinett nach Scharping's Vorlage „Die Bundeswehr sicher ins 21. Jahrhundert. Eckpfeiler für eine Erneuerung von Grund auf.“</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ziele: „eigenständige europäische Handlungsfähigkeit im pol. und mil. Krisenmanagement“ stärken, deutsche „Einflußmöglichkeiten auf die Gestaltung der internationalen Sicherheitsordnung“ erweitern. - Nationale Interessen: „Deutsche Streitkräfte ... müssen qualitativ und quantitativ dem politischen Gestaltungsanspruch und Gewicht Deutschlands im Bündnis sowie in den regionalen und überregionalen Organisationen entsprechen.“ - Bündnistreue? Die Bundeswehr soll nicht nur Einsätze im Rahmen der NATO oder der EU erfolgreich durchführen können, sondern auch im nationalen Alleingang und „im Rahmen von ad-hoc-Koalitionen.“ - 277.000 Soldaten: Einsatzkräfte 150.000; 77.000 Wehrpflichtige, 200.000 Berufs- u. Zeitsoldaten. <p>Gründe lt. IAP-Dienst „Sicherheitspolitik“, Sonderheft Juli 2000:</p> <ul style="list-style-type: none"> - „Verstärkte Bedeutung von Kriseneinsätzen der Bundeswehr mit der Notwendigkeit, die Bundeswehr in Struktur und Ausrüstung stärker auf diese Aufgabe auszurichten.“ - „Veränderte Bedingungen für die Bündnis- und Landesverteidigung mit der Möglichkeit und Notwendigkeit struktureller Anpassungen“ - „... Mängel ... auf den Gebieten der materiellen Einsatzbereitschaft und der Ausrüstung“ - „Der Technologierückstand sowie die Mängel und Lücken in der Ausrüstung infolge über Jahre hinweg reduzierter investiver Ausgaben“

	<p>Analyse</p> <ul style="list-style-type: none"> - „... heute und auf absehbare ... Zeit die Gefahr eines Atomkrieges und die eines groß angelegten konventionellen Angriffs auf unser Territorium nicht zu erkennen“ ist (§ 87 a GG Landesverteidigung) - Scharping: „<i>Viel wahrscheinlicher ist, daß auf dem Territorium anderer Länder deutsche Sicherheit verteidigt werden muß. Dazu braucht man Truppen, die beweglicher, leichter verlegbar und über längere Distanzen versorgbar sein müssen.</i>“ - mit „Reform“ Konzentration auf die „Petersberg-Aufgaben“ der WEU, später EU - Es gelten die VPR 1992 („... politischen Handlungsspielraum Deutschlands und das Gewicht, mit dem die deutschen Interessen international zur Geltung gebracht werden können“) - Chance vertan: Russlang gibt heute nur ein Sechstel dessen für Rüstung aus, was die SU ausgab. Die europäischen NATO-Staaten hingegen nur ein Sechstel weniger als vor 15 Jahren, und die NATO expandiert. - „Ad-Hoc-Allianzen“ für Militärinterventionen (in Widerspruch zum BvERG 1994) - Einsätze „im Einklang“ statt „in Übereinstimmung“ mit der UN-Charta in Widerspruch zu Art. 26 GG (Angriffskrieg) - Fazit: Parteiübergreifender Konsens für einen Militarisierungsschub, begründet mit einem „erweiterten“ Sicherheitsbegriff nach Naumann. <p>Maßnahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bundeswehrumfang 277.000 Soldaten (Kirchbach 300.000, Weizäcker 240.000): Einsatzkräfte 150.000 zzgl. mil. Grundorganisation 127.000, Wehrdienst 77.000 (Kirchbach 84.500; Weizäcker nur freiwillig 10.000); Zivil 80-90.000; Gesamt 360.000; Verteidigungsumfang 500.000. - „Präsenzumfang“ 255.000 Soldaten, zzgl. 22.000 in Berufs-, Laufbahnausbildung - Hauptvereidigungskräfte + KRK = Einsatzkräfte; zzgl. militärische Grundorganisation - Aufstockung der KRK um das 2-3 fache = strukturellen Interventions-, Angriffsfähigkeit - Wehrpflicht 9 Monate bzw. mind. 6 Monate + 3 Monate Wehrübung: Faktische Reduzierung auf 6 Monate! Im Vergleich: Zivildienst vermutlich 10 Monate. - Hauptaufgabe bleibt „Landes- u. Bündnisverteidigung“ (Weizäcker: Krisenbewältigung), aber faktisch wird „Krisenbewältigung“ (siehe Aufgaben Einsatzkräfte) in den Mittelpunkt gesetzt. - Einsatzführungskommando zur Planung u. Führung von Einsätzen dt. Streitkräfte im Ausland. - Schaffung eines deutschen Generalstabs: Aufwertung der Stellung des Generalinspektors der BW. Blankeneßer Erlaß: Beratung Verteidigungsminister, ohne Befehlsgewalt. Jetzt: Kompetenzen für die Streitkräfteplanung sowie für Planung u. Führung von Einsätzen. - Verbesserung der Kriegswaffen. 2001 bis 2015 mind. 210 Mrd DM! Der investive Anteil am Verteidigungshaushalt für Waffenkäufe steigt von 25% auf 30% <ul style="list-style-type: none"> - Verbesserung strategische Verlegfähigkeit: 75 Transportflugzeuge FTA, 57 Transporthubschrauber NH-90, Großraumtransportflugzeuge - Verbesserung der nationalen politischen und militärischen Lagebeurteilung: Raumgestützte Aufklärungsarbeit: Aufklärungssatelliten (Aufbau eines nationalen Spionagesystem Juli 2000 beschlossen) - Modernisierung der Kommunikations- und Führungsmittel - Verbesserung Abstands- und Präzisionsfähigkeit: 110 (später 212) Kampfhubschrauber Tiger, Kampfflugzeuge Paveway, 185 Haubitzen PzH 2000; Präzisions-Kampfdrohnen TALFUNG; einzi gartigen lenkbare Präzisionsflugkörper POLYPHEM; Marschflugkörper TAURUS für Tornado; EUROFIGHTER ab 2005; - Verbesserung der Seekriegsführungsfähigkeit: 15 Korvetten völlig neuartig für Flachwasserkrieg vor fremden Küsten; 3 Fregatten F 124 zu je 1,3 Mrd DM = teuerste dt. Waffe aller Zeiten; 8 Fragatten F 125 zum Flugkörperbeschuß fremden Territoriums - Gewinne aus Waffenverkäufen verbleiben der BW: So wird BW zum unmittelbaren Interessenten an Rüstungsexporten - Schaffung eines Rüstungsrates, Schlüsselrolle für die „Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb“ (GEBB). „Public-Private-Partnership“
	<p>Gegenpositionen</p> <ul style="list-style-type: none"> - strukturelle Kriegsführungsunfähigkeit u. strukturelle Angriffsunfähigkeit der BW erreichen - Abrüstung der Komponenten, die militärisch die Kriegsführungsfähigkeit herstellen: KRK bzw. Einsatzkräfte und Elitekampfruppe KSK (Calw) - BW-Reduzierung <> Abrüstung: „Reform“ = qual. Aufrüstung wg. „Einsatzkräfte“ - „Abschaffung Wehrpflicht“: Zwar ein Ende staatl. Zwangsdienstes, aber nicht die zentrale Frage dt. Militärpolitik. D. i. : Ist eine Interventionsarmee gewünscht? - Beibehaltung Wehrpflicht: Wehrpflicht und Interventionsarmee schließt sich nicht aus.
04.09.2000	<p>Rede Außenminister Fischer „Multilateralismus als Aufgabe deutscher Außenpolitik“</p> <ul style="list-style-type: none"> - „Wir alle spüren, daß sich die Rolle Deutschlands zu verändern beginnt. (beginnt! DP). Am deutlichsten ist dies mit unserer Beteiligung an dem Krieg im Kosovo geworden, der eine entscheidende und in seinen Auswirkungen noch gar nicht absehbare historische Zäsur für unser Land darstellt und mit dem das seit langem erhobene Postulat nach der gewachsenen Verantwortung zu konkreter Politik wurde.“ - „Aber Deutschland wird in Zukunft häufiger gefordert sein, wenn es um massive Menschenrechtsverletzungen, um eine Gefährdung von Frieden und Sicherheit oder um die Stärkung des Multilateralismus geht, selbst wenn dabei keine ‚klassischen‘ deutschen Interessen unmittelbar berührt sind.“
11./12.11.2000	<p>38. Kommandeur-Tagung der Bundeswehr, Leipzig</p> <ul style="list-style-type: none"> - Generalinspekteur Kujat: die Bundeswehr muß sich darauf einstellen, daß sie „für lange Zeit“ eine „Armee im Einsatz“ bleibt. - Haushalt 2001: investive Anteil von 21 auf 25% gestiegen. Absicht: In den kommenden Jahren Investitionquote jährlich +1%, bis 30% - Amerika bleibe für die Sicherheit in Europa unverzichtbar (=Landes- & Bündnisverteidigung); für Operationen der EU bleibt die Nutzung der Kräfte der NATO „erste Option“, der autonome Einsatz europäischer Kräfte sein nur „Rückfallposition“

20.11.2000	<p>EU-Ratstagung Brüssel „Beitragskonferenz“ der EU-Staaten zur „Bereitstellung militärischer Fähigkeiten“</p> <ul style="list-style-type: none"> - schnelle Eingreiftruppe: Planziel ab 2003 60.000 Mann, innerhalb von 60 Tagen in alle Weltteile verlegt, mind. 1 Jahr im Einsatz; Reserver > 100.000 Mann; 400 Kampfflugzeuge, 100 Schiffe. - Deutscher Anteil im Einsatz 18.000 Soldaten = größtes Kontingent; Erster Befehlshaber = dt. General Rainer Schuwirth - Einsatzradius: 4.000 km um die EU - Bestätigung Kölner EU-Gipfel: es geht darum, „dafür zu sorgen, daß sie (die EU) autonom Beschlüsse fassen und in den Fällen, in denen die NATO als Ganzes nicht beteiligt ist, als Reaktion auf internationale Krisen EU-geführte militärische Operationen einleiten und durchführen kann“.
8.-11.12. 2000	<p>EU-Gipfel in Nizza (militärpolitische Beschlüsse)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Vollzug Integration WEU in die EU - Aufstellung schnelle Eingreiftruppe. D.i. absolutes Neuland für die EU. Einsatzfähig ab 2003; Erweiterung von 60.000 (siehe 20.11.2000 Brüssel) auf 80.000 - Rahmen = „Petersberg-Aufgaben“, s.o. - Vertragl. Fixierung der militärpolitischen Dimension der EU; auch Fälle, wo die NATO als Ganzes an einer Intervention nicht beteiligt ist. Vorschlag für Abkommen mit NATO in Auftrag gegeben. Zur Abstimmung zwischen den Polen „Autonomie der Entscheidungen“ und „enge Zusammenarbeit in allen mil. Fragen“: 2 mal jährlich Konsultationen auf Ministerienebene EU/NATO - Klärung des personellen Beitrags der einzelnen Mitgliedsstaaten zur EU-Interventionsmacht. Deutschland will 2-3 Brigaden beisteuern, ca. 18% im Einsatz = größtes Kontingent.. - Treibende Kraft der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ = „Politische u. Sicherheitspolitische Ausschuß“ von ständigen Vertretern der Mitgliedsstaaten - Erster „Generaldirektor“ = dt. Generalleutnant Schuwirth (im November von den Generalstabschefs installiert; Frankreich sehr verärgert)
2. 1. 2001	<p>Frauen in die Bundeswehr</p> <p>Nach dem Urteil des EuGH vom 11.1.2000 werden die ersten 244 Frauen – freiwillige – in die Bundeswehr eingezogen in 16 Ausbildungseinheiten des Heeres, zwei der Luftwaffen und vier Ausbildungseinrichtungen der Marine. Zu ihnen gehören Einheiten der Panzer, Artillerie, Heeresflieger, Pioniere u. Panzergrenadiere. Die BW-Führung rechnet langfristig mit einem Frauenanteil von 7-8%, insgesamt ca. 15.0000 Frauen. Z.Z. sind (seit 1975) 4.500 Frauen im Sanitätswesen und der Militärmusik bei der BW.</p>

Benutzte Literatur zum Thema Militarismus, soweit nicht bei den jeweiligen Aufsätzen erwähnt:

- Arbeitskreis Nicaragua, Propagandisten des Krieges. Hintermänner der Contra: „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte“, Edition Nahua, Wuppertal
- Bailer-Galanda, Brigitte, Benz, Wolfgang, Neugebauer, Wolfgang „Die Auschwitzleugner“ Elefanten Press, Berlin 1996
- Bamberg, Hans-Dieter „Militärseelsorge in der Bundeswehr. Schule der Anpassung und des Unfriedens“, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1970
- Brüdigam, Heinz „Der Schoß ist fruchtbar noch... Neonazistische, militaristische, nationalistische Literatur und Publizistik in der Bundesrepublik“, Röderberg-Verlag, Frankfurt/Main 1965
- BürgerInneninitiative gegen Geschichtsrevisionismus (Hrsg.) „Wehrsportgruppe Marburg-Militaristen, Kameraden, Seilschaften und Traditionsverbände in Marburg“, Marburg 1997
- Engelhardt, Klaus u. Heise, Karl Heinz „Der militärisch-industrielle Komplex im heutigen Imperialismus“ Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1974
- Fachbereich Design der Fachhochschule Dortmund, „Unsere tapferen Helden... Kriegs- und Kriegerdenkmäler und politische Ehrenmale. Dortmunder Beispiele“, Klartext-Verlag, Essen 1979
- Frei, Norbert „Vergangenheitspolitik-Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit“, dtv München 1996
- Friedrich, Ernst „Krieg dem Kriege“, Zweitausendeins-Verlag, Frankfurt/Main 1980 (Nachdruck)
- Giordano, Ralph „Die Traditionslüge-Vom Kriegerkult in der Bundeswehr“ Kiepenheuer&Witsch, Köln 2000
- Goldenbach/Minow „Von Krieg zu Krieg. Die deutsche Außenpolitik und die ethnische Parzellierung Europas“, Verlag 8.Mai, Berlin 1997
- Hecht, Kay (Hrsg.) „Gegen Soldatengottesdienste, Aufrüstung und die Militarisierung der Gesellschaft“, Eigenverlag Köln 1999
- Heither, D; Gehler, M; Kurth, A; Schäfer, G „Blut und Paukboden- Eine Geschichte der Burschenschaften“, Fischer TB, Frankfurt 1997
- Hirsch, Kurt „Die heimatlose Rechte“, Goldmann-Verlag 1979
- Hirsch, Kurt „Rechts von der Union-Personen, Organisationen, Parteien seit 1945“, Verlag Knesebeck&Schuler, München 1989
- Kempe, Martin „SPD und Bundeswehr-Studien zum militärisch-industriellen Komplex“, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1973
- Klüber, Franz „Katholiken und Atomwaffen. Die katholische Kriegsethik und ihre Verfälschung durch die Deutsche Bischofskonferenz“, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1984
- Marxistische Blätter No. 6.2000 „Militarisierung der Bundesrepublik“, Frankfurt
- Mecklenburg, Jens (Hrsg) „Handbuch Deutscher Rechtsextremismus“ Elefanten Presse, Berlin 1996
- Müller, Leo A. „Gladio – das Erbe des Kalten Krieges. Der NATO-Geheimbund und seine deutschen Vorläufer“, Rowohl-Verlag, Reinbek bei Hamburg 1991
- Nationalrat der Nationalen Front, „Braunbuch-Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik“, Berlin/DDR 1965
- Nationalrat der Nationalen Front, „Weissbuch über die amerikanisch-englische Interventionspolitik in Westdeutschland und das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus“, Berlin/DDR 1951
- Nationalrat der Nationalen Front, „Graubuch. Expansionspolitik und Neonazismus in Westdeutschland“, Berlin/DDR 1967
- Nationalrat der Nationalen Front, „Bundeswehr. Neonazismus in der Bundesrepublik“, Berlin/DDR 1968
- Opitz, Reinhard „Faschismus und Neofaschismus“, Verlag marxistische Blätter, Frankfurt 1984
- Pomorin/Junge/Biemann/Bordien „Blutige Spuren. Der zweite Aufstieg der SS“, Weltkreis-Verlag 1980
- Pressedienst Demokratische Initiative „Die SS – Ein 4. Wehrmachtsteil ?“, PDI-Taschenbuch 4, München 1979
- Pressedienst Demokratische Initiative „'Landser'-Hefte-Wegbereiter für den Rechtsradikalismus“, PDI Taschenbuch 3, München 19979
- Salzborn, Samuel Grenzenlose Heimat-Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände, Elefanten Press, Berlin 1999
- Sander, Ulrich „Szenen einer Nähe. Vom großen RechtsUm bei der Bundeswehr“, Pahl-Rugenstein-Verlag
- Schmid, Fred „Der Militärisch-Industrielle Komplex, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt 1972
- Schulz, Hans-Jürgen „Militarismus und Kapitalismus in der Bundesrepublik“, ISP-Verlag 1977
- Stosch, Stefan „Die Adenauer-Legion. Geheimauftrag Wiederbewaffnung“, Labhard-Verlag, Konstanz 1994
- Schweitzer, Carl-Christoph „Eiserne Illusionen. Wehr- und Bündnisfragen in den Vorstellungen der extremen Rechten nach 1945“, Markus-Verlag, Köln 1969
- VVN Präsidium „In Sachen Demokratie-Weissbuch über die militaristische und nazistische Gefahr in der Bundesrepublik“ Frankfurt 1960
- VVN-BdA Niedersachsen, „Das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 im Wortlaut“, Hannover 1998
- Wolf, Winfried „Bombengeschäfte-Zur politischen Ökonomie des Kosovokrieges“ Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1999
- Wolf, Winfried „Fusionsfieber-oder das große Fressen“, Papyrossa Köln 2000



**Mach mit
bei uns!**

**VVN/Bund
der Antifaschistinnen
und Antifaschisten**

80 Seiten

DM 8,00

www.vvn-bda.de

VVN-BdA NRW

Gathe 55

42107 Wuppertal

02402-450629 Tel/fax